Zbigniew Brzezinski

Die einzige Weltmacht

Amerikas Strategie der Vorherrschaft

Zbigniew Brzezinski

DIE EINZIGE WELTMACHT

Amerikas Strategie der Vorherrschaft

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion existiert nur noch eine Supermacht auf dieser Erde: die Vereinigten Staaten von Amerika. Und noch nie in der Geschichte der Menschheit hat eine Nation über so große wirtschaftliche, politische und mili-tärische Mittel verfügt, um ihre Interessen durchzusetzen. Noch nie gelang es einer Demokratie, zur ersten und einzigen Welt-macht aufzusteigen. Was bedeutet dieses Faktum für Amerika und den Rest der Welt, insbesondere für Deutschland, Europa und den europäischen Einigungsprozess?

In einer brillanten strategischen Analyse legt Brzezinski dar, warum die Vorherrschaft der USA die Voraussetzung für Frie-den, Wohlstand und Demokratie in der Welt ist, und wie Ame-rika sich verhalten muss, um

seine Weltmachtstellung zu er-halten. Brzezinski erklärt, warum Deutschland und Frankreich zentrale geostrategische Rollen spielen werden, Großbritannien und Japan aber nicht; warum Rußland nur eine Chance hat, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, nämlich sich nach Europa hin zu orientieren; warum Amerika nicht nur die erste wirklich globale Supermacht ist, sondern auch die letzte sein wird, und welche Verpflichtungen daraus resultieren.

Zbigniew Brzezinski, geboren 1928 in Warschau, war von 1977 bis 1981 Sicherheitsberater von US-Präsident Carter. Heute ist er Professor für Amerikanische Außenpolitik an der Johns Hop-kins Universität in Baltimore und Berater am »Zentrum für Stra-tegische und Internationale Studien« (CSIS) in Washington D.C.

Unsere Adresse im Internet: www.fischer-tb. de

Zbigniew Brzezinski

DIE EINZIGE WELTMACHT

Amerikas Strategie der Vorherrschaft

Aus dem Amerikanischen
von Angelika Beck

Mit einem Vorwort
von Hans-Dietrich Genscher

Fischer Taschenbuch Verlag

Meinen Studenten —
möge das Buch ihnen dabei helfen,
die Welt von morgen zu gestalten.

4. Auflage: Oktober 2001

Veröffentlicht im Fischer Taschenbuch Verlag GmbH,
Frankfurt am Main, Mai 1999

Lizenzausgabe mit freundlicher Genehmigung des
Beltz Quadriga Verlages, Weinheim und Berlin
Die amerikanische Originalausgabe erschien 1997 unter dem Titel
'The Grand Chessboard. American Primary and
Its Geostrategic Imperatives" bei Basic Books, New York

Karten von Kenneth Velasquez
Für die deutsche Ausgabe:

Druck und Bindung: Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 3-596-14358-6

INHALT

Karten und Tabellen *7*

Vorwort von Hans-Dietrich Genscher 9

Einleitung: Supermachtpolitik *15*

1 Eine Hegemonie neuen Typs *17*

Der kurze Weg zur globalen Vorherrschaft *17*

Die einzige Weltmacht *26*

Das globale Ordnungssystem der USA 44

2 Das eurasische Schachbrett *53*

Geopolitik und Geostrategie *61*

Geostrategische Akteure und geopolitische Dreh- und Angelpunkte *66*

Ernste Entscheidungen und mögliche Heraus-forderungen 77

3 Der demokratische Brückenkopf *89*

Grandeur und Erlösung 94

Amerikas zentrales Ziel *109*

Europas historischer Zeitplan *123*

4 Das Schwarze Loch *130*

Russlands neuer geopolitischer Rahmen *131*
Geostrategische Wunschvorstellungen *142*
Das Dilemma der einzigen Alternative *173*

5 Der eurasische Balkan *181*
Der ethnische Hexenkessel *184*
Wettstreit mit vielen Beteiligten *197*
USA im Wartestand *215*

6 Der fernöstliche Anker *219*
China: regionale, aber keine Weltmacht *227*
Japan: nicht regional, aber international *249*
Amerikas Anpassung an die geopolitische Lage *265*

7 Schlussfolgerungen *277*
Eine Geostrategie für Eurasien *281*
Ein transeurasisches Sicherheitssystem *297*
Jenseits der letzten Supermacht *298*

Sach- und Personenregister *308*

Karten und Tabellen

Der chinesisch-sowjetische Block und die drei wichtigsten strategischen Fronten *22*

Das Römische Imperium auf dem Höhepunkt seiner Macht *27*

Das Mandschu-Reich auf dem Höhepunkt seiner Macht *31*

Ungefähre Ausdehnung der Mongolenherrschaft um 1280 *34*

Globale Vormachtstellung Europas um 1900 *37*

Britische Vorherrschaft 1860—1914 *39*

Globale Vormachtstellung der USA *42*

Der geopolitisch zentrale Erdteil und seine kritischen Randzonen *55*

Eurasien im Vergleich *56*

Das eurasische Schachbrett *59*

Latente Gefahrenherde im Nahen und Mittleren Osten sowie in Zentralasien *84*

Die europäischen Organisationen bis 1995 *90*

Besondere geopolitische Interessensphären Deutschlands und Frankreichs *107*

Ist dies wirklich »Europa« *124*

EU-Mitgliedschaft: Beitrittsantrag *125*

Jenseits des Jahres 2010: Die kritische Zone für die Sicherheit Europas *128*

Verlust ideologischer Kontrolle und imperialer Einflusssphären *141*

Russische Militärbasen in ehemaligen Sowjetrepubliken *159*

Der eurasischen Balkan *183*

Die wichtigsten ethnischen Gruppen in Zentralasien *185*

Der eurasische Balkan als ethnisches Mosaik *187*

Das Osmanische Reich und der Sprach- und Kulturraum der Turkvölker *200*

Die konkurrierenden Interessen Russlands, der Türkei und des Iran *201*

Öl-Pipelines vom Kaspischen Meer zum Mittelmeer *205*

Grenzkonflikte und Gebietsstreitigkeiten in Ostasien *225*

Asiatische Armeestärken *226*

Politische Reichweite der chinesischen Einflusssphäre *242*

Überschneidung der Einflusssphären Chinas und der einer amerikanisch-japanischen Anti-China- Koalition *263*

VORWORT

von Hans-Dietrich Genscher

Jedem, der sich mit internationaler Politik befasst, ist Zbigniew Brzezinski als scharfsinniger Analytiker und als Si-cherheitsberater Präsident Carters von 1977 bis 1980 be-kannt. Wer ihn in enger Zusammenarbeit als Gesprächspart-ner schätzen gelernt hat, der weiß, dass er Außenpolitik immer auch als intellektuelle Herausforderung betrachtet. In zahlreichen Büchern und Artikeln hat sich Zbigniew Brze-zinski mit anregenden, zuweilen auch provozierenden The-sen zu Wort gemeldet, die regelmäßig

ein breites Echo gefun-den haben. Das ist auch für sein neues Buch »Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft« zu erwar-ten. Nach dem Ende der Bipolarität des kalten Krieges stehen wir vor neuen globalen Herausforderungen. Es geht darum, eine stabile Weltordnung im Zeitalter der Globalisierung zu gestalten. Und es geht um die Frage, was wir tun müssen, um dieses Ziel zu verwirklichen. Vieles hängt dabei von Amerika, unserem wichtigsten Verbündeten ab. Zbigniew Brzezinski gibt mit seinem Buch eine amerikanische Antwort, die zum Nachdenken anregt, die Zustimmung, aber auch Wider-spruch hervorrufen wird.

Der Autor geht von der Feststellung aus, dass die USA die letzte verbliebene Weltmacht nach dem Ende des Kalten Krieges sind, und charakterisiert Amerikas Vormachtstellung als »Hegemonie neuen Typs«. In der Tat: Amerikas Welt-machtstellung gründet sich nicht — wie dies bei den Welt-mächten früherer Epochen der Fall war — auf die imperiale Unterwerfung kleinerer Staaten oder lediglich auf seine ge-waltige Militärmacht. Von ebensogroßer Bedeutung wie seine militärische Macht sind die Dynamik seiner Wirtschaft, sein

technologisches Innovationspotential und — das wird oft übersehen — die scheinbar unwiderstehliche Anziehungskraft des »american way of life«. Auf dieser Grundlage ist es den USA nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen, ein internatio-nales System zu errichten, das wesentlich durch amerikani-sche Vorstellungen geprägt ist: die Ideale von Demokratie und die Einhaltung von Menschenrechten, kollektive Sicher-heitssysteme wie vor allem die NATO und regionale Koope-ration. Nicht das Streben nach globaler Monopolstellung, sondern die Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Staa-tengruppen im Interesse globaler Stabilität entspricht nach Zbigniew Brzezinski dem Selbstverständnis Amerikas als ei-ner

demokratischen Macht.

Der Autor macht aus seiner Überzeugung kein Hehl, dass die weltweite Präsenz der USA nicht nur im amerikanischen, sondern auch im globalen Interesse liegt. Diese Einschätzung mag auch die für das außenpolitische Selbstverständnis Ame-rikas typische Gemengelage von Idealismus und Interessen-Politik widerspiegeln. Sie ist deshalb aber nicht weniger rich-tig. Die europäischen Erfahrungen dieses Jahrhunderts haben dies bestätigt — im guten wie im schlechten. Angesichts neuer globaler Herausforderungen — Hunger und Not, der Bevöl-kerungsexplosion, der Gefährdung unserer natürlichen Le-bensgrundlagen, der Proliferation von Massenvernichtungs-mitteln — gilt mehr denn je Präsident Clintons Diktum über Amerika als die »unentbehrliche« Nation. Umgekehrt gilt auch: Amerika allein wird diese Herausforderungen nicht meistern können.

Von zentraler Bedeutung für die künftige amerikanische Außenpolitik ist nach Zbigniew Brzezinski — und hier liegt das Originelle seines Ansatzes — »Eurasien«, der Raum von Lissabon bis Wladiwostok. Will Amerika auch künftig seine Weltmachtstellung behalten, so muss es seine ganze Aufmerk-samkeit diesem Gebiet zuwenden. Hier leben 75 Prozent der

Weltbevölkerung, hier liegt der größte Teil der natürlichen Weltressourcen einschließlich der Energievorräte, und hier werden etwa 60 Prozent des Weltbruttosozialprodukts er-wirtschaftet. Im Raum von Lissabon bis Wladiwostok ent-scheidet sich deshalb das künftige Schicksal Amerikas. Sein Ziel muss es deshalb sein, die politische und wirtschaftliche Entwicklung Eurasiens in seinem Sinne mitzugestalten und eine anti-amerikanische Allianz eurasischer Staaten zu ver-hindern. Diese Schlussfolgerung Zbigniew Brzezinskis ist ein entschiedenes Plädoyer gegen einen neuen amerikanischen Isolationismus, gegen den Rückzug aus

Europa und anderen Gebieten in der Welt. Zugleich macht er jedoch auch klar: Im-periale Machtentfaltung um ihrer selbst willen entspricht nicht dem Selbstverständnis der amerikanischen Demokratie. Ziel einer globalen amerikanischen Strategie muss eine insti-tutionalisierte weltweite Zusammenarbeit sein, die auf echten Partnerschaften Amerikas, vor allem mit einer erweiterten Europäischen Union, mit einem demokratischen Russland, mit China und mit Indien als der größten Demokratie der Welt, beruht. Auch wenn Brzezinski viel von der Vorherr-schaft Amerikas spricht: Er weiß um die Grenzen amerikani-scher Macht und auch darum, daß die Konzentration hege-monialer Macht in den Händen eines Staates im Zeitalter der Globalisierung immer weniger zeitgemäß ist. Nicht umsonst spricht er deshalb von den USA als der »letzten« Supermacht — was wohl heißen soll, nicht der ewigen.
Für die künftige Außenpolitik Amerikas gilt dem Autor Europa als natürlicher Verbündeter der USA. Ein immer en-geres transatlantisches Bündnis, die fortschreitende Einigung Europas und die Erweiterung der Europäischen Union liegen für ihn im vitalen Interesse Amerikas. Das bedeutet auch, daß Amerika Europa als gleichwertigen Partner akzeptiert und bereit sein muss, gemeinsame Verantwortung für gemeinsame Entscheidungen zu tragen. Man kann nur wünschen, daß sich

die Einsicht von der Gleichwertigkeit Europas im amerikani-schen Denken allgemein durchsetzt. Eine funktionierende transatlantische Partnerschaft erfordert ein politisch und wirtschaftlich geeintes, handlungsfähiges Europa auf der Grundlage der deutsch-französischen Freundschaft. Deshalb plädiert Zbigniew Brzezinski für ein stärkeres Engagement Amerikas bei der Einigung einer größeren, um die Staaten Mittel- und Südosteuropas erweiterten Europäischen Union.

Stabilität auf der eurasischen Landmasse kann nur mit, nicht ohne und schon gar nicht gegen Russland erreicht wer-den. Deshalb spricht sich Brzezinski für eine umfassende Partnerschaft des Westens mit einem demokratischen Russland aus. Sie muss dem größten Land der Erde die Möglich-keit geben, gleichberechtigt am Aufbau einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung im Raum von Vancouver bis Wladiwostok mitzuwirken, wobei jedoch die anderen Nach-folgestaaten der früheren Sowjetunion nicht vergessen wer-den dürfen. Im Sinne eines »geopolitischen Pluralismus« ist der Westen deshalb aufgerufen, die politische und wirtschaft-liche Entwicklung aller dieser Staaten zu Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft zu fördern.

Geopolitischer Pluralismus erfordert für Zbigniew Brze-zinski auch einen umfassenden Dialog Amerikas mit China. Das ist ebenso begründet wie eine klare Absage an jeden —letztlich zum Scheitern verurteilten — Versuch, das bevölke-rungsreichste Land der Erde eindämmen oder gar isolieren zu wollen. Anders als manche Protagonisten einer Politik der »Eindämmung« Chinas in den USA sieht Brzezinski Ameri-ka und China sogar als natürliche Verbündete. Wie dem auch sei: China ist derzeit zwar noch keine Weltmacht; seine Grö-ße und seine gewaltigen Entwicklungsperspektiven machen es jedoch faktisch schon heute zu einem »global player«. Viel spricht deshalb für Zbigniew Brzezinskis Anregung, nach der Aufnahme Russlands in die G7 nun auch eine Aufnahme Chi-

nas in die Gruppe der wichtigsten Industriestaaten in Be-tracht zu ziehen. Beachtung verdient auch sein in die Zukunft gerichteter Vorschlag zur Schaffung eines Transeurasischen Sicherheitssystems, das die NATO, die OSZE, Russland, In-dien, China und Japan umfasst.

Das Buch von Zbigniew Brzezinski ist — wie könnte dies anders sein — eine in mancher Hinsicht sehr amerikanische Antwort auf die Frage nach der künftigen Weltordnung. Si-cherlich werden nicht alle seine Thesen Zustimmung finden. Mancher Leser wird sich daran stoßen, dass die Terminologie des Autors in vielem an das macht- und gleichgewichtspoliti-sche Denken des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts erin-nert. Auch könnte man einwenden, dass die demonstrative Forderung nach einer dauerhaften amerikanischen Vorherr-schaft zu einer Stärkung anti-amerikanischer Tendenzen im eurasischen Raum führen könnte. Die Geschichte bietet ge-nügend Beispiele dafür, dass Vorherrschaftsstreben in der Re-gel Gegenmachtbildung hervorruft. Damit würde genau das Gegenteil von dem erreicht, was Zbigniew Brzezinski für Amerika anstrebt.

Dennoch wäre es eine gefährliche Illusion, zu glauben, Sta-bilität in Europa könne dauerhaft ohne die USA gewährlei-stet werden. Ebensowenig ist dieses Ziel jedoch ohne Europa selbst zu verwirklichen. Gewiss wirft manche amerikanische Entscheidung der jüngsten Zeit die Frage auf, ob man Europa als gleichwertigen Partner akzeptiert, aber oft ist solches Ver-halten auch die Ausfüllung eines von Europa verursachten Vakuums. Die Europäer sollten sich deshalb selbst immer wieder fragen, ob es wirklich »zuviel Amerika« oder nicht vielmehr »zuwenig Europa« gibt. Das Buch von Zbigniew Brzezinski ist auch ein Appell an die Europäer, sich über ih-ren Beitrag zur künftigen Weltordnung Klarheit zu verschaf-fen und entschlossen zu handeln. Sein Plädoyer, den Raum von Lissabon bis Wladiwostok als Einheit zu betrachten,

sollten alle jene bei uns beherzigen, die glauben, auch heute noch Europa

in Grenzen denken zu können. Nichts wäre im Zeitalter der Globalisierung anachronistischer als eine Politik neuer Abgrenzung. Nur eine immer intensivere Zusammen-arbeit zwischen den Staaten von Vancouver bis Wladiwostok kann auf Dauer Sicherheit, Wohlstand und Stabilität garantie-ren.

Das Buch von Zbigniew Brzezinski wird ohne Zweifel eine wichtige Rolle spielen bei der Diskussion über die Struktur einer künftigen dauerhaften und gerechten Weltordnung. Diese kann nur das Gebot der Dauerhaftigkeit und Gerech-tigkeit erfüllen, wenn sie gegründet ist auf das gleichberech-tigte Zusammenleben der Völker und auf die gleichberechtig-te und globale Zusammenarbeit der Weltregionen. Beim Bau der neuen Weltordnung dürfen nicht die Fehler wiederholt werden, die in Gestalt nationalen Vormachtstrebens am Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Eu-ropa ausgehend die Welt so stark erschüttert haben. Dabei wird die Beachtung der Menschenrechtsabkommen der Ver-einten Nationen eine wichtige Rolle spielen.

Die Geschichte macht keine Pause und sie ist auch nicht an ihr Ende angelangt. Aus dem Buch von Zbigniew Brzezinski spricht das Bewusstsein um die Größe der Herausforderun-gen, vor denen wir jetzt stehen, aber auch der Wille, sie geistig und politisch zu bewältigen. Man kann nicht sagen, dass diese Haltung bei uns sehr verbreitet wäre. Umso mehr sind dem anregenden Buch von Zbigniew Brzezinski in Deutschland viele aufmerksame Leser zu wünschen.

EINLEITUNG

15

Supermachtpolitik

Seit den Anfängen der Kontinente übergreifenden politischen Beziehungen

vor etwa fünfhundert Jahren ist Eurasien stets das Machtzentrum der Welt gewesen. Zu verschiedenen Zei-ten drangen Völker die diesen Erdteil bewohnten — meistens die an seiner westlichen, europäischen Peripherie ansässigen —in andere Weltgegenden vor und unterwarfen sie ihrer Herr-schaft. Dabei gelangten einzelne eurasische Staaten in den Rang einer Weltmacht und in den Genuss entsprechender Pri-vilegien.

Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat sich die Weltlage tiefgreifend verändert. Zum ersten Mal in der Ge-schichte trat ein außereurasischer Staat nicht nur als *der* Schiedsrichter eurasischer Machtverhältnisse, sondern als die überragende Weltmacht schlechthin hervor. Mit dem Schei-tern und dem Zusammenbruch der Sowjetunion stieg ein Land der westlichen Hemisphäre, nämlich die Vereinigten Staaten, zur einzigen und im Grunde ersten wirklichen Welt-macht auf.

Eurasien hat jedoch dadurch seine geopolitische Bedeu-tung keineswegs verloren. In seiner westlichen Randzone —Europa — ballt sich noch immer ein Großteil der politischen und wirtschaftlichen Macht der Erde zusammen; der Osten des Kontinents — also Asien — ist seit einiger Zeit zu einem wichtigen Zentrum wirtschaftlichen Wachstums geworden und gewinnt zunehmend politischen Einfluss. Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt aber davon ab, wie ein weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird — und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern kann.

Folglich muss die amerikanische Außenpolitik den geopoli-tischen Aspekt der neu entstandenen Lage im Auge behalten und ihren Einfluss in Eurasien so einsetzen, dass ein stabiles kontinentales Gleichgewicht mit den Vereinigten Staaten als politischem Schiedsrichter entsteht.

Eurasien ist somit das Schachbrett, auf dem sich auch in Zukunft der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird. Erst 1940 hatten sich zwei Aspiranten auf die Welt-macht, Adolf Hitler und Joseph Stalin, expressis verbis darauf verständigt (während der Geheimverhandlungen im Novem-ber jenes Jahres), dass Amerika von Eurasien ferngehalten werden sollte. Jedem der beiden war klar, dass seine Welt-machtpläne vereitelt würden, sollte Amerika auf dem eurasi-schen Kontinent Fuß fassen. Beide waren sich einig in der Auffassung, dass Eurasien der Mittelpunkt der Welt sei und mithin derjenige, der Eurasien beherrsche, die Welt beherr-sche. Ein halbes Jahrhundert später stellt sich die Frage neu:

Wird Amerikas Dominanz in Eurasien von Dauer sein, und zu welchen Zwecken könnte sie genutzt werden?

Amerikanische Politik sollte letzten Endes von der Vision einer besseren Welt getragen sein: der Vision, im Einklang mit langfristigen Trends sowie den fundamentalen Interessen der Menschheit eine auf wirksame Zusammenarbeit beruhende Weltgemeinschaft zu gestalten. Aber bis es soweit ist, lautet das Gebot, keinen eurasischen Herausforderer aufkommen zu lassen, der den eurasischen Kontinent unter seine Herr-schaft bringen und damit auch für Amerika eine Bedrohung darstellen könnte. *Ziel dieses Buches ist es deshalb, im Hin-blick auf Eurasien eine umfassende und in sich geschlossene Geostrategie zu entwerfen.*

Zbigniew Brzezinski
Washington, DC.
im April 1997

1
EINE HEGEMONIE NEUEN TYPS

Hegemonie ist so alt wie die Menschheit. Die gegenwärtige globale Vorherrschaft der USA unterscheidet sich jedoch von allen früheren historischen Beispielen durch ihr plötzliches Zustandekommen, ihr weltweites Ausmaß und die Art und Weise, auf die sie ausgeübt wird. Bedingt durch die Dynamik internationaler Prozesse hat sich Amerika im Laufe eines ein-zigen Jahrhunderts von einem relativ isolierten Land der westlichen Hemisphäre in einen Staat von nie dagewesener Ausdehnung und beispielloser Macht verwandelt.

Der kurze Weg zur globalen Vorherrschaft

Der spanisch-amerikanische Krieg 1898 war der erste Erobe-rungskrieg, den die USA in Übersee führten. Er hatte einen Vorstoß amerikanischer Macht bis weit über Hawaii und die Philippinen hinaus in den pazifischen Raum zur Folge. Um die Jahrhundertwende entwickelten amerikanische Militär-strategen eifrig Theorien für eine Vorherrschaft auf zwei Weltmeeren, und die amerikanische Kriegsmarine

machte sich daran, Britannien seine *die Meere beherrschende* Rolle

streitig zu machen. Mit dem Bau des Panamakanals, der eine Vorherrschaft sowohl über den Atlantik als auch den Stillen Ozean erleichterte, bekräftigten die Vereinigten Staaten ihre Ansprüche auf einen Sonderstatus als alleiniger Sicherheits-garant der westlichen Hemisphäre, den sie bereits Anfang des Jahrhunderts in der Monroe-Doktrin verkündet und in der Folgezeit mit Amerikas angeblich »offenkundigem Schick-sale« gerechtfertigt hatten.

Das Fundament für Amerikas zunehmende geopolitische Ambitionen hatte die rasche Industrialisierung der nationalen Wirtschaft gelegt. Beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs stell-te die wachsende amerikanische Wirtschaftskraft bereits etwa ein Drittel des globalen Bruttosozialproduktes und hatte Großbritannien den Rang als führende Industriemacht abge-laufen. Begünstigt wurde diese beachtliche wirtschaftliche Dynamik durch eine experimentierfreudige und innovatori-sche Kultur. Amerikas politische Institutionen und seine freie Marktwirtschaft eröffneten ehrgeizigen und himmelstürmen-den Erfindern beispiellose Möglichkeiten, da keine archai-schen Privilegien und starren gesellschaftlichen Hierarchien sie daran hinderten, ihre persönlichen Träume zu verwirkli-chen. Kurzum, das kulturelle Klima in den USA war dem wirtschaftlichen Wachstum auf einzigartige Weise förderlich; darüber hinaus zog die nationale Kultur die begabtesten Menschen aus Europa an und ermöglichte dank ihrer integra-tiven Wirkung die Ausdehnung nationaler Macht.

Der Erste Weltkrieg bot erstmals die Gelegenheit für einen massiven Einsatz amerikanischer Militärmacht in Europa. Ein bis dahin ziemlich isolierter Staat beförderte prompt mehrere starke Truppenkontingente

über den Atlantik — eine überseeische Militärexpedition, wie es sie in dieser Größen-ordnung und in diesem Umfang nie zuvor gegeben hatte —und tat damit kund, dass nun ein neuer Hauptakteur die inter-nationale Bühne betrat. Nicht minder bedeutsam war, dass der

Krieg die USA auch zu ihrer ersten größeren diplomatischen Bemühung bewog, bei der Suche nach einer Lösung der inter-nationalen Probleme Europas amerikanische Prinzipien ins Spiel zu bringen. Woodrow Wilsons berühmter Vierzehn-Punkte-Plan symbolisierte gewissermaßen die Einschleusung amerikanischen idealistischen Gedankenguts in die europäi-sche Geopolitik. (Eineinhalb Jahrzehnte vorher hatten die USA eine führende Rolle bei der Beilegung eines fernöstli-chen Konflikts zwischen Russland und Japan gespielt und auch dadurch ihr zunehmend internationales Gewicht gel-tend gemacht.) Die Verschmelzung von amerikanischem Idealismus mit amerikanischer Macht kam somit auf der in-ternationalen Ebene voll zum Tragen.

Genaugenommen war jedoch der Erste Weltkrieg ein über-wiegend europäischer Konflikt, kein Weltkrieg. Aber sein selbstzerstörerischer Charakter markierte den Anfang vom Ende der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Domi-nanz Europas gegenüber dem Rest der Welt. Während des Krieges vermochte sich keine der europäischen Mächte ent-scheidend durchzusetzen — erst der Eintritt der aufsteigenden außereuropäischen Macht Amerika in den Konflikt hat den Ausgang des Krieges nachhaltig beeinflusst. Danach sollte Europa zunehmend seine aktive Rolle einbüßen und zum Objekt der Weltpolitik werden.

Diese kurze Anwandlung globaler Führerschaft hatte aller-dings kein ständiges Engagement der USA auf der internatio-nalen Bühne zur Folge. Statt dessen zog sich Amerika schnell in einer selbstgenügsamen Mischung

aus Isolationismus und Idealismus zurück. Obwohl Mitte der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre totalitäre Regime auf dem europäischen Kontinent an Boden gewannen, behielt Amerika, das inzwi-schen über eine schlagkräftige, auf zwei Weltmeeren präsente Flotte verfügte, die der britischen Kriegsmarine eindeutig überlegen war, seine unbeteiligte Haltung bei. Die Amerikaner

zogen es vor, das Weltgeschehen aus der Zuschauerper-spektive zu verfolgen.

Im Einklang mit dem nationalen Sicherheitskonzept, das auf der Auffassung gründete, Amerika sei eine kontinentale Insel, konzentrierte es sich strategisch auf den Küstenschutz. Aufgrund dieses eng nationalen Zuschnitts zeigte die ameri-kanische Politik wenig Interesse für internationale oder glo-bale Faktoren. Die entscheidenden Akteure auf dem interna-tionalen Parkett waren nach wie vor die europäischen Mächte und in immer stärkerem Maße Japan.

Das europäische Zeitalter der Weltgeschichte ging während des Zweiten Weltkriegs, der erstmals wirklich ein »Welt-krieg« war, definitiv zu Ende. Auf drei Kontinenten und zwei Weltmeeren gleichzeitig ausgefochten, trat sein globales Aus-maß auf geradezu sinnbildliche Weise zutage, als sich briti-sche und japanische Soldaten Tausende Meilen von ihren Heimatländern entfernt an der Grenze zwischen Indien und Birma heftige Gefechte lieferten. Europa und Asien waren zu einem einzigen Schlachtfeld geworden.

Hätte der Krieg mit einem klaren Sieg des nationalsoziali-stischen Deutschlands geendet, so wäre möglicherweise eine einzige europäische Macht mit weltweitem Übergewicht dar-aus hervorgegangen. (Japans Sieg im Stillen Ozean hätte Nip-pon die beherrschende Rolle im Fernen Osten

eingetragen, aber aller Wahrscheinlichkeit nach wäre es trotzdem eine nur regionale Hegemonialmacht geblieben.) Statt dessen wurde Deutschlands Niederlage zum größten Teil durch die beiden außereuropäischen Sieger, die Vereinigten Staaten und die So-wjetunion, besiegelt. Sie meldeten nun, nachdem Europas Weltmachtstreben gescheitert war, Ansprüche auf die globale Vorherrschaft an.

Die nachfolgenden fünfzig Jahre standen im Zeichen des amerika-nisch-sowjetischen Wettstreits um die globale Vor-machtstellung. In mancherlei Hinsicht löste der Konflikt

zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion die Lieblingstheorien der Geopolitiker ein: Er stellte die führen-de Seemacht, die sowohl den Atlantik als auch den Pazifik beherrschte, der führenden Landmacht gegenüber, die auf dem eurasischen Kerngebiet die überragende Rolle spielte (der chinesisch-sowjetische Block umfasste einen Raum, der auffallend an die Ausdehnung des Mongolenreiches erinner-te). Die geopolitische Dimension hätte nicht klarer sein kön-nen: Nordamerika versus Eurasien, und auf dem Spiel stand die Welt. Der Sieger würde wirklich den Globus beherrschen.

Jeder der beiden Gegner warb weltweit für seine Ideologie, welche die notwendigen Anstrengungen in seinen Augen hi-storisch rechtfertigte und ihn in seiner Überzeugung vom un-vermeidlichen Sieg bestärkte. Die beiden Kontrahenten wa-ren in ihrem Einflussbereich unangefochten — anders als die Anwärter auf globale Vorherrschaft im kaiserlichen Europa, von denen es keiner jemals schaffte, auch nur in Europa die eindeutige Vormachtstellung zu erlangen. Um seinen Einfluss auf die jeweiligen Vasallen und Tributpflichtigen zu festigen, setzten beide Kontrahenten ihre Weltanschauung auf eine Art und Weise ein, die an das Zeitalter der

Glaubenskriege ge-mahnte.

Der globale geopolitische Rahmen verlieh im Verein mit dem Absolutheitsanspruch der miteinander konkurrierenden Dogmen dem Machtkampf eine beispiellose Intensität. Eine wirklich einzigartige Qualität erhielt dieser Wettstreit von ei-nem zusätzlichen Faktor von weltpolitischer Tragweite. Das Aufkommen von Atomwaffen hatte zur Folge, dass ein direk-ter, herkömmlicher Krieg zwischen den beiden Hauptkontra-henten nicht nur deren gegenseitige Vernichtung bedeutet, sondern auch für einen erheblichen Teil der Menschheit töd-liche Konsequenzen gehabt hätte. Die Heftigkeit des Kon-flikts nötigte daher den beiden Gegnern zugleich eine außer-ordentliche Selbstbeherrschung ab.

Der chinesisch-sowjetische Block und die drei wichtigsten strategischen Fronten

Geopolitisch wurde der Konflikt vor allem an den Rändern des eurasischen Kontinents ausgetragen. Der chinesisch-so-wjetische Block hatte den größten Teil der eurasischen Landmasse unter Kontrolle, nicht jedoch ihre

Randgebiete. Nord-amerika gelang es, sich sowohl an den westlichen Küsten als auch an denen des Fernen Ostens festzusetzen. Die Verteidi-gung dieser kontinentalen Brückenköpfe (die an der westli-chen »Front« durch die Berlin-Blockade und an der östlichen durch den Koreakrieg sinnfällig wurden) war somit der erste strategische Test in dem Ringen, das nachfolgend als Kalter Krieg in die Geschichte einging.

In dessen Endphase tauchte auf der eurasischen Landkarte eine dritte — südliche Verteidigungs»front« — auf (siehe Kar-te). Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan beschwor von seiten der USA prompt eine zweigleisige Reaktion herauf: di-rekte Unterstützung des afghanischen Widerstands vor Ort, damit sich die sowjetische Armee festfahre, und eine massive

Steigerung amerikanischer Militärpräsenz im Persischen Golf als Abschreckungsmaßnahme gegen jeden weiteren südwärts gerichteten Vorstoß sowjetischer Macht. Entsprechend ihrer Sicherheitsinteressen im Westen und Osten Eurasiens ver-pflichteten sich die Vereinigten Staaten zur Verteidigung der Golfregion.

Das von amerikanischer Seite erfolgreich betriebene Ein-dämmen der Bemühungen des eurasischen Blocks, den ge-samten Kontinent unter seine Kontrolle zu bekommen — bis zum Schluss scheuten beide Seiten ein militärisches Aufeinan-dertreffen aus Angst vor einem nuklearen Krieg —, bewirkte, dass der Wettstreit schließlich mit nichtmilitärischen Mitteln entschieden wurde. Politische Energie$_1$ ideologische Flexibili-tät, wirtschaftliche Dynamik und kulturelle Attraktivität ga-ben letztlich den Ausschlag.

Während die von Amerika angeführte Koalition ihre Ge-schlossenheit bewahren konnte, brach der chinesisch-sowje-tische Block in weniger

als zwei Jahrzehnten auseinander. Dies war nicht zuletzt auf die gegenüber dem hierarchischen und dogmatischen — und zugleich brüchigen — Charakter des kommunistischen Lagers größere Flexibilität der demokrati-schen Koalition zurückzuführen. Auch dieser lagen gemein-same Werte zugrunde, aber ohne programmatische Festle-gung. Das kommunistische Lager indes bestand dogmatisch auf der Bewahrung der reinen Lehre, zu deren Auslegung nur eine einzige Zentrale befugt war. Amerikas wichtigste Vasal-len waren außerdem deutlich schwächer als die USA, wäh-rend die Sowjetunion China nicht auf unbestimmte Zeit als eine ihr untergeordnete Macht behandeln konnte. Maßgeb-lich für den Ausgang des Kalten Krieges war ferner die Tatsa-che, dass sich die amerikanische Seite in ökonomischer und technologischer Hinsicht als wesentlich dynamischer erwies. Die Sowjetunion hingegen stagnierte allmählich und konnte weder mit dem Wirtschaftswachstum noch mit der Militär-

technologie der Gegenseite effektiv Schritt halten. Der wirt-schaftliche Niedergang wiederum leistete der ideologischen Demoralisierung Vorschub.

Tatsächlich verdeckte die sowjetische Militärmacht — und die Furcht, die sie im Westen auslöste — lange Zeit das eigent-liche Ungleichgewicht zwischen den beiden Kontrahenten. Amerika war einfach viel reicher technologisch viel höher entwickelt, auf militärischem Gebiet flexibler und innovati-ver und von seiner Gesellschaftsform her kreativer und ansprechender. Indessen lähmten ideologische Zwänge das schöpferische Potential der Sowjetunion; sie ließen das Sy-stem zunehmend erstarren, so dass seine Ökonomie immer unwirtschaftlicher und auf technologischem Gebiet immer weniger konkurrenzfähig wurde. Solange kein beide Seiten

vernichtender Krieg ausbrach, musste der sich hinziehende Wettstreit schließlich zugunsten Amerikas ausgehen.

Der Ausgang war denn auch nicht unwesentlich von kultu-rellen Faktoren bestimmt. Im großen und ganzen machte sich die von Amerika angeführte Koalition viele Wesensmerkmale seiner politischen und sozialen Kultur zu eigen. Die beiden wichtigsten Verbündeten der USA am westlichen bezie-hungsweise östlichen Rand des eurasischen Kontinents, Deutschland und Japan, erholten sich wirtschaftlich und zoll-ten allem Amerikanischen eine nahezu schrankenlose Be-wunderung. Weit und breit sah man in den USA das Symbol und den Garanten für die Zukunft, eine Gesellschaft, die Be-wunderung und nachgeahmt zu werden verdient.

Im Gegensatz dazu wurde Russland von den meisten sei-ner mitteleuropäischen Vasallen und mehr noch von seinem wichtigsten und immer anmaßender auftretenden östlichen Verbündeten China kulturell verachtet. Die Mitteleuropäer fühlten sich unter russischer Vorherrschaft von ihrer philo-sophischen und kulturellen Heimat, von Westeuropa und seiner christlich-abendländischen Tradition, isoliert. Schlim--

mer noch, sie sahen sich von einem Volk beherrscht, dem sich die Mitteleuropäer, oft zu Unrecht, kulturell überlegen fühlten.

Die Chinesen, für die der Name Russland *hungriges Land* bedeutet, hielten mit ihrer Verachtung nicht hinter dem Berg. Obwohl sie die von Moskau geltend gemachte Allgemeinver-bindlichkeit des sowjetischen Modells anfänglich nur insge-heim bestritten hatten, stellten sie doch binnen eines Jahr-zehnts nach der kommunistischen Revolution Moskaus ideologischen Führungsanspruch ganz entschieden in Frage, und scheuten sich nicht, ihre traditionelle Geringschätzung für die barbarischen

Nachbarn im Norden offen zu äußern.

Am Ende lehnten in der Sowjetunion die 50 Prozent der Bevölkerung, die keine Russen waren, Moskaus Herrschaft ab. Im Zuge des allmählichen politischen Erwachens des nicht-russischen Bevölkerungsteils nahmen Ukrainer, Geor-gier, Armenier und Aserbaidschaner die Sowjetmacht als eine Form imperialistischer Fremdherrschaft durch ein Volk wahr, dem sie sich kulturell durchaus nicht unterlegen fühlten. In Zentralasien mögen nationale Bestrebungen weniger ausge-prägt gewesen sein, doch nach und nach wuchs bei den dorti-gen Völkern das Bewusstsein islamischer Identität, das durch das Wissen um die in anderen Weltteilen fortschreitende Ent-kolonialisierung verstärkt wurde.

Wie so viele Weltreiche vor ihr brach die Sowjetunion schließlich in sich zusammen und zerfiel: weniger das Opfer einer direkten militärischen Niederlage als der durch wirt-schaftliche und gesellschaftliche Spannungen beschleunigten Desintegration. Die zutreffende Beobachtung eines Politolo-gen bestätigt ihr Schicksal:

Weltreiche sind von Natur aus politisch instabil, weil un-tergeordnete Einheiten fast immer nach größerer Autonomie streben und Gegen-Eliten in solchen Einheiten fast jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um größere Autonomie zu er-

langen. In diesem Sinn fallen Weltreiche nicht in sich zusam-men; sie fallen *auseinander*, zumeist sehr langsam, aber manchmal auch erstaunlich rasch.[1]

Die einzige Weltmacht

Der Zusammenbruch ihres Rivalen versetzte die Vereinigten Staaten in

eine außergewöhnliche Lage. Sie wurden gleichzei-tig die erste und die einzig wirkliche Weltmacht. Und doch erinnert Amerikas globale Vorherrschaft in mancherlei Weise an frühere Weltreiche, ungeachtet deren begrenzterer Aus-dehnung. Diese Imperien gründeten ihre Macht auf eine Hierarchie von Vasallenstaaten, tributpflichtigen Provinzen, Protektoraten und Kolonien; die Völker jenseits der Grenzen betrachteten sie gemeinhin als Barbaren. Bis zu einem gewis-sen Grad lassen sich diese anachronistischen Begriffe durch-aus auf einige Staaten anwenden, die sich gegenwärtig inner-halb des amerikanischen Orbit befinden. Wie in der Vergangenheit beruht auch die *imperiale* Macht Amerikas in hohem Maße auf der überlegenen Organisation und auf der Fähigkeit, riesige wirtschaftliche und technologische Res-sourcen umgehend für militärische Zwecke einzusetzen, auf dem nicht genauer bestimmbaren, aber erheblichen kulturel-len Reiz des *american way of life* sowie auf der Dynamik und dem ihr innewohnenden Wettbewerbsgeist der Führungs-kräfte in Gesellschaft und Politik.

Auch früheren Weltreichen waren diese Merkmale eigen. Dazu fällt einem als erstes Rom ein. In einem Zeitraum von ungefähr zweieinhalb Jahrhunderten weitete es sukzessive

1 Donald Puchala. “The History of the Future of International Relations” *Ethics and International Affairs* 8 (1994), p. 183.

Das Römische Imperium auf dem Höhepunkt seiner Macht

sein Gebiet nach Norden, dann nach Westen und Südosten aus und beherrschte die gesamte Küstenregion des Mittel-meers. Seine größte geographische Ausdehnung erreichte das Imperium um das Jahr 211 n. Chr. (siehe Karte auf dieser Sei-te). Das Römische Reich war ein zentralistisches Staatswesen mit einer autarken Wirtschaft. Mit einem hochentwickelten System politischer und wirtschaftlicher Organisation übte es seine imperiale Macht besonnen und gezielt aus. Ein nach strategischen Gesichtspunkten angelegtes, von der Haupt-stadt ausgehendes Netz von Straßen und Schiffahrtsrouten gestattete — im Falle einer größeren Bedrohung — eine rasche Umverlegung und Konzentration der in den verschiedenen Vasallenstaaten und tributpflichtigen Provinzen stationierten römischen Legionen.

Auf dem Höhepunkt seiner Macht zählten die im Ausland eingesetzten römischen Legionen nicht weniger als 300 000 Mann — eine beachtliche Streitkraft, die dank römischer Überlegenheit in Taktik und Bewaffnung wie auch dank der Fähigkeit des Zentrums, seine Truppen relativ schnell umzu-gruppieren, noch tödlicher wurde. (Erstaunlich ist, wenn man bedenkt, dass die über wesentlich mehr Einwohner ver-fügende Supermacht Amerika 1996 die äußeren Bereiche ih-rer Einflusssphäre durch 296 000 in Europa stationierte Be-rufssoldaten schützte.)

Roms imperiale Macht beruhte indessen auch auf einem wichtigen psychologischen Sachverhalt: *Civis Romanus sum* — ich bin römischer Bürger — war gewissermaßen ein Ehrenti-tel, Grund, stolz zu sein, und für viele ein hohes Ziel. Schließ-lich selbst jenen gewährt, die keine gebürtigen Römer waren, war der Status des römischen Bürgers Ausdruck kultureller Überlegenheit, die dem imperialen Sendungsbewusstsein als Rechtfertigung diente. Sie legitimierte nicht nur Roms Herr-schaft, sondern nährte auch in den ihr Unterworfenen den Wunsch, in die Reichsstruktur aufgenommen und ihr assimi-liert zu werden. Somit stützte die von den Herrschern als selbstverständlich betrachtete und von den Beherrschten an-erkannte kulturelle Überlegenheit die imperiale Macht.

Dieses überragende und im wesentlichen unangefochtene Imperium hatte etwa dreihundert Jahre Bestand. Mit Aus-nahme der Herausforderung des nahen Karthagos und, am östlichen Rand, des Partherreichs, war die Welt jenseits der römischen Grenzen weitgehend unzivilisiert, schlecht orga-nisiert, zumeist nur zu sporadischen Angriffen fähig und kul-turell klar unterlegen. Solange sich das Imperium seine innen-politische Energie und Geschlossenheit bewahren konnte, erwuchs ihm von außen kein ernst zu nehmender Konkur-rent um die Macht.

Der letzten Endes vollkommene Zerfall des Römischen

Reiches ist im wesentlichen auf drei Ursachen zurückzuführ-ren. Erstens wurde das Reich zu groß, um von einem einzigen Zentrum aus regiert zu werden, und die Aufteilung in eine westliche und eine östliche Hälfte zerstörte automatisch die Monopolstellung seiner Macht. Zweitens brachte die längere Phase kaiserlicher Hybris gleichzeitig einen kulturellen He-donismus hervor, der der politischen Elite nach und nach den Willen zu imperialer Größe nahm. Drittens untergrub auch die anhaltende Inflation die Fähigkeit des Systems, sich ohne soziale Opfer, zu denen die Bürger nicht mehr bereit waren, am Leben zu erhalten. Das Zusammenwirken von kulturel-lem Niedergang, politischer Teilung und Inflation machte Rom sogar gegenüber den Barbarenvölkern in seiner unmit-telbaren Nachbarschaft wehrlos.

Nach heutigen Maßstäben war Rom keine wirkliche Welt-macht, sondern eine regionale Macht. Doch angesichts der Tatsache, dass damals kein Zusammenhang zwischen den ver-schiedenen Kontinenten der Erde bestand, war seine regiona-le Macht unabhängig und in sich geschlossen, ohne unmittel-bare oder selbst ferne Gegner. Das römische Imperium war somit eine Welt für sich, und seine hochentwickelte politische Organisation und seine kulturelle Überlegenheit machten es zu einem Vorläufer späterer Herrschaftsgebilde von noch größerer geographischer Ausdehnung.

Trotzdem war das römische Imperium nicht einzigartig in seiner Zeit. Das Römische und das Chinesische Reich entstan-den nahezu in derselben Epoche, obwohl keines vom anderen wusste. Im Jahre 221 v. Chr. (zur Zeit der Punischen Kriege zwischen Rom und Karthago), nachdem Qin die bestehenden sieben Staaten zum ersten Chinesischen Reich vereinigt hatte, war mit dem Bau der Großen Mauer in Nordchina begonnen worden, um das innere Königreich von der Welt der Barbaren jenseits der Grenze abzuriegeln. Das nachfolgende Han--Reich, das um 140 v. Chr.

Hervorzutreten begann, war in seiner

Ausdehnung und Organisation noch eindrucksvoller. Zu Be-ginn des christlichen Zeitalters waren nicht weniger als 57 Mil-lionen Menschen seiner Herrschaft unterworfen. Diese riesige Bevölkerungszahl zeugte von einer außerordentlich effizien-ten Zentralgewalt, die von einer straff organisierten Strafbüro-kratie ausgeübt wurde. Das Einflussgebiet des Imperiums er-streckte sich bis zum heutigen Korea, in die Mongolei hinein und umfasste einen Großteil des chinesischen Küstenbereichs. Ähnlich wie im Falle Roms zersetzten innere Missstände auch das Han-Reich, und schließlich beschleunigte die Aufteilung des Territoriums in drei unabhängige Königreiche im Jahre 220 n.Chr. seinen Untergang.

In Chinas weiterer Geschichte wechselten Perioden der Wiedervereinigung und Ausdehnung mit solchen des Nieder-gangs und Zerfalls. Mehr als einmal gelang es China, unab-hängige, von der Außenwelt abgeschlossene Reiche zu errich-ten, die mit keinem gut organisierten äußeren Gegner konfrontiert waren. Auf die Dreiteilung des Han-Reiches folgte im Jahre 589 neuerlich ein dem früheren Großreich ver-gleichbarer einheitlicher Staat. Die Zeit der größten Machtentfaltung erlebte China jedoch erst unter den Mandschus, insbesondere während der frühen Qing-Dynastie. Im 18. Jahrhundert entfaltete sich China noch einmal zu einem regel-rechten Imperium, dessen Herrschaftszentrum von Vasallen und tributpflichtigen Staaten einschließlich dem heutigen Ko-rea, Indochina, Thailand, Birma und Nepal umgeben war. Chinas Macht erstreckte sich vom heutigen Fernen Osten Russlands über das gesamte südliche Sibirien bis zum Baikal-see und weiter bis in das derzeitige Kasachstan, von dort nach Süden bis zum Indischen Ozean und wieder ostwärts über Laos und Nordvietnam (siehe nachfolgende Karte).

Wie Rom verfügte auch dieses Imperium über eine diffe-renzierte Ordnung des Finanz-, Wirtschafts- und Erzie-hungswesens sowie über ein System der Herrschaftssi--

Das Mandschu-Reich auf dem Höhepunkt seiner Macht

Gebiete des Mandschu-Reichs, die seiner Kolonialgerichtsbarkeit unterstanden

cherung, mit deren Hilfe das riesige Territorium und die mehr als 300 Millionen Untertanen regiert wurden. Die Machtaus-übung lag in den Händen einer politischen Zentralgewalt, die über einen erstaunlich leistungsstarken Kurierdienst verfüg-te. Das gesamte Imperium war in vier, strahlenförmig von Pe-king ausgehende Zonen eingeteilt, auf denen die Gebiete ab-gesteckt waren, die ein Kurier in einer Woche, in zwei, drei und vier Wochen erreichen konnte. Eine zentralisierte, pro-fessionell geschulte und durch Auswahlverfahren rekrutierte Bürokratie, bildete die

Hauptstütze der Einheit.

Gestärkt, legitimiert und erhalten wurde diese Einheit — ebenfalls wie im Falle Roms — durch ein tiefempfundenes und fest verankertes Bewusstsein kultureller Überlegenheit, das nicht zuletzt auf dem Konfuzianismus fußte. Die besondere

Betonung von Harmonie, Hierarchie und Disziplin empfahl ihn geradezu als staatstragende Philosophie. China — das Himmlische Reich — galt seinen Untertanen als der Mittel-punkt des Universums, an dessen Rändern und jenseits der-selben es nur noch Barbaren gab. Chinese zu sein bedeutete, kultiviert zu sein und verpflichtete die übrige Welt, China die gebührende Verehrung zu zollen. Dieses besondere Überle-genheitsgefühl kommt in der Antwort zum Ausdruck, die der Kaiser von China — sogar in der Phase des fortschreitenden Niedergangs im späten 18. Jahrhundert — Georg III. von Eng-land zukommen ließ, dessen Gesandte mit britischen Indu-strieprodukten als Zeichen britischer Gunstbezeugung China für Handelsbeziehungen hatten gewinnen wollen:
»Wir, durch die Gnade des Himmels Kaiser, belehren den König von England, unsere Anklage zur Kenntnis zu neh-men: Das Himmlische Reich, das alles beherrscht, was zwi-schen vier Meeren liegt ... schätzt keine seltenen und kostba-ren Dinge ... auch haben wir nicht den geringsten Bedarf an Manufakturen Eueres Landes ... Daher haben wir Euren Tri-butgesandten befohlen, sicher nach Hause zurückzukehren. Ihr, o König, sollt einfach in Einklang mit unseren Wünschen handeln, indem Ihr Euere Loyalität stärkt und ewigen Ge-horsam schwört.«

Auch der Niedergang und Zusammenbruch der verschiede-nen chinesischen Reiche ist in erster Linie auf innerstaatliche Faktoren

zurückzuführen. Ebenso wie die Mongolen konn-ten sich später westliche »Barbaren« durchsetzen, weil innere Ermüdung, Sittenverfall, Hedonismus und der Mangel an wirtschaftlichen wie auch militärischen Ideen die Willens-kraft der Chinesen schwächten und sie in Selbstgenügsamkeit erstarren ließen. Äußere Mächte nutzten Chinas Siechtum aus — Großbritannien im Opiumkrieg von 1839 bis 1842, Ja-pan ein Jahrhundert später. Aus dieser Erfahrung resultierte

das tiefe Gefühl kultureller Demütigung, das die Chinesen das ganze 20. Jahrhundert hindurch motiviert hat. Die Demü-tigung war für sie deshalb so schmerzlich, weil ihr fest veran-kertes Bewusstsein kultureller Überlegenheit mit der ernied-rigenden politischen Wirklichkeit des nachkaiserlichen Chinas zusammenprallte.

Ähnlich wie das einstige Römische Reich würde man heut-zutage das kaiserliche China als eine regionale Macht einstu-fen. Doch in seiner Blütezeit hatte China weltweit nicht sei-nesgleichen, da keine andere Macht imstande war, ihm seine Herrschaft streitig zu machen oder sich ihrer weiteren Aus-dehnung gegen den Willen der Chinesen zu widersetzen. Das chinesische System war unabhängig und autark, gründete auf einer im wesentlichen ethnisch homogenen Bevölkerung und zählte relativ wenig fremde Volksstämme in geographischer Randlage zu seinen Tributpflichtigen.

Aufgrund seines großen und beherrschenden ethnischen Kerns gelang China von Zeit zu Zeit immer wieder eine im-periale Restauration. In dieser Hinsicht unterschied es sich von anderen Großreichen, in denen zahlenmäßig kleine, aber vom Willen zur Macht getriebene Völker viel größeren eth-nisch fremden Bevölkerungen eine Zeitlang ihre Herrschaft auf zuzwingen vermochten. War jedoch einmal die Herrschaft solcher

Reiche mit kleiner Kernbevölkerung untergraben, kam eine imperiale Restauration nicht mehr in Frage.
Um eine etwas genauere Analogie zu unserem heutigen Verständnis zu finden, müssen wir uns dem erstaunlichen Phänomen des Mongolenreiches zuwenden. Es kam unter heftigen Kämpfen mit größeren und gut organisierten Geg-nern zustande. Zu den Besiegten gehörten die Königreiche Polen und Ungarn, die Streitkräfte des Heiligen Römischen Reichs, die russischen Fürstentümer, das Kalifat von Bagdad und später sogar die chinesische Sung Dynastie.

Nach dem Sieg über ihre regionalen Kontrahenten errich--

Ungefähre Ausdehnung der Mongolenherrschaft um 1280

teten Dschingis Khan und seine Nachfolger eine zentralge-steuerte

Herrschaft über das Gebiet, das spätere Geopolitiker als das Herzstück der Welt oder den Dreh- und Angelpunkt für globale Macht bezeichneten. Ihr euroasiatisches Konti-nentalreich erstreckte sich von den Küsten des Chinesischen Meeres bis nach Anatolien in Kleinasien sowie bis nach Mit-teleuropa (siehe Karte). Erst in der stalinistischen Blütezeit des chinesisch-sowjetischen Blocks fand das Mongolenreich auf dem eurasischen Kontinent schließlich seine Entspre-chung, soweit es die Reichweite der Zentralgewalt über an-grenzendes Gebiet betrifft.

Die Großreiche der Römer, Chinesen und Mongolen wa-ren die regionalen Vorläufer späterer Anwärter auf die Welt-macht. Wie bereits festgestellt, waren im Falle Roms und Chi--

nas die imperialen Strukturen sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht hoch entwickelt, während die weitverbreitete Anerkennung der kulturellen Überlegenheit des Zentrums eine wichtige Rolle für den inneren Zusam-menhalt spielte. Im Unterschied dazu erhielt das Mongolenreich seine politische Macht dadurch aufrecht, dass es sich un-mittelbarer auf die militärische Eroberung verließ, der die Anpassung (ja, sogar Assimilation) an die örtlichen Gegeben-heiten folgte.

Die imperiale Macht der Mongolen gründete zum größten Teil auf militärischer Vorherrschaft. Nachdem sie durch den brillanten und rücksichtslosen Einsatz überlegener Militärtaktiken, die eine bemerkenswerte Fähigkeit zu schneller Truppenbewegung und deren rechtzeitiger Konzentration verbanden, die Herrschaft über die eroberten Gebiete erlangt hatten, bildeten die Mongolen kein einheitliches Wirtschafts-- oder Finanzsystem aus, noch leitete sich ihre Autorität von irgendeinem Überlegenheitsgefühl kultureller Art ab. Die Mongolenherrscher waren zahlenmäßig zu schwach, um eine sich selbst

erneuernde Herrscherkaste zu bilden. Da den Mongolen ein klar definiertes Selbstbewusstein in kultureller oder ethnischer Hinsicht fremd war, fehlte es ihrer Führungs-elite auch an dem nötigen Selbstvertrauen.

Folglich erwiesen sich die mongolischen Herrscher als recht anfällig für die allmähliche Assimilation an die oft hö-her zivilisierten Völker, die sie erobert hatten. So wurde zum Beispiel einer der Enkel Dschingis Khans, der in dem chinesi-schen Teil des Khan-Reichs Kaiser geworden war, ein glühen-der Verfechter des Konfuzianismus; ein anderer bekehrte sich in seiner Eigenschaft als Sultan von Persien zum Islam; und ein dritter wurde der von der persischen Kultur geprägte Herrscher über den zentralasiatischen Raum.

Die Assimilation der Herrscher an die Beherrschten in Er-mangelung einer eigenen politischen Kultur sowie die unge--

löste Nachfolge des großen Khans und Reichsgründers führ-ten schließlich zum Untergang des Imperiums. Das Mongo-lenreich war zu groß geworden, um von einer einzigen Zen-trale aus regiert zu werden. Der Versuch, das Reich in mehrere unabhängige Gebiete zu teilen, um seinem Ausein-anderfallen zu begegnen, hatte eine noch schnellere Assimila-tion an die örtlichen Gegebenheiten zur Folge und beschleu-nigte die Auflösung. Nachdem sie zwei Jahrhunderte, von 1206 bis 1405, bestanden hatte, verschwand die größte Landmacht der Welt spurlos von der historischen Bühne.

Danach wurde Europa sowohl zum Sitz globaler Macht als auch zum Brennpunkt der Kämpfe um globale Macht. Inner-halb von etwa drei Jahrhunderten erlangte das kleine nord-westliche Randgebiet des eurasischen Kontinents — durch den Vorstoß seiner Seemacht — erstmals wirklich globale Vorherr-schaft, als europäische Macht sich bis in alle

Kontinente der Erde erstreckte und sich dort behauptete. Beachtenswert ist, dass die Hegemonialstaaten Westeuropas, gemessen an den Zahlen der effektiv Unterworfenen, nicht sehr bevölkerungs-reich waren. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts standen außerhalb der westlichen Hemisphäre, die zwei Jahrhunderte zuvor ebenfalls unter westeuropäischer Herrschaft gestanden hatte und vorwiegend von europäischen Emigranten und ih-ren Nachkommen besiedelt war, nur China, Russland, das Osmanische Reich und Äthiopien nicht unter westeuropäi-scher Oberhoheit (siehe Karte 5. 37).

Westeuropäische Vorherrschaft bedeutete jedoch nicht Aufstieg Westeuropas zur Weltmacht. Die weltweite Verbrei-tung seiner Zivilisation verhalf Europa zu seiner globalen Vormachtstellung, seine Macht auf dem Kontinent selbst war indes bruchstückhaft. Anders als die Eroberung des eurasi-schen Herzlandes durch die Mongolen oder das spätere Za-renreich war der europäische Imperialismus in Übersee das Ergebnis unablässiger transozeanischer Erkundung und der

Expansion des Seehandels. Dieser Prozess ging zudem mit ei-nem andauernden Ringen der führenden europäischen Staa-ten einher, und zwar nicht nur um die überseeischen Gebiete, sondern auch um die Hegemonie in Europa selbst. Geopoli-tisch betrachtet, war die globale Vormachtstellung Europas nicht aus der von einem einzelnen Staat in Europa ausgeübten Hegemonie abgeleitet.

Bis, grob gesagt, Mitte des **17.** Jahrhunderts blieb Spanien die herausragende europäische Macht. Ende des 15. Jahrhun-derts war es auch als bedeutende Kolonialmacht mit weltwei-ten Ambitionen hervorgetreten. Die Religion diente als ver-bindende Lehre und war Movens kaiserlichen Missionseifers. Daher bedurfte es eines päpstlichen Schiedsgerichts zwischen Spanien und seinem maritimen Nebenbuhler Portugal, um mit den Verträgen von Tordesilla (1494) und Saragossa (1529) eine offizielle Aufteilung der Welt in spanische und portugie-sische Kolonialsphären festzuschreiben. Konfrontiert mit Herausforderungen von seiten der

Engländer, Franzosen und Holländer, konnte Spanien weder in Westeuropa selbst noch in Übersee jemals eine echte Vormachtstellung behaupten.

Nach und nach büßte Spanien seine überragende Bedeu-tung ein, und Frankreich trat an seine Stelle. Bis 1815 war Frankreich die dominierende europäische Macht, obwohl sei-ne europäischen Kontrahenten es auf dem Kontinent wie in Übersee ständig in Schach zu halten versuchten. Unter Napo-leon war Frankreich nahe daran, ein echter europäischer He-gemonialstaat zu werden. Wäre es ihm gelungen, so hätte es vielleicht auch den Status einer beherrschenden Weltmacht -erlangen können. Indessen stellte die Niederlage, die ihm eine Koalition europäischer Staaten beibrachte, das kontinentale Machtgleichgewicht wieder her.

Das gesamte 19. Jahrhundert hindurch übte Großbritanni-en weltweit die Seeherrschaft aus. Bis zum Ersten Weltkrieg war London das international wichtigste Finanz- und Han--

delszentrum und »beherrschte« die britische Marine *die Mee-re.* Trotz seines Status als unbestrittene Kolonialmacht konn-te das britische Empire ebenso wenig wie die früheren euro-päischen Anwärter auf globale Hegemonie Europa im Alleingang beherrschen. Statt dessen vertraute England auf eine komplizierte Diplomatie des Machtgleichgewichts und schließlich auf eine englisch-französische Entente, um eine Vorherrschaft Russlands respektive Deutschlands auf dem Kontinent zu verhindern.

Das britische Kolonialreich erwuchs aus einem Zusam-menspiel von Entdeckungsdrang, Handelsinteresse und Er-oberungswillen. Aber wie bei seinen römischen und chinesi-schen Vorläufern oder seinen französischen oder spanischen Kontrahenten beruhte ein Gutteil seines Standvermögens auf dem Bewusstein kultureller Überlegenheit. Es entsprang nicht allein der subjektiven Wahrnehmung einer arroganten Füh-rungselite, sondern einer Einsicht, die viele nicht-britische Untertanen teilten. Um die Worte des ersten schwarzen Prä-sidenten Südafrikas, Nelson Mandela, zu zitieren: »Ich wurde in einer britischen Schule erzogen, und damals war England die Heimat des Besten, was die Welt zu bieten hatte. Ich habe den Einfluss, den England und die englische Geschichte und Kultur auf uns ausübten, nie verleugnet.« Da diese kulturelle Überlegenheit erfolgreich zur Geltung gebracht und still-schweigend anerkannt wurde, bedurfte es keiner großen Mi-litärmacht, um die Autorität der englischen Krone aufrecht-zuerhalten. Noch 1914 überwachten nur ein paar tausend britische Soldaten und Verwaltungsbeamte etwa elf Millionen Quadratmeilen und hielten fast 400 Millionen nichtbritische Untertanen im Zaum.

Kurzum, Rom übte seine Macht in erster Linie dank einer ausgezeichneten Militärorganisation und dem Reiz seiner kulturellen Errungenschaften aus. China stützte sich auf eine leistungsfähige

Verwaltung, um ein Reich zu regieren, das auf

einer gemeinsamen ethnischen Identität gründete und dessen Herrschaft durch ein hochentwickeltes Bewusstsein kulturel-ler Überlegenheit untermauert wurde. Das Mongolenreich basierte auf einer ausgefeilten, auf Eroberung abgestimmten Militärtaktik und einem Hang zur Assimilation. Die Briten (wie auch die Spanier, Niederländer und Franzosen) erlang-ten überragende Geltung, als sie in ihren überseeischen Han-delsniederlassungen ihre Flagge hissten und ihre Macht durch eine überlegene Militärorganisation sowie durch ein anma-ßendes Auftreten festigten. Aber keines dieser Reiche be-herrschte die Welt. Nicht einmal Großbritannien war eine wirkliche Weltmacht. Es beherrschte Europa nicht, sondern hielt es lediglich im Gleichgewicht. Ein stabiles Europa war für die internationale Führungsrolle Großbritanniens von zentraler Bedeutung, und die Selbstzerstörung der Alten Welt markierte zwangsläufig das Ende der britischen Vormacht-stellung.

Im Gegensatz dazu ist der Geltungsbereich der heutigen Weltmacht Amerika einzigartig. Nicht nur beherrschen die Vereinigten Staaten sämtliche Ozeane und Meere, sie verfü-gen mittlerweile auch über die militärischen Mittel, die Kü-sten mit Amphibienfahrzeugen unter Kontrolle zu halten, mit denen sie bis ins Innere eines Landes vorstoßen und ihrer Macht politisch Geltung verschaffen können. Amerikanische Armeeverbände stehen in den westlichen und östlichen Randgebieten des eurasischen Kontinents und kontrollieren außerdem den Persischen Golf. Wie die folgende Karte zeigt, ist der gesamte Kontinent von amerikanischen Vasallen und tributpflichtigen Staaten übersät, von denen einige allzu gern noch fester an Washington gebunden wären.Die Dynamik der amerikanischen Wirtschaft schafft die notwendige

Voraussetzung für die Ausübung globaler Vor-herrschaft. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war Amerika allen anderen Staaten ökonomisch weit überlegen,

stellte es doch mehr als 50 Prozent des weltweiten Bruttoso-zialprodukts. Die wirtschaftliche Erholung Westeuropas und Japans und die in den folgenden Jahrzehnten zutage tretende ökonomische Dynamik Asiens schmälerten schließlich den in den ersten Nachkriegsjahren überproportional hohen Anteil der USA am globalen Bruttosozialprodukt. Trotzdem hatte sich dieser und, genauer gesagt, Amerikas Anteil an der Indu-strieproduktion nach dem Ende des Kalten Kriegs bei etwa 30 Prozent stabilisiert, auf einem Niveau, das in diesem Jahrhun-dert die meiste Zeit über die Norm gewesen war.

Wichtiger noch, die USA konnten ihren Vorsprung bei der Nutzung der

neuesten naturwissenschaftlichen Erkenntnisse zu militärischen Zwecken behaupten, ja sogar noch vergrö-ßern. Infolgedessen verfügen sie heute über einen in techno-logischer Hinsicht beispiellosen Militärapparat, den einzigen mit einem weltweiten Aktionsradius. Die ganze Zeit über wahrte Amerika seinen starken Wettbewerbsvorteil in den auf wirtschaftlichem Gebiet ausschlaggebenden Informa-tionstechnologien. Seine Überlegenheit in diesen zukunfts-trächtigen Wirtschaftsbereichen deutet darauf hin, dass es sei-ne beherrschende Position auf technologischem Sektor wahr-scheinlich nicht so schnell einbüßen wird, zumal es in den ökonomisch entscheidenden Bereichen seinen Produktivi-tätsvorteil gegenüber den westeuropäischen und japanischen Konkurrenten halten oder sogar noch ausbauen kann.

Natürlich behagt Russland und China diese amerikanische Hegemonie ganz und gar nicht. Daraus machten die Vertreter beider Staaten Anfang des Jahres 1996 während eines Peking-Besuchs des russischen Präsidenten Boris Jelzin keinen Hehl. Überdies verfügen Russland und China über Atomwaffenar-senale, die vitale Interessen der USA bedrohen könnten. Das Dilemma der beiden ist allerdings, dass jeder von ihnen einen selbstmörderischen Atomkrieg auslösen, ihn aber vorerst und in absehbarer Zukunft nicht gewinnen kann. Da sie nicht in

der Lage sind, Truppenbewegungen über weite Entfernungen hinweg zu organisieren, um anderen ihren politischen Willen aufzuzwingen, und sie den Vereinigten Staaten technologisch weit hinterherhinken, fehlen ihnen schlicht und einfach die Mittel, weltweit politischen Einfluss auszuüben. Kurz, Amerika steht in den vier entscheidenden Domänen globaler Macht unangefochten da: seine weltweite Militärprä-senz hat nicht ihresgleichen, wirtschaftlich gesehen bleibt es *die* Lokomotive weltweiten Wachstums,

selbst wenn Japan und Deutschland in einigen Bereichen eine Herausforderung darstellen mögen (wobei freilich keines der beiden Länder sich der anderen Merkmale einer Weltmacht erfreut); es hält seinen technologischen Vorsprung in den bahnbrechenden Innovationsbereichen, und seine Kultur findet trotz einiger Mißgriffe nach wie vor weltweit, vor allem bei der Jugend, unübertroffen Anklang. All das verleiht den Vereinigten Staa-ten von Amerika eine politische Schlagkraft, mit der es kein anderer Staat auch nur annähernd aufnehmen könnte. *Das Zusammenspiel dieser vier Kriterien ist es, was Amerika zu der einzigen globalen Supermacht im umfassenden Sinne macht.*

Das globale Ordnungssystem der USA

Amerikas internationale Vorrangsstellung beschwört unwei-gerlich Erinnerungen an ähnliche Herrschaftssysteme frühe-rer Zeiten herauf, dennoch sind die Unterschiede gravierend. Sie gehen über die Frage der territorialen Ausdehnung hin-aus. Der weltweite Einfluß der USA basiert auf einem globalen System unverwechselbar amerikanischen Zuschnitts, das ihre innenpolitischen Erfahrungen widerspiegelt. Für diese ist der pluralistische Charakter der amerikanischen Gesell-schaft und Politik von zentraler Bedeutung.

Die früheren Imperien waren das Werk aristokratischer politischer Eliten und wurden in den meisten Fällen autoritär oder absolutistisch regiert. Das Gros ihrer Bevölkerungen war entweder politisch gleichgültig oder ließ sich — wie in der jüngeren Geschichte — von imperialistischen Stimmungen und Symbolen mitreißen. Das Streben nach nationalem

Ruhm, *the white man‘s burden, la mission civilisatrice*, ganz zu schweigen von den Möglichkeiten zu persönlicher Berei-cherung, diente dazu, Unterstützung für imperialistische Abenteuer zu mobilisieren und hierarchische Machtstruktu-ren aufrechtzuerhalten.
Die öffentliche Meinung in den USA bezog zu der Frage, ob diese ihre Macht international geltend machen sollten, viel weniger eindeutig Stellung. Den Eintritt Amerikas in den Zweiten Weltkrieg unterstützte die Öffentlichkeit hauptsäch-lich wegen der Schockwirkung, die der japanische Angriff auf Pearl Harbour ausgelöst hatte. Das Engagement der USA im Kalten Krieg fand anfangs bei der Bevölkerung nur geringe Zustimmung, zu einem Meinungsumschwung kam es erst mit der Berlin-Blockade und dem nachfolgenden Koreakrieg. Auch dass die USA aus dem Kalten Krieg als die einzige Welt-macht hervorgingen, löste in der Öffentlichkeit keine über-mäßige Schadenfreude aus; vielmehr wurde der Ruf nach ei-ner begrenzteren Definition amerikanischer Verantwortlich-keiten im Ausland laut. Aus Meinungsumfragen in den Jah-ren 1995 und 1996 ging hervor, dass der großen Mehrheit ein Weltmacht-sharing mit anderen Staaten lieber wäre als eine Monopolstellung der USA.

Aufgrund dieser innenpolitischen Faktoren stellt Ameri-kas globales Ordnungssystem stärker auf die Methode der Einbindung ab (wie im Fall der besiegten Gegner Deutsch-land und Japan und in jüngster Zeit sogar Russland) als die früheren Großmächte. Ebenso stark setzt es auf die indirekte Einflußnahme auf abhängige ausländische Eliten, derweil es

aus der Anziehungskraft seiner demokratischen Prinzipien und Institutionen großen Nutzen zieht. Der massive, aber nicht greifbare

Einfluss, den die USA durch die Beherrschung der weltweiten Kommunikationssysteme, der Unterhal-tungsindustrie und der Massenkultur sowie durch die durch-aus spürbare Schlagkraft seiner technologischen Überlegen-heit und seiner weltweiten Militärpräsenz ausüben, verstärkt dieses Vorgehen noch.

Die kulturelle Komponente der Weltmacht USA ist biswei-len unterschätzt worden; doch was immer man von ihren äs-thetischen Qualitäten halten mag, Amerikas Massenkultur besitzt, besonders für die Jugendlichen in aller Welt, eine ge-radezu magnetische Anziehungskraft. Ihre Attraktion mag von dem hedonistischen Lebensstil herrühren, den sie ent-wirft; ihr weltweit großer Anklang ist jedenfalls unbestritten. Amerikanische Fernsehprogramme und Filme decken etwa drei Viertel des Weltmarktes ab. Die amerikanische Pop-Mu-sik ist ein ebenso beherrschendes Phänomen, während Ame-rikas Marotten, Eßgewohnheiten, ja sogar seine Mode zuneh-mend imitiert werden. Die Sprache des Internets ist Englisch, und ein überwältigender Teil des Computer-Schnickschnacks stammt ebenfalls aus den USA und bestimmt somit die Inhal-te der globalen Kommunikation nicht unwesentlich. Und schließlich ist Amerika zu einem Mekka für jene jungen Leu-te geworden, die nach einer anspruchsvollen Ausbildung streben. Annähernd eine halbe Million ausländischer Studen-ten drängen alljährlich in die USA, und viele der Begabtesten kehren nie wieder nach Hause zurück. Absolventen amerika-nischer Universitäten sind in den Regierungskabinetten aller Herren Länder vertreten.

Überall auf der Welt imitieren demokratische Politiker Führungsstil und Auf-treten amerikanischer Vorbilder. Nicht nur John E Kennedy fand im Ausland eifrige Nachahmer, auch neuere (und weniger gepriesene) Politiker der USA

wurden zum Gegenstand sorgfältiger Studien und politischer Nachahmung. Politiker aus so unterschiedlichen Kulturkrei-sen wie Japan und England (beispielsweise der japanische Premierminister Mitte der neunziger Jahre, Ryutaro Hashi-moto, und der britische Premier Tony Blair — man beachte dabei das einem *Jimmy* Carter, *Bill* Clinton oder *Bob* Dole nachgebildete *Tony)* halten es für angebracht, Bill Clintons verbindlich joviale Art, sein volksnahes Auftreten und seine PR-Techniken zu kopieren.

Die allgemein mit der politischen Tradition Amerikas ver-knüpften demokratischen Ideale intensivieren noch, was manche Leute als Amerikas *Kulturimperialismus* wahrneh-men. In einer Zeit, da die demokratische Regierungsform so weit verbreitet ist wie niemals zuvor, dient die politische Er-fahrung der USA gern als Vorbild. Die Bedeutung, die immer mehr Staaten einer geschriebenen Verfassung und dem Vor-rang der Legislative gegenüber dem politischen Zweckden-ken beimessen, stützt sich auf die Stärke des amerikanischen Konstitutionalismus, wie trügerisch auch immer dies in der Praxis ist. Auch die in jüngster Zeit bei den ehemals kommu-nistischen Staaten zu beobachtende höhere Gewichtung des zivilen gegenüber dem militärischen Element (insbesondere als Vorbedingung für eine Mitgliedschaft in der NATO) ist von dem für die USA charakteristischen Verhältnis zwischen Gesellschaft und Militär nachhaltig beeinflusst.

Der Reiz und der Einfluss, die von der amerikanischen De-mokratie ausgehen, werden noch ergänzt durch die wachsen-de Zugkraft eines freien Unternehmertums, das auf unbe-schränkten Welthandel und ungehinderten Wettbewerb setzt. Da der westeuropäische Wohlfahrtsstaat, einschließlich sei-ner deutschen Variante, die auf *Mitbestimmung* zwischen Unternehmern und Gewerkschaften abstellt, seinen wirt-schaftlichen Schwung zu verlieren droht, vertreten immer mehr Europäer die Meinung, man müsse sich das stärker

wettbewerbsorientierte und auch rücksichtslose amerikani-sche Wirtschaftsmodell zum Vorbild nehmen, wenn Europa nicht weiter zurückfallen solle. Selbst in Japan erkennt man allmählich, dass größere Eigenverantwortung im Wirtschafts-gebaren ein notwendiger Begleitumstand wirtschaftlichen Erfolges ist.

Der Nachdruck, den die USA auf Demokratie und wirt-schaftliche Entwicklung legen, verbindet sich somit zu einer schlichten ideologischen Botschaft, die bei vielen Anklang findet: Das Streben nach persönlichem Erfolg vergrößert die Freiheit und schafft Wohlstand. Das ist der Nährboden einer unwiderstehlichen Mischung aus Idealismus und Egoismus. Individuelle *Selbstverwirklichung* gilt als ein gottgegebenes Recht, das gleichzeitig anderen zugute kommen kann, indem es ein Beispiel setzt und Wohlstand erzeugt. Diese Lehre zieht alle jene unweigerlich in ihren Bann, die Energie, Ehr-geiz und eine hohe Wettbewerbsbereitschaft mitbringen.

Da der *american way of life* in aller Welt mehr und mehr Nachahmer findet, entsteht ein idealer Rahmen für die Aus-übung der indirekten und scheinbar konsensbestimmten He-gemonie der Vereinigten Staaten. Und wie in der amerikani-schen Innenpolitik bringt diese Hegemonie eine komplexe Struktur miteinander verketteter Institutionen und Verfah-rensabläufe hervor, die Übereinstimmung herstellen und ein Ungleichgewicht an Macht und Einfluss verdecken sollen. Die globale Vorherrschaft Amerikas wird solchermaßen durch ein ausgetüfteltes System von Bündnissen und Koali-tionen untermauert, das buchstäblich die ganze Welt um-spannt.

Die Nordatlantische Allianz, die unter dem Kürzel NATO firmiert, bindet die produktivsten und einflussreichsten Staa-ten Europas an Amerika und

verleiht den Vereinigten Staaten selbst in innereuropäischen Angelegenheiten eine wichtige Stimme. Die bilateralen politischen und militärischen Bezie--

hungen binden die bedeutendste Wirtschaftsmacht Asiens an die USA, wobei Japan (zumindest vorerst) im Grunde ge-nommen ein amerikanisches Protektorat bleibt. Darüber hin-aus ist Amerika an den im Entstehen begriffenen transpazi-fischen multilateralen Organisationen, wie dem Forum für asiatisch-pazifische Wirtschaftskooperation (APEC), betei-ligt und nimmt auf diesem Weg großen Einfluss auf die Belan-ge dieser Region. Da die westliche Hemisphäre generell ge-genüber auswärtigen Einflüssen abgeschirmt ist, können die USA in den bestehenden multilateralen Organisationen auf dem amerikanischen Kontinent die Hauptrolle spielen. Be-sondere Sicherheitsvorkehrungen im Persischen Golf, vor al-lem nach der kurzen Strafexpedition gegen den Irak im Jahre 1991, haben diese wirtschaftlich vitale Region in ein amerika-nisches Militärgebiet verwandelt. Sogar der früher sowjeti-sche Raum ist mit verschiedenen von Amerika finanziell ge-förderten Abkommen zur engeren Zusammenarbeit mit der NATO, wie zum Beispiel der Partnerschaft für den Frieden, verknüpft.
Als Teil des amerikanischen Systems muss außerdem das weltweite Netz von Sonderorganisationen, allen voran die *in-ternationalen* Finanzinstitutionen, betrachtet werden. Offizi-ell vertreten der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank *globale* Interessen und tragen weltweit Verantwor-tung. In Wirklichkeit werden sie jedoch von den USA domi-niert, die sie mit der Konferenz von Bretton Woods im Jahre 1944 aus der Taufe hoben.

Anders als frühere Imperien ist dieses gewaltige und kom-plexe globale

System nicht hierarchisch organisiert. Amerika steht im Mittelpunkt eines ineinandergreifenden Univer-sums, in dem Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dia-log, durch Diffusion und in dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, D.C., aus-

geht. Das ist auch der Ort, wo sich der Machtpoker abspielt, und zwar nach amerikanischen Regeln. Vielleicht das größte Kompliment, mit dem die Welt anerkennt, dass im Mittel-punkt amerikanischer globaler Hegemonie der demokrati-sche Prozess steht, ist das Ausmaß, in dem fremde Länder in die amerikanische Innenpolitik verwickelt sind. Mit allen ih-nen zu Gebote stehenden Mitteln bemühen sich ausländi-sche Regierungen, jene Amerikaner zu mobilisieren, mit de-nen sie eine besondere ethnische oder religiöse Identität verbindet. Die meisten ausländischen Regierungen setzen auch amerikanische Lobbyisten ein, um ihre Sache, vor al-lem im Kongress, voranzubringen, gar nicht zu reden von den etwa tausend ausländischen Interessengruppen, die in Amerikas Hauptstadt registriert sind. Auch die ethnischen Gemeinschaften in den USA sind bestrebt, die Außenpolitik ihres Landes zu beeinflussen, hierbei stechen die jüdischen, griechischen und armenischen Lobmies als die am besten or-ganisierten hervor.

Die Vormachtstellung Amerikas hat somit eine neue inter-nationale Ordnung hervorgebracht, die viele Merkmale des amerikanischen Systems als solchem im Ausland nicht nur kopiert, sondern auch institutionalisiert:

- -ein kollektives Sicherheitssystem einschließlich integrierter Kommando- und Streitkräftestrukturen (NATO, der Si-cherheitsvertrag zwischen den USA und Japan usw.);
- -regionale Wirtschaftkooperation (APEC, NAFTA) und spezialisierte

Institutionen zu weltweiter Zusammenarbeit (die Weltbank, IWF, Welthandelsorganisation, WTO);

-Verfahrensweisen, die auf konsensorientierte Entschei-dungsfindung abzielen, selbst wenn die USA darin den Ton angeben;

-die Bevorzugung demokratischer Mitgliedschaft innerhalb der wichtigsten Bündnisse;

- eine rudimentäre weltweite Verfassungs- und Rechtsstruk-tur (angefangen mit dem Internationalen Gerichtshof IGH bis hin zu einem Sondertribunal zur Ahndung bosnischer Kriegsverbrechen).

Dieses System entstand bereits weitgehend in der Zeit des Kalten Krieges als Teil der Bemühungen Amerikas, seinen Mitkonkurrenten um die globale Vorherrschaft, die damalige Sowjetunion, in Schach zu halten. Seiner weltweiten Anwen-dung stand daher nichts mehr im Wege, als der Gegner tau-melte und Amerika als erste und einzige Weltmacht hervor-trat. Treffend fasste *der* Politologe G. John Ikenberry die wesentlichen Züge dieses Systems wie folgt zusammen:

»Es war hegemonial, insofern es um die Vereinigten Staaten zentriert war und politische Mechanismen und Organisati-onsprinzipien widerspiegelte, die die Handschrift der USA trugen. Es war liberal, da es legitimiert und durch wechselsei-tige Beziehungen geprägt war. Die Europäer [man könnte auch hinzufügen: die Japaner] konnten ihre gesellschaftlichen Strukturen und Volkswirtschaften wieder aufbauen und so integrieren, dass sie mit der amerikanischen Vorherrschaft im Einklang standen, ihnen aber auch genug Spielraum ließen, um mit ihren eigenen autonomen und halbautonomen politi-schen Systemen zu experimentieren ... Die Entwicklung die-ses komplexen Systems diente dazu, die Beziehungen der

be-deutenden westlichen Staaten zueinander zu domestizieren. Diese Staaten hatten sich immer wieder bekriegt, der ent-scheidende Punkt aber ist, dass Konflikte innerhalb einer fest verankerten, stabilen und immer besser gegliederten politi-schen Ordnung im Zaum gehalten wurden ... Die Kriegsge-fahr ist vom Tisch.«[2]

2 Aus seiner Studie ~Creating Liberal Order: The Origins and Persistence of the Postwar Western Settlement~, Universitv of Pennsylvania, Philadelphia, Novem-ber 1995.

Gegenwärtig gibt es niemanden, der diese beispiellose glo-bale Vormachtstellung der USA angreifen könnte. Aber wird sie auch in Zukunft unangefochten bleiben?

2

DAS EURASISCHE SCHACHBRETT

Amerikas geopolitischer Hauptgewinn ist Eurasien. Ein hal-bes Jahrtausend lang haben europäische und asiatische Mäch-te und Völker in dem Ringen um die regionale Vorherrschaft und dem Streben nach

Weltmacht die Weltgeschichte be-stimmt. Nun gibt dort eine nichteurasische Macht den Ton an
— und der Fortbestand der globalen Vormachtstellung Ameri-kas hängt unmittelbar davon ab, wie lange und wie effektiv es sich in Eurasien behaupten kann.
Auch diese politische Konstellation ist natürlich von be-grenzter Dauer. Wie lange sie bestehen und was auf sie folgen wird, ist nicht nur für Amerikas Wohlergehen, sondern auch für den internationalen Frieden von entscheidender Bedeu-tung. Das plötzliche Hervortreten der ersten und einzigen Weltmacht hat eine Lage geschaffen, in der ein abruptes Ende ihrer Vorherrschaft — sei es, weil sich die USA aus der Weltpo-litik zurückziehen, sei es, weil plötzlich ein erfolgreicher Gegner auftaucht — erhebliche internationale Instabilität aus-lösen würde. Die Folge wäre weltweite Anarchie. Der Polito-loge Samuel P. Huntington dürfte dann mit seiner kühnen Be-hauptung recht behalten:
»Ohne die Vorherrschaft der USA wird es auf der Welt mehr Gewalt und Unordnung und weniger Demokratie und

wirtschaftliches Wachstum geben, als es unter dem überra-genden Einfluss der Vereinigten Staaten auf die Gestaltung der internationalen Politik der Fall ist. Die Fortdauer der ameri-kanischen Vorherrschaft ist sowohl für das Wohlergehen und die Sicherheit der Amerikaner als auch für die Zukunft von Freiheit, Demokratie, freier Marktwirtschaft und internatio-naler Ordnung in der Welt von zentraler Bedeutung«.[3]
In diesem Zusammenhang kommt es darauf an, wie Ameri-ka mit Eurasien umgeht. Eurasien ist der größte Kontinent der Erde und geopolitisch axial. Eine Macht, die Eurasien be-herrscht, würde über zwei der drei höchstentwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen der Erde

gebieten. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, dass die Kontrolle über Eurasien fast automatisch die über Afrika nach sich zöge und damit die westliche Hemisphäre und Ozeanien gegenüber dem zentralen Kontinent der Erde geo-politisch in eine Randlage brächte (siehe Karte Seite 55). Na-hezu 75 Prozent der Weltbevölkerung leben in Eurasien, und in seinem Boden wie auch Unternehmen steckt der größte Teil des materiellen Reichtums der Welt. Eurasien stellt 60 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts und ungefähr drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen. (Siehe Tabellen Seite 56).

Eurasien beherbergt auch die meisten der politisch maß-geblichen und dynamischen Staaten. Die nach den USA sechs größten Wirtschaftsnationen mit den höchsten Rüstungsaus-gaben liegen in Europa und Asien. Mit einer Ausnahme sind sämtliche Atommächte und alle Staaten, die über heimliche Nuklearwaffenpotentiale verfügen, in Eurasien zu Hause. Die beiden bevölkerungsreichsten Anwärter auf regionale Vormachtstellung und weltweiten Einfluss sind in Eurasien

3 Samuel P. Huntington, ~Why International Primary Matters“, *International Security* (Spring 1993): 83

Australien
Südpazifischer Ozean
Nordpazifischer Ozean
Eurasien
Südatlantik
Nordatlantik
Süd-amerika
Südpazifischer Ozean
Nordpazifischer Ozean
Nord-amerika

Der geopolitisch zentrale Erdteil und seine kritischen Randzonen

Die Karte wurde der besseren Veranschaulichung wegen gedreht

Die Kontinente: Fläche

Millionen km²

	Eurasien	Afrika/ Mittlerer Osten	Südamerika	Nordamerika
Fläche	49,894,337	32,867,765	28,176,223	23,496,900

Die Kontinente: Bevölkerung

Millionen

	Eurasien	Afrika/ Mittlerer Osten	Südamerika	Nordamerika
Bevölkerung	4,053,455,374	769,660,728	324,916,662	386,292,036

Die Kontinente: Bruttosozialprodukt

Milliarden

30,000

ansässig. Amerikas potentielle Herausforderer auf politi-schem und/oder wirtschaftlichem Gebiet sind ausnahmslos eurasische Staaten. Als Ganzes genommen stellt das Macht-potential dieses Kontinents das der USA weit in den Schatten. Zum Glück für Amerika ist Eurasien zu groß, um eine politi-sche Einheit zu bilden.

Eurasien ist mithin das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird. Obzwar man Geostrategie — den strategischen Umgang mit geopolitischen Interessen — mit Schach vergleichen kann, tummeln sich auf diesem Schachbrett nicht nur zwei, sondern mehrere, unterschiedlich starke Spieler. Die wichtigsten Spie-ler operieren im Westen, im Osten, im Zentrum und im Süden des Schachbretts. Sowohl die westlichen als auch die östlichen Randgebiete sind dichtbesiedelte Regionen, in denen sich auf relativ engem Raum mehrere mächtige Staaten drängen. Un-mittelbar präsent ist die Macht der USA in der schmalen Zone an der westlichen Peripherie Eurasiens. Das fernöstli-che Festland hat ein immer mächtiger und unabhängig wer-dender Spieler inne, der eine riesige Bevölkerung beherrscht, wohingegen das — auf eine Inselkette begrenzte — Territorium seines energiegeladenen Rivalen sowie die Hälfte einer klei-nen fernöstlichen Halbinsel der US-Macht als Stützpunkte dienen.

Zwischen den westlichen und östlichen Randgebieten dehnt sich ein gewaltiger, dünnbesiedelter, derzeit politisch instabiler und in organisator-

ischer Auflösung begriffener mittlerer Raum, der früher von einem mächtigen Konkurren-ten der USA okkupiert wurde — einem Gegner, der sich einst dem Ziel verschrieben hatte, Amerika aus Eurasien herauszu-drängen. Südlich von diesem großen zentraleurasischen Pla-teau liegt eine politisch anarchische, aber an Energievorräten reiche Region, die sowohl für die europäischen als auch die ostasiatischen Staaten sehr wichtig werden könnte und die im

äußersten Süden einen bevölkerungsreichen Staat aufweist, der regionale Hegemonie anstrebt.

Dieses riesige, merkwürdig geformte eurasische Schach-brett — das sich von Lissabon bis Wladiwostok erstreckt — ist der Schauplatz des *global play*. Wenn der mittlere Bereich im-mer stärker in den expandierenden Einflussbereich des We-stens (wo Amerika das Übergewicht hat) gezogen werden kann, wenn die südliche Region nicht unter die Herrschaft eines einzigen Akteurs gerät und eine eventuelle Vereinigung der Länder in Fernost nicht die Vertreibung Amerikas von seinen Seebasen vor der ostasiatischen Küste nach sich zieht, dürften sich die USA behaupten können. Erteilen die Staaten im mittleren Raum dem Westen eine Abfuhr, schließen sich zu einer politischen Einheit zusammen und erlangen die Kontrolle über den Süden oder gehen mit dem großen östli-chen Mitspieler ein Bündnis ein, schwindet Amerikas Vor-rangstellung in Eurasien dramatisch. Das gleiche wäre der Fall, wenn sich die beiden großen östlichen Mitspieler ir-gendwie vereinigen sollten. Würden schließlich die europäi-schen Partner Amerika von seinen Stützpunkten an der west-lichen Peripherie vertreiben, wäre das gleichzeitig das Ende seiner Beteiligung am Spiel auf dem eurasischen Schachbrett, auch wenn das wahrscheinlich hieße, dass der westliche Rand des Kontinents schließlich unter die Knute

eines wieder zum Leben erwachten Mitspielers geriete, der den mittleren Raum beherrscht.

Die globale Hegemonie Amerikas reicht zugegebenerma-ßen weit, ist aber aufgrund von innen- wie außenpolitischen Zwängen nicht sehr tief verankert. Amerikanische Hegemo-nie besteht in der Ausübung von maßgeblichem Einfluss und, anders als bei den Weltreichen der Vergangenheit, in keiner direkten Herrschaft. Die schiere Größe und Vielfalt Eurasi-ens wie auch die Macht einiger seiner Staaten setzen dem amerikanischen Einfluß und dem Umfang der Kontrolle über

59 Das eurasische Schachbrett

den Gang der Dinge Grenzen. Dieser Megakontinent ist ein-fach zu groß, zu bevölkerungsreich, kulturell zu vielfältig und besteht aus zu vielen von jeher ehrgeizigen und politisch aktiven Staaten, um einer globalen Macht,

und sei es der wirt-schaftlich erfolgreichsten und politisch gewichtigsten, zu willfahren. Eine solche Sachlage verlangt geostrategisches Geschick, den vorsichtigen, sorgfältig ausgewählten und sehr besonnenen Einsatz amerikanischer Ressourcen auf dem rie-sigen eurasischen Schachbrett.

Da Amerika im eigenen Land strikt auf Demokratie hält, kann es sich im Ausland nicht autokratisch gebärden. Dies setzt der Anwendung von Gewalt von vornherein Grenzen, besonders seiner Fähigkeit zu militärischer Einschüchte-rung. Nie zuvor hat eine volksnahe Demokratie internatio-nale Vormachtsstellung erlangt. Aber das Streben nach Macht wird kein Volk zu Begeisterungsstürmen hinreißen, außer in Situationen, in denen nach allgemeinem Empfinden

das nationale Wohlergehen bedroht oder gefährdet ist. Die für eine solche Anstrengung erforderliche ökonomische Selbstbeschränkung (das heißt die Verteidigungsausgaben) und Aufopferungsbereitschaft (auch Verluste unter Berufssoldaten) passen nicht ins demokratische Empfinden. Die Staatsform Demokratie ist einer imperialen Mobilmachung abträglich. Zudem schöpfen die meisten Amerikaner im großen und ganzen keine besondere Genugtuung aus dem neuen Status ihres Landes als einziger globaler Supermacht. Politisches *Triumphgeschrei* über den Sieg Amerikas im Kalten Krieg er-zeugte eher kühle Resonanz, liberale Kommentatoren mach-ten es sogar zur Zielscheibe eines gewissen Spottes. Mehr An-klang fanden zwei eher unterschiedliche Einschätzungen der sich für Amerika aus seinem historischen Erfolg im Wettstreit mit der früheren Sowjetunion abzuleitenden Folgerungen: ei-nerseits die Auffassung, das Ende des Kalten Krieges recht-fertige eine bedeutende Verringerung des weltweiten Engage-ments der USA, ohne Rücksicht auf die Folgen für Amerikas Position und Ansehen in der Welt; andererseits die Meinung, nun sei die Zeit für echte multilaterale Zusammenarbeit ge-kommen und Amerika

müsse sogar etwas von seiner Souve-ränität abgeben. Beide Denkrichtungen konnten sich auf treue Anhänger stützen.

Die Probleme, vor die sich die amerikanische Regierung gestellt sieht, werden zudem durch die veränderte Weltlage erschwert: Vor dem direkten Einsatz von Macht schreckt man heute mehr zurück als in der Vergangenheit. Angesichts der Atomwaffen hat der Krieg als Mittel der Politik oder auch nur als Drohung dramatisch an Sinn eingebüßt. Die wachsen-de wirt-schaftliche Verflechtung der einzelnen Staaten unter-einander nimmt wirtschaftlichen Sanktionen ihre politische Wirksamkeit. Somit sind politisches Taktieren, Diplomatie, Koalitionsbildung, Mitbestimmung und der wohlerwogene

Einsatz eigener politischer Aktivposten zu wesentlichen Kri-terien einer erfolgreichen Geostrategie auf dem eurasischen Schachbrett geworden.

Geopolitik und Geostrategie

Amerika kann seine globale Vormachtstellung nur eingedenk des zentralen Stellenwerts der politischen Geographie in der internationalen Politik zum Tragen bringen. Napoleon soll einmal gesagt haben, dass man über die Außenpolitik eines Landes Bescheid wisse, wenn man dessen geographische Lage kenne. Wir müssen unser Verständnis von der Bedeutung po-litischer Geographie jedoch den neuen Machtverhältnissen anpassen.

In der Geschichte der internationalen Beziehungen stand zumeist die Frage der Gebietshoheit im Mittelpunkt politi-scher Konflikte. Ursache der

meisten Kriege, die seit dem Aufstieg des Nationalismus ausgefochten wurden, war ent-weder übersteigerter Nationalismus über den Erwerb eines größeren Territoriums oder verletzter Nationalstolz über den Verlust von geheiligtem Land. Ohne Übertreibung lässt sich sagen, dass das Streben nach Gebietserweiterung der wichtig-ste Impuls für das aggressive Verhalten von Nationalstaaten war. Manche Reiche entstanden auch dadurch, dass man sich ganz behutsam entscheidender geographischer Vorteile versi-cherte, wie zum Beispiel Gibraltars, des Suez-Kanals oder Singapurs, die als verkehrswirtschaftliche Brückenköpfe dienten.

Am augenfälligsten wurde die Verknüpfung von Nationa-lismus und Territorialbesitz im nationalsozialistischen Deutschland und im kaiserlichen Japan. Der Versuch, das tausendjährige Reich zu errichten, ging weit über das Ziel

hinaus, alle deutschsprachigen Völker unter einem politi-schen Dach wiederzuvereinen, und verfolgte auch den Zweck, sich die *Kornkammer* Ukraine sowie andere slawi-sche Länder einzuverleiben, deren Bevölkerungen dem Deut-schen Reich als billige Lohnsklaven dienen sollten. Ebenso waren die Japaner von der Vorstellung besessen, ihrem Reich um nationaler Machtentfaltung und internationalen Prestiges willen die Mandschurei und später das als Erdölproduzent wichtige Indonesien einzugliedern. Desgleichen verstand man in Russland jahrhundertelang unter nationaler Größe die Fähigkeit zu Landerwerb, und selbst Ende des 20. Jahrhun-derts rechtfertigt die russische Führung ihr Beharren auf der Oberhoheit über nichtrussische Völker wie die Tschetsche-nen, die im Umfeld einer lebenswichtigen Öl-Pipeline leben, mit der Behauptung, dies sei für Russlands Status als Groß-macht unverzichtbar.
Nationalstaaten werden auch weiterhin die Bausteine der Weltordnung

sein. Obwohl sich die internationale Politik nach dem Niedergang des Großmachtnationalismus und dem Verblassen der Ideologien versachlicht hat — und mit den Atomwaffen eine erhebliche Zurückhaltung im Einsatz von Gewalt einherging —, wird das Weltgeschehen weiterhin von Gebietsstreitigkeiten beherrscht, auch wenn diese gegenwär-tig eher in zivilisierteren Bahnen verlaufen. Für die außenpo-litischen Prioritäten eines Nationalstaates ist nach wie vor die geographische Lage bestimmend, und auch die Größe des je-weiligen Territoriums bleibt eines der Hauptkriterien von Status und Macht.

In jüngster Zeit allerdings hat die Frage des Territorialbe-sitzes für die meisten Nationalstaaten an Bedeutung verloren. Wo Gebietsstreitigkeiten noch immer die Außenpolitik eini-ger Staaten prägen, haben sie ihre Ursache weniger im Streben nach nationaler Größe durch territorialen Zugewinn als im Groll darüber, dass den ethnischen Brüdern das Recht auf

Selbstbestimmung verweigert wird und sie sich nicht dem *Mutterland* anschließen dürfen. Hinzu kommt die Klage über angebliche Misshandlungen ethnischer Minderheiten im benachbarten Ausland.
Die nationalen Führungseliten gelangen zunehmend zu der Erkenntnis, dass für den internationalen Rang oder Einfluss eines Staates andere als territoriale Faktoren ausschlaggeben-der sind. Wirtschaftliches Können und seine Umsetzung in technologische Innovation kann ebenfalls ein Schlüsselkrite-rium von Macht sein, wie das Beispiel Japans überzeugend belegt. Nichtsdestoweniger gibt in der Regel immer noch die geographische Lage eines Staates dessen unmittelbare Priori-täten vor — und je größer seine militärische, wirtschaftliche und politische Macht ist, desto weiter reichen auch (über die direkten Nachbarn hinaus) seine vitalen

geopolitischen Inter-essen, sein Einfluss und sein Engagement.
Bis vor kurzem noch debattierten die führenden Geopoli-tiker über die Frage, ob Landmacht bedeutsamer sei als See-macht und welche Region Eurasiens die Herrschaft über den gesamten Kontinent gewährleistet. Einer der prominentesten geopolitischen Theoretiker Harold Mackinder leistete An-fang dieses Jahrhunderts Pionierarbeit, als er nacheinander die Begriffe eurasische *Zentralregion* (die ganz Sibirien und einen Großteil Zentralasiens umfasste) und ostmitteleuropäi-sches *Herzland* prägte und jede dieser Regionen als Sprung-brett zur Erlangung der Herrschaft über den Kontinent be-zeichnete. Zum Durchbruch verhalf er seiner Theorie mit dem berühmten Ausspruch:

Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht das Herzland:
Wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Weltinsel.
Wer über die Weltinsel herrscht, beherrscht die Welt.

Auch einige führende deutsche Vertreter der politischen

Geographie beriefen sich auf die Geopolitik, um den Drang ihres Landes *nach Osten* zu rechtfertigen, vor allem Karl Haushofer, der Mackinders Theorie den strategischen Be-dürfnissen Deutschlands anpasste. Ein stark vergröbertes Echo seiner Lehre konnte man aus Reden und Verlautbarun-gen Hitlers heraushören, in denen er den für das deutsche Volk notwendigen *Lebensraum* hervorhob. Andere europäi-sche Gelehrte sagten bereits in der ersten Hälfte dieses Jahr-hunderts voraus, dass sich das geopolitische Gravitationszen-trum nach Osten verlagern und die Pazifikregion — ins-besondere Amerika und Japan — wahrscheinlich die schwin-dende Vormachtstellung Europas übernehmen würde. Um dem

vorzubeugen, sprach sich unter anderem der französi-sche Geopolitiker Paul Demangeon schon vor dem Ersten Weltkrieg für eine größere Einheit unter den Europäern aus.

Die geopolitische Frage lautet heute nicht mehr, von wel-chem Teil Eurasiens aus der ganze Kontinent beherrscht wer-den kann, und auch nicht, ob Landmacht wichtiger als See-macht ist. In der Geopolitik geht es nicht mehr um regionale, sondern um globale Dimensionen, wobei eine Dominanz auf dem gesamten eurasischen Kontinent noch heute die Voraus-setzung für globale Vormachtstellung ist. Die Vereinigten Staaten, also eine außereurasische Macht, genießen nun inter-nationalen Vorrang; ihre Truppen sind an drei Randgebieten des eurasischen Kontinents präsent, von wo aus sie einen massiven Einfluß auf die im eurasischen Hinterland ansässigen Staaten ausüben. Aber das weltweit wichtigste Spielfeld — Eurasien — ist der Ort, auf dem Amerika irgendwann ein po-tentieller Nebenbuhler um die Weltmacht erwachsen könnte. Eine amerikanische Geostrategie, die die geopolitischen In-teressen der USA in Eurasien langfristig sichern soll, wird sich somit als erstes auf die Hauptakteure konzentrieren und eine entsprechende Einschätzung des Terrains vornehmen müssen.

Zwei grundlegende Schritte sind deshalb erforderlich:

— erstens, die geostrategisch dynamischen Staaten Eurasiens auszumachen, die die internationale Kräfteverteilung mög-licherweise entscheidend zu verändern imstande sind, so-wie die zentralen außenpolitischen Ziele ihrer jeweiligen politischen Eliten zu entschlüsseln und die sich daraus wahrscheinlich ergebenden politischen Konsequenzen zu antizipieren; des weiteren sind die geopolitisch

kritischen eurasischen Staaten ins Auge zu fassen, die aufgrund ihrer geographischen Lage und/oder ihrer bloßen Existenz ent-weder auf die aktiveren geostrategischen Akteure oder auf die regionalen Gegebenheiten wie Katalysatoren wirken;

— zweitens, eine spezifische US-Politik zu formulieren, die in der Lage ist, die unter Punkt eins skizzierten Verhältnisse auszubalancieren, mitzubestimmen und /oder unter Kon-trolle zu bekommen, um unverzichtbare US-Interessen zu wahren und zu stärken und eine umfassendere Geostrate-gie zu entwerfen, die auf globaler Ebene den Zusammen-hang zwischen den einzelnen Feldern der amerikanischen Politik herstellt.

Kurz, eurasische Geostrategie bedeutet für die Vereinigten Staaten den taktisch klugen und entschlossenen Umgang mit geostrategisch dynamischen Staaten und den behutsamen Umgang mit geopolitisch katalytischen Staaten entsprechend dem Doppelinteresse Amerikas an einer kurzfristigen Be-wahrung seiner einzigartigen globalen Machtposition und an deren langfristiger Umwandlung in eine zunehmend institu-tionalisierte weltweite Zusammenarbeit. Bedient man sich ei-ner Terminologie, die an das brutalere Zeitalter der alten Weltreiche gemahnt, so lauten die drei großen Imperative im-perialer Geostrategie: Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu

bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, daß die »Barbaren«völker sich nicht zusammenschließen.

Geostrategische Akteure und geopolitische Dreh- und Angelpunkte

Geostrategische Akteure sind jene Staaten, die die Kapazität und den nationalen Willen besitzen, über ihre Grenzen hin-aus Macht oder Einfluss auszuüben, um den geopolitischen *Status quo* in einem Amerikas Interessen berührenden Aus-maß zu verändern. Sie sind in geopolitischer Hinsicht poten-tiell und/oder tendenziell unberechenbar. Aus welchem Grund immer — ob im Streben nach nationaler Größe, zur Verwirklichung einer Ideologie, aus religiösem Sendungsbewusstsein oder um wirtschaftlicher Erweiterung willen —trachten einige Staaten tatsächlich nach regionaler Vorherr-schaft oder nach Weltrang. Sie sind von tiefverwurzelten und vielschichtigen Motiven getrieben, die sich, um mit Robert Browning zu sprechen, am besten so erklären lassen: *... der Mensch soll nach mehr streben, als er erreichen kann, denn wozu gibt es einen Himmel?* Sie schätzen Amerikas Macht sorgfältig ab, ermitteln, inwieweit sich ihre Interessen mit de-nen Amerikas decken oder kollidieren, und entwerfen ihre eigenen, begrenzteren eurasischen Zielsetzungen manchmal in Absprache mit der Politik der Vereinigten Staaten, manch-mal aber auch im Widerspruch zu ihr. Diesen solcherart mo-tivierten eurasischen Staaten muss das besondere Augenmerk der USA gelten.

Geopolitische Dreh- und Angelpunkte hinwiederum sind Staaten, deren Bedeutung nicht aus ihrer Macht und Motiva-tion resultiert, sondern sich vielmehr aus ihrer prekären geo--

graphischen Lage und aus den Folgen ergeben, die ihr Verhal-ten aufgrund

ihrer potentiellen Verwundbarkeit bestimmen. Geopolitische Angelpunkte sind meistens durch ihre Geo-graphie geprägt, der sie in einigen Fällen insoweit eine Son-derrolle verdanken, als sie entweder den Zugang zu geopoli-tisch wichtigen Gebieten festlegen oder einem geostrategisch bedeutsamen Akteur bestimmte Ressourcen verweigern kön-nen. In einigen Fällen mag ein geopolitischer Dreh- und An-gelpunkt für einen dynamischen Staat oder sogar eine Region als Verteidigungsschild fungieren. Manchmal hat die schiere Existenz eines geopolitischen Angelpunkts für einen benach-barten geostrategischen Akteur erhebliche politische und kulturelle Folgen. Die wichtigsten geopolitischen Dreh- und Angelpunkte Eurasiens nach dem Ende des Kalten Kriegs zu bestimmen und sie zu schützen ist mithin ein weiterer ent-scheidender Gesichtspunkt in der globalen Geostrategie der USA.

Zu bedenken ist auch, dass zwar alle geostrategischen Ak-teure danach streben, in den Rang einflussreicher und mächti-ger Länder aufzurücken, nicht aber alle wichtigen und mäch-tigen Länder automatisch geostrategische Akteure sind. Während man diese relativ leicht bestimmen kann, bedarf deshalb der Umstand, dass in der folgenden Liste einige zwei-felsohne wichtige Länder nicht aufgenommen wurden, einge-hender Begründung.

Unter den gegenwärtigen globalen Gegebenheiten lassen sich mindestens fünf geostrategische Hauptakteure und fünf geopolitische Dreh- und Angelpunkte (von denen zwei viel-leicht zum Teil auch als Akteure in Frage kommen) auf der neuen politischen Landkarte Eurasiens ermitteln. Frankreich, Deutschland, Russland, China und Indien sind Hauptakteure, während Großbritannien, Japan, Indonesien, obzwar zugege-benermaßen ebenfalls sehr wichtige Länder, die Bedingungen dafür nicht erfüllen. Die Ukraine, Aserbaidschan, Südkorea,

die Türkei und der Iran stellen geopolitische Dreh- und An-gelpunkte von entscheidender Bedeutung dar, wenngleich so-wohl die Türkei als auch der Iran in einem gewissen Umfang — innerhalb ihrer begrenzteren Möglichkeiten — geostrate-gisch aktiv sind. Darauf wird in den folgenden Kapiteln näher einzugehen sein.
An dieser Stelle mag der Hinweis genügen, dass die wich-tigsten und dynamischsten geostrategischen Akteure an Eurasiens westlicher Peripherie Frankreich und Deutschland heißen. Beide sind von der Vision eines geeinten Europas be-seelt, obschon sie in der Frage, wie stark und in welcher Form ein solches Europa an Amerika gebunden sein sollte, unter-schiedliche Auffassungen vertreten. Beide jedoch haben den Ehrgeiz, etwas Neues in Europa zu gestalten und somit den Status quo zu verändern. Vor allem Frankreich hat ein eigenes geostrategisches Konzept für Europa, das sich in einigen we-sentlichen Punkten von den Vorstellungen der Vereinigten Staaten unterscheidet. Es neigt zu taktischen Schachzügen, mit denen es Russland gegen Amerika und Großbritannien gegen Deutschland auszuspielen versucht, obwohl es auf die deutsch-französische Partnerschaft angewiesen ist, um die ei-gene vergleichsweise schwache Position auszugleichen.

Überdies sind sowohl Frankreich als auch Deutschland mächtig und selbstbewusst genug, um innerhalb eines größe-ren regionalen Wirkungsbereichs ihren Einfluss geltend zu machen. Frankreich strebt nicht nur eine zentrale politische Rolle in einem geeinten Europa an, sondern sieht sich auch als Nukleus einer Gruppe von Mittelmeeranrainern und nordafrikanischen Staaten, die gleiche Probleme haben. Deutschland ist sich in zunehmendem Maße seines besonde-ren Status als wichtigster Staat Europas bewusst — als wirt-schaftlicher Motor der Region und künftige Führungsmacht der Europäischen Union (EU). Gegenüber dem jüngst aus der sowjetischen Bevormundung entlassenen

empfindet es eine besondere Verantwortung, die vage an frü-here Vorstellungen von einem von Deutschland geführten Mitteleuropa erinnert. Zudem fühlen sich sowohl Frankreich als auch Deutschland dazu berufen, die europäischen Interes-sen in ihren Beziehungen mit Russland zu vertreten, und Deutschland hält wegen seiner geographischen Lage an der Option einer besonderen bilateralen Vereinbarung mit Russland fest.
Im Unterschied dazu ist Großbritannien kein geostrategi-scher Akteur. Es hat weniger Optionen, hegt keine ehrgeizige Vision von der Zukunft Europas und ist aufgrund seines rela-tiven Niedergangs heute auch nicht mehr in der Lage, wie früher die Rolle eines Schiedsrichters in Europa zu spielen. Seine ambivalente Haltung gegenüber einer europäischen Ei-nigung und sein Festhalten an einer verblassenden Sonderbe-ziehung zu Amerika haben Großbritannien bei den großen Entscheidungen über Europas Zukunft zusehends bedeu-tungslos werden lassen. London hat sich weitgehend aus dem europäischen Spiel verabschiedet.
Sir Roy Denman, früher ein hochrangiger britischer Beam-ter in der Europäischen Kommission, erinnert sich in seinen Memoiren, dass bereits bei der Konferenz von Messina 1955, die der Schaffung einer Europäischen Union vorausging, der offizielle Sprecher für Großbritannien gegenüber den ver-sammelten Möchtegern-Architekten Europas rundweg be-hauptete:

»Der zukünftige Vertrag, den Sie hier gerade erörtern, hat keine Chance, angenommen zu werden; sollte er Zustim-mung finden, hätte er keine Chance, angewandt zu werden. Und wenn er angewandt werden würde, wäre er für England völlig unannehmbar ... au revoir et bonne

chance.«

4 Roy Denman. *Missed Chances* (London: Cassell, 1996).

Mehr als vierzig Jahre, nachdem diese Äußerungen gefallen sind, beschreiben sie im wesentlichen noch immer die briti-sche Grundeinstellung gegenüber einem wirklich geeinten Europa. Großbritanniens Widerwille, an der für Januar 1999 angepeilten Wirtschafts- und Währungsunion teilzunehmen, spiegelt seine mangelnde Bereitschaft wider, das britische Schicksal mit dem Europas gleichzusetzen. Die Kernaussage dieser Haltung wurde Anfang der neunziger Jahre in folgen-den Punkten zusammengefasst:

- — Großbritannien lehnt das Ziel einer politischen Vereini-gung ab.
- — Großbritannien tritt für ein auf Freihandel basierendes Modell wirtschaftlicher Integration ein.
- — Großbritannien bevorzugt eine Außen- und Sicher-heitspolitik und eine Verteidigungskoordination außerhalb des institutionellen Rahmens der Europäischen Gemein-schaft.
- — Großbritannien hat seinen Einfluss in der EG optimal ver-stärkt.[5]

Natürlich bleibt Großbritannien für Amerika dennoch ein wichtiger Partner. Über das Commonwealth übt es weiterhin einen gewissen globalen Einfluss aus, aber es ist weder eine umtriebige Großmacht noch wird es von einer ehrgeizigen Vision beflügelt. Es ist die wichtigste Stütze der USA, ein sehr loyaler Verbündeter, eine unerlässliche Militärbasis und ein enger Partner bei heiklen Geheimdienstaktivitäten. Seine Freundschaft muss gepflegt werden, doch seine Politik for-dert keine dauernde Aufmerksamkeit. Es ist ein aus dem akti-ven Dienst ausgeschiedener

geostrategischer Akteur, der sich

5 In Robert Skidelskys Beitrag über “Great Britain and the New Europe” in: *From the Atlantic to the Urals,* ed. David P. CaIleo and Philip H. Gordon (Arlington, Va.:1992), S. 145.

auf seinem prächtigen Lorbeer ausruht und sich aus dem gro-ßen europäischen Abenteuer weitgehend heraushält, bei dem Frankreich und Deutschland die Fäden ziehen.
Die anderen europäischen Staaten mittlerer Größe, die in ihrer Mehrzahl Mitglieder der NATO und/oder der Europäi-schen Union sind, folgen entweder Amerikas Beispiel oder stellen sich still und heimlich hinter Deutschland oder Frank-reich. Ihre Politik hat keinen weitreichenden Einfluss auf die Region, und sie befinden sich auch in keiner Position, in der sie ihre politische Orientierung grundlegend ändern könnten. Derzeit sind sie weder geostrategische Akteure noch geopoli-tische Dreh- und Angelpunkte. Dasselbe gilt für das wichtig-ste potentielle Nato- und EU-Mitglied Mitteleuropas, näm-lich für Polen. Es ist politisch und wirtschaftlich zu schwach, um als geostrategischer Akteur auftreten zu können, und es hat nur eine Wahl: in den Westen integriert zu werden. Zu-dem gewinnt Polen nach dem Untergang des alten Russi-schen Reichs und durch seine sich vertiefenden Bindungen zur Nordatlantischen Allianz und Europäischen Union eine historisch einmalige Sicherheit, während sich seine strategi-schen Möglichkeiten dadurch verringern.

Russland, dies braucht nicht eigens betont zu werden, bleibt ein geostrategischer Hauptakteur — trotz seiner derzei-tigen Schwäche und seiner wahrscheinlich langwierigen Ma-laise. Seine bloße Gegenwart beeinträchtigt die seit kurzem unabhängigen Staaten innerhalb des riesigen eurasischen Raumes der früheren Sowjetunion ganz massiv. Es nährt ehr-geizige geopolitische Ziele, die es immer offener verkündet.

Wenn es erst einmal seine alte Stärke wiedergewonnen hat, wird es auch auf seine westlichen und östlichen Nachbarn er-heblichen Druck ausüben. Zudem steht Rußland immer noch vor der geostrategischen Entscheidung, wie es sich künftig gegenüber den USA verhalten wird: als Freund oder als Feind? Es mag durchaus der Auffassung zuneigen, dass seine

Chancen auf dem eurasischen Kontinent größer seien. Viel hängt von seiner innenpolitischen Entwicklung ab, und vor allem davon, ob Russland eine europäische Demokratie oder wieder ein eurasisches Imperium wird. In jedem Fall bleibt es eindeutig ein geostrategischer Akteur, auch wenn es einige seiner *Teile* sowie einige Schlüsselpositionen auf dem eurasi-schen Schachbrett inzwischen eingebüßt hat.
Ebenfalls unstrittig ist Chinas Stellung als Hauptakteur. China ist bereits eine bedeutende regionale Macht und strebt aufgrund seiner Geschichte als Großmacht und seiner Über-zeugung, dass der chinesische Staat der Mittelpunkt der Welt sei, wahrscheinlich nach höheren Zielen. Die von seiner Füh-rung getroffenen Entscheidungen beginnen sich bereits jetzt auf die geopolitische Machtverteilung in Asien auszuwirken, während sein wirtschaftlicher Aufschwung bestimmt mit noch größerer Macht und wachsenden Ambitionen einhergehen wird. Der Aufstieg eines *größeren Chinas* wird die Taiwan-Frage wieder aufwerfen und für die amerikanische Position im Fernen Osten nicht folgenlos bleiben. Die De-montage der Sowjetunion hat an Chinas westlichem Rand eine Reihe von Staaten entstehen lassen, denen gegenüber die chinesischen Führer nicht gleichgültig sein können. Wenn China sich auf der internationalen Bühne stärker geltend macht, wird davon auch Russland betroffen sein.

An der östlichen Peripherie Eurasiens besteht eine parado-xe Situation.

Japan ist fraglos eine internationale Großmacht, und das amerikanisch-japanische Bündnis hat man häufig — zu Recht — die wichtigste bilaterale Beziehung der USA ge-nannt. Als eine der führenden Wirtschaftsnationen der Welt könnte Japan zweifellos enorme politische Macht ausüben. Dennoch handelt es nicht danach, da es keine regionale Vor-herrschaft anstrebt, sondern statt dessen lieber unter ameri-kanischem Schutz agiert. Wie Großbritannien im Hinblick auf Europa, zieht es Japan vor, sich aus dem politischen Ge--

schehen auf dem asiatischen Festland herauszuhalten, nicht zuletzt deshalb, weil viele Asiaten jedem japanischen Streben nach einer regional beherrschenden politischen Rolle nach wie vor mit Feindseligkeit begegnen.

Diese von Zurückhaltung und Selbstdisziplin geprägte Po-litik der Japaner verschafft wiederum den USA die Möglich-keit, in Fernost eine zentrale Rolle in Fragen der Sicherheit zu spielen. Japan ist somit kein geostrategischer Akteur, obwohl sein unverkennbares Potential, schnell einer zu werden — ins-besondere dann, wenn entweder China oder Amerika ihre ge-genwärtige Politik plötzlich ändern sollten —, den Vereinigten Staaten einen pfleglichen Umgang mit ihrem japanischen Ver-bündeten zur besonderen Pflicht macht. Nicht die japanische Außenpolitik muss Amerika im Auge behalten, sondern es muss vielmehr Japans Selbstbeherrschung sehr subtil kultivie-ren. Jeder merkliche Abbau in den amerikanisch-japanischen Beziehungen würde unmittelbar die Stabilität in der Region beeinträchtigen.

Leichter lässt sich begründen, weshalb Indonesien nicht zur Gruppe der dynamischen geostrategischen Akteure zählt. In-donesien ist zwar das wichtigste Land in Südostasien, vermag aber aufgrund seiner relativ unterentwickelten Wirtschaft, der innenpolitischen Unsicherheiten, des

weit verstreuten Archi-pels und dessen Anfälligkeit für ethnische Konflikte, die durch die zentrale Rolle der chinesischen Minderheit im na-tionalen Finanzleben noch verschärft werden, in der Region nur beschränkt Einfluss auszuüben. Irgendwann könnte In-donesien zu einem wichtigen Hindernis für Chinas südwärts gerichtete Expansionsbestrebungen werden. Diesen Aspekt hatte bereits Australien erkannt, das einst einen indonesischen Expansionismus fürchtete, in letzter Zeit jedoch für eine en-gere australisch-indonesische Zusammenarbeit in Fragen der regionalen Sicherheit eintritt. Bevor Indonesien aber als ein in der Region dominierender Akteur betrachtet werden kann,

muss es erst eine Phase der politischen Konsolidierung und des fortdauernden wirtschaftlichen Erfolges durchlaufen.

Im Gegensatz dazu befindet sich Indien gerade in einem Prozess, sich als regionale Macht zu etablieren, und begreift sich potentiell als einen wichtigen Akteur auf der internatio-nalen Bühne. Außerdem versteht es sich als Rivale Chinas. Indien mag darin seine langfristigen Möglichkeiten über-schätzen, aber es ist unstreitig der mächtigste südasiatische Staat, gewissermaßen eine regionale Hegemonialmacht. Es ist zudem eine halboffizielle Atommacht. Mit diesem Rüstungs-potential will es nicht nur Pakistan einschüchtern, sondern vor allem den nuklearen Arsenalen Chinas etwas Gleichwer-tiges entgegensetzen. Indien hat eine geostrategische Vision von seiner Rolle in der Region, sowohl gegenüber seinen Nachbarn als auch in Bezug auf den Indischen Ozean. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt tangieren seine Ambitionen die amerikanischen Interessen in Eurasien nur am Rande, und so bietet Indien, als geostrategischer Akteur, keinen Anlass zu geopolitischen Bedenken — zumindest nicht im selben Maße wie Russland oder China.

Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasi-schen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angel-punkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Rußlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. Es kann trotzdem nach ei-nem imperialen Status streben, würde aber dann ein vorwie-gend asiatisches Reich werden, das aller Wahrscheinlichkeit nach in lähmende Konflikte mit aufbegehrenden Zentralasia-ten hineingezogen würde, die den Verlust ihrer erst kürzlich erlangten Eigenstaatlichkeit nicht hinnehmen und von den an-deren islamischen Staaten im Süden Unterstützung erhalten würden. Auch China würde sich angesichts seines zunehmen-den Interesses an den dortigen neuerdings unabhängigen Staa-ten voraussichtlich jeder Neuauflage einer russischen Vorherr--

schaft über Zentralasien widersetzen. Wenn Moskau aller-dings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren 52 Millionen Menschen, bedeutenden Boden-schätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Russland automatisch die Mittel, ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden. Verlöre die Ukraine ihre Un-abhängigkeit, so hätte das unmittelbare Folgen für Mitteleuro-pa und würde Polen zu einem geopolitischen Angelpunkt an der Ostgrenze eines vereinten Europas werden lassen.

Auch das relativ kleine, dünnbesiedelte Aserbaidschan ist mit seinen riesigen Energiequellen unter geopolitischem Aspekt nicht zu unterschätzen. Es ist gewissermaßen der Kor-ken in der Flasche, die die Schätze des Kaspischen Beckens und Zentralasiens enthält. Wenn Aserbaidschan gänzlich der Herrschaft Moskaus unterworfen wird, kann die Unabhän-gigkeit der zentralasiatischen Staaten bedeutungslos werden.

Ist Aserbaidschans Unabhängigkeit erst einmal aufgehoben, können auch seine enormen Ölvorkommen der Kontrolle Moskaus unterworfen werden. Ein unabhängiges Aserbaid-schan, das mit den Märkten des Westen durch Pipelines, die nicht durch russisch kontrolliertes Gebiet verlaufen, verbun-den ist, wird außerdem für die hochentwickelten, auf Energie angewiesenen Volks- wirtschaften ein Einfallstor zu den ener-giereichen zentralasiatischen Republiken sein. Fast wie im Fall der Ukraine ist auch die Zukunft Aserbaidschans und Zen-tralasiens für das Wohl und Wehe Russlands bestimmend.

Die Türkei und der Iran sind gerade dabei, sich den Rück-zug russischer Macht zunutze zu machen und einen gewissen Einfluss in der Region um das Kaspische Meer und Zentral-asien aufzubauen. Aus diesem Grund könnte man sie als geostrategische Akteure betrachten. Beide Staaten haben je-doch mit ernsten innenpolitischen Schwierigkeiten zu kämp-fen, und ihre Möglichkeiten, in der Machtverteilung größere regionale Verschiebungen zu bewirken, sind begrenzt. Sie

verstehen sich außerdem als Gegner und neigen daher dazu, sich gegenseitig Einfluss streitig zu machen. So war zum Bei-spiel in Aserbaidschan, wo die Türkei großen Einfluss gewon-nen hat, die iranische Haltung (resultierend aus Sorge über einen möglichen nationalen Aufruhr der Aseris im Iran) für die Russen hilf reicher.

Sowohl die Türkei als auch der Iran sind freilich in erster Linie wichtige geopolitische Dreh- und Angelpunkte. Die Türkei stabilisiert das Gebiet ums Schwarze Meer, kontrol-liert den Zugang von diesem zum Mittelmeer, bietet Russland im Kaukasus Paroli, bildet immer noch ein Gegengewicht zum islamischen Fundamentalismus und dient als der südli-che Anker der NATO. Eine destabilisierte Türkei würde wahrscheinlich mehr Gewalt im

südlichen Balkan entfesseln und es zugleich den Russen erleichtern, den seit kurzem unab-hängigen Staaten im Kaukasus erneut ihre Herrschaft auf zuzwingen. Trotz seiner zweideutigen Haltung gegenüber Aser-baidschan unterstützt der Iran die neue politische Vielfalt des mittelasiatischen Raumes auf ähnlich stabilisierende Weise. Er beherrscht die östliche Küstenlinie des Persischen Golfes, während seine Unabhängigkeit, ungeachtet aller gegenwärti-gen Feindseligkeiten gegenüber den Vereinigten Staaten, jeder langfristigen russischen Bedrohung der amerikanischen Inter-essen in der Golfregion einen Riegel vorschiebt.

Südkorea schließlich ist ein geopolitischer Angelpunkt in Fernost. Seine enge Bindung an die Vereinigten Staaten ver-setzt die Amerikaner in die Lage, ohne anmaßende Präsenz im Land selbst Japan abzuwehren und daran zu hindern, sich zu einer unabhängigen und größeren Militärmacht aufzu-schwingen. Jede wichtige Veränderung im Status von Südko-rea, sei es durch Vereinigung und/oder durch eine Verlage-rung in eine sich ausdehnende chinesische Einflusssphäre, würde unweigerlich Amerikas Rolle im Fernen Osten und somit auch die Japans dramatisch verändern. Zudem wird

Südkorea aufgrund seiner wachsenden Wirtschaftsmacht zu einem wichtigeren Raum sui generis, den unter Kontrolle zu bekommen zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Die obige Aufstellung von geostrategischen Akteuren und geo-politischen Dreh- und Angelpunkten ist weder endgültig noch starr. Möglicherweise kommt der eine oder andere Staat irgendwann hinzu oder fällt weg. In mancherlei Hinsicht könnte man sicherlich Taiwan oder Thailand, Pakistan, vielleicht auch Kasachstan oder Usbekistan in die letztere Kate-gorie aufnehmen. Derzeit scheint dies jedoch in

keinem der genannten Fälle zwingend. Würde sich am Status eines dieser Staaten etwas verändern, so stünden größere Ereignisse da-hinter, die gewisse Verschiebungen in der Machtverteilung mit sich brächten, aber es ist fraglich, ob dies weitreichende Folgen katalytischer Art hätte. Losgelöst von China betrach-tet, könnte die einzige Ausnahme das Taiwan-Problem dar-stellen. Doch problematisch würde es erst dann, wenn China den Vereinigten Staaten zum Trotz zur Eroberung der Insel massive Gewalt einsetzen sollte, weil dadurch die politische Glaubwürdigkeit der USA in Fernost ganz allgemein in Ge-fahr geriete. Die Wahrscheinlichkeit, dass dergleichen eintritt, scheint gering, dennoch muss man diesen Gesichtspunkt im Auge behalten, wenn man eine Politik der USA gegenüber China entwirft.

Ernste Entscheidungen und mögliche Herausforderungen

Stehen die Hauptakteure und wichtigsten Dreh- und Angel-punkte erst einmal fest, so kann man die großen Verlegenhei-ten, in denen sich die Politik der USA befindet, benennen und die wichtigsten Herausforderungen, vor die sie auf dem eura--

sischen Kontinent gestellt sein könnte, besser vorausberechnen. Bevor wir diese Probleme in den folgenden Kapiteln umfassender erörtern, kann man sie in fünf großen Fragen-komplexen zusammenfassen:

- Welches Europa sollte sich Amerika wünschen und mithin fördern?
- Welches Russland ist in Amerikas Interesse, und was kann Amerika

dazu beitragen?

- Wie stehen die Aussichten, dass im Zentrum Eurasiens ein neuer Balkan entsteht, und was sollte Amerika tun, um die daraus entstehenden Risiken zu minimieren?
- Zu welcher Rolle in Fernost sollte man China ermutigen, und welche Folgerungen sind aus dem bisher Gesagten nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern auch für Ja-pan abzuleiten?
- Welche neuen eurasischen Koalitionen sind denkbar, die den Interessen der USA überaus gefährlich werden könn-ten, und was muss getan werden, um sie auszuschließen?

Die Vereinigten Staaten haben immer ihr aufrichtiges Interes-se an einem vereinten Europa bekundet. Seit den Tagen der Kennedy-Administration wurde gebetsmühlenhaft *gleichbe-rechtigte Partnerschaft* beschworen. Das offizielle Washing-ton wurde nicht müde, seinen Wunsch zu beteuern, Europa zu einer Einheit zusammenwachsen zu sehen, die mächtig ge-nug wäre, um sich mit Amerika die Verantwortung wie auch die Lasten einer globalen Führungsrolle zu teilen.

Soweit die herrschende Sprachregelung zu diesem Thema. In der Praxis haben sich die Vereinigten Staaten weniger klar und eindeutig verhalten. Wünscht sich Washington wirklich ein Europa, das als ein gleich-berechtigter Partner im Weltge-schehen auftritt, oder ist ihm ein ungleiches Bündnis im Grunde lieber? Sind die USA beispielsweise bereit, sich mit

Europa die Führung im Nahen Osten zu teilen, einer Region, die nicht nur geographisch viel näher an Europa liegt als an Amerika, sondern in der einzelne europäische Staaten zudem seit langem eigene Interessen verfolgen? In diesem Zusam-menhang fällt einem sofort das Problem Israel

ein. Auch die euro-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten über die Haltung gegenüber Iran und Irak wurden von den USA nicht als eine strittige Angelegenheit zwischen gleichgestellten Partnern, sondern als ein Fall von Insubordination behandelt.

Die mehrdeutige Haltung in der Frage nach dem Ausmaß amerikanischer Unterstützung für die europäische Einheit schloss auch das Problem mit ein, wie Europas Einheit defi-niert werden und welches Land, wenn überhaupt eines, in dem Einigungsprozess die Führung übernehmen sollte. Wa-shington hat London nicht davon abgebracht, in den Ver-handlungen über die europäische Integration Uneinigkeit zu stiften, obwohl es andererseits deutlich zu erkennen gab, dass es die deutsche Führungsrolle einer Frankreichs vorziehe. Angesichts des traditionellen Tenors der französischen Poli-tik ist dies verständlich, hatte aber zur Folge, dass damit der gelegentliche Anschein einer taktischen Entente zwischen Engländern und Franzosen gefördert wurde, um Deutsch-land einen Strich durch die Rechnung zu ziehen, wie auch einen zeitweiligen Flirt Frankreichs mit Moskau, um die ame-rikanisch-deutsche Koalition wettzumachen.

Das Entstehen eines wirklich geeinten Europas — vor allem, wenn dies mit konstruktiver Unterstützung Amerikas ge-schehen sollte — wird bedeutsame Veränderungen in der Struktur und den Entscheidungsprozessen der NATO, des wichtigsten Verbindungsglieds zwischen Amerika und Euro-pa, erforderlich machen. Die NATO bietet nicht nur den in-stitutionellen Rahmen für die Ausübung amerikanischen Einflusses auf europäische Angelegenheiten, sondern auch die Grundlage für die politisch entscheidende Militärpräsenz

der USA in Westeuropa. Im Zuge der europäischen Einigung wird jedoch diese Verteidigungsstruktur an die neue Wirk-lichkeit eines Bündnisses

angepasst werden müssen, das auf einer mehr oder minder gleichberechtigten Partnerschaft be-ruht und eben nicht mehr eine Allianz ist, in der es, um tradi-tionelle Begriffe zu gebrauchen, einen Hegemon und dessen Vasallen gibt. Trotz der bescheidenen Schritte, die 1996 unter-nommen wurden, um innerhalb der NATO die Rolle der Westeuropäischen Union (WEU), des Militärbündnisses der westeuropäischen Staaten, zu verbessern, ist dieses Problem bisher weitgehend umgangen worden. Eine wirkliche Ent-scheidung für ein vereintes Europa wird folglich eine weitrei-chende Neuordnung der NATO erzwingen, die unweigerlich die Vormachtstellung der USA innerhalb des Bündnisses schwächen wird.

Kurzum, eine langfristige amerikanische Geostrategie für Europa wird die Fragen der europäischen Einheit und echter Partnerschaft mit Europa mit aller Bestimmtheit angehen müssen. Ein Amerika, das ein geeintes und somit unabhängi-geres Europa wirklich will, wird sich mit seinem ganzen Ge-wicht für jene europäischen Kräfte einsetzen müssen, denen die politische und wirtschaftliche Integration Europas ein echtes Anliegen ist. Eine solche Strategie bedeutet aber auch, sich von den Relikten eines einstmals geheiligten Sonderver-hältnisses zwischen den USA und dem Vereinigten König-reich zu verabschieden.

Eine Politik für ein geeintes Europa wird sich außerdem — wenn auch gemeinsam mit den Europäern — der hochsensi-blen Frage nach Europas geographischer Ausdehnung stellen müssen. Wie weit sollte sich die Europäische Union nach Osten erstrecken? Und sollten die Ostgrenzen der EU zu-gleich die östliche Frontlinie der NATO sein? Ersteres ist mehr eine europäische Entscheidung, wird sich aber unmit-telbar auf eine NATO-Entscheidung auswirken. Diese aller-

dings betrifft auch die Vereinigten Staaten, und die Stimme der USA ist in der NATO noch immer maßgebend. Da zu-nehmend Konsens darüber besteht, dass die Nationen Mittel-europas sowohl in die EU als auch in die NATO aufgenom-men werden sollten, richtet sich die Aufmerksamkeit auf den zukünftigen Status der baltischen Republiken und vielleicht bald auf den der Ukraine.

Dieses europäische Dilemma überschneidet sich weitge-hend mit dem zweiten, bei dem es um Russland geht. Es ist leicht, auf die Frage nach Russlands Zukunft mit der Beteue-rung zu antworten, dass man ein demokratisches, eng an Eu-ropa gebundenes Russland bevorzuge. Vermutlich brächte ein demokratisches Russland den von Amerika und Europa ge-teilten Werten mehr Sympathie entgegen und würde demge-mäß auch mit größerer Wahrscheinlichkeit ein Juniorpartner bei der Gestaltung eines stabileren und kooperativeren Eura-sien. Aber Russland hegt womöglich weitergehende Ambitio-nen und gibt sich nicht damit zufrieden, als Demokratie An-erkennung und Respekt zu erlangen. Innerhalb der russi-schen Außenamtsbehörde (die zum größten Teil aus früheren Sowjetbürokraten besteht) lebt und gedeiht ungebrochen ein tiefsitzendes Verlangen nach einer Sonderrolle in Eurasien, die folgerichtig mit einer neuerlichen Unterordnung der nun unabhängigen ehemaligen Sowjetrepubliken gegenüber Mos-kau einherginge.

In diesem Zusammenhang wittern einige einflussreiche Mitglieder der russischen Politbürokratie sogar hinter einer freundlichen Politik des Westens die Absicht, Russland seinen rechtmäßigen Anspruch auf Weltmachtstatus streitig zu ma-chen, was zwei russische Geopolitiker folgendermaßen aus-drückten:

»Die Vereinigten Staaten und die Länder der NATO sind da-bei — obzwar unter größtmöglicher Rücksichtnahme auf Ruß--

Lands Selbstachtung, aber nichtsdestoweniger entschieden und beständig —, die geopolitischen Grundlagen zu zerstören, die, zumindest theoretisch, Russland die Hoffnung lassen könnten, sich in der Weltpolitik den Status der Nummer zwei zu erwerben, den früher die Sowjetunion innehatte.«

Überdies wird Amerika unterstellt, es verfolge eine Politik, in der

»die vom Westen betriebene Neuordnung des europäischen Raumes im Grunde von dem Gedanken geleitet ist, in diesem Teil der Welt neue, relativ kleine und schwache Nationalstaa-ten durch deren mehr oder weniger enge Bindung an die NATO, die EU und dergleichen zu stützen.«[6]

Die zitierten Stellen beschreiben zutreffend, wenn auch nicht ohne eine gewisse Feindseligkeit, das Dilemma, mit dem es die Vereinigten Staaten zu tun haben. Wie weit sollte die Wirtschaftshilfe für Russland gehen — die das Land politisch und wirtschaftlich zwangsläufig stärkt —, und in welchem Maße sollte parallel dazu den neuerdings unabhängigen Staa-ten geholfen werden, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen und zu festigen? Kann Russland gleichzeitig ein mächtiger Staat und eine Demokratie sein? Sollte es seine frühere Macht wie-dererlangen, wird es dann nicht sein verlorengegangenes Reichsgebiet zurückgewinnen wollen, und kann es dann so-wohl ein Weltreich als auch eine Demokratie sein?

Eine Politik der USA gegenüber den wichtigen geopoliti-schen Angelpunkten Ukraine und Aserbaidschan kann dieses Problem nicht umgehen, daher sieht sich Amerika, was das

6 **A.** Bogaturow und W Kremenjuk (beide Hochschullehrer am Amerika-Kanada- Institut der Akademie der Wissenschaften) in

~Current Relations and Prospects for Interaction Between Russia and the United States~‘, *Nszawissimaja Gaseta,* 28. Juni1996.

taktische Gleichgewicht und die strategische Zielvorstellung angeht, in einer Zwickmühle. Russlands innenpolitische Er-holung ist die wesentliche Voraussetzung für seine Demokra-tisierung und letztlich für seine Europäisierung. Aber jede Erholung seines imperialen Potentials wäre beiden Zielen ab-träglich. Zudem könnte es über diese Fragen zu Meinungs-verschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und eini-gen europäischen Staaten kommen, besonders bei einer Erweiterung von EU und NATO. Sollte Russland als Anwär-ter auf eine Mitgliedschaft in einer diesen beiden Strukturen in Betracht gezogen werden? Und was wäre dann mit der Ukraine? Bei einem Ausschluss Russlands könnte der dafür zu entrichtende Preis hoch sein — die Russen würden sich in ih-ren Vorurteilen und Ängsten bestätigt fühlen, eine Art von self-fulfilling prophecy griffe um sich —, aber eine Aufwei-chung der EU oder der NATO könnte sich nicht minder destabilisierend auswirken.
Eine weitere große Unsicherheit droht in dem geopolitisch im Fluss befindlichen zentraleurasischen Raum, die durch die potentielle Verwundbarkeit der Angelpunkte Türkei und Iran noch verstärkt wird. In dem auf der folgenden Karte ein-gezeichneten Gebiet von der Krim im Schwarzen Meer gera-dewegs entlang der neuen südlichen Grenzen Russlands nach Osten bis zur chinesischen Provinz Xinjiang, von da südlich zum Indischen Ozean hinab, weiter nach Westen bis zum Ro-ten Meer, nach Norden zum östlichen Mittelmeer und zurück zur Halbinsel Krim, leben an die 400 Millionen Menschen in etwa 25 Staaten, die fast allesamt sowohl ethnisch als auch in ihrem religiösen Bekenntnis heterogen und politisch weitge-hend instabil sind. Einige dieser Staaten sind womöglich gera-de dabei, sich Atomwaffen zu beschaffen.

In diesem von leicht entflammbaren Hassgefühlen zerrisse-nen und

von miteinander konkurrierenden mächtigen Nach-barn umgebenen Raum werden sich vermutlich Kriege zwi--

Latente Gefahrenherde im Nahen und Mittleren Osten sowie in Zentralasien

★ Gebiete mit Unruhen, Konflikten und gewaltsamen Auseinandersetzungen

schen Nationalstaaten wie auch, was noch wahrscheinlicher ist, langwierige ethnische und religiöse Konflikte abspielen. Deren regionale Ausdehnung wird maßgeblich davon abhän-gen, ob Indien als Hemmnis wirkt oder ob es von der einen oder anderen Gelegenheit Gebrauch macht, Pakistan seinen Willen aufzuzwingen. Die innenpolitischen Spannungen der Türkei und des Irans werden sich wahrscheinlich zuspitzen und beide Staaten weitgehend um ihre stabilisierende Rolle bringen, die sie in dieser unruhigen Region zu spielen vermö-gen. Derartige Entwicklungen

wiederum werden die Assimi-lierung der neuen zentralasiatischen Staaten an die internatio-nale Gemeinschaft erschweren und auch die bisher vor allem von den USA gewährleistete Sicherheit der Golfregion nach-haltig beeinträchtigen. Hier jedenfalls könnten Amerika und

die internationale Gemeinschaft mit einer Herausforderung konfrontiert werden, die die gegenwärtige Krise im früheren Jugoslawien weit in den Schatten stellen wird.

Teil des Problems in dieser instabilen Region könnte eine Bedrohung der amerikanischen Vormachtstellung durch den islamischen Fundamentalismus werden. Unter ausnutzung der religiösen Feindseligkeit gegenüber dem *american way of life* und des arabisch-israelischen Konflikts könnte der isla-mische Fundamentalismus einige prowestliche Regierungen im Nahen Osten unterminieren und schließlich amerikani-sche Interessen in der Region, besonders am Persischen Golf, gefährden. Ohne politischen Zusammenhalt und ohne die Rückendeckung eines wirklich mächtigen islamischen Staates fehlte es dem islamischen Fundamentalismus an einem geo-politischen Kern, deshalb würde die von ihm ausgehende Kampfansage sich wahrscheinlich eher in diffuser Gewalt Bahn brechen.

Ein geostrategisch grundlegendes Problem wirft Chinas Aufstieg zur Großmacht auf. Die beste Lösung wäre es, wenn man ein zur Demokratie findendes, marktwirtschaftlich or-ganisiertes China in einen größeren Rahmen regionaler Zu-sammenarbeit einbinden könnte. Doch was ist, wenn China nicht demokratisch, aber wirtschaftlich und militärisch im-mer mächtiger wird? Ein *größeres China* wird es wohl geben, ganz gleich, was seine Nachbarn sich wünschen oder ausrech-nen, und alle Bemühungen, dies zu verhindern, könnten ei-nen sich

verschärfenden Konflikt mit China heraufbeschwö-ren. Ein solcher Konflikt könnte die amerikanisch-japani-schen Beziehungen belasten — denn es ist keineswegs sicher, ob Japan Amerikas Versuch, China Paroli zu bieten, mittra-gen würde — und Tokios Definition seiner Rolle in der Region mit womöglich revolutionären Konsequenzen ändern, ja, vielleicht sogar das Ende der amerikanischen Präsenz in Fernost einläuten.

Eine Übereinkunft mit China wird jedoch ihren Preis for-dern. China als regionale Macht zu akzeptieren heißt mehr, als nur einem Schlagwort beizupflichten. Jede derartige regio-nale Vorherrschaft wird ein gewisses Gewicht haben müssen. Um es ganz deutlich zu formulieren: Wie groß sollte Chinas Bannkreis sein und wohin sollte sich die chinesische Einflusssphäre erstrecken, die Amerika bereit wäre, als Teil einer Politik der Einbindung Chinas in die Weltpolitik zu akzep-tieren? Welche der heute außerhalb seines politischen Radius liegenden Gebiete müssten möglicherweise dem Herrschafts-bereich des wieder auferstehenden Himmlischen Reiches zu-gestanden werden?
Vor diesem Hintergrund gewinnt das Festhalten Amerikas an seiner militärischen Präsenz in Südkorea besondere Be-deutung. Ohne sie ist der Fortbestand des amerikanisch-japa-nischen Verteidigungsabkommens in seiner gegenwärtigen Form schwer vorstellbar, denn Japan wäre dann zwangsläufig militärisch stärker auf sich gestellt. Hingegen dürfte jeder Schritt zu einer Wiedervereinigung Koreas die Grundlage für eine fortdauernde militärische Präsenz der USA in Südkorea stören. Ein wiedervereinigtes Korea könnte sich möglicher-weise gegen eine Fortdauer des US-militärischen Schutzes entscheiden; und in der Tat könnte das der Preis sein, den China dafür verlangt, dass es seinen Einfluss für die

Wieder-vereinigung der Halbinsel geltend macht. Kurz, das Verhält-nis der USA zu China wird unweigerlich unmittelbare Aus-wirkungen auf die trilaterale Sicherheitspartnerschaft zwi-schen den USA, Japan und Korea haben.

Schließlich sollte noch auf ein paar Eventualfälle zukünfti-ger politischer Ausrichtungen hingewiesen werden, die in den jeweiligen Kapiteln ausführlicher erörtert werden. In der Vergangenheit haben die Kämpfe einzelner Staaten um die re-gionale Vorherrschaft die internationale Politik weitgehend bestimmt. Von nun an steht Amerika vor der Frage, wie es mit

regionalen Koalitionen fertig wird, die es aus Eurasien hin-auswerfen wollen und damit seinen Status als Weltmacht be-drohen. Ob sich solche Koalitionen tatsächlich bilden, um die amerikanische Vormacht herauszufordern, wird allerdings in sehr hohem Maße davon abhängen, wie die USA auf die hier dargelegten Zwangslagen reagieren.

Das gefährlichste Szenario wäre möglicherweise eine große Koalition zwischen China, Russland und vielleicht dem Iran, ein nicht durch Ideologie, sondern durch die tief sitzende Un-zufriedenheit aller Beteiligten geeintes antihegemoniales Bündnis. Ein solches Bündnis würde in Größenordnung und Reichweite an die Herausforderung erinnern, die einst von dem chinesisch-sowjetischen Block ausging, obgleich diesmal wahrscheinlich China die Führung übernähme und Russland sich dieser anschlösse. Um diese Eventualität, wie fern sie auch sein mag, abzuwenden, müssen die Vereinigten Staaten gleichzeitig an der westlichen, östlichen und südlichen Peri-pherie Eurasiens geostrategisches Geschick beweisen.

Eine geographisch begrenztere, womöglich aber noch fol-genreichere

Herausforderung könnte eine chinesisch-japani-sche Achse bedeuten, sollte Amerikas Stellung im Fernen Osten zusammenbrechen und sich Japans Weltsicht auf revo-lutionäre Weise ändern. Eine solche Achse verbände die Macht zweier außerordentlich produktiver Völker und könnte sich eine gewisse Form von »Asianismus« als eine bei-de Partner vereinigende anti-amerikanische Lehre zunutze machen. Angesichts der beiderseitigen historischen Erfah-rung scheint es jedoch unwahrscheinlich, dass China und Ja-pan in absehbarer Zukunft miteinander ein Bündnis einge-hen; allerdings sollte eine weitblickende amerikanische Politik in Fernost sehr wohl in der Lage sein, das Eintreten eines solchen Falles zu verhindern.

Nicht minder abseitig, aber nicht völlig auszuschließen ist die Möglichkeit einer großen europäischen Neuorientierung,

die entweder eine deutsch-russische Absprache oder eine französisch-russische Entente zur Folge hätte. Für beide gibt es in der Geschichte eindeutige Präzedenzfälle, und zu einer von beiden könnte es kommen, wenn die europäische Eini-gung ins Stocken geriete und sich die Beziehungen zwischen Europa und Amerika ernsthaft verschlechtern sollten. Tat-sächlich könnte man sich im letzteren Falle eine europäisch-russische Übereinkunft vorstellen, die Amerika vom Konti-nent ausschlösse. Gegenwärtig scheinen alle diese Varianten unwahrscheinlich, andernfalls müssten sich nicht nur die Amerikaner in ihrer Europapolitik schwer vertun, sondern auch auf seiten der wichtigsten europäischen Staaten müsste eine dramatische Um- oder Neuorientierung erfolgen.
Was die Zukunft auch bringen mag, der Schluss liegt nahe, dass die amerikanische Vormachtstellung auf dem eurasischen Kontinent durch Turbulenzen und vielleicht zumindest spo-radische Ausbrüche von Gewalt erschüttert werden wird. Sie könnte neuen Herausforderungen ausgesetzt

sein, sei es von Anwärtern auf regionale Machtpositionen, sei es von neuen Konstellationen. Das gegenwärtig herrschende globale Sy-stem der USA, innerhalb dessen *die Kriegsgefahr vom Tisch ist,* bleibt aller Wahrscheinlichkeit nur in jenen Teilen der Welt stabil, in denen sich die von einer lang-fristigen Geostra-tegie gelenkte Vormachtstellung Amerikas auf vergleich-bare und wesensverwandte soziopolitische Systeme stützt, die miteinander durch multilaterale, von Amerika dominierte Strukturen verbunden sind.

3

DER DEMOKRATISCHE BRÜCKENKOPF

Europa ist Amerikas natürlicher Verbündeter. Es teilt diesel-ben Werte und, im wesentlichen, dasselbe religiöse Erbe; es ist demokratischen Prinzipien verpflichtet und ist die ursprüng-liche Heimat der großen Mehrzahl Amerikaner. Bei dem Ver-such der Integration von ehemaligen Nationalstaaten in eine gemeinsame supranationale Wirtschafts- und schließlich auch politische Union weist Europa außerdem den Weg zu größe-ren Formen postnationaler Organisation,

jenseits der engstir-nigen Visionen und zerstörerischen Leidenschaften, die dem Zeitalter des Nationalismus sein Gepräge gaben. Es ist bereits die am multilateralsten organisierte Weltregion (siehe Tabelle Seite 90). Eine erfolgreich verlaufende politische Vereinigung würde etwa 400 Millionen Menschen unter einem demokrati-schen Dach zusammenschließen, die einen den Vereinigten Staaten vergleichbaren Lebensstandard genießen. Ein solches Europa müsste zwangsläufig eine Weltmacht werden.

Außerdem dient Europa als Sprungbrett für die fortschrei-tende Ausdehnung demokratischer Verhältnisse bis tief in den euroasiatischen Raum hinein. Europas Osterweiterung würde den Sieg der Demokratie in den neunziger Jahren festi-gen. Auf politischer und wirtschaftlicher Ebene entspräche sie im wesentlichen dem europäischen Zivilisationsgebiet —

91 **Der demokratische Brückenkopf**

dem einstigen römisch-christlichen Europa —, das durch das gemeinsame, christlich-abendländische Erbe Europas defi-niert wurde. Ein solches Europa hat es schon einmal gegeben, vor dem Zeitalter der Nationalstaaten und der nachfol-genden Teilung des Kontinents in eine amerikanisch und eine sowjetisch dominierte Hälfte. Ein solches größeres Europa könnte eine magnetische Anziehung auf die weiter im Osten liegenden Staaten ausüben und mit der Ukraine, Weißrussland und Russland ein Beziehungsgeflecht aufbauen, sie zu einer immer engeren Zusammenarbeit bewegen und im gleichen Zuge für die gemeinsamen demokratischen Prinzipien gewin-nen. Schließlich könnte ein solches Europa sogar ein Eckpfei-ler einer unter amerikanischer Schirmherrschaft stehenden größeren eurasischen Sicherheits- und Kooperationsstruktur werden.

Vor allen Dingen aber ist Europa Amerikas unverzichtba-rer geopolitischer Brückenkopf auf dem eurasischen Konti-nent. Die Alte Welt ist für die USA von enormem geostra-tegischen Interesse. Anders als die Bindungen

an Japan verankert das Atlantische Bündnis den politischen Einfluss und die militärische Macht Amerikas unmittelbar auf dem eurasischen Festland. Beim derzeitigen Stand der amerika-nisch-europäischen Beziehungen, da die verbündeten euro-päischen Nationen immer noch stark auf den Sicherheits-schild der USA angewiesen sind, erweitert sich mit jeder Ausdehnung des europäischen Geltungsbereichs automat-isch auch die direkte Einflusssphäre der Vereinigten Staaten. Umgekehrt wäre ohne diese engen transatlantischen Bin-dungen Amerikas Vormachtstellung in Eurasien schnell da-hin. Seine Kontrolle über den Atlantischen Ozean und die Fähigkeit, Einfluss und Macht tiefer in den euroasiatischen Raum hinein geltend zu machen, wären dann äußerst be-grenzt.

Das Problem besteht jedoch darin, daß es ein rein europäi--

sches Europa gar nicht gibt. Es ist eine Vision, eine Vorstel-lung und ein Ziel, aber noch nicht Wirklichkeit. Westeuropa ist bereits ein gemeinsamer Markt, aber weit davon entfernt, eine politische Einheit zu bilden. Ein politisches Europa muss erst noch entstehen. Die Krise in Bosnien bot hierfür einen traurigen Beweis, sofern es denn eines solchen bedurft hätte. Tatsache ist schlicht und einfach, dass Westeuropa und zuneh-mend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Pro-tektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tri-butpflichtige von einst erinnern. Dies ist kein gesunder Zustand, weder für Amerika noch für die europäischen Na-tionen.

Das Ganze wird dadurch verschlimmert, dass in Europa ein Nachlassen innerer Vitalität bedenklich um sich greift. Neben der Legitimität des bestehenden sozioökonomischen Systems scheint sogar das oberflächliche Bewusstsein europäischer Identität verwundbar zu sein. In mehreren

europäischen Staaten lässt sich eine Vertrauenskrise und ein Verlust kreati-ven Schwungs feststellen, die mit einer auf die größeren Pro-bleme in der Welt isolationistisch und eskapistisch reagierenden inneren Einstellung einhergeht. Es ist nicht klar, ob die meisten Europäer überhaupt eine künftige Großmacht Euro-pa wollen und ob sie bereit sind, das für ihr Zustandekom-men Nötige zu tun. Selbst der noch in Resten bestehende, gegenwärtig recht schwache europäische Antiamerikanismus ist merkwürdig zynisch: Die Europäer beklagen die Hege-monie der USA, nehmen deren Schutz aber durchaus in An-spruch.

Die politische Dynamik zur europäischen Vereinigung ging einmal von drei wesentlichen Impulsen aus: der Erinne-rung an die beiden zerstörerischen Weltkriege, dem Wunsch nach wirtschaftlicher Erholung sowie der Unsicherheit infol-ge der sowjetischen Bedrohung. Mitte der neunziger Jahre waren diese Impulse verpufft. Die wirtschaftliche Erholung

ist im großen und ganzen eingetreten; das eigentliche Pro-blem, das Europa in zunehmendem Maße zu schaffen macht, ist ein extrem belastendes Sozialsystem, das die Wirtschafts-kraft schwächt, während der leidenschaftliche Widerstand, den einzelne Interessengruppen jedweder Reform entgegen-setzen, die politische Aufmerksamkeit Europas nach innen lenkt. Die sowjetische Bedrohung ist verschwunden, wohingegen das Anliegen einiger Europäer, sich von der amerikani-schen Bevormundung zu befreien, nicht in ein unwiderstehli-ches Verlangen nach kontinentaler Einigung umgesetzt wurde.

Der Auftrieb zu einem geeinten Europa geht mehr und mehr von dem riesigen Behördenapparat aus, den die Euro-päische Gemeinschaft und ihrer Nachfolgerin, die Europäi-sche Union, hervorgebracht hat. Der

Gedanke der Einheit erfreut sich bei der Bevölkerung noch immer bemerkenswert breiter Unterstützung, aber er ist eher lau, es fehlt ihm an Begeisterung und Sendungsbewusstsein. Im allgemeinen macht das heutige Westeuropa den Eindruck einer Reihe von ge-quälten, unzusammenhängenden, bequemen und dennoch sozial unzufriedenen und bekümmerten Gesellschaften, die keine zukunftweisende Vision mehr haben. Die europäische Einigung ist zunehmend ein Prozess, und kein Faktum.

Dennoch engagieren sich die politischen Eliten zweier füh-render europäischer Nationen weiterhin in ihrer großen Mehrheit für das Ziel, ein Europa zu gestalten und vertraglich festzulegen, das diesen Namen wirklich verdient. Sie sind die wichtigsten Architekten Europas. Aus ihrer Zusammenarbeit könnte ein seiner Vergangenheit und seiner Möglichkeiten würdiges Europa entstehen. Indes tritt jeder für eine etwas andere Vorstellung und Bauweise ein, und keiner der beiden ist stark genug, sich durchzusetzen.

Diese Sachlage sollte die Vereinigten Staaten zu einem ent-schiedenen Eingreifen veranlassen. Sie erzwingt geradezu ein

Engagement Amerikas für Europas Einheit, denn der Einigungsprozess könnte sonst ins Stocken geraten und sich all-mählich sogar wieder rückläufig entwickeln. Ehe sich die USA aber am Bau Europas beteiligen, müssen sie sich dar-über im klaren sein, welche Art Europa sie wollen und zu fördern bereit sind — einen gleichberechtigten oder einen Ju-niorpartner —, und wie weit Europäische Union und NATO reichen sollen. Es erfordert zudem einen behutsamen Um-gang mit den beiden wichtigsten Architekten Europas.

Grandeur und Erlösung

Frankreich erhofft sich durch Europa seine Wiedergeburt, Deutschland seine Erlösung. Diese unterschiedlichen Moti-vationen helfen ein gutes Stück weiter, die Ziele der alternati-ven deutschen und französischen Europa-Entwürfe zu erklä-ren und zu bestimmen.

Für Frankreich ist Europa das Mittel, seine einstige Größe wiederzuerlangen. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg mach-ten sich ernst zu nehmende französische Politikwissenschaft-ler Sorgen über den fortschreitenden Verfall der zentralen Rolle Europas in der Weltpolitik. In den Jahrzehnten des Kal-ten Krieges schlug diese Sorge in Groll über die angelsächsi-sche Dominanz über den Westen um, ganz zu schweigen von der Verachtung für die damit einhergehende Amerikanisie-rung der westlichen Kultur. Die Schaffung eines authenti-schen Europa — mit den Worten Charles de Gaulles vom At-lantik bis zum Ural — sollte diesen beklagenswerten Zustand beheben. Und da in einem solchen Europa Paris die Führung übernehmen müsste, würde Frankreich zugleich jene *gran-deur* zurückgewinnen, die die Franzosen immer noch für das besondere Los ihrer Nation halten.

Deutschland sieht im Engagement für Europa die Grund-e für nationale Erlösung, während es sicherheitspolitisch auf eine enge Bindung an Amerika nicht verzichten kann. Folglich ist ein Europa, das seine Unabhängigkeit von Amerika -stärker hervorkehrt, keine brauchbare Alternative. Für Deutschland bedeutet Erlösung + Sicherheit = Europa + Amerika. Diese Formel umreißt seine Haltung und Politik, macht es

zugleich zu Europas Musterknaben und zum stärkeren Anhänger Amerikas in Europa.
Deutschland versteht sein glühendes Eintreten für Europa als historische Reinigung, als Wiederherstellung seiner mora-lischen und politischen Reputation. Indem es sich mit Europa entsühnt, stellt Deutschland seine Größe wieder her, wäh-rend es zugleich eine Mission übernimmt, die nicht automa-tisch europäische Ressentiments und Ängste gegen die Deut-schen mobilisiert. Verfolgen die Deutschen nämlich ihr eigenes nationales Interesse, so laufen sie Gefahr, die anderen ‘Europäer vor den Kopf zu stoßen; fördern sie jedoch das ge-meinsame Interesse Europas, trägt ihnen das die Unterstüt-zung und den Respekt der anderen Europäer ein.
In den zentralen Fragen des Kalten Krieges war Frankreich ein loyaler, engagierter und entschlossener Verbündeter. Es stand, wenn es darauf ankam, Seite an Seite mit Amerika. Ob während der beiden Berlin-Blockaden oder während der Kuba-Krise, es gab keinen Zweifel an Frankreichs Festigkeit. Diese Unterstützung der NATO wurde jedoch durch das gleichzeitige Bestreben Frankreichs gedämpft, eine politische Identität eigener Art zu behaupten und sich im wesentlichen seine Handlungsfreiheit zu bewahren, insbesondere in Belan-gen, die mit Frankreichs Status in der Welt oder der Zukunft Europas zu tun hatten.

Es hat etwas wahnhaft Obsessives, wie stark die französi-sche Politelite der Gedanke beschäftigt, daß Frankreich im-mer noch eine Weltmacht ist. Als Premierminister Alain

Juppé im Mai 1995 vor der Nationalversammlung erklärte, dass »Frankreich seinen Ruf als Weltmacht behaupten kann und muss« (womit er nichts anderes sagte als seine Vorgän-ger), brach die Versammlung in spontanen Beifall aus. Mit seinem Beharren auf einer eigenen atomaren

Abschreckung wollte Frankreich vor allem seine Handlungsfreiheit vergrö-ßern und gleichzeitig Entscheidungen auf Leben und Tod, die die Amerikaner in Sicherheitsfragen für die Allianz insgesamt trafen, beeinflussen können. Sich gegenüber der Sowjetunion zu profilieren lag Frankreich fern, denn seine atomare Abschreckung war für die sowjetische Kriegsmaschinerie al-lenfalls von marginaler Bedeutung. Vielmehr meinte Paris, durch eigene Atomwaffen eine Rolle in den hochrangigsten und gefährlichsten Entscheidungs-findungsprozessen des Kalten Krieges einnehmen zu können.
Nach französischer Überzeugung untermauerte der Besitz von Nuklearwaffen Frankreichs Anspruch, eine Weltmacht zu sein und eine Stimme zu haben, die weltweit Respekt genießt. Tatsächlich stärkte er Frankreichs Position als eines der fünf Veto-berechtigten Mitglieder im UN-Sicherheitsrat, die ebenfalls Atommächte sind. Aus französischer Perspekti-ve war die nukleare Abschreckung Großbritanniens nur der verlängerte Arm der amerikanischen Atommacht, vor allem da sich die Briten auf ihr besonderes Verhältnis zu den USA festlegten und sich bei den Bemühungen, ein unabhängiges Europa zu bauen, entsprechend zurückhielten. (Dass das französische Atomprogramm von heimlicher US-Hilfe deut-lich profitierte, war in den Augen der Franzosen für das strategische Kalkül der *grande nation* ohne Belang.) Eine eigene atomare Abschreckung festigte nach französischem Verständnis auch Frankreichs beherrschende Position als führende Macht auf dem europäischen Kontinent, die als einziger kontinentaleuropäischer Staat über Atomwaffen verfügt.

Einen weiteren Ausdruck fanden Frankreichs globale Am-bitionen in den entschiedenen Anstrengungen der französischen Regierungen, in den

meisten französischsprachigen Ländern Afrikas weiterhin als Sicherheitsmacht präsent zu sein. Trotz des nach langwierigen Kämpfen eingetretenen Verlusts von Vietnam und Algerien und der Preisgabe weiterer Kolonien hat diese Sicherheitsmission sowie die fortbeste-hende Kontrolle über verstreute Inseln im Pazifik (auf denen die umstrittenen französischen Atomtests stattfanden) die französische Elite in ihrer Überzeugung bestärkt, dass Frank-reich eigentlich immer noch eine globale Rolle zu spielen habe, obwohl es im Grunde eine postimperiale europäische Macht mittlerer Ordnung ist.
All dies hat Frankreichs Anspruch auf die Insignien euro-päischer Führung aufrechterhalten und motiviert. Angesichts eines Großbritanniens, das sich selbst an den Rand manövrierte und im wesentlichen ein Anhängsel der US-Macht ist, und eines Deutschlands, das während des Kalten Krieges lange Zeit geteilt und durch seine jüngere Vergangenheit noch immer gehandikapt war, konnte Frankreich die europäische Idee auf greifen, sich zu eigen machen und sie als gleichbedeu-tend mit seiner Vorstellung von sich selbst usurpieren. Das Land, das die Idee eines souveränen Nationalstaats erfunden und Nationalgefühl zu einer Art weltlichen Religion gemacht hatte, fand es somit ganz natürlich, sich selbst — mit derselben emotionalen Hingabe, die einst *la patrie* galt — als die Verkör-perung eines unabhängigen, aber geeinten Europa zu sehen. Die Größe eines von Paris geführten Europas fiele dann auf Frankreich selbst zurück.

Diese aus einem tiefen Bewusstsein historischer Bestim-mung gespeiste und von einem ungemeinen Stolz auf die eige-ne Kultur bekräftigte besondere Berufung hat bedeutende politische Implikationen. Der geopolitische Raum, den Frankreich seiner Einflusssphäre vorbehalten — oder dessen

Beherrschung durch einen mächtigeren Staat es zumindest verhindern — muss, lässt sich auf der Landkarte als Halbkreis einzeichnen. Er umfasst die Iberische Halbinsel, die nördli-chen Küsten des westlichen Mittelmeers sowie Deutschland bis hin zum östlichen Mitteleuropa (siehe Karte Seite 107). Das ist nicht nur der kleinste französische Sicherheitsradius, ihm gilt auch das größte politische Interesse Frankreichs. Nur wenn die Unterstützung der südeuropäischen Staaten ge-währleistet und die Rückendeckung durch Deutschland ga-rantiert ist, kann das Ziel, die Schaffung eines vereinigten und unabhängigen, von Frankreich geführten Europas, wirksam verfolgt werden. Und es liegt auf der Hand, dass innerhalb dieses geopolitischen Orbits der Umgang mit einem zuneh-mend mächtiger werdenden Deutschland am schwierigsten sein wird.

Nach französischer Vorstellung kann das zentrale Ziel ei-nes geeinten und unabhängigen Europa dadurch erreicht werden, dass die Vereinigung Europas unter französischer Führung mit dem allmählichen Abbau der amerikanischen Vorrangstellung auf dem Kontinent einhergeht. Wenn jedoch Frankreich Europas Zukunft gestalten soll, muss es Deutsch-land mit einbeziehen, zugleich aber an die Kette legen, wäh-rend es Washington seine politische Führungsrolle in euro-päischen Angelegenheiten Schritt für Schritt abzunehmen sucht. Daraus ergeben sich für Frankreich zwei große Dilem-mas: wie läßt sich ein amerikanisches Sicherheitsengagement für Europa bewahren — das Frankreich weiterhin für unver-zichtbar hält — und dabei die amerikanische Präsenz ständig reduzieren; wie läßt sich die deutsch-französische Partner-schaft als ökonomisch-politischer Motor der europäischen Einigung erhalten und dabei eine deutsche Führung in Euro-pa verhindern?

Wäre Frankreich eine wirkliche Weltmacht, so dürfte die Lösung dieser Zwiespalte in der Verfolgung seines zentralen

Ziels nicht schwerfallen. Mit Ausnahme Deutschlands ist kein anderer europäischer Staat von einem solchen Ehrgeiz beseelt oder von einem solchen Sendungsbewusstsein getrie-ben. Selbst Deutschland ließe sich vielleicht dazu verleiten, eine französische Führungsrolle in einem vereinten, aber (von Amerika) unabhängigen Europa zu akzeptieren, doch nur, wenn es in Frankreich tatsächlich eine Weltmacht sähe, die Europa die Sicherheit verschaffen könnte, die es selbst nicht gewährleisten kann, wohl aber die USA.

Deutschland kennt indessen die wahren Grenzen französischer Macht. Frankreich ist wirtschaftlich viel schwächer als Deutschland, und sein Militärapparat (wie der Golfkrieg 1991 gezeigt hat) nicht sehr leistungsfähig. Er reicht gerade aus, um Staatsstreiche in afrikanischen Satellitenstaaten nie-derzuschlagen, doch kann er weder Europa schützen noch fern von Europa nachhaltigen Einfluss ausüben. Frankreich ist nicht mehr und nicht weniger als eine europäische Macht mittleren Kalibers. Für die Schaffung eines gemeinsamen Europas war daher Deutschland bereit, Frankreichs Stolz versöhnlich zu stim-men, in der Frage der Sicherheit Europas war es hingegen nicht bereit, der Führung Frankreichs blindlings zu folgen. Es besteht weiterhin darauf, dass Amerika für Europas Sicher-heit unverzichtbar sei.

Dieser für die hohe Selbsteinschätzung der Franzosen schmerzliche Tatbestand trat nach der deutschen Wiederver-einigung deutlicher zutage. Zuvor erweckte die deutsch-fran-zösische Versöhnung den Eindruck, als fahre die politische Führung Frankreichs ganz gut mit der deutschen Wirt-schaftsdynamik. Dieser Eindruck wurde auch tatsächlich bei-den Parteien gerecht. Der deutsch-französische Gleichklang milderte die traditionellen europäischen Ängste vor Deutsch-land und bestärkte die Franzosen in ihren Illusionen, weil der Eindruck entstand, die Gestaltung

Europas finde unter der

Führung Frankreichs und der Mitwirkung eines wirtschaft-lich dynamischen Westdeutschlands statt.

Die deutsch-französische Versöhnung war, trotz ihrer Missverständnisse, eine positive Entwicklung für Europa, und ihre Bedeutung kann gar nicht hoch genug bewertet werden. Sie hat sich als eine entscheidende Grundlage für alle in dem schwierigen Prozess der Einigung bisher erzielten Fortschrit-te erwiesen. Insofern entsprach sie auch voll und ganz den Interessen der USA und stand im Einklang mit dem langjäh-rigen Engagement der Amerikaner, eine transnationale Zu-sammenarbeit in Europa voranzubringen. Ein Scheitern der deutsch-französischen Kooperation wäre ein fataler Rück-schlag für Europa und ein Desaster für die Position der Ver-einigten Staaten in Europa.

Stillschweigende Unterstützung von seiten der USA er-möglichte es Frankreich und Deutschland, den Prozess der europäischen Einigung voranzutreiben. Die deutsche Wie-dervereinigung war für Frankreich ein zusätzlicher An-sporn, Deutschland in ein verbindliches Rahmenwerk einzu-gliedern. So legten sich am 6. Dezember 1990 der fran-zösische Präsident und der deutsche Kanzler auf das Ziel eines föderalen Europa (Europa der Bundesstaaten) fest, und zehn Tage später erteilte der EU-Gipfel über die politische Union in Rom — ungeachtet britischer Vorbehalte — den zwölf Außenministern der europäischen Gemeinschaft den Auftrag, einen Vertragsentwurf für eine politische Union vorzubereiten.

Darüber hinaus veränderte Deutschlands Wiedervereini-gung die tatsächlichen Parameter europäischer Politik erheb-lich. Für Rußland wie für Frankreich bedeutete sie eine geo-politische Niederlage. Das

vereinte Deutschland war nun nicht nur mehr der politische Juniorpartner Frankreichs, es wurde automatisch die unbestreitbar erste Macht in Westeu-ropa und — vor allem wegen seiner beträchtlichen Beitrags-

zahlungen zur Unterstützung der wichtigsten internationalen Institutionen sogar teilweise eine Weltmacht.[7] Die neue Rea-lität bewirkte auf beiden Seiten eine gewisse Ernüchterung, denn Deutschland war jetzt, immer noch als Frankreichs Partner, aber nicht mehr als dessen Protegé, in der Lage und Willens, seine Vision eines zukünftigen Europas zu artikulie-ren und voranzutreiben.

Da Frankreich nunmehr weniger politische Druckmittel in der Hand hatte, sah es sich zu verschiedenen Konsequenzen gezwungen. In irgendeiner Form musste es größeren Einfluss innerhalb der NATO gewinnen — von der es sich aus Protest außerdem seine relative Schwäche mit größeren diplomati-schen Manövern kompensieren. Eine Rückkehr in die NATO könnte Frankreich mehr Einflussmöglichkeiten auf Amerika einräumen, gelegentliche Flirts mit Moskau oder London könnten sowohl auf Amerika als auch auf Deutschland von außen Druck erzeugen.

Infolgedessen kehrte Frankreich, eher aus taktischen Gründen denn aus Überzeugung, in die Kommandostruktur der NATO zurück. De facto beteiligte es sich bereits 1994 wieder aktiv an den politischen und militärischen Entschei-dungsprozessen der NATO; seit Ende 1995 sind der französische Außen- und der Verteidigungsminister regelmäßig bei den Sitzungen des Verteidigungsbündnisses anwesend. Aller-dings zu einem entsprechenden Preis: Nachdem sie erst ein-mal voll integriert waren, bekräftigten sie erneut ihre Ent-schlossenheit, die Struktur des Bündnisses zu reformieren, um auf mehr Gleichgewicht zwischen der

amerikanischen Führung und den europäischen Teilnehmern hinzuwirken.

7 Beispielsweise bestreitet Deutschland einen Prozentanteil am Gesamtbudget der EU von 28,5% , der NATO von 22,8 %, der UN von 8,93 %; zudem ist es der größte Aktionär der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Die Franzosen wünschten ein ausgeprägteres Profil und eine größere Rolle für eine kollektive europäische Komponente, wie der französische Außenminister Hervé de Charette in ei-ner Rede vom 8. April 1996 darlegte: »Für Frankreich besteht das grundlegende Ziel [der Annäherung] darin, eine europäi-sche Identität innerhalb des Bündnisses geltend zu machen, die operationell glaubwürdig und politisch sichtbar ist.« Gleichzeitig scheute sich Paris keineswegs, seine traditio-nell guten Beziehungen zu Russland taktisch auszuschlachten, um die Amerikaner in ihrer Europapolitik unter Druck zu setzen und, wann immer zweckdienlich, die alte französisch-britische Entente wiederzubeleben, um Deutschlands wach-sender Vormachtstellung in Europa zu begegnen. Der franzö-sische Außenminister war nahe daran, dies offen auszu-sprechen, als er im August 1996 erklärte, dass »Frankreich, wenn es eine internationale Rolle spielen will, bereit ist, von der Existenz eines starken Russlands zu profitieren, sowie ihm zu helfen, sich wieder als Großmacht zu behaupten«, und damit den russischen Außenminister zu der Entgegnung veranlasste, dass »von allen Regierungschefs der Welt die Fran-zosen diejenigen sind, die in ihrem Verhältnis zu Russland noch am ehesten eine konstruktive Haltung einnehmen«.[8]

Frankreichs anfänglich lauwarme Unterstützung einer NATO-Osterweiterung — konkret, seine kaum unterdrückte Skepsis, ob sie überhaupt erstrebenswert sei — war somit teil-weise eine Taktik, die ihm

bei den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten mehr Druckmittel in die Hand geben sollte. Eben weil Amerika und Deutschland die Hauptbefür-worter einer NATO-Erweiterung waren, gefiel sich Frank-reich darin, Gelassenheit zu demonstrieren, widerstrebend zuzustimmen, Bedenken über die mögliche Auswirkung die-ser Initiative auf Russland vorzutragen und sich als Europas

8 Zitiert in *Le Nouvel Observateur, 12. August 1996.*

verständnisvollster Gesprächspartner mit Moskau zu gerieren. Bei einigen Mitteleuropäern erweckten die Franzosen sogar den Eindruck, als hätten sie nichts gegen eine russische Einflusssphäre in Osteuropa. Die russische Karte hielt nicht nur Amerika in Schach und sandte eine nicht allzu verblümte Botschaft an die Adresse Deutschlands, sondern verstärkte auch den Druck auf die USA, die französischen Vorschläge für eine Reform der NATO wohlwollend zu betrachten.

Letztlich werden einer NATO-Erweiterung alle 16 Mit-glieder zustimmen müssen. Paris wusste, dass seine Einwilli-gung für diese Einstimmigkeit ebenso unabdingbar war wie Frankreichs Unterstützung gebraucht wurde, um Obstrukti-on von seiten anderer Bündnismitglieder zu vermeiden. So machte es denn auch kein Hehl aus seiner Absicht, die Unter-stützung einer NATO-Erweiterung davon abhängig zu ma-chen, ob sich Amerika schließlich der französischen Ent-schlossenheit beugt, das Machtgleichgewicht innerhalb der Allianz sowie auch deren Grundstruktur zu verändern.

Ähnlich lau war zunächst Frankreichs Befürwortung einer Osterweiterung der Europäischen Union. Hier übernahm Deutschland, unterstützt von den USA, die Führung, aller-dings in diesem Fall nicht mit demselben Engagement wie in der Frage der NATO-Erweiterung. Obwohl Frankreich in der NATO gern argumentierte, dass eine erweiterte EU eine

passendere Dachorganisation für die früheren kommunisti-schen Staaten biete, meldete es, als Deutschland auf eine schnellere Erweiterung der EU nach Mitteleuropa hin drang, technische Bedenken an und forderte außerdem, dass die EU Europas ungeschützter mediterraner Südflanke die gleiche Aufmerksamkeit widme. (Diese Meinungsverschiedenheiten traten bereits bei dem deutsch-französischen Gipfel im No-vember 1994 zutage.) Der Nachdruck, den die Franzosen auf den letzten Punkt legten, sicherte ihnen zudem die Unterstüt-zung südeuropäischer NATO-Mitglieder zu und optimierte

Frankreichs Verhandlungsposition insgesamt. Der Preis dafür war indes eine immer größer werdende Kluft zwischen den von Frankreich beziehungsweise Deutschland vertretenen geopolitischen Vorstellungen Europas, eine Kluft, die sich nur teilweise schloss, als Frankreich in der zweiten Hälfte des Jahres 1996 dem Beitritt Polens zur NATO und der EU mit Verspätung zustimmte.

Diese Kluft war angesichts des sich verändernden histori-schen Umfelds unvermeidlich. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte das demokratische Deutschland erkannt, dass diese deutsch-französische Aussöhnung die Vorausset-zung für die Schaffung einer europäischen Gemeinschaft in-nerhalb den westlichen Hälfte des geteilten Europas war. Die-se Versöhnung war nicht zuletzt für Deutschlands historische Rehabilitierung von zentraler Bedeutung. Von daher war die Akzeptanz der französischen Führungsrolle ein angemesse-ner Preis. Gleichzeitig machte die fortdauernde sowjetische Bedrohung eines verwundbaren Westdeutschlands die Loya-lität gegenüber Amerika zu einer überlebenswichtigen Vor-aussetzung — was selbst die Franzosen erkannten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war für die

Bildung eines größeren und geeinteren Europa eine Unterordnung unter Frankreich aber weder notwendig noch von Vorteil. Eine gleichberechtigte deutsch-französische Partnerschaft, in der das wiedervereinigte Deutschland nun tatsächlich der stärke-re Partner war, war für Paris mehr als ein faires Geschäft; Frankreich würde Deutschlands Vorliebe für eine direkte Si-cherheitsschiene zu seinem transatlantischen Verbündeten und Beschützer einfach hinnehmen müssen.
Mit dem Ende des Kalten Kriegs bekam das Verhältnis zu den USA für Deutschland eine neue Bedeutung. In der Ver-gangenheit hatte es Deutschland vor einer äußeren, aber sehr unmittelbaren Bedrohung geschützt und war die notwendige Voraussetzung für die schließlich eingetretene Wiedervereini--

gung des Landes gewesen. Nach der Auflösung der Sowjet-union bot die Verbindung zu Amerika dem wiedervereinig-ten Deutschland den Schirm, unter welchem es offener eine Führungsrolle in Mitteleuropa übernehmen konnte, ohne da-durch gleichzeitig seine Nachbarn zu bedrohen. Die Beziehu-ng zu den USA stellte mehr als ein Zeugnis für gutes Be-nehmen aus: Sie versicherte den deutschen Nachbarn, daß ein enges Verhältnis zu Deutschland auch ein engeres Verhältnis zu Amerika bedeutete. All das erleichterte es Deutschland, eigenen geopolitischen Prioritäten unumwunden offenzulegen.

Deutschland — fest in Europa verankert und harmlos, aber durch die sichtbare militärische Präsenz der Amerikaner si-cherer geworden — konnte nun die Integration des jüngst befr-eiten Mitteleuropas in europäische Strukturen vorantrei-ben. Es würde nicht mehr das alte Mitteleuropa des deutschen Imperialismus sein, sondern eine friedliebende Ge-meinschaft wirtschaftlicher Erneuerung, die durch deutsche

Investitionen und Handelsbeziehungen angespornt und von einem Deutschland ermuntert wird, das außerdem als Befürworter der schließlich auch offiziellen Einbindung des neuen Mitteleuropa in EU und NATO auftritt. Da die deutsch--französische Allianz für Deutschland die unverzichtbare Plattform darstellt, um eine entschiedenere Rolle in der Regi-on zu spielen, braucht es keine Hemmungen mehr zu haben, sich im Bereich seines besonderen Interesses zu behaupten.

Auf der Europa-Karte könnte die Zone, die für Deutschland von besonderem Interesse ist, in der Form eines Recht-ecks eingezeichnet werden, das im Westen natürlich Frank-reich einschließt und im Osten die erst vor kurzem in die Freiheit entlassenen postkommunistischen Staaten Mitteleu-ropas einschließlich der baltischen Republiken, Weißrusslands und der Ukraine umfasst, und sogar bis nach Rußland hineinreicht. In vielerlei Hinsicht entspricht dieses Gebiet

dem historischen Einflussbereich konstruktiver deutscher Kultur, den in pränationalistischer Zeit deutsche Städtegrün der und bäuerliche Siedler im östlichen Mitteleuropa und in den heutigen baltischen Republiken geformt hatten, die sämt-lich im Verlauf des Zweiten Weltkriegs vertrieben wurden. Wichtiger noch, die Bereiche, die für die Franzosen (wie oben erörtert) und die Deutschen von besonderem Belang sind, entsprechen, wenn man sie wie auf der folgenden Karte ge-meinsam betrachtet, den westlichen und östlichen Grenzen Europas, während die Überschneidungen zwischen beiden die entscheidende geopolitische Bedeutung der deutsch-fran-zösischen Beziehungen als unverzichtbaren Kern Europas unterstreichen.

Der entscheidende Durchbruch für ein selbstbewussteres Auftreten

Deutschlands in Mitteleuropa wurde durch die während der neunziger Jahre zustandegekommene deutsch-polnische Versöhnung erzielt. Trotz eines gewissen anfängli-chen Widerstrebens erkannte das wiedervereinigte Deutsch-land (gedrängt von den USA) die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zu Polen an, und dieser Schritt beseitigte den einzigen substantiellen Vorbehalt Polens gegen engere Beziehungen zum deutschen Nachbarn. Nach einigen weite-ren Gesten des guten Willens und der Vergebung auf beiden Seiten wandelte sich das Verhältnis durchschlagend. Der deutsch-polnische Handel explodierte förmlich (1995 über-flügelte Polen Russland als Deutschlands größten Handels-partner im Osten), Deutschland trat am entschiedensten für eine Mitgliedschaft Polens in der EU und (zusammen mit den Vereinigten Staaten) für seine Aufnahme in die NATO ein. Ohne Übertreibung kann man behaupten, dass spätestens Mitte des Jahrzehnts die deutsch-polnische Versöhnung eine geopolitische Bedeutung in Mitteleuropa gewonnen hat, die den früheren Auswirkungen der deutsch-französischen Ver-söhnung auf Westeuropa durchaus entspricht.

Besondere geopolitische Interessensphären Deutschlands und Frankreichs

französische Interessensphäre
deutsche Interessensphäre

Dank Polen konnte der deutsche Einfluss nach Norden — in baltischen Staaten — sowie nach Osten — bis in die Ukraine und Weißrussland — ausstrahlen. Der Geltungsbereich der deutsch-polnischen Aussöhnung wurde überdies dadurch etwas erweitert, dass man Polen bei wichtigen deutsch-französischen Gesprächen über die Zukunft Europas mit einbezog. Das sogenannte Weimarer Dreieck (nach der Stadt benannt, der die ersten hochrangigen trilateralen deutsch-franzö-sisch-polnischen Konsultationen stattfanden, die seither re-gelmäßig wiederholt werden) schuf eine möglicherweise be-deutsame geopolitische Achse auf dem europäischen Konti-nent, die etwa 180 Millionen Menschen aus drei Nationen mit einem hochentwickelten Nationalbewusstsein umfasst. Auf der einen Seite stärkte dies Deutschlands dominierende Rolle

in Mitteleuropa noch weiter, die andererseits durch die Teil-nahme Frankreichs und Polens an dem dreiseitigen Dialog wiederum etwas ausbalanciert wurde.

Das unverkennbare deutsche Engagement für eine Oster-weiterung der wichtigsten europäischen Institutionen hat die Akzeptanz einer deutschen Führung in Mitteleuropa — die bei den kleineren mitteleuropäischen Staaten noch stärker vor-handen ist — erleichtert. Mit seinem entschiedenen Einsatz übernahm Deutschland eine historische Mission, die von ei-nigen recht tief verwurzelten westeuropäischen Auffassun-gen erheblich abweicht, denen zufolge alles, was östlich von Deutschland und Österreich passiert, als für das eigentliche Europa ohne Belang erschien. Diese Meinung — im frühen 18. Jahrhundert von Lord Bolingbroke[9] geäußert, der erklärte, politische Gewalt im Osten sei für die Westeuropäer ohne Bedeutung — tauchte im Münchner Abkommen 1938 wieder auf; eine traurige Neuauflage erlebte sie in der Haltung der britischen und französischen Regierung während des Bosni-en-Konflikts Mitte der neunziger Jahre und ist unter der Oberfläche der laufenden Debatten über die Zukunft Euro-pas immer noch virulent.

Im Unterschied dazu ging es in der deutschen Diskussion eigentlich nur darum, ob zuerst die NATO oder die EU er-weitert werden sollte — der Verteidigungsminister bevorzugte ersteres, der Außenminister sprach sich für letzteres aus — mit dem Ergebnis, dass Deutschland der unbestrittene Apostel ei-nes größeren und geeinteren Europas wurde. Der deutsche Kanzler sprach vom Jahr 2000 als dem Zieldatum der ersten EU-Osterweiterung, und der deutsche Verteidigungsminister gehörte zu den ersten, die den fünfzigsten Jahrestag der NATO-Gründung als das passende symbolische Datum für eine Ausdehnung des Bündnisses nach Osten vorschlug.

9 Vgl. seine History of Europe, from the Pyrenean Peace to die Death of Louis XIV

Deutschlands Konzeption einer Zukunft Europas unterschied sich somit von der seiner wichtigsten europäischen die Briten sprachen sich für ein größeres Europa aus, weil sie in einer Erweiterung ein Mittel sahen, Euro-Einheit zu verwässern; die Franzosen befürchteten, dass solche Erweiterung Deutschlands Rolle stärken würde, plädierten daher für eine begrenztere Integration. Deutschland machte sich für beides stark und erlangte da-durch in Mitteleuropa ein ganz eigenes Ansehen.

Amerikas zentrales Ziel

Für die USA lautet die zentrale Frage: Wie baut man ein auf der deutsch-französischen Partnerschaft basierendes, lebens-fähiges Europa, das mit Amerika verbunden bleibt und den Geltungsbereich des demokratischen Systems internationaler Zusammenarbeit erweitert, auf das ihre wirkungsvolle Wahr-nehmung seiner globalen Vorrangstellung so sehr angewiesen ist? Es geht also nicht darum, die Wahl zwischen Deutschland oder Frankreich zu treffen. Ohne Deutschland wird es eben-sowenig ein Europa geben wie ohne Frankreich.
Aus den bisherigen Ausführungen ergeben sich drei Schlussfolgerungen:
1. Das Engagement der USA für die Sache der europäi-schen Einigung ist vonnöten, um die moralische und Sinnkri-se, die Europas Lebenskraft geschwächt hat, wieder wettzu-machen, um den weit verbreiteten Verdacht der Europäer, Amerika wolle letztendlich gar keine wirkliche europäische

Einheit, zu entkräften und um dem europäischen Unterfangen die notwendige Dosis demokratischer Begeisterung ein-zuflößen. *Dies erfordert ein klares Bekenntnis Amerikas, Eu-ropa als seinen globalen Partner zu akzeptieren.*

2. Kurzfristig ist eine taktische Opposition gegen die fran-zösische Politik und eine Unterstützung der deutschen Füh-rungsrolle gerechtfertigt; langfristig wird ein geeintes Europa zu einer klareren politischen und militärischen Identität fin-den müssen, wenn ein echtes Europa tatsächlich Wirklichkeit werden soll. *Dies erfordert eine gewisse Annäherung an den französischen Standpunkt hinsichtlich der Machtverteilung in den transatlantischen Institutionen.*
3.Weder Frankreich noch Deutschland ist stark genug, um Europa nach seinen Vorstellungen zu bauen oder mit Russland die strittigen Probleme zu lösen, die eine Festlegung der geographischen Reichweite Europas zwangsläufig aufwirft. *Dies erfordert ein energisches, konzentriertes und entschlosse-nes Einwirken Amerikas besonders auf die Deutschen, um die Ausdehnung Europas zu bestimmen und um mit — vor allem für Russland — derart heiklen Angelegenheiten wie dem et-waigen Status der baltischen Staaten und der Ukraine inner-halb des europäischen Staatenbundes fertig zu werden.*

Ein Blick auf die Karte der riesigen eurasischen Landmasse offenbart die geopolitische Bedeutung des europäischen Brückenkopfes für Amerika — und auch seine bescheidenen geographischen Ausmaße. Die Erhaltung dieses Brücken-kopfes und seine Erweiterung zum Sprungbrett für Demo-kratie sind für die Sicherheit Amerikas von unmittelbarer Re-levanz. Die zwischen Amerikas weltweitem Interesse an Sta-bilität sowie der

damit verbundenen Verbreitung demokra-tischer Prinzipien und der scheinbaren Gleichgültigkeit der Europäer gegenüber diesen Fragen (Frankreichs selbstprokla-miertem Status als Weltmacht zum Trotz) bestehende Kluft muß überwunden werden; dies kann nur geschehen, wenn Europa mehr und mehr den Charakter eines Bundesstaates annimmt. Aufgrund der Zählebigkeit seiner verschie- denen nationalen Traditionen kann Europa kein Nationalstaat wer--

den, wohl aber eine Einheit, die mit gemeinsamen politischen Institutionen im zunehmenden Maße allen gemeinsame de-mokratische Werte widerspiegelt. Indem sie deren allgemeine Verbreitung zu ihrem ureigenen Anliegen macht, übt sie eine magnetische Anziehungskraft auf all jene aus, die, zusammen mit ihr, den euroasiatischen Raum bevölkern.

Sich selbst überlassen, laufen die Europäer Gefahr, von ih-ren sozialen Problemen völlig vereinnahmt zu werden. Die wirtschaftliche Erholung Europas hat die langfristigen Ko-sten des scheinbaren Erfolgs verschleiert. Diese Kosten wir-ken sich ökonomisch und politisch schädigend aus. Die Krise der politischen Glaubwürdigkeit und des Wirtschaftswachs-tums, die Westeuropa zunehmend zu schaffen macht — und die es nicht zu überwinden vermag —, ist in der alle gesellschaftlichen Bereiche erfassenden Ausweitung des sozial-staatlichen Systems, das Eigenverantwortlichkeit klein schreibt und Protektionismus und Engstirnigkeit begünstigt, tief verwurzelt. Die Folge ist eine kulturelle Lethargie, eine Kombination von eskapistischem Hedonismus und geistiger Leere —, die nationalistische Extremisten oder dogmatische Ideologen für ihre Zwecke ausnützen könnten.

Dieser Zustand könnte sich, wenn er andauerte, für die De-mokratie und die europäische Idee als tödlich erweisen. Beide sind nämlich eng

miteinander verbunden, denn die neuen Probleme Europas — sei es die Zuwanderung oder die wirt-schaftlich-technologische Wettbewerbsfähigkeit mit Amerika oder Asien, gar nicht zu reden von der Notwendigkeit einer politisch dauerhaften Reform der bestehenden sozioökono-mischen Strukturen — können nur in einem zunehmend kon-tinentalen Kontext bewältigt werden. Ein Europa, das größer ist als die Summe seiner Teile — das heißt, ein Europa, das seine Aufgabe in der Welt darin sieht, die Demo-kratie voranzubrin-gen und den Menschenrechten immer breitere Geltung zu verschaffen —, verspricht mit höherer Wahrscheinlichkeit po--

litischem Extremismus, engstirnigem Nationalismus oder ge-sellschaftlichem Hedonismus den Nährboden zu entziehen.
Es bedarf weder der Beschwörung alter Ängste vor einem Sonderabkommen zwischen Deutschland und Russland, noch muss man die Folgen eines taktischen Flirts der Franzosen mit den Russen übertreiben, um im Falle eines Scheiterns der im-mer noch andauernden Bemühungen um die europäische Ei-nigung die geopolitische Stabilität Europas — und Amerikas Platz darin — gefährdet zu sehen. Ein solches Scheitern würde voraussichtlich die Neuauflage einiger recht traditioneller eu-ropäischer Winkelzüge nach sich ziehen. Russland oder Deutschland fände dann gewiss Anlässe, ihrem geopolitischen Geltungsdrang freien Lauf zu lassen, als ob die neuere Ge-schichte Europas nicht genug lehrreiche Beispiele bereithielte und ein dauerhafter Erfolg in dieser Hinsicht wahrscheinlich ohnehin nicht zu erzielen wäre. In solch einem Fall würde zumindest Deutschland vermutlich seine *nationalen* Interes-sen bestimmter und deutlicher geltend machen.

Gegenwärtig sind die Interessen Deutschlands mit denen von EU und

NATO deckungsgleich und sogar innerlich ge-läutert. Selbst die Sprecher des linksgerichteten Bündnis 90/Die Grünen haben eine Erweiterung von NATO und EU be-fürwortet. Doch sollte der Einigungs- und Erweiterungsprozess zum Stillstand kommen, spricht einiges dafür, dass die deutsche Vorstellung von einer europäischen Ordnung natio-nalistischere Züge annehmen würde, zum potentiellen Nach-teil der Stabilität in Europa. Wolfgang Schäuble, der Frakti-onsvorsitzende der Christlichen Demokraten im deutschen Bundestag und ein möglicher Nachfolger von Kanzler Kohl, brachte diese Auffassung[10] mit der Feststellung zum Aus-druck, Deutschland sei nicht länger »das westliche Bollwerk gegen den Osten; wir sind in die Mitte Europas gerückt«, und

10 *Politiken Søndag,* 2. August 1996, Hervorhebungen des Verf.

er betonte, dass »Deutschland während des gesamten Mittel-alters ... daran beteiligt war, *in Europa Ordnung zu schaffen«.* Nach dieser Vorstellung wäre Mitteleuropa nicht allein eine Region, in der Deutschland wirtschaftlich das Übergewicht hat, sondern würde ein Gebiet unverhüllter deutscher politischer Vorherrschaft werden und damit die Basis für eine stär-ker unilateral ausgerichtete deutsche Politik gegenüber dem Osten und dem Westen.

Europa verlöre dann seine Funktion als eurasischer Brückenkopf für amerikanische Macht und als mögliches Sprung-brett für eine Ausdehnung des demokratischen Globalsy-stems in den eurasischen Kontinent hinein. Deswegen müssen die USA weiterhin tatkräftig und ohne Wenn und aber für die europäische Einigung eintreten. Obwohl Amerika in der Phase des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und in-nerhalb des Sicherheitsbündnisses

die Europäer häufig seiner Unterstützung bei ihrer politischen Einigung versicherte und der internationalen Zusammenarbeit in Europa Rückendeckung gab, hat es zuweilen den Anschein erweckt, als führe es unangenehme wirtschaftliche und politische Verhandlun-gen lieber auf bilateraler europäischer Ebene statt mit der Eu-ropäischen Union. Da die Amerikaner gelegentlich auf einem Mitspracherecht im europäischen Entscheidungsfindungsprozess bestanden, sahen sich die Europäer gern in ihrem al-ten Verdacht bestätigt, die USA begrüßten eine Zusammenarbeit unter den Europäern, solange diese dem amerikanischen Vorbild folgen, sträubten sich aber, wenn sie eigene europäi-sche Politik formulieren. Dies ist die falsche Botschaft.

Amerikas Eintreten für die Einheit Europas — nachdrück-lich in der gemeinsamen amerikanisch-europäischen Erklä-rung von Madrid im Dezember 1995 wiederholt — wird so lange hohl klingen, bis die USA nicht nur unumwunden ihre Bereitschaft bekunden, die Konsequenzen einer endgültigen europäischen Einigung zu akzeptieren, sondern auch danach

handeln. Europa wäre dann kein gehätschelter, aber gleich-wohl zweitrangigen Verbündeter mehr, sondern ein gleich-wertiger Partner. Und echte Partnerschaft bedeutet, gemein-sam Entscheidungen zu treffen und auch Verantwortung zu tragen. Mit ihrem Eintreten für diese Sache würden die USA den transatlantischen Dialog beleben helfen und die Europä-er dazu anspornen, sich ernsthafter auf die Rolle zu konzen-trieren, die ein wirklich gewichtiges Europa in der Welt spie-len könnte.

Es ist denkbar, dass eine geeinte und mächtige Europäische Union irgendwann einmal der politische Nebenbuhler der Vereinigten Staaten wenden könnte. Auf wirtschaftlich-tech-nologischem Gebiet könnte sie

zweifellos ein schwieriger Konkurrent werden, zudem könnten ihre geopolitischen In-teressen im Nahen Osten und anderswo deutlich von denen der USA abweichen. Mit einem so mächtigen und politisch zielstrebigen Europa ist in absehbarer Zukunft allerdings nicht zu rechnen. Anders als die Vereinigten Staaten zum Zeitpunkt ihrer Gründung sind die europäischen National-staaten historisch tief verwurzelt, und die Begeisterung für ein transnationales Europa hat deutlich nachgelassen.

Die Alternativen für die nächsten ein, zwei Jahrzehnte sind entweder ein immer größeres und geeinteres Europa, das — wenn auch zögerlich und schubweise — das Ziel kontinentaler Einheit verfolgt; ein Europa in der Sackgasse, das über den gegenwärtigen Stand der Integration und geographischen Ausdehnung nicht hinauskommt neben einem Mittel-europa, das ein geopolitisches Niemandsland bleibt; oder, als wahr-scheinliche Folge des Stillstands, ein nach und nach zerfallen-des Europa, das seine alten Machtkämpfe wieder aufnimmt. Bei einer Stagnation der europäischen Einigung wird Deutschlands Selbstidentifikation mit Europa nahezu zwangsläufig schwinden und das deutsche Staatsinteresse folglich eine nationalere Handschrift tragen. Für Amerika ist

die erste Möglichkeit eindeutig die beste, aber damit diese Option Wirklichkeit wird, bedarf es eines massiven Impulses von seiten den USA. An diesem Punkt der zögerlichen europäischen Einigung braucht sich Amerika nicht direkt in so heikle Debatten verwickeln zu lassen wie etwa über die Frage, ob die EU ihre außenpolitischen Entscheidungen durch Mehrheitsvotum treffen sollte (eine Position, die besonders von den Deut-schen bevorzugt wird), ob das europäische Parlament ent-scheidende gesetzgebende Gewalt annehmen und die euro-päische Kommission in

Brüssel tatsächlich die europäische Exekutive wenden sollte; ob der Zeitplan für die Umsetzung des Abkommens über die europäische Wirtschafts- und Währungsunion gelockert werden, oder schließlich, ob Euro-pa ein breitangelegter Staatenbund oder eine vielschichtige Einheit mit einem föderalen inneren Kern und einem etwas lockereren äußeren Rand sein sollte. Das sind Angelegenhei-ten, die die Europäer untereinander ausdiskutieren müssen — und es ist mehr als wahrscheinlich, dass die Fortschritte in all diesen Streitfragen schwankend, von Pausen unterbrochen und schließlich nur durch komplizierte Kompromisse erzielt werden.

Nichtsdestoweniger sollte man vernünftigerweise davon ausgehen, dass die Europäische Währungsunion spätestens im Jahr 2000 in Kraft treten wird, vielleicht anfangs nur mit sechs bis zehn der gegenwärtig 15 EU-Mitglieder. Dies wird die wirtschaftliche Integration Europas beschleunigen und ihrer politischen Integration neuen Auftrieb geben. So entsteht stoßweise, mit einem integrierteren Kern und einem lockeren äußeren Umfeld ein einiges Europa, das nach und nach ein wichtiger politischer Mitspieler auf dem eurasischen Schach-brett wenden wird.

Amerika sollte keinesfalls den Eindruck vermitteln, es bevorzuge eine vagere, wenn auch breitere, europäische Asso--

ziation, sondern durch Wort und Tat seine Bereitschaft be-kunden, letztendlich mit den EU in Fragen der internatio-nalen Politik und globalen Sicherheit partnerschaftlich um-zugehen, anstatt sie als regionalen gemeinsamen Markt, des-sen Mitgliedsstaaten mit den USA durch die NATO verbün-det sind, zu behandeln. Um dieses Engagement glaubhafter zu machen und damit üben die bloße Partnerschaftsrhetorik hinauszugehen, könnte mit der EU eine gemeinsame Planung neuer bilateraler

transatlantischer Entscheidungs-findungsmechanismen zum Vorschlag gebracht und initiiert wenden.
Das gleiche gilt für die NATO als solche. Sie ist für die transatlantische Verbindung von entscheidender Bedeutung. In diesem Punkte besteht zwischen den USA und Europa un-eingeschränkten Konsens. Ohne die NATO würde Europa nicht nur verwundbar werden, sondern fast augenblicklich auch politisch in seine Einzelstaaten zerfallen. Die NATO ge-währleistet Sicherheit für Europa und gibt einen stabilen Rahmen für die Verfolgung den europäischen Einheit ab. Das macht die NATO für Europa historisch so unverzichtbar.
Im Zuge der allmählichen und zögerlichen europäischen Einigung werden die inneren Strukturen und Abläufe den NATO jedoch entsprechend geändert werden müssen. In dieser Frage haben die Franzosen recht. Man kann nicht eines Tages ein geeintes Europa haben und zugleich ein Verteidi-gungsbündnis beibehalten, das aus einer Supermacht plus 15 abhängigen Mächten besteht. Wenn Europa einmal eine echte politische Identität sui generis anzunehmen beginnt und die EU einige Funktionen einer supranationalen Regierung über-nimmt, wird die NATO auf der Basis einer Eins-plus-eins (USA + EU)-Formel verändert werden müssen.

Das wird nicht über Nacht und auf einen Schlag geschehen. Fortschritte in diese Richtung werden, um mich zu wieder-holen, zögernd erfolgen. Diese Fortschritte müssen aber in den bestehenden Vereinbarungen der Allianz veranker wer-

den, um das Bündnis dynamisch zu erhalten. Ein bedeutsa-mer Schritt in diese Richtung war die Entscheidung des Bündnisses im Jahn 1996, Raum für die Combined Joint Task Forces zu schaffen und dadurch die Möglichkeit nein euro-päischen Militäraktionen ins Auge zu fassen, die ebenso auf der Logistik des Bündnisses basieren wie auf seinen

Kommandostruktur, Kontrolle, Kommunikation und geheim-dienstlichen Tätigkeit.
Auch ein Entgegenkommen den USA gegenüber Frank-reichs Forderungen nach einer gewachsenen Rolle den West-europäischen Union innerhalb der NATO, besonders in der Befehlsstruktur und bei der Entscheidungsfindung, wäre ein echter Beitrag zur europäischen Einheit und geeignet, die Kluft zwischen amerikanischem und französischem Selbst-verständnis etwas zu verringern.

Längerfristig wird die WEU möglicherweise einige EU--Mitgliedsstaaten umfassen, die aus verschiedenen geopoliti-schen oder historischen Gründen keine NATO-Mitglied-schaft anstreben. Als Anwärter könnten Finnland, Schweden, vielleicht sogar Österreich in Frage kommen, die allesamt be-reits bei der WEU Beobachterstatus besitzen.[11] Andere Staa-ten mögen eine Anbindung an die WEU als einen ersten Schritt zu einer NATO-Mitgliedschaft anstreben. Die WEU könnte auch irgendwann dem Programm der NATO-Part-nerschaft für den Frieden im Hinblick auf zukünftige Mit-glieder der EU nacheifern wollen. All das würde helfen, ein

11 Zu beachten ist, daß einflußreiche Stimmen sowohl in Finnland als auch in Schweden bereits die Möglichkeit einer Angliederung an die NATO diskutieren. Im Mai 1996 soll schwedischen Medienberichten zufolge der Oberbefehlshaber der finnischen Streitkräfte die Möglichkeit gewisser NATO-Einsätze auf skandi-navischem Boden angesprochen haben, und im August 1996 sprach der Verteidi-gungsausschuß des schwedischen Parlaments die auf eine allmähliche Tendenz zu engerer Sicherheitskooperation mit der NATO hinweisende Empfehlung aus, Schweden solle sich der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG) anschlie-ßen, zu der sonst nur NATO-Mitglieder gehören.

verzweigteres Netz der Zusammenarbeit für die Sicherheit in Europa zu knüpfen, das über den formalen Aktionsradius des transatlantischen Bündnisses hinausreicht.

In der Zwischenzeit, bis ein größeres und geeinteres Euro-pa entsteht, werden die Vereinigten Staaten sowohl mit Frankreich als auch mit Deutschland eng an seiner Entste-hung mitarbeiten müssen. Somit wird sich Amerika weiterhin in dem politischen Dilemma befinden, wie es Frankreich zu einer engeren politischen und militärischen Integration in das Atlantische Bündnis bewegen kann, ohne das deutsch-ameri-kanische Verhältnis zu belasten; und was Deutschland an-geht, wie es sein Vertrauen in die deutsche Führungsrolle in einem atlantischen Europa nutzen kann, ohne in Frankreich und England sowie in anderen europäischen Ländern Be-sorgnis zu erwecken.
Eine größere nachweisliche Flexibilität von seiten der USA in den zukünftigen Gestalt des Bündnisses verspräche, die französische Unterstützung für dessen Osterweiterung stär-ker zu mobilisieren. Langfristig würde eine NATO-Zone in-tegrierter militärischer Sicherheit beiderseits von Deutsch-land dieses fester in einer multilateralen Struktur verankern, was für Frankreich durchaus von Bedeutung wäre. Darüber hinaus erhöhte die Erweiterung des Bündnisses die Wahr-scheinlichkeit, daß das Weimarer Dreieck (bestehend aus Deutschland, Frankreich und Polen) ein subtiles Mittel wer-den könnte, die Führung Deutschlands in Europa etwas aus-zubalancieren. Obwohl Polen für seine Aufnahme in die Nato auf deutsche Unterstützung angewiesen ist (und Frank-reich wegen seines Zögerns gegenüber einer solchen Erweite-rung grollt), wird sich doch, wenn es erst einmal Bündnis-partner ist, mit höherer Wahrscheinlichkeit eine gemeinsame französisch-polnische Perspektive eröffnen.

Auf keinen Fall sollte Washington aus den Augen verlieren, daß Frankreich in Angelegenheiten, die mit den Identität Eu--

ropas oder den inneren Abläufen der NATO zu tun haben, nur kurzfristig ein Gegner ist. Wichtiger noch, es sollte stets daran denken, daß Frankreich ein maßgebender Partner bei der grundlegenden Aufgabe ist, ein demokratisches Deutsch-land auf Dauer fest in Europa einzubinden. Darin besteht die historische Rolle der deutsch-französischen Freundschaft, und die Osterweiterung der EU und der NATO sollte die Bedeutung dieses Verhältnisses als festen Kern Europas noch vergrößern. Schließlich ist Frankreich weder stark genug, um Amerika in den geostrategischen Grundlagen seinen Europapolitik zu behindern, noch hat es das Potential, um selbst die führende Macht in Europa zu wenden. Folglich kann man seine Eigenheiten und sogar Ausfälle tolerieren.
Von Belang ist außerdem die Feststellung, daß Frankreich eine konstruktive Rolle in Nordafrika und in den frankopho-nen afrikanischen Ländern spielt. Es ist den wichtigste Partner Marokkos und Tunesiens und übt in dieser Eigenschaft zu-gleich einen stabilisierenden Einfluß auf Algerien aus. Für ein solches Engagement Frankeichs gibt es einen triftigen innen-politischen Grund: An die fünf Millionen Moslems leben der-zeit in Frankreich. Somit hat es ein vitales Interesse an den Stabilität und friedlichen Entwicklung Nordafrikas. Dieses Interesse kommt Europas Sicherheit noch in anderer Hinsicht zugute. Ohne das französische Sendungsbewußtsein wäre die Südflanke Europas sehr viel instabiler, und die Zustände wä-ren dort noch besorgniserregender. Das gesamte Südeuropa ist mehr und mehr von der sozialen und politischen Bedro-hung betroffen, die von der instabilen Lage entlang der südli-chen Mittelmeerküste ausgeht. Frankreichs intensives Inter-esse an dem, was am Mittelmeer geschieht, ist daher durchaus relevant für die Sicherheitsbelange den NATO, und diese Überlegung sollte Amerika in Betracht ziehen, wenn ihm Frankreichs überzogene Ansprüchen auf eine besondere Füh-rungsrolle gelegentlich zu schaffen machen.

Deutschland ist ein anderes Problem. Die beherrschende Position Deutschlands läßt sich nicht bestreiten, gleichwohl muß jede öffentliche Billigung den deutschen Führungsrolle in Europa wohlerwogen sein. Diese Führung mag für einige mitteleuropäische Staaten — wie jene, die die deutsche Initia-tive zur Erweiterung den EU nach Osten begrüßen — nütz-lich und für die Westeuropäer tolerierbar sein, solange sie der Vormachtstellung der USA untergeordnet ist, aber auf lange Sicht kann das europäische Haus nicht darauf errichtet wer-den. Zu viele Erinnerungen sind noch lebendig, zu viele Ängste werden wahrscheinlich wieder aufkeimen. Ein von Berlin aus errichtetes und geführtes Europa ist schlechter-dings undenkbar. Deshalb braucht Deutschland Frankreich, Europa die deutsch-französische Achse, und deshalb kann Amerika nicht zwischen Deutschland und Frankreich wäh-len.

Der entscheidende Punkt bei der NATO-Erweiterung ist, daß es sich um einen ganz und gar mit den Ausdehnung Europas selbst verbundenen Prozeß handelt. Falls die Euro-päische Union eine unter geographischem Aspekt größere Gemeinschaft — mit einem stärken integrierten französisch-deutschen Führungskern und weniger integrierten äußeren Schichten — werden und ein solches Europa seine Sicherheit auf ein fortdauerndes Bündnis mit Amerika gründen soll, dann folgt daraus, daß sein geopolitisch exponiertesten Sek-tor, nämlich Mitteleuropa, von der Teilhabe an der Sicher-heit, die das übrige Europa durch die transatlantische Allianz genießt, nicht demonstrativ ausgeschlossen werden kann. Hierin sind sich die Vereinigten Staaten und Deutschland einig. Den Anstoß zu einer Erweiterung gaben auf beiden Seiten politische, historische und konstruktive Gründe. Er geht weder auf eine Animosität gegenüber Rußland oder auf Angst vor diesem zurück noch auf den Wunsch, diesen

Staat zu isolieren.

121 Der demokratische Brückenkopf

Amerika muß also in seinem Eintreten für eine Osterweite-rung Europas besonders eng mit Deutschland zusammenar-beiten. Amerikanisch-deutsche Zusammenarbeit und ge-meinsame Führung sind zu diesen Frage ganz wesentlich. Wenn die Vereinigten Staaten und Deutschland gemeinsam die anderen NATO-Verbündeten ermutigen, den Schritt gut-zuheißen und entweder mit Rußland, sollte es zu einem Kompromiß bereit sein (vgl. Kapitel 4), eine wirksame Über-einkunft aushandeln, oder ihre Entscheidung in der richtigen Überzeugung, daß die Gestaltung Europas nicht den Ein-wänden Moskaus untergeordnet werden kann, treffen, dann steht der Erweiterung nichts im Wege. Das erforderliche ein-stimmige Einverständnis sämtlicher NATO-Mitglieder wird nur unter amerikanisch-deutschem Druck zustande kom-men, doch wird kein NATO-Mitglied seine Zustimmung verweigern können, wenn Amerika und Deutschland ge-meinsam darauf dringen.

Letztlich steht bei dieser Bemühung Amerikas langjährige Rolle in Europa auf dem Spiel. Ein neues Europa nimmt bereits Gestalt an, und wenn dieses neue Europa geopoli-tisch ein Teil des »euro-atlantischen« Raums bleiben soll, ist die Erweiterung der NATO von entscheidender Bedeutung. Sollte die von den Vereinigten Staaten in die Wege geleitete NATO-Erweiterung ins Stocken geraten, wäre das das Ende einer umfassenden amerikanischen Politik für ganz Eurasi-en. Ein solches Scheitern würde die amerikanische Füh-rungsrolle diskreditieren, es würde den Plan eines expandie-renden Europa zunichte machen, die Mitteleuropäer demoralisieren und möglicherweise die gegenwärtig schlum-mernden oder verkümmernden geopolitischen Gelüste Ruß-lands in Mitteleuropa neu entzünden. Für den Westen wäre es eine selbst

beigebrachte Wunde, die die Aussichten auf einen echten europäischen Eckpfeiler in einen eurasischen Sicherheitsarchitektur zunichte macht; und für Amerika

wäre es nicht nur eine regionale, sondern auch eine globale Schlappe. Entscheidend für eine fortschreitende Ausdehnung Euro-pas muß die Aussage sein, daß keine Macht außerhalb des be-stehenden transatlantischen Systems ein Vetorecht gegen die Teilnahme eines geeigneten europäischen Staates in dem eu-ropäischen System — und mithin in dessen transatlantischem Sicherheitssystem — hat, und daß kein europäischer Staat, der die Voraussetzungen mitbringt, a priori von einer eventuellen Mitgliedschaft in EU oder NATO ausgeschlossen werden darf. Besonders die hoch verwundbaren und zunehmend für einen Beitritt in Frage kommenden baltischen Staaten haben ein Anrecht darauf zu wissen, daß sie einmal vollberechtigte Mitglieder in beiden Organisationen werden können — und daß in der Zwischenzeit ihre Souveränität nicht bedroht wer-den kann, ohne die Interessen eines wachsenden Europa und seines amerikanischen Partners zu tangieren.
Im Endeffekt muß der Westen — von allem Amerika und seine westeuropäischen Verbündeten eine Antwort auf die von Vaclav Havel am 15. Mai 1996 in Aachen eloquent ge-stellte Frage finden:

»Ich weiß, daß weder die Europäische Union noch die Nord-atlantische Allianz über Nacht all jenen ihre Türen öffnen kann, die sich ihnen anschließen möchten. Aber beide kön-nen — und sollten es tun, ehe es zu spät ist — ganz Europa als einer Sphäre gemeinsamer Werte die deutliche Gewißheit ge-ben, daß es kein geschlossener Klub ist. *Sie sollten eine klare und detaillierte Politik der allmählichen Erweiterung formu-lieren, die*

nicht nur einen Zeitplan enthält, sondern auch die Logik dieses Zeitplans erklärt. **«** [Hervorhebung vom Verf.]

Europas historischer Zeitplan

Obwohl sich derzeit noch nicht genau und endgültig sagen läßt, wo einmal seine Grenzen im Osten verlaufen wenden, steht Europa im weitesten Sinne für eine gemeinsame der christlichen Tradition verhaftete Zivilisation. Nach engerem, westlichen Verständnis geht es auf Rom und sein historisches Vermächtnis zurück. Aber Europas christliche Tradition um-faßt auch Byzanz und seine russisch-orthodoxe Weiterent-wicklung. Somit ist Europa, kulturell gesehen, mehr als das römisch-christliche Europa, und dieses wiederum mehr als Westeuropa — auch wenn sich letzteres in neuerer Zeit der Be-zeichnung des Ganzen bemächtigte. Schon ein Blick auf die Karte (siehe Seite 124) macht klar, daß das, was gegenwärtig unter dem Begriff Europa firmiert, nicht das ganze Europa darstellt. Schlimmer noch, es weist eine Zone der Unsicher-heit zwischen Europa und Rußland auf, die eine Sogwirkung auf beide ausüben kann, was zwangsläufig zu Spannungen und Rivalitäten führen wird.

Ein (auf den westlichen Teil begrenztes) Europa Karls des Großen war während des Kalten Krieges sinnvoll und eine Notwendigkeit. Heute aber ist es ein Unding, weil das ent-stehende vereinte Europa nicht allein auf einer gemeinsamen Zivilisation gründet, sondern auch einen bestimmten *way of life* und Lebensstandard beinhaltet sowie eine politische Ordnung mit verbindlichen demokratischen Verfahren, die nicht mehr von ethnischen und territorialen Konflikten be-lastet sind. Dieses Europa bleibt in seiner gegenwärtigen Or-ganisationsform und

Ausdehnung weit hinter seinen tatsäch-lichen Möglichkeiten zurück. Mehrere politisch stabile Staaten Mitteleuropas mit höherem Entwicklungsstand und allesamt Teil der westlichen römisch-christlichen Tradition, namentlich die Tschechische Republik, Polen, Ungarn und vielleicht auch Slowenien, kommen für eine Mitgliedschaft

Ist dies wirklich »Europa«?

Reichweite von Europäischer Union und NATO

in Europa und seiner transatlantischen Sicherheitspartner-schaft zweifellos in Frage und sind lebhaft daran interes-siert.

Unter den gegenwärtigen Umständen wird die NATO--Osterweiterung — vermutlich bis spätestens 1999 — allen Wahrscheinlichkeit nach Polen, die Tschechische Republik und Ungarn einbegreifen. Nach

diesem ersten, aber bedeutsa-men Schritt dürfte jede weitere Ausdehnung des Bündnisses entweder mit einer Erweiterung der EU zusammenfallen oder einer solchen folgen. Allerdings gestalten sowohl die Anzahl der Qualifizierungshürden als auch die Erfüllung der an eine Mitgliedschaft geknüpften Bedingungen das hierfür vorgesehene Prozedere wesentlich komplizierter (siehe Seite 125). Daher ist mit den ersten Aufnahmen mitteleuropäischer

125 Der demokratische Brückenkopf

Länder in die Europäische Union nicht vor dem Jahr 2002 zu rechnen. Dennoch werden sich sowohl die NATO als auch die EU, nachdem die ersten drei neuen NATO-Mitglieder auch der EU beigetreten sind, mit der Frage beschäftigen müssen, wie und wann die Mitgliedschaft auf die baltischen Republiken, Slowenien, Rumänien, Bulgarien und die Slowa-kei

und zuletzt vielleicht sogar auf die Ukraine ausgedehnt werden kann.

Es ist bemerkenswert, daß die Aussicht auf eine spätere Mitgliedschaft sich bereits jetzt konstruktiv auf die inneren Verhältnisse und das Verhalten der mitgliedswilligen Staaten auswirkt. Das Wissen darum, daß sich weder EU noch NATO mit zusätzlichen Konflikten zwischen ihren Mitglie-dern, gleichgültig, ob es dabei um Minderheitsrechte oder Gebietsansprüche geht, (Türkei versus Griechenland ist schon mehr als genug) belasten möchte, hat bereits der Slo-wakei, Ungarn und Rumänien den nötigen Ansporn gegeben, um Übereinkommen gemäß den vom Europarat aufgestellten

Standards zu erzielen. Ähnlich verhält es sich mit dem allge-meineren Grundsatz, daß sich nur Demokratien für eine Mit-gliedschaft qualifizieren können. Der Wunsch, nicht außen vor zu bleiben, bestärkt die neuen Demokratien, den von ih-nen eingeschlagenen Weg weiterzugehen, und hat somit eine wichtige Funktion.

Ein unumstößliches Prinzip sollte jedenfalls sein, daß die politische Einheit und die Sicherheit Europas unteilbar sind. Ein wirklich geeintes Europa ohne einen gemeinsamen Si-cherheitspakt mit den USA ist in praxi schwer vorstellbar. Daraus folgt, daß Staaten, die Beitrittsgespräche mit der EU aufnehmen wollen, und dazu eingeladen werden, in Zukunft automatisch unter den Schutz der NATO gestellt werden sollten.

Infolgedessen wird der Prozeß der EU-Erweiterung und der Ausdehnung des transatlantischen Sicherheitssystems wahrscheinlich in wohlüberlegten Etappen voranschreiten. Unter der Voraussetzung, daß Amerika und Westeuropa an ihrem Engagement festhalten, könnte ein theoretischer aber vorsichtig realistischer Zeitplan für diese Etappen folgender-maßen aussehen:

1. Spätestens 1999 werden die ersten neuen Mitglieder aus Mitteleuropa in die NATO aufgenommen sein, wenn auch ihr Betritt zur EU vermutlich nicht vor 2002 oder 2003 er-folgen wird.
2. In der Zwischenzeit wird die EU Beitrittsverhandlungen mit den baltischen Republiken aufnehmen, und auch die NATO wird sich in der Frage einer Mitgliedschaft dieser Staaten sowie Rumäniens vorwärtsbewegen, deren Beitritt mutmaßlich 2005 abgeschlossen sein dürfte. Irgendwann in diesem Stadium werden wohl die anderen Balkanstaaten die für Beitrittskandidaten erforderlichen Voraussetzungen ebenfalls erfüllen.

3. Der Beitritt der baltischen Staaten könnte vielleicht auch Schweden und Finnland dazu bewegen, eine Mitglied-schaft in der NATO in Erwägung zu ziehen.
4. Irgendwann zwischen 2005 und 2010 sollte die Ukraine für ernsthafte Verhandlungen sowohl mit der EU als auch mit der NATO bereit sein, insbesondere wenn das Land in der Zwischenzeit bedeutende Fortschritte bei seinen innenpo-litischen Reformen vorzuweisen und sich deutlicher als ein mitteleuropäischer Staat ausgewiesen hat.

In der Zwischenzeit wird sich wahrscheinlich die deutsch--französisch-polnische Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der Verteidigung, beträchtlich vertieft haben. Die Zusam-menarbeit könnte der westliche Kern weiterer europäischer Sicherheitsvereinbarungen werden, die schließlich sogar Rußland und die Ukraine einbeziehen möchten. Angesichts des besonderen geopolitischen Interesses, das Deutschland und Polen an der Unabhängigkeit der Ukraine haben, ist auch durchaus

denkbar, daß die Ukraine allmählich in das Sonderverhältnis zwischen Frankreich, Deutschland und Polen ein-gebunden wird. Bis zum Jahr 2010 könnte sich die 230 Millio-nen Menschen umfassende deutsch-französisch-polnisch-ukrainische Zusammenarbeit zu einer Partnerschaft entwic-kelt haben, die Europas geostrategische Tiefe verstärkt (vgl. Karte Seite 128).

Es kommt nun sehr darauf an, ob sich das oben skizzierte Szenario friedlich entwickeln kann oder in den Sog zuneh-mender Spannungen mit Rußland gerät. Den Russen sollte beständig versichert werden, daß ihnen die Tür zu Europa offensteht, ebenso wie die zu seiner späteren Beteiligung ih-res Landes an einem erweiterten transatlantischen Sicher-heitssystem und vielleicht in fernerer Zukunft an einer neuen transeurasischen Sicherheitsstruktur. Um diesen Beteuerun-gen Glaubwürdigkeit zu verleihen, sollten die Zusammenar--

Jenseits des Jahres 2010:
Die kritische Zone für die Sicherheit Europas

beit und der Austausch zwischen Rußland und Europa auf allen Gebieten ganz bewußt gefördert werden. (Rußlands Verhältnis zu Europa und die Rolle der Ukraine in diesem Zusammenhang sind im nächsten Kapitel ausführlicher dar-gelegt.)

Wenn Europas Einigung und seine Erweiterung nach Osten hin gelingt und Rußland derweil demokratische Kon-solidierung und Modernisierung seiner Gesellschaft zustande bringt, kann es irgendwann ebenfalls für eine echte Bezie-hung zu Europa in Frage kommen. Das wiederum würde eine allmähliche Verschmelzung des transatlantischen Sicherheits-systems mit einem transkontinentalen eurasischen ermögli-chen. In der Praxis jedoch wird sich die Frage einer formellen Mitgliedschaft Rußlands für die nächste Zukunft nicht stellen

— und das ist, wenn überhaupt, ein weiterer Grund, ihm nicht töricht die Türen zu verschließen.

Um zum Ende zu kommen: Nachdem das Europa von Jalta der Vergangenheit angehört, geht es darum, zu einem Versail-ler Europa zu kommen. Das Ende der europäischen Teilung sollte keinem Rückfall in ein Europa streitsüchtiger Natio-nalstaaten Vorschub leisten, es sollte vielmehr der Ausgangs-punkt für die Gestaltung eines größeren und zunehmend in-tegrierteren Europas sein, das, gestützt auf eine erweiterte NATO und durch eine konstruktive Sicherheitspartnerschaft mit Rußland, sicherer als bisher sein wird. Amerikas zentrales geostrategisches Ziel in Europa läßt sich also ganz einfach zu-sammenfassen: durch eine glaubwürdigere transatlantische Partnerschaft muß der Brückenkopf der USA auf dem eurasi-schen Kontinent so gefestigt werden, daß ein wachsendes Eu-ropa

ein brauchbares Sprungbrett werden kann, von dem aus sich eine internationale Ordnung der Demokratie und Zu-sammenarbeit nach Eurasien hinein ausbreiten läßt.

4

DAS SCHWARZE LOCH

Die Ende 1991 vollzogene Auflösung des gebietsmäßig größ-ten Staates der Welt verursachte mitten in Eurasien ein »Schwarzes Loch«. Es war, als sei das Herzland wie es die Geopolitiker genannt haben, plötzlich aus der Landkarte her-ausgerissen worden.

Diese neuartige und verwirrende geopolitische Lage stellt für Amerika einen ungemeinen Ansporn dar. Verständlicher-weise muß die vorrangige Aufgabe sein, die Wahrscheinlich-keit zu verringern, daß ein zerbröckelnder, immer noch über ein mächtiges Atomwaffenarsenal verfügender Staat in politi-sche Anarchie verfällt oder sich wieder in eine feindliche Dik-tatur verwandelt. Als langfristige Aufgabe jedoch bleibt

das Problem zu lösen, wie man Rußlands Demokratisierung und wirtschaftliche Erholung unterstützen und dabei das erneute Entstehen eines eurasischen Imperiums vermeiden kann, das Amerika an der Verwirklichung seines geostrategischen Ziels hindern könnte, ein größeres euroatlantisches System zu ent-werfen, in welches sich dann Rußland dauerhaft und sicher einbeziehen läßt.

Rußlands neuer geopolitischer Rahmen

Der Zusammenbruch der Sowjetunion war das letzte Stadi-um in der fortschreitenden Fragmentierung des riesigen chi-nesisch-sowjetischen kommunistischen Blocks, der von sei-nem Umfang her für kurze Zeit dem Reich Dschingis Khans entsprach und es mancherorts sogar übertraf. Aber der mo-dernere transkontinentale eurasische Block war von sehr kur-zer Dauer. Schon als Titos Jugoslawien abtrünnig wurde und Maos China der Moskauer Zentrale den Gehorsam verwei-gerte, deutete sich die Verwundbarkeit des kommunistischen Lagers gegenüber nationalistischen Bestrebungen an, die sich als stärker erwiesen als ideologische Bande. Der chinesisch-sowjetische Block bestand, grob gesagt, zehn, die Sowjetuni-on etwa siebzig Jahre.

Unter geopolitischem Aspekt noch bedeutsamer war je-doch der Ruin des jahrhundertelang von Moskau aus regier-ten Großrussischen Reiches. Der Zerfall dieses Reiches wur-de durch das allgemeine sozioökonomische und politische Scheitern des Sowjetsystems beschleunigt — obwohl dessen Malaise fast bis zum bitteren Ende durch systematische Ge-heimhaltung und Selbstisolation zum Großteil verschleiert wurde. Daher war die Welt über die scheinbar rasante Selbstzerstörung der Sowjetunion fassungslos. Innerhalb zweier kurzer Wochen wurde im Dezember 1991 die

Sowjetunion von den Oberhäuptern der russischen, ukrainischen und weißrussischen Republik zuerst trotzig für aufgelöst erklärt, dann formal durch eine losere Einheit — die sogenannte Ge-meinschaft unabhängiger Staaten (GUS) — ersetzt, die alle So-wjetrepubliken bis auf die baltischen Staaten umfaßte. Hier-auf trat der sowjetische Präsident widerstrebend zurück, die Sowjetfahne wurde zum letzten Mal von der Spitze des Kremls eingeholt, und schließlich entstand die Russische Fö-deration — nun ein vorwiegend russischer Nationalstaat mit

150 Millionen Einwohnern — als de-facto-Nachfolger der frü-heren Sowjetunion, während die anderen Republiken — die weitere 150 Millionen Menschen stellen — in unterschiedli-chem Maße ihre Souveränität als unabhängige Staaten geltend machten.
Der Zusammenbruch der Sowjetunion löste ein ungeheu-res geopolitisches Durcheinander aus. Binnen zwei Wochen mußte das russische Volk — das, allgemein gesagt, über die drohende Auflösung der Sowjetunion noch weniger vorge-warnt war als die übrige Welt — plötzlich erkennen, daß es nicht mehr Herr über ein transkontinentales Reich war, son-dern daß die Grenzen Rußlands dorthin zurückverlegt wor-den waren, wo sie im Kaukasus um 1800, in Zentralasien um 1850 und — viel ärgerlicher und einschneidender — im Westen um 1600, kurz nach der Regierungszeit Iwans des Schreckli-chen, verlaufen waren. Der Verlust des Kaukasus gab den strategischen Ängsten vor einem wiederauflebenden türki-schen Einfluß neue Nahrung, die Abspaltung Zentralasiens erzeugte angesichts der dort vorhandenen enormen Energie-quellen und Bodenschätze ein Gefühl der Deprivation und schürte Ängste vor einer potentiellen islamischen Bedrohung, und die Unabhängigkeit der Ukraine stellte den russischen Anspruch, der von Gott auserkorene Bannerträger einer

ge-meinsamen panslawistischen Identität zu sein, geradezu im Kern in Frage.

Der Raum, den jahrhundertelang das Zarenreich und ein dreiviertel Jahrhundert lang die von Rußland dominierte So-wjetunion eingenommen hatte, sollte nun von einem Dut-zend Staaten gefüllt werden, die in der Mehrzahl (außer Ruß-land) auf eine echte Souveränität kaum vorbereitet waren und größenmäßig zwischen der relativ großen Ukraine mit ihren 52 Millionen Einwohnern und Armenien mit einer Bevölke-rung von 3,5 Millionen lagen. Ihre Existenzfähigkeit erschien fraglich, während man ebensowenig vorhersagen konnte, ob

Moskau gewillt sein würde, sich auf Dauer an die neue Reali-tät anzupassen. Der historische Schock, den die Russen erlit-ten, wurde noch durch den Umstand vergrößert, daß an die 20 Millionen russisch-sprachiger Menschen nun Bürger aus-ländischer Staaten waren, deren Politik zunehmend von na-tionalen Eliten dominiert wird, die nach Jahrzehnten mehr oder weniger erzwungener Russifizierung entschlossen sind, die eigene Identität zur Geltung zu bringen.

Im eigentlichen Zentrum Eurasiens hinterließ der Zusam-menbruch des russischen Imperiums ein Machtvakuum. Nicht nur in den seit kurzem unabhängigen Staaten zeigten sich Anzeichen von Schwäche und Konfusion, auch in Ruß-land selbst löste der Umbruch eine schwere Systemkrise vor allem deshalb aus, weil der politische Umschwung mit dem gleichzeitigen Versuch einherging, das alte sowjetische Ge-sellschafts- und Wirtschaftsmodell abzuschaffen. Rußlands militärische Verwicklung in Tadschikistan, hinter der die Angst vor einer Machtübernahme durch muslimische Kräfte in diesem nunmehr unabhängigen Staat stand, und insbeson-dere die tragische, brutale und sowohl wirtschaftlich als auch

politisch sehr kostspielige Intervention in Tschetschenien verschlimmerten das nationale Trauma noch. Am aller-schmerzlichsten freilich war Rußlands beträchtliche Einbuße an internationalem Prestige: Nun war die eine der beiden Su-permächte in den Augen vieler kaum mehr als eine Regionalmacht in der Dritten Welt, obwohl sie noch immer ein bedeu-tendes, wenn auch zunehmend veraltetes Atomwaffenarsenal besitzt.

Unter dem Ausmaß der sozialen Krise verstärkte sich das geo-politische Vakuum zusätzlich. Ein dreiviertel Jahrhundert kommunistischer Herrschaft hatte der russischen Bevölke-rung beispiellose Opfer abverlangt. Millionen seiner begabte-sten und erfindungsreichsten Menschen wurden ermordet oder kamen in den Gulags ums Leben. In diesem Jahrhundert

hatte das Land obendrein die Verwüstungen des Ersten Welt-kriegs, das Gemetzel in einem langwierigen Bürgerkrieg und die Grausamkeiten und Verluste des Zweiten Weltkriegs erdulden müssen. Das herrschende kommunistische Regime zwang dem Land eine erstickende doktrinäre Orthodoxie auf und isolierte es von der übrigen Welt. Seine gegenüber ökolo-gischen Belangen völlig gleichgültige Wirtschaftspolitik hat sowohl die Umwelt als auch die Gesundheit der Menschen erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Laut offizieller russi-scher Statistik kamen nur etwa 40 Prozent der Neugeborenen gesund zur Welt, während nach grober Schätzung ein Fünftel der russischen Erstkläßler in ihrer geistigen Entwicklung ge-hemmt sind. Die Lebenserwartung bei Männern war auf 57,3 Jahre gesunken, und die Sterblichkeitsrate überstieg die Ge-burtenquote. Die sozialen Bedingungen waren genaugenom-men typisch für ein Dritte-Welt-Land mittlerer Kategorie.

Die Schrecken und die Heimsuchungen, denen das russi-sche Volk im Lauf

dieses Jahrhunderts ausgesetzt war, lassen sich schwerlich überschätzen. Kaum eine russische Familie hatte die Möglichkeit, ein normales bürgerliches Leben zu führen. Man bedenke die sozialen Folgen der folgenden Er-eignisse:

— der russisch-japanische Krieg von 1905, der mit einer für Rußland demütigenden Niederlage endete;
— die erste »proletarische Revolution« von 1905, die in den Städten in größerem Ausmaß Gewalt entzündete;
— der Erste Weltkrieg von 1914—1917 mit Millionen von Op-fern und massiver wirtschaftlicher Erschütterung;
— der Bürgerkrieg von 1918—1921, der abermals etliche Millionen Menschenleben forderte und das Land verwüstete;
— der russisch-polnische Krieg von 1919—1920, der mit Ruß-lands Niederlage endete;

— die Einführung der Straflager in den frühen zwanziger Jah-ren einschließlich der Dezimierung der vorrevolutionären Eliten und deren Massenflucht aus Rußland;
— die Industrialisierungs- und Kollektivierungsschübe An-fang und Mitte der dreißiger Jahre, in deren Gefolge verheerende Hungerkatastrophen in der Ukraine und Kasach-stan Millionen Opfer forderten;
— die großen Säuberungen und der Terror in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, bei denen Millionen von Men-schen in Arbeitslager gesperrt, über eine Million erschos-sen wurden und mehrere Millionen an den Folgen von Mißhandlung und Hunger

starben;

— der Zweite Weltkrieg von 1941—1 945 mit seinem in die Mil-lionen gehenden Blutzoll von Gefallenen und Zivilisten und der ungeheueren wirtschaftlichen Verheerung;

— die Neuauflage des stalinistischen Terrors in den späten vierziger Jahren, bei denen es wieder zu Massenverhaftun-gen und zahlreichen Hinrichtungen kam;

— der jahrzehntelange Rüstungswettlauf mit den Vereinigten Staaten, der vom Ende der vierziger bis Ende der achtziger Jahre dauerte und zur Verarmung der Gesellschaft führte;

— die in wirtschaftlicher Hinsicht fatalen Anstrengungen während der siebziger und achtziger Jahre, den Einflußbe-reich der Sowjetmacht in die Karibik, den Nahen Osten und Afrika auszudehnen;

— der lähmende Krieg in Afghanistan von 1979 bis 1989;

— der plötzliche Zerfall der Sowjetunion und in seinem Ge-folge bürgerkriegsähnliche Zustände, eine verzehrende Wirtschaftskrise und der blutige und demütigende Krieg gegen Tschetschenien.

Nicht nur die innenpolitische Krise Rußlands und sein Ver-lust an internationalem Ansehen waren, insbesondere für sei-ne politische Elite, besorgniserregend und beunruhigend, die

Turbulenzen hatten auch auf seine geopolitische Lage negati-ve Auswirkungen. Die Auflösung der Sowjetunion hat die Grenzen Rußlands nach Westen auf höchst einschneidende Weise verändert und sein geopolitisches Einflußgebiet be-achtlich schrumpfen lassen. Seit dem 18. Jahrhundert hatten die baltischen Staaten unter russischer Oberhoheit gestanden; der Verlust der Hafenstädte Riga und Tallin schränkte Ruß-lands Zugang zur Ostsee erheblich ein und machte ihn von

Winterfrösten abhängig. Obwohl sich Moskau eine politisch beherrschende Position in dem offiziell nunmehr unabhängi-gen, aber stark russifizierten Weißrußland zu bewahren ver-mochte, galt es keineswegs als sicher, ob die grassierenden na-tionalistischen Bestrebungen nicht schließlich auch dort die Oberhand gewinnen würden. Und jenseits der Grenzen der früheren Sowjetunion bedeutete der Zusammenbruch des Warschauer Pakts, daß die früheren Satellitenstaaten Mittel-europas, allen voran Polen, rasch zur NATO und Europäi-schen Union hinstrebten.

Am beunruhigendsten war der Verlust der Ukraine. Das Auftreten eines unabhängigen ukrainischen Staates zwang nicht nur alle Russen, das Wesen ihrer eigenen politischen und ethnischen Identität neu zu überdenken, sondern stellte auch für den russischen Staat ein schwerwiegendes geopoliti-sches Hindernis dar. Da mehr als dreihundert Jahre russischer Reichsgeschichte plötzlich gegenstandslos wurden, bedeutete das den Verlust einer potentiell reichen industriellen und agrarischen Wirtschaft sowie von 52 Millionen Menschen, die den Russen ethnisch und religiös nahe genug standen, um Rußland zu einem wirklich großen und selbstsicheren impe-rialen Staat zu machen. Die Unabhängigkeit der Ukraine be-raubte Rußland zudem seiner beherrschenden Position am Schwarzen Meer, wo Odessa das unersetzliche Tor für den Handel mit dem Mittelmeerraum und der Welt jenseits davon war.

Unter geopolitischem Aspekt stellte der Abfall der Ukrai-ne einen zentralen Verlust dar, denn er beschnitt Rußlands geostrategische Optionen drastisch. Selbst ohne die balti-schen Staaten und Polen könnte ein Rußland, das die Kon-trolle über die Ukraine behielte, noch immer die Führung ei-nes selbstbewußten eurasischen Reiches anstreben, in welchem

Moskau die nichtslawischen Völker im Süden und Südosten der ehemaligen Sowjetunion dominieren könnte. Aber ohne die Ukraine mit ihren 52 Millionen slawischen Brüdern und Schwestern droht jeder Versuch Moskaus, das eurasische Reich wiederaufzubauen, Rußland in langwierige Konflikte mit den national und religiös motivierten Nichtsla-wen zu verwickeln, wobei der Krieg mit Tschetschenien viel-leicht nur ein Vorgeschmack war. Angesichts der fallenden Geburtenrate in Rußland und des enormen Geburtenzu-wachses bei den Völkern Zentralasiens würde der Anteil an Europäern in einem neuen, ausschließlich auf russischer Macht gegründeten eurasischen Einheitsstaat ohne die Ukrai-ne unweigerlich von Jahr zu Jahr schwinden und der asiati-sche Bevölkerungsteil zusehends überwiegen.

Der Wegfall der Ukraine wirkte auch als geopolitischer Ka-talysator. Politische Schritte der ukrainischen Führung — die ukrainische Unabhängigkeitserklärung im Dezember 1991, das Insistieren bei den kritischen Verhandlungen in Bela Vezha, daß die Sowjetunion durch eine losere Gemeinschaft unabhängiger Staaten ersetzt werden sollte, und vor allem die unerwartete, staatsstreichartige Unterstellung der auf ukrai-nischem Boden stationierten Einheiten der Sowjetarmee un-ter ukrainisches Kommando — verhinderten, daß sich unter dem neuem Namen GUS die alte UdSSR in etwas föderale-rem Gewand verbarg. Die politische Selbstbestimmung der Ukraine machte Moskau fassungslos und setzte ein Beispiel, dem die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, wenn auch anfangs eher zögerlich, folgten.

Rußlands Verlust seiner beherrschenden Position an der Ostsee fand sein Pendant am Schwarzen Meer, zum einen we-gen der Unabhängigkeit der Ukraine, zum anderen weil die jetzt unabhängigen kaukasischen Staaten —

Georgien, Armeni-en und Aserbaidschan — die Möglichkeiten der Türkei verbes-serten, ihren verlorengegangenen Einfluß in der Region aufs neue geltend zu machen. Bis 1991 konnte die Sowjetmacht vom Schwarzen Meer aus ihre Kreuzer ins Mittelmeer entsen-den. Mitte der neunziger Jahre verfügte Rußland nur noch über einen schmalen Küstenstreifen am Schwarzen Meer und war mit der Ukraine in einen ungelösten Streit über die Stütz-punkterechte auf der Krim für die Reste der sowjetischen Schwarzmeerflotte verstrickt, während es mit offenkundiger Verärgerung zusah, wie NATO- und ukrainische Streitkräfte gemeinsam See- und Landemanöver durchführten und der türkische Einfluß in der Schwarzmeerregion wuchs. Außer-dem verdächtigte Rußland die Türkei, den tschetschenischen Widerstand mit Hilfslieferungen unterstützt zu haben.

Weiter nach Südosten hin führte die geopolitische Erschüt-terung einen ähnlich bedeutsamen Wandel im Status des Kaspischen Beckens und Zentralasiens herbei. Vor dem Zu-sammenbruch der Sowjetunion war das Kaspische Meer, mit Ausnahme eines kleinen Teils im Süden, der zum Iran gehör-te, ein nahezu rein russisches Gewässer gewesen. Als nun ein unabhängiges und stark nationalistisches Aserbaidschan ent-stand — gestärkt durch den Zustrom geschäftstüchtiger Ölin-vestoren aus dem Westen — und auch Kasachstan und Turk-menistan als unabhängige Staaten auftraten, meldeten plötz-lich außer Rußland weitere vier Länder Ansprüche auf die Reichtümer des Kaspischen Beckens an. Rußland konnte nicht mehr selbstverständlich von der alleinigen Verfügungs-gewalt über diese Bodenschätze ausgehen.

Mit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten hat-te sich Rußlands südöstliche Grenze an einigen Stellen um

mehr als tausend Meilen nach Norden verschoben. Die neuen Staaten verfügten über riesige Mineral- und Erdölvorkom-men, die ausländische Interessenten anlocken mußten. Es war fast unvermeidlich, daß neben den Eliten über kurz oder lang auch die Völker dieser Staaten nationalistischer wurden und sich vielleicht zunehmend zum Islam bekehrten. In Kasach-stan, einem riesigen Land, das ungeheuere Bodenschätze be-sitzt, aber nur knapp 20 Millionen Einwohner hat, zu nahezu gleichen Teilen Kasachen und Slawen, werden sich die Reibe-reien aufgrund nationaler und sprachlicher Unterschiede wahrscheinlich verstärken. Usbekistan — mit einer ethnisch viel homogeneren Bevölkerung von etwa 25 Millionen und politischen Führern, die die geschichtlichen Ruhmestaten des Landes herausstreichen — hat den neuen, postkolonialen Sta-tus des Landes in immer stärkerem Maße geltend gemacht. Turkmenistan, durch Kasachstan von jedem direkten Kon-takt mit Rußland abgeschirmt, hat ganz unverhohlen neue Beziehungen zum Iran geknüpft, um für einen Zugang zu den Weltmärkten von der russischen Infrastruktur weniger ab-hängig zu sein.

Da sie von der Türkei, dem Iran, Pakistan und Saudi-Ara-bien unterstützt wurden, waren die zentralasiatischen Staaten entgegen russischen Hoffnungen nicht geneigt, ihre neue po-litische Souveränität gegen eine selbst gnädige wirtschaftliche Integration mit Rußland zu tauschen. Eine gewisse Spannung und Feindseligkeit in ihrem Verhältnis zu Rußland bleibt je-denfalls unausweichlich, während die schmerzlichen Vorgän-ge von Tschetschenien und Tadschikistan darauf hindeuten, daß etwas Schlimmeres nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Für die Russen muß das Gespenst eines möglichen Konflikts mit den islamischen Staaten entlang der gesamten Südflanke Rußlands (die zusammen mit der Türkei, dem Iran und Pakistan mehr als 300 Millionen Menschen aufbieten) Anlaß zu ernster Besorgnis sein.

Und schließlich hatte es Rußland zum Zeitpunkt, als sich sein Reich auflöste, auch in Fernost mit einer bedrohlichen neuen geopolitischen Lage zu tun, obzwar dort keine terri-torialen oder politischen Veränderungen stattgefunden ha-ben. Über mehrere Jahrhunderte hinweg war China — zu-mindest auf politisch-militärischem Gebiet — schwächer und rückständiger gewesen als Rußland. Kein Russe, dem die Zukunft seines Landes am Herzen liegt und der von den gravierenden Veränderungen dieses Jahrzehnts verstört ist, kann über die Tatsache hinwegsehen, daß sich China auf-macht, ein fortschrittlicherer, dynamischerer und erfolgrei-cherer Staat als Rußland zu werden. Mit der enormen Tatkraft seiner 1,2 Milliarden Menschen schickt sich Chinas Wirtschaftsmacht an, die historische Gleichung zwischen den beiden Ländern von Grund auf umzukehren, wobei die leeren Räume Sibiriens chinesische Siedler fast schon herbeiwinken.
Diese atemberaubenden neuen Gegebenheiten konnten für das russische Sicherheitsbewußtsein in der fernöstlichen Region wie auch für seine Interessen in Zentralasien nicht folgenlos bleiben. Im Vergleich zu dieser Entwicklung könnte womöglich schon bald der Verlust der Ukraine seine geopolitische Bedeutung verlieren. Wladimir Lukun, Ruß-lands erster postkommunistischer Botschafter in den Verei-nigten Staaten und späterer Vorsitzender des Außenpoli-tischen Ausschusses der Duma, hat die sich daraus ergeben-den strategischen Folgerungen sehr gut zum Ausdruck ge-bracht:

»In der Vergangenheit sah sich Rußland als Vorhut Asiens, wenn auch gegenüber Europa im Rückstand. Aber seither hat sich Asien viel schneller entwickelt ... wir müssen erkennen, daß wir nicht mehr so sehr zwischen

dem modernen Europa und dem zurückgebliebenen Asien stehen, sondern vielmehr

eine merkwürdige Mittelstellung zwischen zwei Europas ein-nehmen.«[12]

Kurzum, Rußland, bis vor wenigen Jahren der Schmied eines großen Landreiches und Führer eines ideologischen Blocks von Satellitenstaaten, die sich bis ins Herz von Europa er-streckten und an einem Punkt sogar bis ins Südchinesische Meer, ist zu einem unruhigen Nationalstaat geworden, der geographisch gesehen keinen leichten Zugang zur Außenwelt hat und der an seiner westlichen, südlichen und östlichen Flanke kräftezehrenden Konflikten mit seinen Nachbarn ausgesetzt ist. Nur die unbewohnbaren

und unzugänglichen nördlichen Permafrostgebiete scheinen geopolitisch noch si-cher.

Geostrategische Wunschvorstellungen

Eine Phase historischer und strategischer Konfusion war so-mit im postimperialen Rußland unausweichlich. Der Zusam-menbruch der Sowjetunion und unerwartete Zerfall des Großrussischen Reiches stürzten Rußland in eine mentale Krise und löste eine weitreichende Debatte über ein neues, der gegenwärtigen historischen Lage entsprechendes Selbst-verständnis aus. Plötzlich wurden öffentlich und privat Fra-gen diskutiert, die sich bislang nicht einmal die meisten grö-ßeren Nationen gestellt haben: Was ist Rußland? Wo ist Rußland? Was heißt es, Russe zu sein?

Diese Fragen sind nicht nur theoretischer Natur: Jede Antwort enthält eine wichtige geopolitische Aussage. Ist Ruß-land ein Nationalstaat, der auf einer rein russischen Bevölke-

-12 In: “Our Security Predicament”, *Foreign Policy 88* (Herbst 1992):60.

rung basiert, oder ist Rußland per definitionem etwas mehr (wie Großbritannien mehr als England ist) und daher dazu ausersehen, ein Großreich zu sein? Wo verlaufen — historisch, strategisch und ethnisch gesehen — die eigentlichen Grenzen Rußlands? Sollte die Unabhängigkeit der Ukraine unter die-sen historischen, strategischen und ethnischen Aspekten als eine vorübergehende Verirrung betrachtet werden? (Viele

Russen neigen dieser Ansicht zu.) Muß man, um Russe zu sein, ethnisch ein Russkij sein, oder kann einer auch nur im politischen Sinn Russe sein (das heißt ein Rossjanin — das Äquivalent zu britisch, aber nicht englisch)? Jelzin und einige andere Russen haben beispielsweise (mit tragischen Konse-quenzen) behauptet, die Tschetschenen könnten — ja, sollten — als Russen betrachtet werden.
Ein Jahr vor dem Ende der Sowjetunion beklagte sich ein russischer Nationalist, einer der wenigen, die das Ende kom-men sahen, bitter und verzweifelt:

»Wenn das schreckliche Desaster das für das russische Volk undenkbar ist, doch eintritt und der Staat auseinandergeris-sen wird und das Volk, von seiner tausendjährigen Geschichte getäuscht, plötzlich alleine dasteht, weil diejenigen, die bis vor kurzem seine Brüder waren, das sinkende Schiff verlassen haben und mitsamt ihren Habseligkeiten in ihre nationalen Rettungsboote verschwunden sind — tja, wo sollen wir denn hin? — nirgendwo...

Russische Eigenstaatlichkeit, die der politische, ökonomi-sche und geistige Ausdruck der russischen Idee ist, wird aufs neue entstehen. Sie wird das Beste aus ihren tausend Jahren Reichsgeschichte und den im Nu vergangenen siebzig Jahren Sowjetgeschichte zusammenraffen.«[13]

13 Alexander Proehanow, ~Tragedy of Centralism~, *Literaturnaja Rossija,* Januar 1990, S. 4-5.

Aber wie? Die historische Krise des russischen Staates hat die Schwierigkeit, eine für das russische Volk akzeptable Ant-wort zu formulieren, die dennoch realistisch ist, noch selbst vergrößert. Fast seine ganze Geschichte hindurch war dieser Staat gleichzeitig ein Werkzeug territorialer Expansion und wirtschaftlicher Entwicklung. Es war außerdem

ein Staat, der sich nicht als rein nationales Instrument in der westeuropäi-schen Tradition verstand, sondern als Vollstrecker einer be-sonderen supranationalen Mission, deren zugrundeliegende russische Idee je nachdem religiös, geopolitisch oder ideolo-gisch interpretiert wurde. Als der Staat im wesentlichen auf das von Russen bevölkerte Gebiet zusammenschrumpfte, hatte diese Mission plötzlich ausgedient. Verschärfend auf die Krise, in die der russische Staat (sein Wesenskern sozusagen) nach dem Ende der Sowjetunion stürzte, wirkte sich aus, daß Rußland sich plötzlich nicht nur seines imperialen Sendungsbewußtseins beraubt sah, sondern zusätzlich von innenpolitischen Modernisierern (und deren Beratern aus dem Westen) gedrängt wurde, von seinem staats-kapitalistischen Wirtschaftssystem Abschied zu nehmen, um die zwischen seiner gesellschaftlichen Rückständigkeit und den fortschrittlicheren Teilen Eurasiens gähnende Kluft zu überwinden. Dies erforderte eine geradezu revolutionäre Be-schränkung der internationalen und innenpolitischen Rolle des russischen Staates. Es erschütterte selbst die anerkannte-sten Muster des russischen Lebens zutiefst und trug dazu bei, daß sich innerhalb der politischen Elite ein Gefühl geopoliti-scher Desorientierung ausbreitete und Uneinigkeit stiftete.

Vor diesem verwirrenden Hintergrund löste die Frage: Wo-hin gehört Rußland und was ist Rußland? — wie man sich denken kann — alle möglichen Antworten aus. Rußlands Aus-dehnung und Lage im Zentrum Eurasiens bringen es mit sich, daß seine politische Führungsschicht schon seit langem in geopolitischen Kategorien denkt. Der erste Außenminister

des postimperialen und postkommunistischen Rußlands, An-drej Kosyrew, bestätigte diese Denkweise in einem seiner frü-hen Versuche, das

Verhalten des neuen Rußlands auf der in-ternationalen Bühne zu bestimmen. Kaum einen Monat nach der Auflösung der Sowjetunion bemerkte er: »Wir geben je-den Anspruch, die Menschheit zu erlösen auf und nehmen Kurs auf Pragmatismus ... wir haben schnell begriffen, dass Geopolitik ... an die Stelle der Ideologie tritt.«[14]

Generell kann man sagen, daß in Reaktion auf den Zusam-menbruch der Sowjetunion drei umfassende und zum Teil sich überschneidende geostrategische Optionen aufgetaucht sind, deren jede letztlich mit Rußlands Sorge um seinen Sta-tus gegenüber den USA zusammenhängt und jeweils einige interne Varianten enthält. Diese verschiedenen Denkschulen lassen sich wie folgt klassifizieren:

1. Jene, für die die vollentwickelte strategische Partnerschaft mit Amerika Priorität hat, die einige ihrer Anhänger tat-sächlich als Codewort für ein globales Kondominat ver-standen;
2. jene, für die Rußlands vorrangiges Anliegen, seine Bezie-hung zum nahen Ausland sein muß, wobei einige für eine Form von wirtschaftlicher Integration unter der Führung Moskaus eintreten, andere aber mit der schließlich doch möglichen Wiederherstellung eines gewissen Maßes an im-perialer Gewalt liebäugeln, weil damit eine Macht entstün-de, die Amerika und Europa besser Paroli bieten könnte; und schließlich
3. jene, die ein Gegenbündnis anstrebt, also eine Art von eurasischer Anti-USA-Koalition, die das Übergewicht der Vereinigten Staaten in Eurasien verringern soll.

14 Interview in *Rossijskaja Gaseta*, 12. Januar 1992.

Obwohl die erste der genannten Optionen in Präsident Jel-zins neuer Regierungsmannschaft anfangs eindeutig den Vor-rang genoß, rückte kurz darauf die zweite in den Vorder-grund; die dritte wurde etwas später, Mitte der neunziger Jahre, in Reaktion auf das um sich greifende Gefühl laut, daß Rußlands postsowjetische Geostrategie unklar und ein Fehl-schlag war. Zufällig erwiesen sich alle drei als historisch unge-schickt, beruhten sie doch auf ziemlich trügerischen Ein-schätzungen der gegenwärtigen Macht Rußlands, seiner internationalen Möglichkeiten und seiner außenpolitischen Interessen.
Jelzins anfängliche Haltung unmittelbar nach dem Zusam-menbruch der Sowjetunion gipfelte in der alten, aber nie ganz erfolgreichen Westler-Konzeption im politischen Denken Rußlands, derzufolge Rußland zum Westen gehöre, Teil des Westens sei und in der eigenen innenpolitischen Entwicklung den Westen so weit wie möglich nachahmen solle. Jelzin und sein Außenminister traten für diese Auffassung ein und der Präsident brandmarkte ganz explizit Rußlands imperiales Erbe. In einer Rede am 19. Dezember 1990 in Kiew äußerte er in Worten, die die Ukrainer und Tschetschenen später gegen ihn verwenden sollten, eloquent:

»Rußland strebt nicht danach, der Mittelpunkt eines neuen Reiches zu werden ... Besser als andere weiß Rußland um die Schädlichkeit einer solchen Rolle, weil es diese Rolle ja lange Zeit gespielt hat. Was hatte es davon? Sind die Russen etwa dadurch freiere Menschen geworden? Wohlhabender? Glück-licher? ... Die Geschichte hat uns gelehrt, daß einem Volk, das über andere herrscht, kein Glück beschieden sein kann.«

Die bewußt freundliche Haltung, die der Westen, insbeson-dere die Vereinigten Staaten, gegenüber der neuen russischen Führung einnahm, war für die postsowjetischen Westler im

russischen Außenministerium eine Quelle der Ermutigung. Sie bestärkte sie in ihren proamerikanischen Neigungen und verdrehte ihren Verfechtern den Kopf. Die neuen Führer fühlten sich geschmeichelt, mit den politischen Repräsentan-ten der einzigen Supermacht der Welt auf du und du zu ste-hen, und gaben sich unkritisch der Selbsttäuschung hin, eben-falls an der Spitze einer Supermacht zu stehen. Als die Amerikaner das Schlagwort von der vollentwickelten strate-gischen Partnerschaft zwischen Washington und Moskau in die Welt setzten, schien es den Russen, als sei damit ein neues demokratisches amerikanisch-russisches Kondominat — an Stelle des vormaligen Konkurrenzkampfes — sanktioniert worden.
Da dieses Kondominium von seinem Geltungsbereich her global wäre, würde Rußland zum Rechtsnachfolger der frü-heren Sowjetunion und zum de-facto-Partner in einer globa-len Übereinkunft, die auf echter Gleichberechtigung beruhte. Wie die neuen russischen Machthaber nie müde wurden zu behaupten, hätte das bedeutet, daß die übrige Welt Rußland als Amerika ebenbürtig anerkennen solle, und darüber hin-aus, daß kein globales Problem ohne Rußlands Beteiligung und/oder Erlaubnis angepackt oder gelöst werden könne. Obwohl sie nicht offen ausgesprochen wurde, nährte diese Illusion die Vorstellung, daß Mitteleuropa irgendwie eine Re-gion von besonderer politischer Nähe zu Rußland bliebe oder sogar bleiben wollte. Die Auflösung des Warschauer Pakts und des Comecon hätte, so dachte man, keine Hinwen-dung ihrer früheren Mitglieder zur NATO, ja nicht einmal zur EU zur Folge.

In der Zwischenzeit würde die russische Regierung dank westlicher Hilfe in die Lage versetzt, innere Reformen in An-griff zu nehmen, im Zuge derer sich der Staat aus dem Wirt-schaftsleben zurückzöge und die

Konsolidierung demokrati-scher Institutionen zuließe. Rußlands wirtschaftliche Erho--

lung, sein besonderer Status als gleichberechtigter Partner Amerikas und seine Attraktivität würden die vor kurzem un-abhängig gewordenen GUS-Staaten — dankbar, daß das neue Rußland sie nicht bedrohte, und sich der Vorteile einer Art Union mit Rußland zunehmend bewußt — zur Beteiligung an einer immer engeren wirtschaftlichen und allmählich auch politischen Integration mit Rußland ermutigen, die wieder-um Rußlands Geltungsbereich und Macht vergrößerten.

Problematisch an diesem Ansatz war, daß er auf einer völlig unrealistischen Einschätzung sowohl der internationalen als auch der innenpolitischen Lage Rußlands beruhte. Die Vor-stellung von einer vollentwickelten strategischen Partner-schaft war ebenso schmeichelhaft wie irreführend. Amerika verspürte keinerlei Neigung, seine Weltmacht mit Rußland zu teilen, es wäre auch völlig unrealistisch gewesen. Das neue Rußland war einfach zu schwach, seine Wirtschaft in einem dreiviertel Jahrhundert kommunistischer Herrschaft zu her-untergekommen und das Land gesellschaftlich zu rückstän-dig, um ein wirklicher Partner im globalen Maßstab zu sein. In den Augen der amerikanischen Führung waren Deutsch-land, Japan und China mindestens ebenso wichtig und ein-flußreich. Überdies gingen in einigen der für die Vereinigten Staaten aus nationalem Interesse zentralen geostrategischen Fragen — in Europa, dem Nahen Osten und in Fernost — die amerikanischen und russischen Bestrebungen keineswegs in die gleiche Richtung. Nachdem dann, ganz unvermeidlich, die ersten Differenzen aufgetreten waren, mußte die voll-entwickelte strategische Partnerschaft angesichts des zwi-schen den USA und Rußland bestehenden Ungleichgewichts in politischer Macht,

Finanzkraft, technologischem Innova-tionspotential und kultureller Attraktion hohl erscheinen — und bei immer mehr Russen verstärkte sich der Eindruck, als sei diese Formel bewußt dazu bestimmt, Rußland hinters Licht zu führen.

Vielleicht hätte die Enttäuschung abgewendet werden kön-nen, wenn sich Amerika schon früher — während der ameri-kanisch-russischen Flitterwochen sozusagen — den Plan einer NATO-Erweiterung zu eigen gemacht und Rußland gleich-zeitig einen Deal angeboten hätte, den es nicht hätte ablehnen können, nämlich ein besonderes Kooperationsverhältnis zwi-schen Rußland und der NATO. Wären die Amerikaner von vornherein klar und entschieden für eine Erweiterung des Bündnisses eingetreten unter der Bedingung, daß Rußland in irgendeiner Form in den Prozeß mit eingebunden werden sollte, dann hätte die spätere Enttäuschung Moskaus über die vollentwickelte strategische Partnerschaft möglicherweise ebenso vermieden werden können wie die fortschreitende Schwächung des prowestlichen Lagers im Kreml.
Der richtige Zeitpunkt dafür wäre im zweiten Halbjahr 1993 gewesen, unmittelbar nachdem Jelzin im August Polens Interesse an einem Beitritt zur transatlantischen Allianz als mit den Interessen Rußlands vereinbar gebilligt hatte. Statt dessen verfolgte die Clinton-Administration unverdrossen ihre Rußland-geht-vor-Politik, die sich noch weitere zwei Jahre dahinquälte, in denen der Kreml seine Meinung änderte und gegenüber den inzwischen auftauchenden vagen Hin-weisen auf die von den USA beabsichtigte NATO-Erweite-rung eine zunehmend feindliche Haltung einnahm. Als Wa-shington 1996 endlich beschloß, der NATO-Erweiterung in seiner auf die Gestaltung einer größeren und sichereren eu-roatlantischen Gemeinschaft abzielenden Politik Priorität einzuräumen,

hatten sich die Russen bereits in eine starre Opposition verrannt. Folglich könnte man 1993 als das Jahr einer verpaßten historischen Chance ansehen.

Wie man zugeben muß, waren nicht alle russischen Beden-ken gegen eine NATO-Erweiterung aus der Luft gegriffen oder böswilliger Natur. Einige Gegner, besonders im russi-schen Militär, verharrten in der vom Kalten Krieg geprägten

Einstellung und sahen in der NATO-Erweiterung keinen we-sentlichen Bestandteil eines größer werdenden Europa, son-dern vielmehr das Vorrücken einer von Amerika geführten, immer noch feindlichen Allianz gegen Rußland. Manche Ver-treter des russischen Außenministeriums — die meisten von ihnen frühere Kader — hielten an der langjährigen geostrategi-schen Überzeugung fest, daß Amerika in Eurasien nichts zu suchen habe und die NATO-Erweiterung weitgehend auf den Wunsch der Amerikaner zurückgehe, ihre Einflußsphäre zu vergrößern. Zum Teil speiste sich ihr Widerstand auch aus der Hoffnung, ein neutrales Mitteleuropa werde eines Tages in den geopolitischen Einflußbereich Moskaus zurückkeh-ren, wenn Rußland wirtschaftlich wieder auf die Beine ge-kommen sei.
Hingegen fürchteten viele russische Demokraten, daß Rußland durch die Ausdehnung der NATO von Europa aus-geschlossen und politisch geächtet bleibe und einer Mitglied-schaft im institutionellen Rahmen europäischer Zivilisation für unwürdig erachtet werde. Ein Gefühl kultureller Unterle-genheit verstärkte die politischen Ängste und ließ die NATO-Erweiterung als Kulminationspunkt einer seit lan-gem vom Westen betriebenen Politik der Isolierung Rußlands erscheinen, das schließlich ganz allein dastehen und seinen verschiedenen Feinden wehrlos

ausgeliefert sein werde. Überdies begriffen nicht einmal die demokratischen Kreise Rußlands, wie tief bei den Mitteleuropäern der Unmut über ein halbes Jahrhundert Moskauer Vorherrschaft saß und wie sehr sie Teil eines größeren euroatlantischen Systems werden wollten.

Alles in allem betrachtet, hätte wahrscheinlich weder die Enttäuschung noch die Schwächung des prowestlichen La-gers vermieden werden können. Die in sich gespaltene neue russische Elite mit einem Präsidenten und einem Außenmini-ster an der Spitze, von denen keiner eine in sich stimmige

geostrategische Führung darzubieten vermochte, war weder in der Lage, klar zu definieren, was Rußland in Europa woll-te, noch imstande, das Ausmaß der Misere Rußlands reali-stisch einzuschätzen. Moskaus politisch so kampfbereite De-mokraten konnten sich nicht zu der Aussage durchringen, daß ein demokratisches Rußland nichts gegen die Erweite-rung der demokratischen transatlantischen Gemeinschaft einzuwenden habe und sich ihr anschließen wolle. Verblendet von dem Wahn, mit den USA den Status als Weltmacht zu teilen, konnte sich die politische Elite Moskaus nur schwer mit der Tatsache abfinden, daß Rußland sowohl im Gebiet der einstigen Sowjetunion selbst als auch im Hinblick auf die früheren Satellitenstaaten in Mitteleuropa keine privilegierte geopolitische Position mehr einnahm.
Diese Entwicklungen spielten den Nationalisten, die 1994 die Sprache wiederzufinden begannen, ebenso in die Hände wie den Militaristen, die mittlerweile Jelzins wichtigste innenpolitische Stützen geworden waren. Ihre zunehmend schrillen und gelegentlich drohenden Töne gegenüber den mitteleuropäischen Ländern bestärkten die früheren Satelli-tenstaaten nur um so mehr in ihrer Entschlossenheit, den si-cheren Hafen der NATO zu

erreichen.

Die Weigerung des Kremls, sich von allen Eroberungen Stalins loszusagen, vertiefte die Kluft zwischen Washington und Moskau weiter. Die öffentliche Meinung des Westens, vor allem in Skandinavien, aber auch in den Vereinigten Staa-ten war besonders über die zwiespältige Haltung Rußlands gegenüber den baltischen Republiken beunruhigt. Selbst de-mokratische Führungspersönlichkeiten, die die Unabhängig-keit dieser Länder anerkannten und nicht auf eine Mitglied-schaft in der GUS drängten, verlegten sich wiederholt auf Drohungen, um den russischen Bevölkerungsgruppen, die in der Stalin-Ära bewußt in diesen Ländern angesiedelt worden waren, eine Vorzugsbehandlung zu verschaffen. Eine weitere

Verschlechterung erfuhr die Atmosphäre, als Moskau sich ostentativ weigerte, das geheime Zusatzabkommen zum Hit-ler-Stalin-Pakt von 1939, das der gewaltsamen Eingliederung dieser Republiken in die Sowjetunion den Weg geebnet hatte, für null und nichtig zu erklären. Noch fünf Jahre nach dem Zusammenbruch der UdSSR bestanden Kreml-Sprecher (in einer offiziellen Erklärung vom 10. September 1996) darauf, daß sich die baltischen Staaten im Jahr 1940 freiwillig der So-wjetunion »angeschlossen« hätten.

Die postsowjetischen Machthaber hatten anscheinend auch damit gerechnet, daß der Westen Rußland dabei behilflich sein werde, sich im Raum der früheren UdSSR wieder als be-stimmende Kraft zu etablieren, oder es zumindest nicht daran hindern würde. Daher nahmen sie es dem Westen übel, daß er bereit war, die nun unabhängigen postsowjetischen Staaten bei der Konsolidierung ihrer Eigenstaatlichkeit zu unterstüt-zen. Im Gegenzug zu ihrer Warnung vor einer Konfrontation mit den Vereinigten

Staaten behaupteten ranghohe Analyti-ker der amerikanischen Außenpolitik (nicht ganz zu Un-recht), daß die USA in ganz Eurasien eine Reorganisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen anstreben ... wobei es aber auf dem Kontinent keine einzige führende Macht, son-dern viele mittlere, relativ stabile und mäßig starke gäbe, die aber als einzelne oder im Kollektiv den Vereinigten Staa-ten zwangsläufig unterlegen seien.15

Von entscheidender Bedeutung war in dieser Hinsicht die Ukraine. In der seit spätestens 1994 zunehmenden Tendenz der USA, den amerikanisch-ukrainischen Beziehungen höch-ste Priorität beizumessen und der Ukraine ihre neue nationa-le Freiheit bewahren zu helfen, erblickten viele in Moskau —sogar die sogenannten Westler — eine gegen das vitale russi-

-15 A. Bogaturow und W Kremenjuk (beide Hochschullehrer am Amerika-Kanada -Institut der Akademie der Wissenschaften), in: “The Americans Themselves Will Never Stop‘s *Nesawissimaja Gaseta,* 28Juni 1996.

sche Interesse gerichtete Politik, die Ukraine schließlich wie-der in den Schoß der Gemeinschaft zurückzuholen. Daß sich die Ukraine eines Tages irgendwie reintegrieren lasse, gehört nach wie vor zum Credo vieler Mitglieder der russischen Po-litelite.[16] Der Zusammenprall war unvermeidbar: der Um-stand, daß Rußland die Souveränität der Ukraine aus geopo-litischen und historischen Gründen in Frage stellte, stand gegen die amerikanische Überzeugung, daß ein imperialisti-sches Rußland kein demokratisches Rußland sein könne.

Zudem gab es rein innenpolitische Gründe dafür, daß sich eine vollentwickelte strategische Partnerschaft zwischen zwei Demokratien als Illusion erwies. Rußland war einfach zu rückständig und durch den Kommunismus zu herunterge-wirtschaftet, um ein

brauchbarer demokratischer Partner der Vereinigten Staaten zu sein. Über dieses Kernproblem konnte auch keine vollmundige Partnerschaftsrhetorik hinweg-täuschen. Auch hatte das postsowjetische Rußland nur zum Teil mit seiner Vergangenheit gebrochen. Fast alle seine de-mokratischen Politiker — selbst die von der sowjetischen Ver-gangenheit gründlich desillusionierten — waren nicht nur das Produkt des Sowjetsystems, sondern hochrangige Mitglieder seiner Herrschaftselite gewesen. Sie kamen nicht wie in Polen oder der Tschechischen Republik aus Dissidentenkreisen. Die wichtigsten Institutionen der Sowjetunion bestanden — wenn

16 So wurde z.B. sogar Jelzins Spitzenberater, Dmitrij Rjurikow, von *Interfax* (20. November 1996) dergestalt zitiert, daß er die Ukraine, für "ein vorüberge-hendes Phänomen~ halte, während Moskaus Obschtschaja Gaseta (10. Dezember 1996) berichtete, daß "in absehbarer Zeit Ereignisse in der östlichen Ukraine Moskau mit einem sehr schwierigen Problem konfrontieren könnten. Massenproteste aus Unzufriedenheit werden mit Appellen oder sogar Bitten an Rußland, die Region zu übernehmen, einhergehen. Recht wenige Leute in Moskau waren bereit, solche Vorhaben zu unterstützen.~ Die Forderungen Moskaus nach der Krim und Sewastopol haben die Bedenken des Westens wegen der russischen Absichten genausowenig beschwichtigt wie provokative Aktionen wie die be-wußte Einbeziehung von Sewastopol in die allabendlichen Wetterberichte des öf-fentlichen russischen Fernsehens für russische Städte Ende 1996.

auch geschwächt, demoralisiert und korrumpiert — fort. Das Lenin-Mausoleum, noch immer das historische Kernstück Moskaus, ist ein Sinnbild für den anhaltenden Einfluß der kommunistischen Vergangenheit. Man stelle sich vor Deutschland wäre nach dem Ende des Nationalsozialismus von ehemaligen Gauleitern, die sich demokratischer Schlag-worte befleißigten, regiert worden, und mitten in Berlin hätte ein Hitler-Denkmal gestanden!

Die wirtschaftliche Misere des Landes belastete die poli-tisch schwache neue demokratische Regierung zusätzlich. Das Bedürfnis nach durchgreifenden Reformen — dem Rück-zug des russischen Staates aus dem Wirtschaftsleben — rief überzogene Erwartungen an westliche, vor

allem amerikani-sche Hilfe hervor. Obwohl diese Hilfe, besonders von seiten Deutschlands und der USA, immer größere Ausmaße an-nahm, konnte sie selbst unter günstigsten Bedingungen keine schnelle wirtschaftliche Erholung bewirken. Die damit ein-hergehende soziale Unzufriedenheit war Wasser auf die Mühlen der enttäuschten Kritiker, die behaupteten, daß die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten eine Farce sei, al-lein den Amerikanern nütze und Rußland schade.

Kurzum, in den Jahren, die auf den Zusammenbruch der Sowjetunion folgten, bestanden weder die subjektiven noch die objektiven Bedingungen für eine effektive globale Part-nerschaft. Die demokratischen Westler wollten einfach zu viel und konnten zu wenig in die Waagschale werfen. Sie wünschten sich eine gleichberechtigte Partnerschaft oder, besser gesagt, ein Kondominat mit Amerika, relativ freie Hand innerhalb der GUS und ein geopolitisches Niemands-land in Mitteleuropa. Doch ihre ambivalente Einstellung zur sowjetischen Vergangenheit, ihre unrealistischen Welt-machtsphantasien, die schwere Wirtschaftskrise und die man-gelnde Unterstützung in weiten Kreisen der Gesellschaft hat-ten zur Folge, daß sie das stabile und wirklich demokratische

Rußland nicht vorweisen konnten, von dem die Konzeption einer gleichberechtigten Partnerschaft stillschweigend ausge-gangen war. Bevor Rußland nicht einen langwierigen Prozeß politischer Reformen, einen ebenso langwierigen Prozeß de-mokratischer Stabilisierung und einen noch längeren Prozeß sozioökonomischer Modernisierung durchmachte und damit einhergehend einen Gesinnungswandel hinsichtlich der neu-en politischen Gegebenheiten nicht nur in Mitteleuropa, son-dern vor allem auch in dem vormaligen Russischen Reich vollzog, konnte eine echte

Partnerschaft mit Amerika keine taugliche geopolitische Option werden. Unter diesen Umständen überrascht es nicht, daß die Hauptkritik an der prowestlichen Orientierung aus den Krei-sen kam, die in der vorrangigen Konzentration auf das nahe Ausland schon frühzeitig eine außenpolitische Alternative sa-hen. Ihr lag die These zugrunde, daß die Partnerschafts-Kon-zeption ignoriere, was für Rußland am wichtigsten sein sollte, nämlich seine Beziehungen zu den früheren Sowjetrepubli-ken. Die Kurzformel »nahes Ausland« stand somit für eine politische Richtung, der es in erster Linie darum ging, in dem einst von der Sowjetunion eingenommenen geopolitischen Raum wieder irgendeine Art von Staatenbund mit Moskau als Zentrum der Entscheidungsfindung aufzubauen. Unter dieser Prämisse bestand breite Übereinstimmung darüber, daß eine sich auf den Westen, speziell auf Amerika, konzen-trierende Politik wenig eintrage und zuviel koste. Sie erleich-tere es dem Westen nur, so wurde argumentiert, die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion entstandenen Möglichkei-ten auszunutzen.

Diese Denkrichtung bot jedoch ganz verschiedenen geo-politischen Vorstellungen Raum. Sie vereinigte neben den ökonomischen Funk-tionalisten und Deterministen (ein-schließlich einiger »Westler«, die glaubten, die GUS könnte sich zu einer von Moskau gelenkten Version der EU entwik--

keln) auch andere, die in der wirtschaftlichen Integration ei-nes von mehreren Werkzeugen imperialer Restauration er-blickten, die entweder unter dem Dach der GUS oder durch spezielle (1996 getroffene) Vereinbarungen zwischen Ruß-land und Weißrußland oder Rußland, Weißrußland und Kir-gistan wirksam werden könnten. Ebenfalls dazu gehörten sla-wophile Romantiker, die für eine aus Rußland, der Ukraine

und Weißrußland bestehende Slawische Union eintraten, und schließlich noch die Verfechter eines etwas mystischen Eurasianismus als der endgültigen Definition der bleibenden historischen Mission Rußlands. Auf einen knappen Nenner gebracht, verbirgt sich hinter der Priorität des »nahen Auslands« die durchaus vernünftige Forderung, daß Rußland sich zuallererst auf die Beziehungen zu den neuerdings unabhängigen Staaten konzentrieren müs-se, zumal diese allesamt dank einer Sowjetpolitik, die die öko-nomischen Abhängigkeiten unter ihnen gefördert hatte, nach wie vor an Rußland gebunden sind. Sie war sowohl ökono-misch als auch geopolitisch sinnvoll. Der gemeinsame Wirt-schaftsraum von dem die neuen russischen Führer so oft sprachen, war ein Faktum, über das die Führer der jetzt unab-hängigen Staaten nicht einfach hinwegsehen konnten. Zu-sammenarbeit und sogar eine gewisse Integration waren eine ökonomische Notwendigkeit. So erschien es denn nicht nur normal, sondern auch geboten, gemeinsame GUS-Institutio-nen voranzubringen, um die durch den politischen Zerfall der Sowjetunion ausgelösten Störungen und Auflösungserschei-nungen auf wirtschaftlichem Gebiet in den Griff zu bekom-men.

In den Augen mancher Russen war daher die Förderung wirtschaftlicher Integration eine zweckmäßige, wirkungsvol-le und politisch verantwortungs-bewußte Reaktion. Oft stellte man im Zusammenhang mit der postsowjetischen Situation eine Analogie zur EU her. Eine Wiederherstellung des Impe--

riums wurde von den gemäßigteren Verfechtern einer wirt-schaftlichen Integration ausdrücklich abgelehnt. So trat bei-spielsweise ein einflußreicher Bericht mit dem Titel »Eine Strategie für Rußland«, den der Rat für Außen- und Verteidi-gungspolitik, eine Gruppe prominenter

Persönlichkeiten und Regierungsbeamter, bereits im August 1992 herausgegeben hatte, sehr pointiert für eine postimperiale, aufgeklärte Inte-gration als dem geeigneten Programm für den postsowjeti-schen gemeinsamen Wirtschaftsraum ein.
Die Betonung des nahen Auslands war jedoch nicht bloß eine politisch segensreiche Doktrin regionaler Wirtschaftsko-operation. Ihr geopolitischer Inhalt hatte imperiale Untertö-ne. Selbst der relativ moderate Bericht von 1992 sprach von einem genesenen Rußland, das schließlich eine strategische Partnerschaft mit dem Westen eingehen würde, in der Ruß-land die Regelung der Angelegenheiten in Osteuropa, Zen-tralasien und im Fernen Osten zufallen sollte. Andere Befür-worter dieser Priorität waren unverfrorener, sie sprachen ausdrücklich von Rußlands einzigartiger Rolle im postsowje-tischen Raum und beschuldigten den Westen, eine anti-russi-sche Politik zu betreiben, weil er der Ukraine und den ande-ren nunmehr unabhängigen Staaten Hilfe zuteil werden lasse.

Ein typisches, aber keineswegs extremes Beispiel war die These, die J. Ambartsumow, der Vorsitzende des außenpoliti-schen Parlaments-ausschusses und frühere Anwalt, einer Prio-rität der Partnerschaft 1993 aufstellte: Offen behauptete er, das Gebiet der früheren Sowjetunion sei die geopolitische Einflußsphäre Rußlands, in der kein anderer Staat etwas zu suchen habe. Im Januar 1994 schlug der bis dahin energische Verfechter einer prowestlichen Option, Rußlands Außenmi-nister Andrej Kosyrew dieselben Töne an, als er erklärte, Rußland müsse seine militärische Präsenz in den Regionen erhalten, die seit Jahrhunderten sein Interessens-gebiet gewe-sen sind. Und am 8. April 1994 berichtete die *Iswestija*, Ruß--

land habe nicht weniger als 28 Militärbasen auf dem Boden der neuen unabhängigen Staaten beibehalten können — und verbände man auf der Landkarte die russischen Militärstütz-punkte in Kaliningrad, Moldawien, auf der Krim, in Armeni-en, Tadschikistan und auf den Kurilen untereinander mit ei-ner Linie, so ergäben sich ungefähr die Außengrenzen der früheren Sowjetunion, wie die Karte auf Seite 159 zeigt.
Im September 1995 gab Präsident Jelzin ein Kommunique über die russische Politik gegenüber der GUS heraus, das Rußlands Ziele wie folgt festlegte:

»Hauptziel der Politik Rußlands gegenüber der GUS ist es, einen wirtschaftlich und politisch integrierten Staatenbund zu schaffen, der in der Lage ist, seinen angestammten Platz in der Weltgemeinschaft zu behaupten ..., um Rußland als die führende Kraft in dem Gefüge neuer zwischenstaatlicher po-litischer und wirtschaftlicher Beziehungen auf dem Territori-um der früheren Sowjetunion zu konsolidieren.«

Man beachte den Nachdruck, der auf den politischen Aspekt des Bemühens, auf die darin erwähnte Körperschaft gelegt wird, die ihren Platz in der Weltgemeinschaft behauptet, und auf Rußlands dominierende Rolle innerhalb dieser neuen Körperschaft. Ganz in diesem Sinne bestand Moskau darauf, daß auch die politischen und militärischen Beziehungen zwi-schen Rußland und der vor kurzem ins Leben gerufenen GUS verstärkt würden: daß ein militärisches Oberkomman-do geschaffen werde; daß die Streitkräfte der GUS-Staaten durch einen formellen Vertrag verbunden würden; daß die Außengrenzen der GUS zentraler (sprich: Moskauer) Kon-trolle unterworfen werden; daß russische Streitkräfte bei jed-weden friedenserhaltenden Maßnahmen innerhalb der GUS die entscheidende Rolle spielen sollten und daß die GUS eine gemeinsame Außenpolitik

entwerfen sollte, deren wichtigste

Institutionen in Moskau anzusiedeln seien (und nicht Minsk, wie 1991 ursprünglich vereinbart), wobei der russi-sche Präsident den Vorsitz bei den GUS-Gipfeltreffen innehaben sollte.
Das war noch nicht alles. Das Dokument vom September 1995 gab außerdem bekannt, daß:

»die Ausstrahlung russischer Radio- und Fernsehsendungen im nahen Ausland garantiert, die Verbreitung der russischen Presse in der Region unterstützt und die nationalen Kader für die GUS von Rußland trainiert werden sollten.

Besonderes Augenmerk sollte darauf gerichtet werden, die Position Rußlands als wichtigstes Ausbildungszentrum auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion wiederherzustellen,

und dabei stets darauf zu achten, daß die junge Generation in den GUS-Staaten im Geiste freundlicher Beziehungen zu Rußland erzogen werden.«

Die russische Duma ging Anfang 1996 sogar so weit, die Auf-lösung der Sowjetunion für ungültig zu erklären. Im Früh-jahr desselben Jahres unterzeichnete Rußland zwei Abkom-men für eine engere wirtschaftliche und politische Integration Rußlands mit den bereitwilligeren GUS-Staaten. Das eine, mit großem Pomp und Trara unterzeichnete Abkommen stellte im Effekt eine Union zwischen Rußland und Weißruß-land innerhalb einer neuen Gemeinschaft Souveräner Repu-bliken sicher (die russische Abkürzung SSR erinnerte osten-tativ an das SSR der Sowjetunion), und die andere, von Rußland, Kasachstan, Weißrußland und Kirgistan unter-zeichnete Übereinkunft postulierte langfristig die Schaffung einer Gemeinschaft integrierter Staaten. Beide Initiativen deuteten darauf hin, daß Rußland der Integrationsprozeß in-nerhalb der GUS zu langsam voranging und es entschlossen war, ihn unverdrossen voranzutreiben. Dem Nachdruck, mit dem auf eine Verbesserung der zen-tralen Mechanismen der GUS hingearbeitet wurde, lagen also durchaus objektive wirtschaftliche Gegebenheiten zugrunde, doch war eine starke Dosis subjektiver imperialer Entschlos-senheit darin unverkennbar. Keine der beiden Komponenten aber lieferte eine philosophischere oder auch nur geopoliti-sche Antwort auf die quälende Frage: Was ist Rußland, worin besteht seine wahre Mission und sein rechtmäßiger Geltungs-bereich?

Genau dieses Vakuum versuchte der ebenfalls auf das nahe Ausland

konzentrierte Eurasianismus auszufüllen, der immer mehr Anklang fand. Diese eher kulturphilosophische, ja so-gar mystisch gefärbte Gruppierung ging von der Prämisse aus, Rußland sei geopolitisch und kulturell weder so recht ein

europäisches noch ein asiatisches Land, und postulierte für es eine eigene, eurasische Identität. Diese Identität besteht in dem Vermächtnis der glorreichen Vergangenheit Rußlands, das einst über die riesige Landmasse zwischen Mitteleuropa und den Küsten des Stillen Ozeans gebot, dem Vermächtnis eines Reiches, das Moskau durch permanente Expansion nach Osten in vier Jahrhunderten zusammengeschmiedet hatte. Im Zuge dieser Expansion wurden viele nichtrussische und nichteuropäische Völker Rußland assimiliert sowie poli-tisch und kulturell die Grundlagen für einen einzigartigen eurasischen Menschenschlag geschaffen.
Der Eurasianismus als Weltanschauung entstand nicht erst in der postsowjetischen Ära. Zum ersten Mal machte er im 19. Jahrhundert von sich reden, gewann aber im 20. Jahrhun-dert als eine klare Alternative zum Sowjetkommunismus und als Reaktion auf die angebliche Dekadenz des Westens an Einfluß. Russische Emigranten propagierten diese Lehre be-sonders aktiv als eine Alternative zur Sowjetideologie, da sie begriffen, daß das nationale Erwachen der nichtrussischen Bevölkerung innerhalb der Sowjetunion einer übergreifen-den, transnationalen Doktrin bedurfte, damit nicht der etwai-ge Untergang des Kommunismus zur Auflösung des alten Großrussischen Reiches führe.
Bereits Mitte der zwanziger Jahre hatte diesen Standpunkt Prinz N.S. Trubetzkoi, ein führender Vertreter des Eurasia-nismus, überzeugend dargelegt:

»Mit seiner Zerstörung der geistigen Grundlagen und der na-tionalen Einzigartigkeit des russischen Lebens, der Verbrei-tung der materialistischen Weltanschauung, die ja Europa wie auch Amerika tatsächlich schon beherrscht, war der Kommu-nismus in Wirklichkeit eine verschleierte Version des Euro-päismus...

Unsere Aufgabe ist es, eine völlig neue Kultur zu schaffen,

unsere eigene Kultur, die der europäischen Zivilisation nicht gleichen wird ... wenn Rußland kein Abklatsch europäischer Kultur mehr ist ... wenn es endlich wieder zu sich selbst findet: Rußland-Eurasien, das sich als Erbe Dschingis Khans versteht und sich seines großen Vermächtnisses bewusst ist. «[17]

Diese Botschaft fand in der allgemeinen Verwirrung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion willige Ohren. Auf der einen Seite wurde</MCID 0 >oTD (Zusrde</MsrD 0i ID trem)TC q ligWre eaesteir t

dessen befreite Mitglieder von dem tiefen Mißtrauen durchdrungen sind, daß Integration ein Codewort für erneu-te Unterordnung sein könnte. Doch unabhängig davon kann man sich die Reaktion der europäischen Staaten unschwer vorstellen, wenn Deutschland offiziell erklärt hätte, daß es seine Führungsrolle in der EU gemäß dem oben zitierten rus-sischen Statement vom September 1995 zu festigen und aus-zubauen gedenke.

Der Vergleich mit der EU hinkt noch aus einem anderen Grund. Die offenen und relativ hochentwickelten westeuro-päischen Volkswirtschaften waren für eine demokratische In-tegration bereit, und die Mehrheit der Westeuropäer ver-sprach sich von einer solchen Integration handfeste wirtschaftliche und politische Vorteile. Die ärmeren westeu-ropäischen Länder profitierten außerdem von erheblichen Subventionsleistungen. Dagegen sehen die jetzt unabhängi--

gen Staaten in Rußland ein instabiles Staatswesen, das nach wie vor hegemoniale Ambitionen hegt, und sie, in ökonomi-scher Hinsicht, auf ihrem Weg zur Weltwirtschaft und in ih-rem Zugang zu dringend benötigten ausländischen Investi-tionen behindert.

Besonders in der Ukraine stießen Moskaus Vorstellungen einer Integration auf massive Opposition. Ihre politische Führung erkannte rasch, daß eine solche Integration ange-sichts der russischen Vorbehalte gegen die Legitimität der ukrainischen Unabhängigkeit am Ende womöglich zum Ver-lust nationaler Souveränität führen könnte. Zudem hatte der ungeschickte Umgang Rußlands mit dem neuen ukrainischen Staat — seine mangelnde Bereitschaft, dessen Grenzen anzuer-kennen, sein Bestreiten des ukrainischen Rechts auf die Krim, sein Beharren auf der ausschließlich exterritorialen Kontrolle über den Hafen von Sewastopol — dem neuerwachten ukrai-nischen Nationalismus eine unverkennbar

antirussische Schärfe verliehen. Während der kritischen Aufbauphase des neuen Staates gewann die Ukraine ihr nationales Selbstver-ständnis daher nicht wie früher aus ihrer antipolnischen und antirumänischen Orientierung, sondern konzentrierte sich statt dessen auf den Widerstand gegen alle russischen Vor-schläge für eine stärker integrierte GUS, eine besondere sla-wische Gemeinschaft (mit Rußland und Weißrußland) oder eine eurasische Union, die allesamt als imperialistische Taktik der Russen gedeutet wurden.

Die Entschlossenheit der Ukraine, sich ihre Unabhängig-keit zu bewahren, erhielt Unterstützung von außen. Obwohl der Westen, vor allem die Vereinigten Staaten, die geopoliti-sche Bedeutung eines souveränen ukrainischen Staates erst reichlich spät erkannt hatte, waren um die Mitte der neunzi-ger Jahre sowohl Amerika als auch Deutschland zu eifrigen Förderern einer eigenständigen Identität Kiews geworden. Im Juli 1996 erklärte der amerikanische Verteidigungsmini--

ster: Die Bedeutung der unabhängigen Ukraine ist für die Si-cherheit und Stabilität von ganz Europa nicht zu überschät-zen, und im September ging der deutsche Kanzler — ungeach-tet seiner starken Unterstützung für Boris Jelzin — sogar noch weiter mit der Versicherung, daß der feste Platz der Ukraine in Europa von niemandem mehr in Frage gestellt werden kann, und daß niemand, mehr der Ukraine ihre Unabhängig-keit und territoriale Integrität streitig machen darf. Auch amerikanische Politiker bezeichneten nun das amerikanisch-ukrainische Verhältnis als eine strategische Partnerschaft und bedienten sich dabei bewußt desselben Begriffs, mit dem sie die Beziehung der USA zu Rußland beschrieben hatten.

Wie bereits erwähnt, ist ohne die Ukraine eine imperiale Restauration, sei es auf der Basis der GUS, sei es auf der einer paneurasischen Identität,

keine realistische Option.
Ohne die Ukraine würde ein russisches Reich asiatischer werden und sich weiter von Europa entfernen. Überdies fühlten sich die jungen unabhängigen Staaten Zentralasiens, von denen nur wenige auf eine neue Union mit Moskau er-picht waren, von der Idee des Eurasianismus nicht sonderlich angesprochen. Nachdrücklich unterstützte Usbekistan die von der Ukraine vorgebrachten Einwände gegen eine Auf-wertung der GUS zu einer supranationalen Einheit und den Widerspruch gegen russische Initiativen zur Stärkung der
GUS.
Andere GUS-Staaten, die Moskaus Absichten mit dem gleichen Argwohn verfolgten, scharten sich lieber um die Ukraine und Usbekistan, um sich Moskaus Drängen nach en-gerer politischer und militärischer Integration zu widersetzen oder zu entziehen. Überdies gewann in fast allen neuen Staa-ten ein nationales Selbstbewußtsein an Stärke, das sich in der Einsicht Bahn bricht, die frühere Unterwerfung unter Mos-kau als Kolonialismus zu verwerfen und deren verschiedene Erblasten auszumerzen. So schloß sich sogar das ethnisch

verwundbare Kasachstan den anderen zentralasiatischen Staaten an, als diese das kyrillische Alphabet aufgaben und durch die lateinische Schrift ersetzten, wie das schon früher die Türkei getan hatte. Um die Mitte der neunziger Jahre war unter der stillschweigenden Führung der Ukraine und unter Einschluß von Usbekistan, Turkmenistan, Aserbaidschan, manchmal auch Kasachstan, Georgien und Moldawien inoffi-ziell ein Block entstanden, der die russischen Anstrengungen, die GUS als ein Werkzeug zu politischer Integration zu ge-brauchen, vereitelte.
Da sich die Ukraine lediglich zu einer begrenzten und hauptsächlich

wirtschaftlichen Integration bereitfand, verlor auch die Idee einer Slawischen Union jede praktische Bedeu-tung. Diese von einigen Slawophilen propagierte Vorstellung ist berühmt geworden, weil Alexander Solschenyzin sie un-terstützte, und wurde geopolitisch bedeutungslos, nachdem die Ukraine sie verworfen hatte. Übrig blieben nur Rußland und Weißrußland als potentielle Mitglieder jener Union, die stillschweigend auch eine Spaltung Kasachstans beinhaltete, dessen nördliche Regionen mit ihrer russischen Bevölkerung diesem suprastaatlichen Gebilde hätten beitreten können. Verständlicherweise wirkte eine solche Option auf die neuen Machthaber in Kasachstan nicht gerade beruhigend und ver-stärkte lediglich die antirussische Stoßrichtung ihres Natio-nalismus. Für Weißrußland wäre eine Slawische Union ohne die Ukraine faktisch der Eingliederung in Rußland gleichge-kommen, die zudem unberechenbare nationalistische Res-sentiments entzündet hätte.

Diese außenpolitischen Hindernisse einer auf das nahe Ausland abstellenden Geostrategie wurden durch ein wichti-ges innenpolitisches Hemmnis noch gewaltig verstärkt: die Stimmung des russischen Volkes. Trotz des ganzen rhetori-schen Aufwands, mit dem Vertreter verschiedener Parteien Rußlands besondere Mission im Raum der früheren Sowjet-

union beschworen, zeigte das russische Volk — teils aus schie-rem Überdruß, teils aus gesundem Menschenverstand — we-nig Begeisterung für ehrgeizige Programme imperialer Re-stauration. Es war für offene Grenzen, freien Handel, Reisefreiheit, einen Sonderstatus der russischen Sprache, aber eine politische Integration, vor allem, wenn sie mit materiel-len Kosten oder Blutvergießen verbunden war, rief keinen großen Enthusiasmus hervor. Der Zerfall der Union wurde zwar bedauert, ihre Wiederherstellung für gut befunden; aber die öffentliche Reaktion auf den

Krieg in Tschetschenien deu-tete darauf hin, daß jede Politik, die über den Einsatz von wirtschaftlichem Einfluß und / oder politischem Druck hin-ausginge, in der Bevölkerung keine Unterstützung fände.
Kurzum, eine Politik, die dem nahen Ausland Priorität ein-räumte, mußte sich letzten Endes deshalb als unzulänglich er-weisen, weil Rußland politisch nicht stark genug war, um den neuen Staaten seinen Willen auf zuzwingen, und weil es auch wirtschaftlich nicht attraktiv genug war, um diese freiwillig zu engerer Zusammenarbeit zu bewegen. Russischer Druck bewirkte lediglich, daß sie sich noch stärker nach außen ori-entierten, zuerst und vor allem zum Westen hin, in einigen Fällen auch nach China und den wichtigsten islamischen Staaten im Süden. Als Rußland in Reaktion auf die NATO-Osterweiterung einen eigenen Militärblock zu bilden drohte, stand die Frage: mit wem? wohl kaum zur Debatte, denn die peinliche Antwort wäre gewesen: allenfalls vielleicht mit Weißrußland und Tadschikistan.

Zuvor schon waren die neuen Staaten aus Furcht vor den möglichen politischen Konsequenzen selbst gegenüber voll-kommen legitimen und notwendigen Formen wirtschaftli-cher Integration mit Rußland immer mißtrauischer gewor-den. Mit den Vorstellungen von seiner angeblichen eurasischen Mission und der slawischen Mystik isolierte sich Rußland zugleich nur noch stärker von Europa und vom We--

sten ganz allgemein. Infolgedessen wurde die postsowjetische Krise festgeschrieben und eine notwendige Modernisierung und Verwestlichung der russischen Gesellschaft — wie Kemal Atatürk sie nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches in die Wege geleitet hatte — verzögert. Die Option »nahes Ausland« bescherte Rußland keine politische Lösung, sondern eine geopolitische Illusion.

Wenn aber kein Kondominat mit Amerika und ebensowenig das nahe Ausland — welche andere geostrategische Option stand Rußland dann noch offen? Da die Westorientierung für ein demokratisches Rußland nicht zu der ersehnten globalen Gleichstellung mit Amerika führte, die ohnehin mehr Schlag-wortcharakter hatte, als daß sie der Realität entsprochen hät-te, machte sich unter den Demokraten Enttäuschung breit. Hingegen verleitete die widerwillige Einsicht, daß eine Rein-tegration des alten Imperiums bestenfalls eine ferne Möglich-keit sei, einige russische Geopolitiker dazu, mit dem Gedan-ken irgendeiner Gegenallianz zu spielen, die sich gegen die Vormachtstellung der USA in Eurasien richten sollte.

Anfang 1996 ersetzte Präsident Jelzin seinen westlich ori-entierten Außenminister Kosyrew durch den erfahreneren, aber zu Sowjetzeiten linientreu kommunistischen Fachmann für internationale Beziehungen Jewgenij Primakow, dessen Interesse seit langem schon dem Iran und China galt. Einige russische Kommentatoren stellten bereits die Vermutung an, daß es unter Primakow schneller zu einer neuen antihegemo-nialen Koalition jener drei Mächte kommen werde, die an ei-ner Schwächung der amerikanischen Position das größte geo-politische Interesse haben. Bestärkt wurde dieser Eindruck durch die ersten Reisen, die Primakow als neuer Außenmini-ster unternahm, sowie einige seiner anfänglichen Äußerun-gen. Zudem schienen die chinesisch-iranische Verbindung im Waffenhandel wie auch die Neigung Rußlands, dem Iran grö--

ßeren Zugang zur Kernenergie zu verschaffen, die idealen Voraussetzungen für einen engeren politischen Dialog und schließlich für ein Bündnis zu bieten. Im Ergebnis könnten sich so, zumindest theoretisch,

die führende slawische Macht, die militanteste islamische Macht und der bevölkerungsreich-ste und mächtigste asiatische Staat zusammenfinden und eine starke Koalition auf die Beine stellen.
Für jede Option einer derartigen Gegenallianz mußte zu-nächst einmal die bilaterale chinesisch-russische Beziehung erneuert werden: dabei ließ sich aus dem Groll, den die poli-tischen Führungen beider Staaten über das Auftreten Ameri-kas als einziger globaler Supermacht hegten, prächtig Kapital schlagen. Zu Beginn des Jahres 1996 reiste Jelzin nach Peking und unterzeichnete eine Erklärung, in der das Streben nach globaler Hegemonie ausdrücklich verurteilt wurde, ein deut-licher Hinweis darauf, daß die beiden Staaten sich gegen die USA verbünden würden. Im Dezember erwiderte der chine-sische Premierminister Li Peng den Besuch, und beide Seiten wiederholten nicht nur ihre Ablehnung eines von einer einzi-gen Macht beherrschten internationalen Systems, sondern sprachen sich auch für den Ausbau bestehender Bündnisse aus. Russische Kommentatoren begrüßten diese Entwick-lung, sahen sie darin doch eine positive Verschiebung im glo-balen Machtverhältnis und eine passende Antwort auf das Eintreten Amerikas für eine NATO-Osterweiterung. Man-che konnten sogar eine gewisse Schadenfreude nicht verheh-len, daß das chinesisch-russische Bündnis den USA die ver-diente Quittung präsentiere.

Allerdings kann sich eine Koalition, die Rußland mit Chi-na und dem Iran verbände, nur dann entwickeln, wenn die Vereinigten Staaten so kurzsichtig sind, sich China und den Iran gleichzeitig zum Feind zu machen. Zwar kann diese Eventualität nicht ausgeschlossen werden, und das Verhalten der USA in den Jahren 1995 und 1996 schien beinahe der Vor-

stellung zu entsprechen, daß sie sowohl zu Teheran als auch zu Peking auf

Konfrontationskurs gehen wollten. Doch war weder der Iran noch China bereit, sich in strategischer Hin-sicht mit einem instabilen und schwachen Rußland zusam-menzutun. Beide erkannten, daß sie sich mit einer derartigen Koalition, ginge sie über ein gelegentliches taktisches Säbelrasseln hinaus, den Zugang zu den Industrieländern des We-stens und deren Investitionsmöglichkeiten sowie deren drin-gend benötigter Technologie verbauen würden. Rußland hatte zuwenig anzubieten, um in einer solchen antihegemo-nialen Koalition einen wirklich brauchbaren Partner abzuge-ben.

In Ermangelung einer verbindenden Ideologie und bloß aus einer antihegemonialen Animosität heraus würde eine solche Koalition im Grunde eine Dritte-Welt-Gruppierung gegen die führenden Nationen der Ersten Welt sein. Keines ihrer Mitglieder könnte viel dabei gewinnen, und vor allem China würde seine enormen Investitionszuflüsse aufs Spiel setzen. Auch für Rußland würde »das Phantom einer rus-sisch-chinesischen Allianz ... die Gefahr verschärfen, aber-mals von westlicher Technologie und westlichem Kapital ab-geschnitten zu werden«, wie ein kritisch eingestellter russischer Geopolitiker dazu bemerkte.‘[9] Der Zusammen-schluß würde am Ende vielleicht sogar alle ihre Teilnehmer, ob nun zwei oder drei, zu anhaltender Isolation und gemein-samer Rückständigkeit verurteilen.

Zudem schlüge jede ernsthafte Bemühung Rußlands, eine solche antihegemoniale Koalition zustande zu bringen, zum Vorteil Chinas aus. Da es über eine größere, arbeitsamere, in-novativere und dynamischere Bevölkerung verfügt und mög-licherweise gewisse territoriale Absichten auf Rußland hat,

19 Alexeij Bogaturow, "Current Relations and Prospects for Interaction Between Russia and the

United States“. *Nesawissimaja Gaseta,* 28. Juni 1996.

würde China Rußland unweigerlich auf den Status eines Ju-niorpartners degradieren, während es ihm an den Mitteln (und wahrscheinlich auch am ehrlichen Wunsch) fehlt, Ruß-land aus der derzeitigen Talsohle herauszuhelfen. Rußland würde somit zum Puffer zwischen einem expandierenden Europa und einem expansionistischen China werden.
Und schließlich hegten einige außenpolitische Experten Rußlands weiterhin die Hoffnung, daß ein Stillstand des eu-ropäischen Einigungsprozesses einschließlich vielleicht west-licher Meinungsverschiedenheiten über die künftige Gestalt der NATO am Ende zumindest taktische Möglichkeiten für einen russisch-deutschen oder russisch-französischen Flirt zum Schaden des transatlantischen Verhältnisses zwischen Europa und den USA eröffnen könnten. Diese Perspektive war nicht gerade neu, denn während des gesamten Kalten Krieges versuchte Moskau immer wieder einmal die deutsche oder die französische Karte zu spielen. Dennoch erschien es einigen Moskauern Geopolitikern keineswegs abwegig, daß eine Stagnation in der EU Chancen für taktische Überlegun-gen zeitigen könnte, die sich womöglich zum Nachteil Ame-rikas ausschlachten ließen.
Aber das ist auch so ziemlich alles, was damit erreicht wer-den könnte: rein taktische Optionen. Weder Frankreich noch Deutschland dürfte wohl so leicht die Verbindung zu den USA aufgeben. Ein gelegentlicher Flirt, vor allem mit den Franzosen, der sich auf irgendwelche begrenzten Fragen be-schränkt, ist nicht auszuschließen — aber einer geopolitischen Richtungsänderung müßte schon ein massiver Umschwung in der Europapolitik vorausgehen, ein Scheitern der europäi-schen Einigung und ein Zusammenbruch der transatlanti-schen Bindungen. Und selbst dann wären die europäischen Staaten wohl kaum geneigt, sich geopolitisch auf

ein desori-entiertes Rußland hin auszurichten.
In letzter Konsequenz bietet also keine der Optionen für

ein Gegenbündnis eine brauchbare Alternative. Die Lösung für Rußlands geopolitisches Dilemma wird nicht in einer Ge-genallianz zu finden sein, ebensowenig wird sie sich mit der Illusion einer gleichberechtigten strategischen Partnerschaft mit Amerika erreichen lassen oder durch irgendeine neue politische oder ökonomische Integration auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion. Alle drücken sich vor der einzigen Wahl, die Rußland tatsächlich bleibt.

Das Dilemma der einzigen Alternative

Rußlands einzige geostrategische Option — die Option, die ihm eine realistische Rolle auf der internationalen Bühne ein-tragen und auch seine Chancen für eine gesellschaftliche Ver-änderung und Modernisierung erhöhen könnte — ist Europa. Und zwar nicht irgendein Europa, sondern das transatlanti-sche Europa einer erweiterten EU und NATO. Ein solches Europa nimmt Gestalt an, wie wir in Kapitel 3 gesehen haben, ~ und es wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch eng mit Ame-rika verbunden bleiben. An dieses Europa wird sich Rußland halten müssen, wenn es die Gefahr einer geopolitischen Isola-tion vermeiden will.
Als Partner ist Rußland für die USA viel zu schwach, aber es ist immer noch zu stark, um einfach ihr Patient zu sein.
Es könnte zu einem Problem werden, es sei denn, Amerika schafft eine Atmosphäre, in der die Russen schneller zu der Überzeugung gelangen, daß die beste Wahl für ihr Land eine 1 immer organischere Beziehung zu einem transatlantischen Europa ist. Obwohl ein langfristiges russisch-

chinesisches und russisch-iranisches strategisches Bündnis unwahrscheinlich ist, sollte Amerika in jedem Fall eine Politik vermeiden, die Rußland davon abbringen könnte, die notwendige geopo-litische Wahl zu treffen. Daher sollten die Beziehungen der

USA zu China und dem Iran möglichst so formuliert werden, daß deren Folgen für Rußlands geopolitische Planungen be-rücksichtigt bleiben. Fortbestehende Illusionen über große geostrategische Optionen können außerdem die historische Wahl hinauszögern, die Rußland treffen muß, um aus seiner tiefen Malaise herauszukommen.
Nur ein Rußland, das willens ist, sich mit den neuen ökono-mischen und auch geopolitischen Gegebenheiten in Europa abzufinden, wird innenpolitisch von der immer umfassende-ren transkontinentalen europäischen Zusammenarbeit im Handel, in der Kommunikation, bei den Investitionen und im Bildungssektor profitieren. Rußlands Teilnahme an Sitzungen des Europarats ist daher ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist ein Vorgeschmack auf weitere institutionelle Verbin-dungen zwischen dem neuen Rußland und dem wachsenden Europa. Diesen Weg einzuschlagen heißt für Rußland auch, daß es keine andere Wahl haben wird, als schließlich densel-ben Kurs zu verfolgen wie seinerzeit die post-osmanische Türkei, als sie ihre Großmachtphantasien aufzugeben und sich ganz bewußt auf eine Modernisierung, Europäisierung und Demokratisierung zuzubewegen beschloß.

Keine andere Option kann Rußland die Vorteile verheißen, die ein modernes, reiches, demokratisches, an die USA ge-koppeltes Europa zu bieten vermag. Europa und Amerika stellen für einen nicht auf Expansion ausgerichteten, demo-kratischen russischen Nationalstaat keine Bedrohung dar. Sie haben keine territorialen Absichten auf Rußland, was man von China nicht behaupten kann, noch teilen sie mit ihm eine

unsichere und potentiell explosive Grenze wie die ethnisch und territorial unklar verlaufende zu den muslimischen Völ-kern im Süden. Im Gegenteil, für Europa wie für Amerika ist ein nationales und demokratisches Rußland eine geopolitisch wünschenswerte Größe, eine Quelle der Stabilität in dem un-berechenbaren eurasischen Komplex.

Infolgedessen steht Rußland vor dem Dilemma, daß die Entscheidung für Europa und Amerika um greifbarer Vortei-le willen in erster Linie erfordert, seiner imperialen Vergan-genheit klar und deutlich abzuschwören und es zweitens hin-sichtlich der sich erweiternden politischen und Sicherheits-bindung Europas an Amerika nicht dauernd seine Einstel-lung ändern darf. Ersteres bedeutet Anpassung an den geopo-litischen Pluralismus, der sich in dem Gebiet der früheren So-wjetunion durchgesetzt hat. Eine solche Anpassung schließt eine wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht aus, etwa nach dem Vorbild der alten europäischen Freihandelszone, aber sie kann nicht in die politische Souveränität der neuen Staaten eingreifen — aus dem einfachen Grund, weil diese es nicht wollen. Am wichtigsten ist in diesem Zusammenhang, daß Rußland die Unabhängigkeit der Ukraine, deren Grenzen und eigenständige nationale Identität ohne Wenn und Aber anerkennt und respektiert.
Die zweite Kröte dürfte möglicherweise schwerer zu schlucken sein. Ein wirklich kooperatives Verhältnis zur transatlantischen Gemeinschaft kann nicht auf der Vorstel-lung beruhen, daß jene demokratischen Staaten Europas, die daran teilnehmen möchten, ausgeschlossen werden, weil die Russen es so bestimmen. Die Erweiterung der Gemeinschaft braucht nicht überstürzt zu werden, und sie sollte wahrlich nicht durch einen antirussischen Unterton zustande kom-men. Aber weder kann noch sollte

sie durch einen politischen Machtspruch zum Stillstand gebracht werden, der eine längst überholte Vorstellung von europäischer Sicherheitsarchitek-tur widerspiegelt. Ein expandierendes und demokratisches Europa muß ein nach vorne offener historischer Prozeß sein und darf keinen politisch willkürlichen geographischen Be-schränkungen unterworfen werden.

Für viele Russen mag das Dilemma der einzigen Alternati-ve vorerst nicht so schnell und so leicht zu überwinden sein.

Es wird eine enorme politische Willensanstrengung erfordern und vielleicht auch eine herausragende Führungspersönlich-keit, die in der Lage ist, die Wahl zu treffen und die Vision eines demokratischen, national begrenzten, wirklich moder-nen und europäischen Rußlands zu entwerfen. Das mag eine Weile dauern. Die Überwindung der postkommunistischen und postimperialen Krisen wird nicht nur mehr Zeit in An-spruch nehmen als die Umformung Mitteleuropas nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, sondern auch einer weitblickenden und stabilen politischen Führung bedürfen. Ein russischer Atatürk ist derzeit nicht in Sicht. Nichtsdesto-weniger werden die Russen schließlich begreifen müssen, daß Rußlands nationale Selbstfindung kein Akt der Kapitulation, sondern der Befreiung ist.[20] Sie werden akzeptieren müssen, daß das, was Jelzin 1990 in Kiew sagte, den Kern der Sache traf. Und auch ein nicht-imperiales Rußland wird immer noch ein bedeutendes Machtgebilde sein, das sich weit über Eurasien, der Welt größte territoriale Einheit, erstreckt.

Auf jeden Fall wird sich die Antwort auf die Frage: Was ist Rußland und wo liegt Rußland? erst nach und nach einstel-len, und der Westen muß dabei eine kluge und feste Haltung einnehmen. Amerika und Europa werden helfen müssen. Sie sollten Rußland nicht nur ein

Sonderabkommen oder eine Charta mit der NATO anbieten, sondern auch einen Prozeß in Gang setzen, in dem sie mit Rußland gemeinsam ausloten, wie ein transkontinentales System der Sicherheit und Zusam-menarbeit aussehen könnte, das weit über die lockere Struk-tur der Organi-sation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hinausreicht. Wenn Rußland seine demokra-tischen Institutionen im Inneren festigt und greifbare Fort-schritte in einer auf freiem Markt basierenden Volkswirt--

20 Anfang 1996 veröffentlichte General Alexander Lebed einen bemerkenswerten Artikel („.The Fading of Empire and the Rebirth of Russia", *Segodnja,* 26. April 1996), der viel zur Klärung beitrug.

schaft vorweist, sollte auch eine noch engere Anbindung an die NATO und die EU nicht ausgeschlossen werden.

Für den Westen und vor allem für Amerika gilt es derweil, eine Politik zu verfolgen, die das Dilemma der einzigen Al-ternative fortschreibt. Die politische und wirtschaftliche Sta-bilisierung der jungen postsowjetischen Staaten ist ein we-sentlicher Faktor, um Rußland zu einem historisch neuen Selbstverständnis zu nötigen. Somit muß die Rückendeckung für die neuen postsowjetischen Staaten — für einen geopoliti-schen Pluralismus im Raum der früheren Sowjetmacht — ein integraler Bestandteil einer Politik sein, die Rußland dazu bringen soll, seine europäische Option ohne Wenn und Aber auszuüben. Drei dieser Staaten fallen geopolitisch besonders ins Gewicht, nämlich Aserbaidschan, Usbekistan und die Ukraine.

Ein unabhängiges Aserbaidschan kann dem Westen den Zugang zu dem an Ölquellen reichen Kaspischen Becken und Zentralasien eröffnen. Umgekehrt würde ein unterworfenes Aserbaidschan bedeuten, daß Zentralasien von der Außen-welt abgeriegelt wird und somit politisch dem

russischen Druck nach einer Wiedereingliederung ausgesetzt sein könn-te. Usbekistan, volksmäßig der vitalste und am dichtesten be-siedelte zentralasiatische Staat, stellt ein Haupthindernis für jede neuerliche Kontrolle Rußlands über die Region dar. Sei-ne Unabhängigkeit ist von entscheidender Bedeutung für das Überleben der anderen zentralasiatischen Staaten, und es ver-steht sich des russischen Drucks noch am besten zu erweh-ren.

Am wichtigsten allerdings ist die Ukraine. Da die EU und die NATO sich nach Osten ausdehnen, wird die Ukraine schließlich vor der Wahl stehen, ob sie Teil einer dieser Orga-nisationen werden möchte. Es ist davon auszugehen, daß sie, um ihre Eigenständigkeit zu stärken, beiden beitreten möch-te, wenn deren Einzugsbereich einmal an ihr Territorium

grenzt und sie die für eine Mitgliedschaft notwendigen inne-ren Reformen durchgeführt hat. Obwohl dies Zeit brauchen wird, kann der Westen — während er seine Sicherheits- und Wirtschaftskontakte mit Kiew weiter ausbaut —, schon jetzt das Jahrzehnt zwischen 2005 und 2015 als Zeitrahmen für eine sukzessive Eingliederung der Ukraine ins Auge fassen. Dadurch vermindert er das Risiko, daß die Ukrainer befürch-ten könnten, Europas Erweiterung werde an der polnisch-ukrainischen Grenze haltmachen.

Trotz seiner Proteste wird sich Rußland wahrscheinlich damit abfinden, daß die NATO-Erweiterung im Jahre 1999 mehrere mitteleuropäische Länder einschließt, zumal sich die kulturelle und soziale Kluft zwischen Rußland und Mitteleu-ropa seit dem Zusammenbruch des Kommunismus beträcht-lich vertieft hat. Im Gegensatz dazu wird es Rußland unver-gleichlich schwerer fallen, sich mit einem NATO-Beitritt der

Ukraine abzufinden, denn damit würde Moskau eingestehen, daß das Schicksal der Ukraine nicht mehr organisch mit dem Rußlands verbunden ist. Doch wenn die Ukraine als unab-hängiger Staat überleben soll, wird sie eher mit Mitteleuropa als mit Eurasien zusammengehen müssen. Soll sie zu Mittel-europa gehören, wird sie an den Bindungen Mitteleuropas zur NATO und der Europäischen Union voll teilhaben müs-sen. Akzeptiert Rußland diese Bindungen, dann legt es sich damit in seiner Entscheidung fest, selbst Teil von Europa zu werden. Rußlands Weigerung wäre gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, daß es Europa zugunsten einer eurasischen Identität und Existenz den Rücken kehrt.

Der springende Punkt ist, und das darf man nicht verges-sen: Ohne die Ukraine kann Rußland nicht zu Europa gehö-ren, wohingegen die Ukraine ohne Rußland durchaus Teil von Europa sein kann. Sollte Rußland beschließen, sich mit Europa zusammenzutun, liegt es letztendlich in seinem urei-genen Interesse, daß die Ukraine in ein größer werdendes eu--

ropäisches Haus aufgenommen wird. Tatsächlich könnte die Beziehung der Ukraine zu Europa der Wendepunkt für Ruß-land selbst sein. Das heißt aber, daß der Zeitpunkt, an dem Rußland über sein Verhältnis zu Europa entscheidet, noch nicht in Sicht ist — entscheidet in dem Sinne, daß die Wahl der Ukraine zugunsten Europas auch Rußland zu einer Entschei-dung drängt, wie es mit ihm weitergehen soll: ob es ein Teil von Europa oder ein eurasischer Außenseiter werden will, der im Grunde weder zu Europa noch zu Asien gehört und aus seinen Konflikten mit dem nahen Ausland nicht mehr herausfindet.

Es ist zu hoffen, daß ein kooperatives Verhältnis zwischen einem wachsenden Europa und Rußland nicht bei offiziellen bilateralen

Kontakten stehenbleibt, sondern sich zu organi-scheren und verbindlicheren Formen wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit und einer echten Sicherheitspartnerschaft entwickelt. Auf diese Weise könnte Rußland im Lauf der ersten beiden Jahrzehnte des kommenden Jahrhun-derts zunehmend integraler Bestandteil eines Europa werden, das nicht nur die Ukraine umfaßt, sondern bis zum Ural und noch darüber hinausreicht. Eine Anbindung oder gar irgend-eine Form von Mitgliedschaft für Rußland in den europäi-schen und transatlantischen Strukturen würde hinwiederum drei kaukasischen Ländern — Georgien, Armenien und Aser-baidschan —, die eine Bindung an Europa verzweifelt herbeiwünschen, die Türen zu einem Beitritt öffnen.

Wie schnell dieser Prozeß vonstatten gehenwird, läßt sich nicht voraus-sagen, aber eines ist sicher: Er wird sich beschleu-nigen, wenn ein geopolitischer Kontext geschaffen ist, der Rußland in diese Richtung treibt und zugleich andere Versu-chungen ausschließt. Je rascher sich Rußland auf Europa zu-bewegt, desto schneller wird sich das Schwarze Loch im Her-zen Eurasiens mit eine r Gesellschaft füllen, die immer

modernere und demokratischere Züge annimmt. Tatsächlich besteht das Dilemma für Rußland nicht mehr darin, eine geo-politische Wahl zu treffen, denn im Grunde geht es ums Überleben.

5

DER EURASISCHE BALKAN

Das Wort Balkan beschwört in Europa Bilder von ethnischen Konflikten und Stellvertreterkriegen der Großmächte herauf. Auch Eurasien hat seinen Balkan, aber der ist viel größer, dichter bevölkert und religiös und ethnisch noch heterogener. Der eurasische Balkan liegt innerhalb jenes großen Recht-ecks, das die in Kapitel 2 angesprochene Kernzone globaler Instabilität einschließt und Teile von Südosteuropa, Zentralasien sowie einige Gebiete Südasiens, die Region um den Per-sischen Golf und den Nahen Osten umfaßt.
Der eurasische Balkan bildet den inneren Kern dieses gro-ßen Rechtecks (siehe Karte Seite 183) und unterscheidet sich von seinem äußeren Umfeld durch ein besonderes Merkmal:

Er ist ein Machtvakuum. Zwar sind auch die meisten Staaten der Golfregion und im Nahen Osten alles andere als stabil, doch üben im Endeffekt die USA dort eine Schiedsrichterfunktion aus. Die instabile Region steht mithin unter der He-gemonie einer einzigen Macht, die einen mäßigenden Einfluß ausübt. Im Gegensatz dazu erinnert der eurasische Balkan wirklich an den uns aus der Geschichte dieses Jahrhunderts vertrauteren Balkan in Südosteuropa: Die dortigen Staaten sind nicht nur hochgradig instabil, ihre Lage und innenpoliti-sche Verfassung fordern die mächtigen Nachbarn zum Ein--

greifen geradezu heraus, und jeder widersetzt sich mit Ent-schlossenheit den Bestrebungen der anderen, die Vorherr-schaft in der Region zu erlangen. Es ist dieses wohlvertraute Phänomen des Machtvakuums mit der ihm eigenen Sogwir-kung, das die Bezeichnung eurasischer Balkan rechtfertigt.

Im Kampf um die Vormacht in Europa winkte der traditio-nelle Balkan als geopolitische Beute. Geopolitisch interessant ist auch der eurasische Balkan, den die künftigen Transportwege, die zwischen den reichsten und produktivsten westli-chen und östlichen Randzonen Eurasiens bessere Verbindun-gen herstellen sollen, durchziehen werden. Außerdem kommt ihm sicherheitspolitische Bedeutung zu, weil minde-stens drei seiner unmittelbaren und mächtigsten Nachbarn von alters her Absichten darauf hegen, und auch China ein immer größeres politisches Interesse an der Region zu erken-nen gibt. Viel wichtiger aber ist der eurasische Balkan, weil er sich zu einem ökonomischen Filetstück entwickeln könnte, konzentrieren sich in dieser Region doch ungeheuere Erdgas- und Erdölvorkommen, von wichtigen Mineralien einschließ-lich Gold ganz zu schweigen.

Der weltweite Energieverbrauch wird sich in den nächsten zwei oder drei Jahrzehnten enorm erhöhen. Schätzungen des US-Department of Energy zufolge steigt die globale Nach-frage zwischen 1993 und 2015 um voraussichtlich mehr als 50 Prozent, und dabei dürfte der Ferne Osten die bedeutendste Zunahme verzeichnen. Schon jetzt ruft der wirtschaftliche Aufschwung in Asien einen massiven Ansturm auf die Erfor-schung und Ausbeutung neuer Energievorkommen hervor, und es ist bekannt, daß die zentralasiatische Region und das Kaspische Becken über Erdgas- und Erdölvorräte verfügen, die jene Kuwaits, des Golfs von Mexiko oder der

Nordsee in den Schatten stellen.

Zugang zu diesen Ressourcen zu erhalten und an ihrem Reichtum teilzuhaben sind Ziele, die nationale Ambitionen

wecken, Gruppeninteressen anregen, historische Ansprüche wieder ins Bewußtsein rücken, imperiale Bestrebungen aufle-ben lassen und internationale Rivalitäten anfachen. Noch bri-santer wird die Situation dadurch, daß die Region nicht nur ein Machtvakuum darstellt, sondern auch intern instabil ist. Jeder der dortigen Staaten hat ernste innenpolitische Schwie-rigkeiten, die einzelnen Staatsgrenzen sind entweder von Gebietsansprüchen ihrer Nachbarn gefährdet oder sie liegen in ethnischen

Problemzonen, nur wenige sind bevölkerungsmäßig homogen, und einige sind in gewalttätige Aus-einan-dersetzungen territorialer, ethnischer oder religiöser Art ver-wickelt.

Der ethnische Hexenkessel

Der eurasische Balkan besteht aus neun Ländern, auf die die obige Beschreibung mehr oder weniger zutrifft, und viel-leicht kommen bald zwei weitere Staaten hinzu. Die neun Länder sind Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Usbeki-stan, Turkmenistan, Aserbaidschan, Armenien und Georgien — alle gehörten einst zur früheren Sowjetunion — sowie Af-ghanistan. Die beiden Länder, die man hinzuzählen könnte, nämlich die Türkei und der Iran, sind politisch und wirt-schaftlich wesentlich lebensfähiger; beide bemühen sich aktiv um regionalen Einfluß innerhalb des eurasischen Balkans und stellen somit wichtige geostrategische Akteure in der Region dar. Zugleich sind beide für ethnische Konflikte anfällig. Käme es zur Destabilisierung eines dieser Staaten oder auch beider, wären die internen Probleme der Region nicht mehr zu steuern, und selbst eine regionale Vorherrschaft der Rus-sen könnte dann womöglich nicht mehr verhindert werden.

Die drei Kaukasusrepubliken — Armenien, Georgien und Aserbaidschan — können sich auf historisch gewachsene Staatsvölker stützen, die ein ausgeprägtes, alle Bevölkerungs-schichten durchdringendes Nationalgefühl besitzen; ihr Ge-meinwohl wird hauptsächlich von äußeren Konflikten be-droht. Die fünf neuen zentralasiatischen Staaten hingegen befinden sich überwiegend in einer nationalen Aufbauphase, in der Stammeszugehörigkeiten und ethnische Identitäten nach wie vor eine große Rolle spielen, so daß Uneinigkeit im Inneren zum Hauptproblem wird.

Beide Gruppen von Staa-ten wecken somit das Verlangen ihrer mächtigeren und von Großmachtphantasien getriebenen Nachbarn, diese Situation auszuschlachten.

Der eurasische Balkan ist ein ethnisches Mosaik (vgl. die Tabelle Seite 187). In den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts haben sowjetische Kartographen die Gren--

zen der damals formal gegründeten Sowjetrepubliken ganz willkürlich gezogen. (Die Ausnahme bildet Afghanistan, das nie zur Sowjetunion gehörte.) Zwar hatte man sich bei der Grenzziehung weitgehend von ethnischen Gesichtspunkten leiten lassen, doch sie spiegelte zugleich das Interesse des Kreml wider, im südlichen Teil des russischen Imperiums kei-nen Zusammenschlüssen einzelner Volksgruppen Vorschub zu leisten,

die womöglich gegen die Zentralgewalt aufbegehrt hätten.

Demgemäß lehnte Moskau die Vorschläge zentralasiati-scher Nationalisten ab, die verschiedenen zentralasiatischen Völker (von denen die meisten allenfalls ein rudimentäres Nationalgefühl entwickelt hatten) zu einer politischen Ein-heit zu verschmelzen — die den Namen Turkestan tragen soll-te —, und rief lieber fünf Republiken ins Leben, gab jeder ei-nen neuen Namen und Zickzackgrenzen. Vermutlich aus ähnlichen Erwägungen verwarf der Kreml Pläne für eine Kaukasische Föderation. Daher überrascht es nicht, daß nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sowohl die drei Kau-kasusrepubliken als auch die fünf zentralasiatischen Staaten auf ihre neue Unabhängigkeit und auf die notwendige regio-nale Zusammenarbeit kaum vorbereitet waren.

Prompt gerieten im Kaukasus die weniger als vier Millio-nen Armenier und die über acht Millionen Aserbaidschaner in einen offenen Krieg über den Status von Nagorny-Kara-bach, einer Enklave mit überwiegend armenischer Bevölke-rung innerhalb Aserbaidschans. Der Konflikt gipfelte in großangelegten ethnischen Säuberungen, und Hunderttau-sende von Flüchtlingen und Vertriebenen flohen in beide Richtungen. Da die Armenier Christen und die Aser-baidschaner Moslems sind, trug die Auseinandersetzung Züge eines Religionskrieges. Der in ökonomischer Hinsicht verheerende Konflikt erschwerte es beiden Ländern zusätz-lich, ihre Unabhängigkeit zu festigen. Armenien war genö--

	Afghanistan	**Armenien**	**Aserbaidschan**	**Georgien**	**Kasachstan**	**Kirgistan**	**Tadschikistan**	**Turkmenistan**	**Usbekistan**
Bevölkerung (in Mio.; Stand 1995)	**21,3**	**3,6**	**7,8**	**5,7**	**17,4**	**4,8**	**6,2**	**4,1**	**23,1**

Lebenserwartung	45,4	72,4	71,1	73,1	68,3	68,1	69,0	65,4	68,8
Ethnische Zusammensetzung (Schätzung 95)	Paschtunen (38%) Tadschiken (25%) Hasaras (19%) Usbeken (6%)	Armenier (93%) Aseri (3%) Russen (2%) Andere (2%)	Aseri (90%) Dagestani (3,2%) Russen (2,5%) Armenier (2,3%) Andere (2%)	Georgier (70,1%) Armenier (8,1%) Russen (6,3% Aseri (5,7%) Osseten (3%) Abchasen (1,8%) Andere (5%)	Kasachen (41,9%) Russen (37%) Ukrainer (5,2%) Deutsche (4,7%) Usbeken (2,1%) Tataren (2%) Andere (7%)	Kirgisen (52,4%) Russen (21,5%) Usbeken (12,9%) Ukrainer (2,5%) Deutsche (2,4%) Andere (8,3%)	Tadschiken (64,9%) Usbeken (25%) Russen (3,5%) Andere (6,6%)	Turkmenen (73,3%) Russen (9,8%) Usbeken (9%) Kasachen (2%) Andere (5,9%)	Usbeken (71,4%) Russen (8,3%) Tadschiken (4,7%) Kasachen (4,1%) Tataren (2,4%) Karakalpaken (2,1%) Andere (7%)
Bruttosozialprodukt (in Mill. $)*	KA	8,1	13,8	6,0	55,2	8,4	8,5	13,1	54,5
Wichtigste Exportgüter	Weizen Vieh Obst Teppiche Wolle Edelsteine	Gold Aluminium Transport-zubehör Elektrogeräte	Erdöl Erdgas Chemikalien Erdölförde-rungszubehör Textilien Baumwolle	Zitrusfrüchte Tee Wein Maschinen Eisenmetalle Nicht-Eisenmetalle	Erdöl Eisenmetalle Nichteisen-Metalle Chemikal. Getreide Wolle Fleisch Kohle	Wolle Chemikal. Baumwolle Eisen-Metalle Nicht-eisen-metalle Schuhe	Baumwolle Aluminium Obst Pflanzenöl Textilien	Erdgas Baumwolle** Erdöl-produkte Textilien Teppiche	Baumwolle Gold Erdgas mineral.- Elektrizität Dünger Eisenmetalle Textilien Lebensmittel-produkte

Maschinen
Tabak

* Kaufkraftparität von 1994, extrapoliert nach Schätzungen der Weltbank für 1992.
** Turkmenistan ist der Welt zehntgrößter Baumwollerzeuger; es verfügz über die fünftgrößten Erdgas- und Erdölreserven der Welt.

tigt, sich stärker auf Rußland zu verlassen, das erhebliche mi-litärische Hilfe zur Verfügung gestellt hatte, während Aser-baidschans neue Unabhängigkeit und innere Stabilität durch den Verlust von Nagorny-Karabach gefährdet waren.

Aserbaidschans Verwundbarkeit zeitigt Auswirkungen auf die gesamte Region, weil seine Lage es zu einem geopoliti-schen Dreh- und Angelpunkt macht. Es ist gewissermaßen der lebenswichtige Korken, der den Zugang zur Flasche mit den Bodenschätzen des Kaspischen Beckens und Zentralasi-ens kontrolliert. Ein unabhängiges, Türkisch sprechendes Aserbaidschan mit Pipelines, die es mit der ethnisch ver-wandten und politisch als Stütze agierenden Türkei verbin-den, verwehrte Rußland eine Monopolstellung im Zugang zur Region und beraubte es damit seines entscheidenden po-litischen Druckmittels auf die Politik der neuen zentralasiati-schen Staaten. Dennoch ist Aserbaidschan von zwei Seiten starkem Druck ausgesetzt: von Rußland im Norden und vom Iran im Süden. Im nordwestlichen Iran leben zweimal soviel Aseris — einige Schätzungen sprechen sogar von 20 Millionen — wie in Aserbaidschan. Da der Iran separatistische Tenden-zen unter seinen Aseris befürchtet, betrachtet er die Souverä-nität Aserbaidschans mit recht gemischten Gefühlen, obwohl beide Völker dem Islam angehören. Folglich sieht sich Aser-baidschan bei seinen Verhandlungen mit dem Westen sowohl

russischem als auch iranischem Druck ausgesetzt.

Anders als in Armenien oder Aserbaidschan mit ihrer eth-nisch recht homogenen Bevölkerung gehören etwa 30 Pro-zent der sechs Millionen Georgier ethnischen Minderheiten an. Überdies hegen diese kleinen Volksgruppen, die in ihrer Organisationsform und ihrem Selbstverständnis eher Stäm-men gleichen, Groll gegen die georgische Herrschaft. Nach der Auflösung der Sowjetunion machten sich daher die Osse-ten und die Abchasen den innergeorgischen Machtkampf zu-nutze, um sich von Georgien abzuspalten. Dies geschah mit

stillschweigender Rückendeckung Rußlands, das Georgien zum Verbleib in der GUS (aus der sich Georgien anfangs gänzlich zurückziehen wollte) und zur Duldung russischer Militärbasen auf seinem Territorium zwingen wollte, um das Gebiet von der Türkei abzuriegeln.

Die instabile Lage in Zentralasien hat vor allem innenpoli-tische Gründe. Vier der fünf neuen unabhängigen zentralasia-tischen Staaten gehören dem türkischen Sprach- und Kulturraum an. Tadschikistans Sprache und Kultur sind persisch, während Afghanistan (außerhalb der früheren Sowjetunion) ein Mosaik aus pathanischen, tadschikischen, paschtischen und persischen Volksgruppen ist. Die Bewohner aller sechs Länder sind Muslime, wenn auch die Tadschiken zum größ-ten Teil der schiitischen Glaubensrichtung des Islams anhän-gen. Obwohl diese Völker mehrheitlich jahrhundertelang persischer, türkischer und russischer Herrschaft unterstan-den, hat diese Erfahrung unter ihnen kein Bewußtsein eines gemeinsamen regionalen Interesses entstehen lassen. Im Ge-genteil: Aufgrund ihrer unterschiedlichen ethnischen Zusam-mensetzung sind sie für innere und äußere Konflikte ausge-sprochen anfällig — für die mächtigeren Nachbarn ein Anreiz, sich in die inneren Angelegenheiten

dieser Staaten einzumi-schen.

Die wichtigsten der fünf jüngst in die Unabhängigkeit ent-lassenen zentralasiatischen Staaten sind Kasachstan und Us-bekistan. Kasachstan ist der Schild und Usbekistan die Seele des nationalen Erwachens der verschiedenen Völker in der Region. Durch seine Größe und geographische Lage schützt Kasachstan die anderen vor direktem russischen Druck, da nur Kasachstan an Rußland grenzt. Seine etwa 18 Millionen Menschen zählende Bevöl-kerung besteht zu etwa 35 Prozent aus Russen (in der gesamten Region schwindet der russische Bevölkerungsanteil stetig) und zu weiteren 20 Prozent aus nichtkasachischen Volksstämmen, ein Umstand, der es den

neuen kasachischen Machthabern — die selbst immer nationa-listischere Töne anschlagen, aber nur knapp die Hälfte der gesamten Bevölkerung des Landes vertreten — erschwert hat, ihren Staat auf der Basis von Volkstum und Sprache aufzu-bauen.

Die in dem neuen Staat lebenden Russen sind natürlich der kasachischen Führung nicht wohlgesonnen. Als die ehema-ligen Kolonialherren gehören sie zu der gebildeteren und besser situierten Schicht und fürchten um ihre Privilegien. Außerdem blicken sie auf den neuen kasachischen Nationa-lismus mit kaum verhüllter, aus kulturellem Dünkel gespei-ster Verachtung herab. Da die russischen Kolonisten in den nordwestlichen wie auch in den nordöstlichen Teilen Kasach-stans eindeutig in der Überzahl sind, drohte Kasachstan im Falle einer tiefgehenden Verschlechterung der kasachisch-russischen Beziehungen die territoriale Spaltung. Zugleich le-ben mehrere hunderttausend Kasachen auf der russischen Seite der Staatsgrenze und im Nordosten Usbekistans, dem Land, das die Kasachen als ihren Hauptrivalen um die Füh-rung in Zentralasien betrachten.

Usbekistan ist durchaus ernsthafter Kandidat. Es ist zwar kleiner und weniger mit Bodenschätzen gesegnet als Kasach-stan, hat aber eine größere Bevölkerung (fast 25 Millionen) und, viel wichtiger noch, eine wesentlich homogenere Bevöl-kerung als Kasachstan aufzuweisen. Angesichts der höheren Geburtenrate unter den Einheimischen und des allmählichen Exodus der Russen werden bald etwa drei Viertel des Volkes Usbeken sein mit einer vor allem in Taschkent, der Haupt-stadt des Landes, ansässigen bedeutungslosen russischen Minderheit.

Geschickt führt die politische Elite des Landes den neuen Staat bewußt und unmittelbar auf das im Mittelalter beste-hende riesige Reich Tamerlans (1336—1404) zurück, dessen Hauptstadt Samarkand das berühmte regionale Zentrum für

das Studium der Religion, der Astronomie und der Künste war. Diese Abstammung erfüllt das moderne Usbekistan mit einem tieferen Bewußtsein historischer Kontinuität und re-gionaler Sendung, als das bei seinen Nachbarn der Fall ist. In der Tat betrachten manche Usbeken ihr Land als den nationa-len Kern eines gemeinsamen zentralasiatischen Staatsgebil-des, dessen Hauptstadt vermutlich Taschkent wäre. Die poli-tische Führungsschicht Usbekistans — und in zunehmendem Maße auch seine Bevölkerung — bringt bessere subjektive Voraussetzungen für einen modernen Nationalstaat mit als die Herrschaftseliten der anderen zentralasiatischen Staaten, und sie ist — ungeachtet innenpolitischer Schwierigkeiten —fest entschlossen, nie mehr auf den Status einer Kolonie zu-rückzufallen.

Infolgedessen kommt Usbekistan bei der Förderung eines modernen Nationalismus eine Vorreiterrolle zu, was unter seinen Nachbarn gewisses Unbehagen erregt. Im gleichen Maße wie die führenden usbekischen

Politiker bei der Staatsbildung und in ihrem Eintreten für größere regionale Selb-ständigkeit das Tempo vorgeben, wecken die größere natio-nale Homogenität und das stärkere Nationalbewußtsein des Landes bei den Regierenden von Turkmenistan, Kirgistan, Tadschikistan und sogar Kasachstan Befürchtungen, daß sich Usbekistans Führungsrolle in der Region zu regionaler Vor-herrschaft auswachsen könnte. Diese Besorgnis behindert die regionale Zusammenarbeit der neuen souveränen Staaten — die von den Russen natürlich ohnehin nicht gefördert wird — und perpetuiert die Verwundbarkeit der Region.

Allerdings ist auch Usbekistan nicht ganz frei von ethni-schen Spannungen. Südliche Teile des Landes, vor allem um die historisch und kulturell bedeutenden Zentren Samarkand und Buchara, sind überwiegend von Tadschiken bevölkert, die sich mit den von Moskau gezogenen Grenzen nicht abfin-den wollen. Weiter kompliziert wird die Lage noch durch den

Umstand, daß im westlichen Tadschikistan Usbeken leben und in Kirgistans wirtschaftlich wichtigem Fergana-Tal (wo es in den letzten Jahren zu blutigen Auseinandersetzungen ethnischer Gruppen gekommen ist) sowohl Usbeken als auch Tadschiken ansässig sind, gar nicht zu reden von den Usbe-ken im Norden Afghanistans.

Von den übrigen drei aus russischer Kolonialherrschaft hervorgegangenen zentralasiatischen Staaten, nämlich Kirgi-stan, Tadschikistan und Turkmenistan, ist nur letzteres, eth-nisch gesehen, relativ geschlossen. Ungefähr 75 Prozent sei-ner 4,5 Millionen Einwohner sind Turkmenen, während Usbeken und Russen jeweils weniger als 10 Prozent der Be-völkerung ausmachen. Dank seiner geschützten geographi-schen Lage ist es relativ weit weg von Rußland. Von weitaus

größerer geopolitischer Bedeutung für die Zukunft des Lan-des sind Usbekistan und der Iran. Wenn erst einmal Pipelines in die Region führen, verheißen die wahrhaft riesigen Erdgas-vorkommen Turkmenistans seiner Bevölkerung eine blühen-de Zukunft.

Die fünf Millionen zählende Bevölkerung Kirgistans ist sehr viel gemischter. Die Kirgisen stellen etwa 55 Prozent der Gesamtbevölkerung und die Usbeken etwa 13 Prozent, wäh-rend der Anteil der Russen in jüngster Zeit um 5 Prozent auf etwas über 15 Prozent zurückfiel. Vor der Unabhängigkeit stellten die Russen das Gros der technischen Intelligenz; ihre Massenflucht hat der Wirtschaft des Landes geschadet. Ob-zwar reich an Bodenschätzen und von einer landschaftlichen Schönheit, die ihm die Bezeichnung »zentralasiatische Schweiz« eintrug (wodurch es zu einem neuen Touristenge-biet werden könnte), ist das zwischen China und Kasachstan eingezwängte Kirgistan stark davon abhängig, inwieweit Kasachstan seine Souveränität behaupten kann.

Tadschikistan ist, ethnisch gesehen, nur etwas homogener. Seine 6,2 Millionen Einwohner sind zu knapp zwei Dritteln

Tadschiken und zu mehr als 25 Prozent Usbeken (die von den Tadschiken mit einer gewissen Feindseligkeit betrachtet wer-den), während die verbleibenden Russen noch etwa drei Pro-zent ausmachen. Wie anderswo ist jedoch selbst die dominie-rende ethnische Gemeinschaft strikt — ja sogar kraß — nach Stämmen gegliedert. Ein nationales Bewußtsein ist weitge-hend auf die politische Elite in den Städten beschränkt. Infol-gedessen hat die Unabhängigkeit nicht nur bürgerkriegsähn-liche Zustände ausgelöst, sondern auch Rußland einen bequemen Vorwand geliefert, Teile seiner Armee weiterhin in dem Land zu belassen. Die starken tadschikischen Minder-heiten jenseits der Grenze, im Nordosten

Afghanistans, ma-chen die ethnische Lage noch komplizierter. Es leben fast ebenso viele Tadschiken in Afghanistan wie in Tadschikistan, ein Sachverhalt, der zusätzlich dazu beiträgt, die Stabilität in der Region zu untergraben.

Das gegenwärtige Durcheinander in Afghanistan ist eben-falls ein sowjetisches Vermächtnis, obwohl das Land nie zur Sowjetunion gehörte. Zerrissen durch die sowjetische Besat-zung und den langjährigen Guerillakrieg, der in dem Land geschürt wurde, ist Afghanistan nur noch dem Namen nach ein Nationalstaat. Seine 22 Millionen Einwohner hat man streng nach ethnischen Kriterien getrennt mit der Folge, daß die Gräben zwischen den einheimischen Paschtunen, Tad-schiken und Hasaras immer tiefer werden. Der Dschihad ge-gen die russischen Besatzer machte die Religion zum domi-nierenden Faktor im politischen Leben des Landes und hat die ohnehin scharfen politischen Differenzen mit dogmati-schem Eifer versetzt. Afghanistan muß somit nicht nur als ein Teil des ethnischen Hexenkessels in Zentralasien betrachtet, sondern auch politisch dem eurasischen Balkan zugerechnet werden.

Obwohl die ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubli-ken wie auch Aserbaidschan allesamt überwiegend von Mus--

limen bevölkert sind, haben ihre politischen Eliten — großen-teils Produkte der Sowjetära — fast durchweg nichts mit Reli-gion im Sinn und die Staaten eine weltliche Verfassung. Es ist jedoch anzunehmen, daß ihre Bevölkerungen ebenso, wie sie die traditionellen Sippen- und Stammesbindungen durch ein modernes Nationalbewußtsein ersetzen, verstärkt ein islami-sches Bewußtsein entwickeln werden. Eine islamische Wiedererweckung, die bereits von außen her vom Iran, aber auch von Saudi-Arabien Unterstützung erfährt, wird wahr-scheinlich aggressive

Nationalismen beflügeln, die jeglicher Reintegration unter russischer — und mithin ungläubiger — Herrschaft entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

Genauer gesagt, dürfte der Prozeß der Islamisierung auch die innerhalb Rußlands verbliebenen Muslime anstecken. Ihre Zahl beläuft sich auf etwa 20 Millionen und übersteigt jene der nunmehr unter fremder Herrschaft in den unabhän-gigen zentralasiatischen Staaten lebenden Russen (circa 9,5 Millionen) um das Doppelte. Die russischen Muslime ma-chen mithin etwa 13 Prozent der russischen Bevölkerung aus, und es ist beinahe unvermeidlich, daß sie ihre Rechte auf eine eigenständige religiöse und politische Identität selbstbewuß-ter einklagen werden. Auch wenn dieser Anspruch nicht die Form einer Forderung nach absoluter Unabhängigkeit, wie in Tschetschenien annimmt, wird er sich mit den unlösbaren Problemen überschneiden, denen sich Rußland, angesichts seines jüngsten Großmachtabenteuers und der russischen Minoritäten in den neuen Staaten in dieser Region weiterhin wird stellen müssen.

Der Umstand, daß zwei der größeren angrenzenden Na-tionalstaaten — die Türkei und der Iran — jeder mit einem hi-storisch gewachsenen imperialen, kulturellen, religiösen und ökonomischen Interesse an der Region, in ihrer geopoliti-schen Orientierung unberechenbar sind und zudem selbst mit internen Problemen zu schaffen haben, verstärkt die In-

stabilität des eurasischen Balkan gravierend und macht die Lage noch explosiver. Eine Destabilisierung dieser beiden Staaten würde sehr wahrscheinlich die ganze Region ins Cha-os stürzen; die laufenden ethnischen und territorialen Kon-flikte gerieten dann außer Kontrolle und das jetzt schon fra-gile Machtgleichgewicht in der Region würde schwer

gestört. Infolgedessen sind die Türkei und der Iran nicht nur wichtige geostrategische Akteure, sondern auch geopolitische Dreh- und Angelpunkte, deren innere Verfassung für die Region von ganz entscheidender Bedeutung ist. Beide sind mittlere Mächte mit starken regionalen Bestrebungen und ausgepräg-tem, aus ihrer Vergangenheit abgeleiteten Selbstbewußtsein. Die künftige geopolitische Orientierung und sogar der natio-nale Zusammenhalt der beiden Staaten bleiben jedoch unsi-cher.

Die Türkei, ein postimperialer Staat, der immer noch auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis ist, wird in drei Richtungen gezerrt: die Modernisten sähen ihr Land gern als europäischen Staat und blicken nach Westen, die Isla-misten tendieren in Richtung Naher Osten und muslimische Gemeinschaften und schauen nach Süden, die historisch den-kenden Nationalisten entdecken in den Turkvölkern des Kaspischen Beckens und Zentralasiens ein neues Missionsge-biet für eine in der Region dominierende Türkei und sehen nach Osten. Jede dieser drei Perspektiven postuliert eine an-dere strategische Achse, und in der Unvereinbarkeit dieser Standpunkte kündigt sich zum ersten Mal seit der Revolution Kemal Atatürks eine gewisse Unsicherheit über die Rolle der Türkei in der Region an.

Die Türkei könnte zumindest teilweise ein Opfer der eth-nischen Konflikte in der Region werden. Obwohl 80 Prozent ihrer an die 65 Millionen Bewohner vorwiegend Türken sind (wenn auch dazu eine bunte Mischung aus Tscherkessen, Al-banern, Bosniern, Bulgaren und Arabern gehörten), machen

die Kurden immerhin 20 Prozent oder mehr aus. Die in den östlichen Gebieten des Landes konzentrierten türkischen Kurden wurden zunehmend

in den Kampf der irakischen und iranischen Kurden um nationale Unabhängigkeit hinein-gezogen. Von der politischen Ausrichtung des Landes verur-sachte Spannungen innerhalb der Türkei würden die Kurden zweifellos ermuntern, noch gewaltsamer auf einen eigenstän-digen Nationalstaat zu drängen.

Noch schwerer zu bestimmen ist die zukünftige Orientie-rung des Irans. Die Revolution der schiitischen Fundamenta-listen, die Ende der siebziger Jahre den Sieg davontrug, könn-te in ein Thermidordium eintreten, was die Ungewißheit über die geostrategische Rolle des Irans erhöht. Der Zusammen-bruch der atheistischen Sowjetunion eröffnete dem Iran ei-nerseits die Möglichkeit, seine nunmehr unabhängigen nörd-lichen Nachbarn zum Islam zu bekehren. Andererseits neigte Teheran aufgrund seiner Feindschaft gegen die USA zu einer zumindest taktisch prorussischen Haltung, und die Sorge, daß sich die Unabhängigkeit Aserbaidschans negativ auf den eigenen nationalen Zusammenhalt auswirken könnte, be-stärkte ihn darin.

Die Sorge gründet in der Anfälligkeit des Iran gegenüber ethnischen Spannungen. Von den 65 Millionen Bewohnern des Landes (zahlenmäßig fast gleichauf mit der Türkei), sind nur etwas mehr als die Hälfte Perser. Grob geschätzt ein Vier-tel sind Aseris, und der Rest setzt sich aus Kurden, Baluchis, Turkmenen, Arabern und anderen Stämmen zusammen. Ab-gesehen von den Kurden und den Aseris stellen die anderen derzeit keine Bedrohung der nationalen Einheit des Irans dar, zumal die Perser ein starkes nationales, ja sogar imperiales Bewußtsein beseelt. Aber das könnte sich ganz schnell än-dern, wenn es zu einer neuen politische Krise im Iran kom-men sollte.

Ferner muß der bloße Umstand, daß es nun mehrere unab--

hängige Staaten mit der Endsilbe -stan- in diesem Gebiet gibt [1]ind daß selbst die eine Million Tschetschenen ihren politi-schen Bestrebungen Geltung verschaffen konnten, ansteckend auf die Kurden wie auch auf andere ethnische Minder-heiten im Iran wirken. Wenn es Aserbaidschan gelingt, politisch und wirtschaftlich stabile Verhältnisse zu schaffen, werden sich die iranischen Aseris vermutlich immer stärker für ein größeres Aserbaidschan einsetzen. Somit könnten po-litische Instabilität und Uneinigkeit in Teheran sich zu einer Gefährdung der nationalen Einheit auswachsen, das wieder-um würde die Probleme des eurasischen Balkans auf dramati-sche Weise vermehren und verstärken.

Wettstreit mit vielen Beteiligten

Um den europäischen Balkan stritten drei Großmächte: das Osmanische Reich, die österreich-ungarische Monarchie und das russische Zarenreich. Außerdem gab es drei indirekt Be-teiligte, die Angst hatten, daß sich der Sieg eines dieser Prota-gonisten negativ auf ihre geopolitischen Interessen auswirken könnte: Deutschland fürchtete Rußlands Macht, Frankreich widersetzte sich Österreich-Ungarn, und Großbritannien sah lieber ein geschwächtes Osmanisches Reich die Dardanellen kontrollieren, als daß einer der anderen Hauptkontrahenten die Herrschaft über den Balkan erlangte. Während des 19. Jahrhunderts gelang es diesen Mächten noch, aufflackernde Balkankonflikte einzudämmen, ohne dadurch vitale Interes-sen der Beteiligten zu verletzen, aber 1914 versagten sie — mit verheerenden Folgen für alle.

Auch der derzeitige Kampf um die Vormachtstellung im eurasischen Balkan wird von drei benachbarten Staaten aus-getragen: von Rußland, der

Türkei und dem Iran, doch könn-
-

te nicht zuletzt China ein wichtiger Protagonist werden. Ebenfalls, wenngleich auch nicht unmittelbar daran beteiligt, sind die Ukraine, Pakistan, Indien und das ferne Amerika. Alle drei Hauptkontrahenten haben nicht nur künftige geo-politische und wirtschaftliche Vorteile im Auge, sie berufen sich zudem auf historische Ansprüche. Jeder war zu irgendei-ner Zeit die politisch oder kulturell beherrschende Macht in der Region. Jeder betrachtet die anderen mit Argwohn. Es ist zwar unwahrscheinlich, daß es zu einer direkten Konfronta-tion zwischen ihnen kommt, doch könnten ihre Rivalitäten das Chaos in der Region noch vergrößern.

Die feindselige Haltung der Russen gegenüber den Türken nimmt schon fast obsessive Züge an: Das Bild, das die russi-schen Medien von ihrem südlichen Nachbarn entwerfen, zeigt eine Türkei, die die ganze Region unter ihre Knute zwingen will, lokalen Widerstand gegen Rußland anzettelt (im Falle von Tschetschenien hatte dieser Vorwurf sogar eine gewisse Berechtigung) und die Sicherheit Rußlands in einem Maße bedroht, das in keinem Verhältnis zu ihren tatsächli-chen Möglichkeiten steht. Die Türken revanchieren sich ent-sprechend und verstehen sich als Befreier ihrer Brüder aus langjähriger russischer Knechtschaft. Auch Türken und Ira-ner (Perser) rivalisierten in der Vergangenheit um die Vor-machtstellung in der Region, und diese Rivalität ist in den letzten Jahren wiederaufgelebt, zumal die Türkei dem Kon-zept des islamischen Gottesstaates eine moderne und weltli-che Alternative entgegensetzt.

Jeder der drei Staaten strebt, das darf man wohl behaupten, zumindest nach einer Einflußsphäre; doch Moskaus Ehrgeiz geht viel weiter, weil seine Erinnerung an imperiale Herr-schaft noch relativ frisch ist, in der

Region mehrere Millionen Russen leben und der Kreml Rußland wieder in den Rang einer Weltmacht erheben möchte. Aus außenpolitischen Er-klärungen Moskaus geht klar hervor, daß es den gesamten

Raum der früheren Sowjetunion als eine Zone besonderen geostrategischen Interesses betrachtet, aus der politischer — und sogar wirtschaftlicher — Einfluß von außerhalb fernge-halten werden sollte.
Obwohl auch den Bestrebungen der Türkei auf regionale Einflußnahme Züge einer indes weiter zurückliegenden im-perialen Vergangenheit anhaften (das Osmanische Reich er-eichte 1590 nach der Eroberung des Kaukasus und Aser-baidschans seine größte Ausdehnung, obgleich es Zentralasien nicht mit einschloß), gründen sie doch stärker in der gemeinsamen ethnisch-sprachlichen Identität der Turkvölker (siehe nachfolgende Karte). In Anbetracht ihrer viel begrenz-teren politischen und militärischen Machtmittel kann die Türkei keine beherrschende Position in der Region einneh-men. Sie versteht sich eher als Führerin einer losen turkspra-chigen Staatengemeinschaft. Die relative Modernität der tür-kischen Gesellschaft, ihre Sprachverwandtschaft mit den Turkvölkern und ihre Wirtschaftskraft sind Faktoren, die die Türkei nutzt, um sich als einflußreichste Kraft in den derzeit in der Region vonstattengehenden Staatsgründungsprozessen zu etablieren.

Was der Iran im Schilde führt, ist noch schwerer zu bestim-men, könnte aber langfristig für Rußlands ehrgeizige Pläne nicht weniger bedrohlich sein. Das Perserreich liegt viel wei-ter zurück als das der Osmanen. Auf dem Höhepunkt seiner Macht, etwa um 500 v. Chr., umfaßte es das gegenwärtige Ter-ritorium der drei Kaukasusrepubliken — Turkmenistan, Usbe-kistan und Tadschikistan —, Afgha-nistan sowie das Gebiet der

heutigen Türkei, des Iraks, Syriens, des Libanons und Israels. Obgleich die Ziele des Iran derzeit enger gesteckt sind als die der Türkei und sich hauptsächlich auf Aserbaidschan und Af-ghanistan konzentrieren, richtet sich das Interesse seiner reli-giösen Führer auf die gesamte muslimische Bevölkerung in

Das Osmanische Reich und der Sprach- und Kulturraum der Turkvölker

der Region, ja sogar innerhalb Rußlands. In der Tat ist die Wiederbelebung des Islam in Zentralasien zu einem substan-tiellen Element der Bestrebungen der gegenwärtig in Teheran Regierenden geworden.

Die konkurrierenden Interessen Rußlands, der Türkei und des Irans sind auf der folgenden Karte (Seite 201) dargestellt:

Die geopolitische Stoßrichtung Rußlands ist mit zwei Pfeilen

wiedergegeben, die direkt nach Süden auf Aserbaidschan und Kasachstan zielen; die der Türkei mit einem einzigen Pfeil, der nach Osten durch Aserbaidschan und das Kaspische Mee r hindurch auf Zentralasien weist, und die des Irans mit zwei Pfeilen, von denen der eine nach Norden auf Aser-baidschan und der andere nach Nordosten auf Turkmenistan, Afghanistan und Tadschikistan zeigt. Diese Pfeile

Die konkurrierenden Interessen Rußlands, der Türkei und des Iran

laufen nicht nur kreuz und quer; sie können auch zusam-menstoßen.

Chinas Rolle ist derzeit begrenzter, und seine Ziele sind we-niger offensichtlich. Es versteht sich von selbst, daß es China an seiner Grenze nach Westen lieber mit einer Ansammlung relativ unabhängiger Staaten als mit einem russischen Imperi-um zu tun hat.

Zumindest dienen die neuen Staaten als eine Art Pufferzone. Dennoch befürchtet China, seine Turkmin-derheiten in der Provinz Xingjiang könnten in den jungen unabhängigen Staaten ein attraktives Vorbild erblicken, und aus diesem Grund hat es von Kasachstan die Zusicherung verlangt, daß der Aktionismus von Minderheiten im Grenz-gebiet unterbunden werde. Da auf lange Sicht die Energievor-kommen der Region für Peking zweifellos von großem Inter--

esse sein werden, muß der direkte Zugang zu ihnen, unbehel-ligt von Moskaus Kontrolle, Chinas zentrales Anliegen sein. Tendenziell kollidiert Chinas allgemeines geopolitisches In-teresse mit Rußlands Streben nach einer beherrschenden Rol-le und ist somit zu den türkischen und iranischen Zielsetzun-gen komplementär.

Für die Ukraine geht es um den zukünftigen Charakter der GUS und einen freieren Zugang zu Energiequellen, die ihre Abhängigkeit von Rußland vermindern würden. Unter die-sem Aspekt rücken für Kiew engere Beziehungen zu Aser-baidschan, Turkmenistan und Usbekistan in den Vorder-grund. Auch die Rückendeckung, die die Ukraine den nach größerer Unabhängigkeit strebenden Staaten gibt, verfolgt den Zweck, die eigene Unabhängigkeit gegenüber Moskau zu stärken. So hat die Ukraine die Anstrengungen Georgiens un-terstützt, aserische Ölexporte über sein Gebiet zu leiten. Dar-über hinaus tat sie sich mit der Türkei zusammen, um den russischen Einfluß im Schwarzen Meer zu schwächen, und unterstützte die türkischen Bemühungen, Erdöl von Zen-tralasien in türkische Terminals zu leiten.

Ein Engagement Pakistans und Indiens liegt vorerst in wei-terer Ferne, aber keinem der beiden Länder ist es gleichgültig, was in diesem neuen

eurasischen Balkan geschieht. Pakistan ist bestrebt, durch politischen Einfluß in Afghanistan geostrategische Tiefe zu gewinnen — Iran aber daran zu hin-dern, dasselbe zu tun und sich in Tadschikistan einzumischen — und aus jeder neuen Pipeline Nutzen zu ziehen, die Zen-tralasien mit dem Arabischen Meer verbindet. In Anbetracht der Bemühungen Pakistans und möglicherweise aus Sorge darüber daß China langfristig auf die Region Einfluß nehmen könnte, betrachtet Indien iranische Absichten auf Afghani-stan und eine stärkere Präsenz Rußlands in dem vormals von der Sowjetunion besetzten Raum mit größerem Wohlwollen.

Die USA sind zwar weit weg, haben aber starkes Interesse

an der Erhaltung eines geopolitischen Pluralismus im postso-wjetischen Eurasien. Als ein zunehmend wichtiger, wenn auch nicht direkt eingreifender Mitspieler, der nicht allein an der Förderung der Bodenschätze in der Region interessiert ist, sondern auch verhindern will, daß Rußland diesen geopo-litischen Raum allein beherrscht, halten sie sich drohend im Hintergrund bereit. Neben seinen weiterreichenden geostra-tegischen Zielen in Eurasien vertritt Amerika auch ein eigenes wachsendes ökonomisches Interesse, wie auch das Europas ~ und des Fernen Ostens, an einem unbehinderten Zugang zu dieser dem Westen bisher verschlossenen Region.

In diesem Hexenkessel geopolitischer Macht stehen somit der Zugang zu möglicherweise großem Reichtum, die Erfül-lung nationaler und / oder religiöser Missionen und Sicherheit auf dem Spiel. In erster Linie jedoch geht es um Zugang zur Region, über den bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion Moskau allein verfügen konnte. Alle Bahntransporte, Erd-gas- und Erdöl-pipelines und sogar der Flugverkehr wurden über das Zentrum geleitet. Die russischen Geopolitiker sähen es

natürlich lieber, wenn es so bliebe, da sie genau wissen, daß wer den Zugang zur Region unter Kontrolle oder unter sei-ner Herrschaft hat, aller Wahrscheinlichkeit nach auch den geopolitischen und ökonomischen Gewinn einheimst. Genau diese Überlegung hat der Pipeline-Frage für die Zukunft des Kaspischen Beckens und Zentralasiens eine so zentrale Bedeutung verliehen. Falls die wichtigsten Ölleitungen in die Region weiterhin durch russisches Territorium zum russischen Absatzmarkt am Schwarzen Meer in Noworos-sijsk verlaufen, werden sich die politischen Konsequenzen, auch ohne daß die Russen die Muskeln spielen lassen, be-merkbar machen. Die Region wird eine politische Dependan-ce bleiben und Moskau darüber entscheiden können, wie der neue Reichtum der Region verteilt werden soll. Wenn jedoch umgekehrt eine andere Pipeline übers Kaspische Meer nach

Aserbaidschan verläuft und von dort durch die Türkei zum Mittelmeer und eine weitere durch den Iran zum Arabischen Meer führt, wird kein Staat das Monopol über den Zugang haben (siehe Karte Seite 205).

Das Mißliche an dieser Diskussion ist, daß es einige Kräfte innerhalb der politischen Elite Rußlands offenbar vorzögen, wenn die Ressourcen dieses Gebiets überhaupt nicht gefördert würden, sollte Moskau nicht mehr die vollständige Kon-trolle über den Zugang haben. Wenn die Alternative heißt, daß ausländische Investitionen ein größeres wirtschaftliches und auch politisches Interesse des Auslands an der Region nach sich ziehen, sollen die Bodenschätze lieber ungenutzt bleiben. Dieses Besitzdenken hat seine Wurzeln in der impe-rialen Geschichte Rußlands und wird sich nur mit der Zeit und unter äußerem Druck ändern.

Die zaristische Expansion in den Kaukasus und nach Zen-tralasien

hinein erfolgte über einen Zeitraum von etwa drei-hundert Jahren, aber das Ende, das sie vor kurzem nahm, kam erschreckend abrupt. Als das Osmanische Reich im Nieder-gang begriffen war, drängte das Zarenreich nach Süden, ent-lang der Küsten des Kaspischen Meeres gegen Persien. Es be-mächtigte sich 1556 der Astrachan-Khanate und erreichte um 1607 Persien. Zwischen 1774 und 1784 eroberte es die Krim, verleibte sich 1801 das Königreich Georgien ein, unterwarf in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Stämme im Nordkaukasus (wogegen sich die Tschetschenen mit einzig-artiger Zähigkeit widersetzten) und schloß 1878 die Über-nahme Armeniens ab.

Bei der Eroberung Zentralasiens ging es weniger darum, ein rivalisierendes Imperium zu bezwingen, als im Grunde isolierte und zumeist nach Stämmen organisierte feudale Khanate und Emirate zu unterwerfen, die nur sporadischen und vereinzelten Widerstand zu leisten vermochten. Zwi-schen 1801 und 1881 wurden in einer Reihe von Militärexpe--

ditionen Usbekistan und Kasachstan eingenommen, während die Zerschlagung und Unterwerfung Turkmenistans in den Jahren 1873 bis 1886 erfolgte. Um 1850 jedoch war die Erobe-rung des größten Teils von Zentralasien im wesentlichen ab-geschlossen, obgleich es noch in der Sowjetära immer wieder zu Ausbrüchen lokalen Widerstands kam.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte eine drama-tische historische Wende herbei. Im Laufe von nur zwei Wo-chen schrumpfte im Dezember 1991 der asiatische Teil Ruß-lands um etwa 20 Prozent, und von den 75 Millionen Asiaten, die vordem unter sowjetischer Herrschaft lebten, waren plötzlich nur noch 30 Millionen russische Staatsbürger. Dar-über hinaus verlor Rußland weitere 18 Millionen Bewohner des Kaukasus. Am meisten aber wurmte die politische Füh--

rung in Moskau die Erkenntnis, daß sich nun ausländische Interessen, die über die nötigen Mittel verfügten, um zu inve-stieren, Bodenschätze zu fördern und auszubeuten, auf das bis vor kurzem allein Rußland zugängliche wirtschaftliche Potential dieser Gebiete richteten.

Rußland steht vor einem Dilemma: Es ist politisch zu schwach, um die Region völlig von der Außenwelt abzurie-geln, und zu arm, um das Gebiet allein zu erschließen. Ein-sichtige Politiker in Rußlands Führung erkennen zudem, daß die in den neuen Staaten im Gange befindliche Bevölkerungs-explosion an der russischen Südgrenze eine brenzlige Lage heraufbeschwören dürfte, sollten diese Staaten ihr Wirt-schaftswachstum nicht aufrechterhalten können. Die bitteren Erfahrungen, die Rußland in Afghanistan und Tschetschenien machen mußte, könnten sich entlang der sich vom Schwarzen Meer bis in die Mongolei erstreckenden Grenze wiederholen, zumal dort eine Welle nationaler und islamistischer Wiedererweckung die einstmals unterjochten Völker erfaßt hat.

Folglich muß Rußland einen Weg finden, um sich auf die neue, postimperiale Realität einzustellen. Es wird bestrebt sein, die Präsenz der Türkei und des Irans in der Region unter Kontrolle zu halten, ein Abdriften der jungen Staaten zu sei-nen Hauptrivalen zu verhindern, das Zustandekommen einer wirklich unabhängigen regionalen Zusammenarbeit in Zen-tralasien zu hintertreiben und den geopolitischen Einfluß Amerikas in den neuerdings souveränen Hauptstädten zu be-grenzen. Es geht also nicht mehr darum, das ehemalige Impe-rium wiederherzustellen — was zu kostspielig wäre und auf zu heftigen Widerstand stieße —, sondern es gilt statt dessen, ein neues Netz von Beziehungen zu knüpfen, mit dem die jungen Staaten in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und Ruß-lands beherrschende geopolitische und wirtschaftliche Positi-on aufrechterhalten werden kann.

Zu diesem Zweck bediente sich Rußland bisher vorzugs--

weise der GUS, wenn auch an manchen Stellen der Einsatz russischen Militärs und die geschickte Anwendung russischer Diplomatie nach dem Grundsatz divide et impera genauso wirksam war. Moskau setzte die neuen Staaten unter Druck, um sie soweit wie möglich für seine Vision von einem zuneh-mend integrierten *commonwealth* zu gewinnen. Es drängte auf ein zentral gesteuertes Kontrollsystem über die Außengrenzen der GUS, auf engere militärische Integration inner-halb eines gemeinsamen außenpolitischen Rahmens und auf die Ausdehnung des bestehenden (ursprünglich sowjeti-schen) Pipelinenetzes, um den Bau neuer Ölleitungen, die Rußland umgehen könnten, zu verhindern. Strategische Ana-lysen russischerseits haben ausdrücklich festgestellt, daß ~Moskau dieses Gebiet als seine angestammte geopolitische Interessensphäre betrachtet, auch wenn es nicht mehr Be-standteil seines Imperiums ist.

Der Eifer, mit dem der Kreml auf den Territorien der neuen Staaten militärisch präsent zu bleiben trachtete, läßt die geo-politischen Absichten Rußlands erahnen. Moskau machte sich die abchasische Unabhängigkeitsbewegung zunutze, um Stützpunktrechte in Georgien zu erlangen. Seine Militärprä-senz auf armenischem Boden legitimierte es damit, daß es die Notlage Armeniens ausnutzte, das im Krieg gegen Aser-baidschan auf russische Unterstützung angewiesen war. Mit politischem und finanziellem Druck erpreßte es von Kasach-stan die Einwilligung zum Fortbestehen russischer Militärba-sen. Überdies lieferte der Bürgerkrieg in Tadschikistan der früheren Sowjetarmee einen Vorwand, weiterhin in der Regi-on zu bleiben.

Moskaus Politik stellt anscheinend noch immer darauf ab, daß sein postimperiales Beziehungsgeflecht mit Zentralasien die neuen, noch schwachen Staaten allmählich um ihre Souve-ränität bringen und der

Kommandozentrale der integrierten GUS unterordnen wird. Um dieses Ziel zu erreichen, rät

Rußland den dortigen Regierungen ab, eigene Armeen auf zu-stellen, den Gebrauch ihrer jeweiligen Landessprachen zu pflegen (in denen sie das kyrillische Alphabet nach und nach durch das lateinische ersetzen), enge Bindungen nach außen zu pflegen und neue Pipelines zu den Häfen am Arabischen oder am Mittelmeer auszubauen. Sollte dieser Politik Erfolg beschieden sein, könnte Rußland die Beziehungen dieser Länder zum Ausland diktieren und über die Verteilung der Einkünfte entscheiden.

Bei der Verfolgung dieses Ziels berufen sich Sprecher der russischen Regierung, wie wir in Kapitel 4 gesehen haben, häufig auf das Beispiel der Europäischen Union. Tatsächlich jedoch erinnert Rußlands Politik gegenüber den zentralasiati-schen Staaten und den Kaukasusrepubliken viel stärker an die frankophone afrikanische Gemeinschaft — wo die französischen Militärkontingente und Haushalts-subventionen die Politik und das Wirtschaftsgebaren der französischsprachi-gen postkolonialen Staaten bestimmen.

Während es den Russen ganz allgemein darum geht, ihren früheren politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf die Re-gion so weit wie möglich wiederherzustellen und dafür vor allem die GUS zu instrumentalisieren, scheint es Moskau geopolitisch in erster Linie auf Aserbaidschan und Kasach-stan abgesehen zu haben. Um eine erfolgreiche politische Ge-genoffensive zu starten, muß Rußland nicht nur den Zugang zur Region abriegeln, sondern auch deren geographischen Schild durchbrechen.

Moskau muß sein Augenmerk vor allen Dingen auf Aser-baidschan richten. Würde es sich dem Kreml unterordnen, ließe

sich Zentralasien gegen den Westen, vornehmlich gegen-über der Türkei, abschotten. Dadurch könnte Rußland sei-nen Druck auf das widerspenstige Usbekistan und das nicht minder aufsässige Turkmenistan verstärken. So dient die tak-tische Zusammenarbeit mit dem Iran in strittigen Angelegen-

heiten wie der Verteilung der Konzessionen für Tiefseeboh-rungen im Kaspischen Meer dem wichtigen Ziel, Baku zu zwingen, sich Moskaus Wünschen anzupassen. Ein unter-würfiges Aserbaidschan würde es Moskau außerdem erleich-tern, seine beherrschende Position in Georgien und Armeni-en zu festigen.

Auch Kasachstan ist für Rußland höchst verlockend, weil es aufgrund seiner ethnischen Probleme in einer offenen Konfrontation mit Moskau mit Sicherheit den kürzeren zöge. Zustatten kommt Moskau zudem die Angst der Kasachen vor einem immer dynamischeren China sowie der wachsende Unmut der kasachischen Regierung über dessen Bestrebun-gen, die von kasachischen Stämmen besiedelte Provinz Xin-jiang jenseits der Grenze gleichzuschalten. Würde sich Kasachstan nach und nach dem russischen Druck beugen, gerieten Kirgistan und Tadschikistan fast automatisch in die Einflußsphäre Moskaus, das dann sowohl Usbekistan als auch Turkmenistan stärker unter Druck setzen könnte.

Rußlands Strategie läuft jedoch den Bestrebungen fast aller auf dem eurasischen Balkan angesiedelten Staaten zuwider. Ihre neuen politischen Eliten werden gewiß nicht freiwillig Macht und die Privilegien aufgeben, die sie durch die Un-abhängigkeit gewonnen haben. Während die Russen vor Ort allmählich ihre vormals privilegierten Posten räumen,

ent-wickeln die neuen Führungskräfte rasch ein persönliches In-teresse an staatlicher Souveränität — ein dynamischer und ansteckender Prozeß, der gleichfalls in den einst politisch passiven Bevölkerungen zu beobachten ist, in denen sich ein nationalistisches Denken und, außerhalb Georgiens und Ar-meniens, auch ein stärkeres islamisches Bewußtsein breitma-chen.

Außenpolitisch wünschten sich Georgien und Armenien (obwohl letzteres von russischer Unterstützung gegen Aser-baidschan abhängig ist) eine zunehmend engere Anbindung

an Europa. Die zentralasiatischen Staaten mit ihren reichen Bodenschätzen und ebenso Aserbaidschan würden gern noch mehr amerikanisches, europäisches, japanisches und neuer-dings auch koreanisches Kapital in ihre Länder locken. Auf diese Weise hoffen sie, ihre wirtschaftliche Entwicklung we-sentlich beschleunigen und ihre Unabhängigkeit festigen zu können. Darum begrüßen sie auch, daß die Türkei und der Iran eine immer wichtigere Rolle spielen, in der sie ein Ge-gengewicht zur russischen Macht und eine Brücke zur gro-ßen muslimischen Welt im Süden sehen.

Ermutigt durch die Türkei und die USA, hat Aser-baidschan nicht nur die Forderungen Rußlands zurückgewie-sen, auf seinem Boden Militärbasen zu errichten, sondern sich auch dem Ansinnen Moskaus widersetzt, daß alles Öl von Baku zu einem russischen Schwarzmeerhafen geleitet werden solle. Statt dessen entschied es sich für eine Doppellö-sung, die eine zweite, durch Georgien zur Türkei verlaufende Ölleitung vorsieht. (Eine Pipeline nach Süden durch den Iran, die ein amerikanisches Unternehmen hätte finanzieren sollen, mußte wegen des US-Handelsembargos gegen den Iran auf-gegeben werden.) Mit großem Trara wurde 1995 eine neue Bahnverbindung zwischen Turkmenistan und dem

Iran er-öffnet; auf diesem Weg können Europa und Zentralasien, un-ter gänzlicher Umgehung Rußlands, miteinander Handel treiben. Diese Wiedereröffnung der alten Seidenstraße hatte etwas Symbolträchtiges, da Rußland nun nicht in der Lage ist, Europa von Asien zu trennen.

Auch Usbekistan tritt immer entschiedener gegen Ruß-lands Integrationsbemühungen auf. Sein Außenminister er-klärte im August 1996 unverblümt, daß Usbekistan gegen die Schaffung supranationaler GUS-Institutionen ist, die als Mit-tel zentraler Kontrolle gebraucht werden können. Die stark nationalistische Haltung der usbekischen Führung hatte in der russischen Presse bereits scharfe Verurteilungen ausgelöst

wegen Usbekistans strikt prowestlicher Orientierung in der Wirtschaft, harscher Invektiven gegen die Integrationsverträ-ge innerhalb der GUS, entschiedener Ablehnung, selbst der Zollunion beizutreten, und wegen einer methodisch antirus-sischen Nationalitätenpolitik (sogar Kindergärten, die Rus-sen benutzen, werden geschlossen) ... Für die Vereinigten Staaten, die in Asien eine Politik der Schwächung Rußlands verfolgen, ist diese Position ungemein attraktiv.[21]

Als Antwort auf russischen Druck ist inzwischen sogar Kasachstan für eine nichtrussische Nebenroute seiner Erd-ölexporte. Umirserik Kasenow, der Berater des kasachischen Präsidenten, drückte es so aus:

»Daß Kasachstan auf der Suche nach alternativen Ölleitungen ist, hat sich Rußland zum Teil selbst zuzuschreiben, zum Bei-spiel weil es Transportbeschränkungen für kasachisches Erd-öl nach Noworossijsk und von Tjumen-Öl zu der Pawlodar--Raffinerie verhängte. Und Turkmenistan

betreibt den Bau einer Gaspipeline in den Iran nicht zuletzt deshalb, weil die Länder der GUS nur 60 Prozent des Weltmarktpreises oder das gelieferte Gas überhaupt nicht bezahlen.«[22]

Aus ähnlichen Gründen hat Turkmenistan aktiv die Möglich-keiten einer neuen Pipeline durch Afghanistan und Pakistan zum Arabischen Meer geprüft, ganz ab-gesehen von dem energisch betriebenen Bau neuer Bahnverbindungen mit Kasach-stan und Usbekistan im Norden und zum Iran und zu Afghanistan im Süden. Auch haben zwischen Kasachen, Chi-nesen und Japanern erste Sondierungs-gespräche über ein ehr-geiziges Pipelineprojekt stattgefunden, das sich von Zentral--

21 Zawtra 28 (Juni 1996).

22 »What Russia Wants in the Transcaucasus and Central Asia«, Nesawissimaja Gaseta, 24. Januar 1995.

asien bis zum Chinesischen Meer erstrecken würde. Da sich der Westen mit Investitionen in die Erdöl- und Erdgasförde-rung, die in Aserbaidschan eine Summe von mehr als 13 Mil-liarden Dollar erreichen und in Kasachstan sogar weit über 20 Milliarden Dollar (Stand 1996) hinausgehen, langfristig fest-gelegt hat, kann angesichts des weltweiten wirtschaftlichen Drucks und der begrenzten finanziellen Möglichkeiten Ruß-lands die ökonomische und politische Isolation dieser Region nicht mehr aufrechterhalten werden.

Die Angst vor Rußland veranlaßte die zentralasiatischen Staaten außerdem zu einer stärkeren regionalen Zusammen-arbeit. Die im Januar 1993 gegründete Zentralasiatische Wirt-schaftsunion, die anfangs nur auf dem Papier existierte, er-hielt nach und nach Substanz. Selbst der kasachische Präsident Nursultan Nazarbajew, zuerst überzeugter

Ver-fechter einer neuen Eurasischen Union, bekehrte sich allmäh-lich zur Idee einer engeren zentralasiatischen Kooperation. Er befürwortete eine stärkere militärische Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region und die Unterstützung Aserbaidschans in dessen Bemühen, Öl aus dem Kaspischen Meer und aus Kasachstan durch die Türkei zu schleusen. Au-ßerdem trat er dafür ein, russischen und iranischen Versu-chen, die Aufteilung des Kaspischen Schelfs und seiner Bo-denschätze unter den Anrainerstaaten zu verhindern, gemeinsam Widerstand entgegenzusetzen.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Regierungen in der Re-gion zu einem ausgesprochen autoritären Führungsstil nei-gen, fiel die persönliche Aussöhnung der wichtigsten Staats-oberhäupter vielleicht noch stärker ins Gewicht. Es war ein offenes Geheimnis, daß sich die Präsidenten von Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan nicht grün waren (daraus machten sie ausländischen Besuchern gegenüber kein Hehl) und der Kreml aufgrund dieser persönlichen Antipathien den einen um so leichter gegen den anderen auszuspielen ver--

mochte. Mitte der neunziger Jahre sahen die drei schließlich ein, daß eine engere Zusammenarbeit für die Bewahrung ihrer neu gewonnenen Souveränität unabdingbar war. Fortan stellen sie ihre angeblich engen Beziehungen publikumswirksam zur Schau und betonten, daß sie ihre Außenpolitik künftig miteinander abstimmen wollten.

Noch wichtiger jedoch war das Entstehen einer informellen Koalition innerhalb der GUS unter der Führung der Ukraine und Usbekistans, die sich der Idee eines kooperativen, aber 4iicht integrierten Staatenbundes verschrieb. Zu diesem Zweck unterzeichneten die Ukraine, Usbekistan, Turkmeni-stan und Georgien mehrere Abkommen über eine militäri-sche Zusammenarbeit; und im September 1996 gaben die Au-ßenminister der

Ukraine und Usbekistans in einem höchst ~symbolträchtigen Akt eine Erklärung heraus, in der sie for-derten, daß bei Gipfeltreffen der GUS künftig nicht mehr Rußlands Präsident, sondern reihum ein anderes Mitglied den Vorsitz führen solle.
Das Beispiel der Ukraine und Usbekistans verfehlte selbst bei jenen Regierungschefs, die sich gegenüber Moskaus zen-tralen Anliegen willfähriger gezeigt haben, seine Wirkung nicht. Mit einiger Verblüffung dürfte der Kreml die Erklä-rung von Kasachstans Nursultan Nazarbajew und Georgiens Eduard Schewardnadse im September 1996 vernommen ha-ben, sie würden, wenn »unsere Unabhängigkeit bedroht ist«, aus der GUS austreten. Die zentralasiatischen Staaten und Aserbaidschan verstärkten auch ihre Aktivitäten in der Or-ganisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, einem immer noch relativ losen Verbund der islamischen Staaten in der Region — einschließlich der Türkei, des Iran und Pakistans —, der auf währungspolitischem, wirtschaftlichem und ver-kehrs-technischem Gebiet die Beziehungen zwischen den Mitgliedern verbessern will. Moskau hat sich öffentlich kri-tisch über diese Initiativen geäußert, sieht es darin doch —

völlig zu Recht — den Versuch, den Zusammenhalt der GUS zu schwächen.

Auf ähnliche Weise sind die Verbindungen mit der Türkei stetig, und in geringerem Maße auch die zum Iran, verbessert worden. Die turksprachigen Länder haben die Angebote der Türkei, die neuen nationalen Offizierkorps auszubilden und für mehrere zehntausend Studenten ihre Universitäten zu öffnen, gern angenommen. Beim vierten Gipfeltreffen der turksprachigen Länder, das im Oktober 1996 in Taschkent stattfand und mit türkischer Unterstützung vorbereitet wur-de,

ging es um den Ausbau der Transportverbindungen, um verstärkten Handel sowie um gemeinsame Ausbildungsstan-dards und um eine engere kulturelle Zusammenarbeit mit der Türkei. Sowohl die Türkei als auch der Iran waren besonders rührig, den neuen Staaten beim Aufbau ihrer Fernsehpro-gramme zu helfen, über die sie unmittelbaren Einfluß auf ein großes Publikum bekommen.

Ein Festakt in Alma-Ata, der Hauptstadt Kasachstans, im Dezember 1996 brachte besonders sinnfällig zum Ausdruck, wie sehr die Türkei die Unabhängigkeit der neuen Staaten zu ihrer eigenen Sache macht. Aus Anlaß des fünften Jahrestages der Unabhängigkeit Kasachstans wohnte der türkische Staatspräsident Suleyman Demirel neben Präsident Nazarba-jew der Enthüllung eines Denkmals bei: einer 28 Meter hohen goldfarbenen Säule, die ein auf einem greifartigen Wesen ste-hender legendärer kasachisch-türkischer Krieger krönt. Bei dieser Gelegenheit huldigte Kasachstan der Türkei, die ihm bei jedem Schritt seiner Entwicklung zu einem unabhängigen Staat beigestanden habe, worauf die Türken dem Land einen Kredit in Höhe von 300 Millionen Dollar gewährten, zusätz-lich zu den etwa 1,2 Milliarden, die türkische Geschäftsleute bereits in Kasachstan investiert haben.

Da weder die Türkei noch der Iran über die Mittel verfü-gen, Rußland um seinen regionalen Einfluß zu bringen, ha-

ben beide (und der Iran im beschränkteren Rahmen) die neuen Staaten darin bestärkt, sich einer Reintegration mit ihrem nördlichen Nachbarn und vormaligen Herrn zu widersetzen. Und das trägt zweifellos dazu bei, die geopolitische Zukunft der Region offenzuhalten.

USA im Wartestand

Die geostrategischen Implikationen für die USA liegen auf der Hand: Amerika ist geographisch zu weit entfernt, um in diesem Teil Eurasiens eine beherrschende Rolle zu spielen, aber es ist zu mächtig, um unbeteiligt zuzusehen. Alle Staaten der Region betrachten Amerikas Engagement als für ihr Überleben notwendig. Rußland ist einerseits zu schwach, um die Region wieder unter seine Herrschaft zu zwingen oder andere davon fernzuhalten, und andererseits zu nahe und zu stark, um ausgeschlossen zu werden. Die Türkei und der Iran sind stark genug, um ihren Einfluß geltend zu machen, aber ihre Anfälligkeit für ethnische Konflikte könnte dazu führen, daß die Region mit der Bedrohung aus dem Norden und den internen Auseinandersetzungen nicht mehr fertig wird. Chi-na ist zu mächtig, um nicht von Rußland und den zentralasia-tischen Staaten gefürchtet zu werden, doch Chinas Präsenz in der Region und seine wirtschaftliche Dynamik erleichtern es den zentralasiatischen Staaten auch, das Interesse der Welt auf sich zu ziehen.

Amerikas primäres Interesse muß folglich sein, mit dafür zu sorgen, daß keine einzelne Macht die Kontrolle über die-ses Gebiet erlangt und daß die Weltgemeinschaft ungehinder-ten finanziellen und wirtschaftlichen Zugang zu ihr hat. Geo-politischer Pluralismus wird nur dann zu einer dauerhaften Realität werden, wenn ein Netz von Pipeline- und Transport-routen die Region direkt mit den großen Wirtschaftsknoten--

punkten der Welt verbindet, über das Mittelmeer und das Arabische Meer ebenso wie auf dem Landweg.

Somit kann das Bemühen Rußlands, allein über den Zu-gang zu

bestimmen, nicht hingenommen werden, da es der regionalen Stabilität abträglich ist.

Rußland aus der Region auszuschließen ist indessen weder wünschenswert noch machbar, und ebensowenig ist es sinn-voll, Feindseligkeit zwischen den neuen Staaten des Gebiets und Rußland zu schüren. Die aktive wirtschaftliche Teilnah-me Rußlands an der Entwicklung der Region ist nämlich ganz entscheidend für deren Stabilität — und im Gegensatz zu Rußland als ausschließlichem Beherrscher, kann ein Partner Rußland erhebliche ökonomische Früchte tragen. Größere Stabilität und vermehrter Reichtum innerhalb der Region würden unmittelbar zu Rußlands Wohlergehen beitragen und dem *commonwealth*, das das Akronym GUS verspricht, wirklichen Sinn geben. Aber diese kooperative Option wird sich Rußlands Politik nur dann zu eigen machen, wenn es sei-ne viel ehrgeizigeren, historisch anachronistischen und auf schmerzliche Weise an den europäischen Balkan erinnernden Pläne ein für allemal aufgibt.

Die Staaten, die Amerikas stärkste geopolitische Unter-stützung verdienen, sind Aserbaidschan, Usbekistan und (au-ßerhalb dieser Region) die Ukraine, da alle drei geopolitische Dreh- und Angelpunkte darstellen. Die Rolle Kiews bestätigt fraglos die These, daß die Ukraine der kritische Punkt ist, wenn es um Rußlands eigene künftige Entwicklung geht. Gleichzeitig verdient Kasachstan — in Anbetracht seiner Grö-ße, seines wirtschaftlichen Potentials und seiner geographisch wichtigen Lage — vorsichtige internationale Rückendeckung und anhaltende Wirtschaftshilfe. Mit der Zeit könnte viel-leicht ein Wirtschaftswachstum in Kasachstan die ethnische Spaltung überwinden, die diesen zentralasiatischen Schild ge-genüber russischen Druck so wehrlos macht.

In dieser Region hat Amerika ein gemeinsames Interesse nicht nur mit einer stabilen, prowestlichen Türkei, sondern auch mit dem Iran und mit China. Eine allmähliche Verbesse-rung in den amerikanisch-iranischen Beziehungen würde den globalen Zugang zur Region erheblich erweitern und insbe-sondere die unmittelbare Bedrohung abwenden, der Aser-baidschans Überleben ausgesetzt ist. Chinas wachsende wirt-schaftliche Präsenz in der Region und sein Interesse an ihrer Unabhängigkeit sind ebenfalls deckungsgleich mit den Inter-essen der USA. Auch die Rückendeckung, die Pakistan für seine Bemühungen in Afghanistan von China erhält, ist ein positiver Faktor, denn engere pakistanisch-afghanische Be-ziehungen würden den internationalen Zugang zu Turkmeni-stan erleichtern und dabei diesem Staat wie auch Usbekistan (falls Kasachstan zögern sollte) zugute kommen.
Ausschlaggebend für die Zukunft der Kaukasusrepubliken dürfte die weitere Entwicklung und politische Orientierung der Türkei sein. Wenn sie ihren Kurs auf Europa beibehält — und wenn Europa ihr nicht die Türen zuschlägt —, werden die Kaukasusstaaten vermutlich in den Einflußbereich Europas streben, eine Aussicht, die sie glühend herbeisehnen. Aber wenn die Europäisierung der Türkei aus innenpolitischen oder äußeren Gründen ins Stocken gerät, dann wird Georgi-en und Armenien keine andere Wahl bleiben, als sich Ruß-lands Willen anzupassen. Ihre Zukunft wird dann von Ruß-lands eigenem sich entwickelnden Verhältnis zu dem größer werdenden Europa abhängen, im positiven wie im negativen Sinn.

Die Rolle des Irans ist wahrscheinlich noch problemati-scher. Eine Rückkehr zu einer prowestlichen Einstellung würde die Stabilisierung und Konsolidierung der Region ge-wiß erleichtern, daher ist es für Amerika

strategisch wün-schens-wert, eine solche Wendung im Verhalten des Irans zu fördern. Vorerst aber droht der Iran eine negative Rolle zu

spielen und die Aussichten Aserbaidschans selbst dann nach-teilig zu beeinflussen, wenn er positive Schritte, wie etwa die Öffnung Turkmenistans gegenüber der Welt, unternimmt, und trotz des gegenwärtigen iranischen Fundamentalismus, der das Bewußtsein der Zentralasiaten für ihr religiöses Erbe stärkt.

Letztendlich wird wohl die Zukunft Zentralasiens von noch komplexeren Umständen abhängen und das Schicksal seiner Staaten von dem schwierigen Wechselspiel russischer türkischer, iranischer und chinesischer Interessen bestimmt sein. Von entscheidender Bedeutung ist ferner inwieweit die Vereinigten Staaten ihre Beziehungen zu Rußland davon ab-hängig machen, ob Moskau die Unabhängigkeit der neuen Staaten respektiert. Angesichts dieser komplizierten Sachlage verbieten sich etwaige Großmachtphantasien oder Monopolansprüche der beteiligten geostrategischen Akteure von selbst. Vielmehr bleibt im Grunde nur die Wahl zwischen ei-nem empfindlichen regionalen Gleichgewicht — das die Vor-aussetzung böte, um die Region schrittweise in die entstehen-de Weltwirtschaftsordnung einzugliedern, während sich die Staaten der Region konsolidieren und wahrscheinlich eine ausgeprägtere islamische Identität annehmen — und ethni-schem Konflikt, politischer Zersplitterung und womöglich sogar offenen Feindseligkeiten entlang der russischen Süd-grenzen. Vorrangiges Ziel jeder umfassenden amerikanischen Geostrategie für Eurasien muß es daher sein, dieses regionale Gleichgewicht herzustellen und zu festigen.

6

DER FERNÖSTLICHE ANKER

Eine wirksame amerikanische Politik für Eurasien muß auch im Fernen Osten verankert sein, unabdingbare Voraussetzung dafür ist, daß Amerika auf dem asiatischen Festland prä-sent bleibt, weder ausgeschlossen wird noch sich selbst aus-schließt. Eine enge Beziehung zum japanischen Inselstaat ist für Amerikas Weltpolitik unerläßlich und ein kooperatives Verhältnis zu China für seine eurasische Geostrategie drin-gend geboten. Diese Sachlage muß in ihrer ganzen Tragweite ins Auge gefaßt werden, denn aus dem Wechselspiel der drei Großmächte im Fernen Osten —

Amerika, China und Japan — könnte in der Region ein gefährlicher Hexenkessel entstehen mit der sehr wahrscheinlichen Folge geopolitisch tief greifen-der Machtverschiebungen.

Für China sollten die USA als Anrainer auf der anderen Seite des Pazifischen Ozeans ein natürlicher Verbündeter sein, da Amerika nichts gegen das asiatische Festland im Schilde führt und in der Vergangenheit sowohl russischen als auch japanischen Übergriffen auf ein schwächeres China entgegengetreten ist. Das gesamte letzte Jahrhundert hindurch war Japan für die Chinesen der Hauptfeind. Rußland hat es lange Zeit mißtraut, und auch Indien türmt sich jetzt als potentieller -Gegner auf. Der Grundsatz »Der Nachbar meines

Nachbarn ist mein Verbündeter« trifft also das geopolitische und historische Verhältnis zwischen China und den Vereinig-ten Staaten genau.

Amerika ist jedoch nicht mehr Japans Gegner jenseits des Meeres, sondern eng mit ihm verbündet. Es unterhält außer-dem gute Beziehungen zu Taiwan und zu verschiedenen süd-ostasiatischen Nationen. Die Chinesen reagieren empfindlich auf die amerikanischen Vorhaltungen wegen der restriktiven Innenpolitik ihres gegenwärtigen Regimes. Daher betrachtet China die USA als das Haupthindernis sowohl in seinem Be-mühen um eine herausragende Rolle auf globaler Ebene als auch in seinem Drängen nach der Vorrangstellung in der Re-gion. Ist somit ein Konflikt zwischen Amerika und Japan un-ausweichlich?

Für Japan waren die USA der Schutzschirm, unter dem es sich unbesorgt von der verheerenden Niederlage im Zweiten Weltkrieg erholen, wirtschaftlich wieder auf die Beine kom-men und dann sukzessive zu einer der führenden Nationen der Welt aufsteigen konnte. Aber eben dieser Schutzschirm schränkt Japan in seiner Handlungsfreiheit ein und hat zu der

paradoxen Lage geführt, daß eine Weltmacht zugleich ein Protektorat ist. Amerika bleibt für Japan bei seinem Aufstieg zur internationalen Führungsmacht auch weiterhin ein un-verzichtbarer Partner. Zugleich aber ist Amerika der Haupt-grund dafür, daß es Japan auf sicherheitspolitischem Gebiet nach wie vor an nationaler Selbständigkeit mangelt. Wie lange kann diese Situation noch andauern?

Mit anderen Worten: Zwei geopolitische Fragen von zen-traler Bedeutung — die eng miteinander verknüpft sind — wer-den bis auf weiteres die Rolle der USA im fernen Osten Eura-siens bestimmen:

1. Was heißt es praktisch, wenn China zur beherrschenden Regionalmacht aufsteigt und zunehmend nach dem Status

einer Weltmacht strebt, und inwieweit können die USA die Ausdehnung seines Einflußgebiets hinnehmen?
2. Wie sollte Amerika, da Japan für sich eine Rolle in der Weltpolitik zu definieren sucht, mit den regionalen Konse-quenzen umgehen, die sich zwangsläufig daraus ergeben, wenn Japan den Status eines amerikanischen Protektorats immer weniger zu akzeptieren bereit sein wird?

Die geopolitische Bühne Ostasiens ist derzeit durch metasta-bile Machtverhältnisse gekennzeichnet. Metastabilität um-schreibt eine Situation äußerer Starrheit, aber relativ geringer Festigkeit, die, so gesehen, eher an Eisen als an Stahl gemahnt. In einem solchen Gefüge könnte bereits ein einziger mächti-ger Schlag eine Kettenreaktion mit verheerenden Folgen aus-lösen. Der Ferne Osten erlebt gegenwärtig eine

Art Wirt-schaftswunder und daneben wachsende politische Unsicher-heit. Womöglich trägt sogar das asiatische Wirtschaftswachs-tum zu dieser Unsicherheit bei, weil die Prosperität über die politischen Schwachpunkte der Region hinwegtäuscht, zu-mal sie nationale Ambitionen verstärkt und soziale Erwar-tungen vergrößert.

Daß das asiatische Wirtschaftswunder in der Menschheits-geschichte nicht seinesgleichen hat, versteht sich von selbst. Schon ein paar grundlegende statistische Daten machen dies überdeutlich. Vor weniger als vier Jahrzehnten stellte Ostasi-en (einschließlich Japan) etwa vier Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts, während Nordamerika mit ungefähr 35 bis 40 Prozent an der Spitze stand; Mitte der neunziger Jahre hatten die beiden Regionen annähernd gleichgezogen (um die 25 Prozent). Ebenfalls historisch beispiellos ist die Wachstumsrate in Asien gewesen. Wirtschaftswissenschaftler haben darauf hingewiesen, daß Großbritannien in der An-fangsphase der Industrialisierung mehr als fünfzig Jahre und die USA knapp fünfzig Jahre gebraucht haben, um ihre jewei--

lige Pro-Kopf-Leistung zu verdoppeln, wohingegen China wie auch Südkorea es in ungefähr zehn Jahren schafften. Wenn es zu keinen massiven Turbulenzen in der Region kommt, wird Asien innerhalb eines Vierteljahrhunderts wahrscheinlich mit seinem Bruttosozialprodukt sowohl Nordamerika als auch Europa überholen.

Jedoch ist Asien nicht nur dabei, das ökonomische Gravi-tationszentrum der Welt zu werden, es könnte sich auch als politisches Pulverfaß erweisen. Zwar überflügelt es mit sei-nem Wirtschaftswachstum Europa, doch steckt es mit seiner politischen Entwicklung noch in den Kinderschuhen. Es feh-len ihm die Strukturen multilateraler Zusammenarbeit, die die politische Landschaft Europas prägen und die territoria-len, ethnischen und

nationalen Konflikte, die es dort von je-her gegeben hat, abschwächen, dämpfen und eindämmen. Es gibt in Asien nichts der Europäischen Union oder auch der NATO Vergleichbares. Keine der drei regionalen Verbände —ASEAN (Vereinigung der südostasiatischen Nationen), ARF (Asiatisches Regionalforum, sicherheitspolitisches Forum der ASEAN-Staaten) und APEC (Gruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum) — entspricht auch nur im entferntesten dem Netz multilateraler und regio-naler Beziehungen, das die Staaten Europas miteinander ver-bindet.

Im Gegenteil: Wie kein anderer Teil der Welt ist Asien heu-te ein Herd aufstrebender, bis vor kurzem noch schlummern-der Nationalismen. Angefacht durch den plötzlichen Zugang zu Massenkommunikationsmitteln, wurden sie von den wachsenden gesellschaftlichen Erwartungen geschürt, die wiederum der wirtschaftliche Wohlstand und die sich zuse-hends vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich hervorge-rufen haben. Bevölkerungsexplosion und fortschreitende Verstädterung erleichtern es, die Menschen zu mobilisieren. Die dramatische Steigerung des asiatischen Waffenpotentials

macht diese Lage noch bedrohlicher. Nach Erkenntnissen des *internationalen Instituts für strategische Studien* wurde die Region 1995 zum größten Waffenimporteur der Welt und übertraf damit Europa und den Nahen Osten.

Kurzum, Ostasien brodelt vor Tatendrang und Energie, die bisher durch das rapide Tempo des regionalen Wirtschafts-wachstums in friedliche

Bahnen gelenkt wurden. Aber dieses Sicherheitsventil könnte eines Tages versagen, wenn politi-sche Leidenschaften die Oberhand gewinnen. Und Anlässe gibt es genug angesichts der zahlreichen ungelösten Probleme und strittigen Fragen, die ein gefundenes Fressen für Dem-agogen und somit potentiell hochexplosiv sind:

— Der Unmut Chinas über den Sonderstatus Taiwans wächst ~ in dem Maße, wie es selbst mächtiger wird und das prospe-rierende Taiwan mit dem offiziellen Status eines National-staats zu liebäugeln beginnt.

— Die Paracel- und Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer bergen das Risiko, daß es wegen der Frage des Zugangs zu wertvollen Ölquellen auf dem Meeresboden zu einem Zusammenstoß zwischen China und verschiedenen süd-ostasiatischen Staaten kommt, zumal China das Süd-chinesische Meer als sein legitimes nationales Erbe rekla-miert.

— Auf die Senkaku-Inseln erheben sowohl die Japaner als auch die Chinesen Anspruch (hierin sind sich die Rivalen Taiwan und Volksrepublik China einig), und die uralte Ri-valität zwischen Japan und China um die regionale Vor-herrschaft verleiht dieser strittigen Frage auch eine symbo-lische Bedeutung.

— Die Teilung Koreas und die damit einhergehende Instabili-tät Nordkoreas — die durch Nordkoreas Streben nach Atomwaffen noch gefährlicher wird — birgt die Gefahr, daß eine plötzliche Explosion die Halbinsel in einen Krieg

stürzen könnte, der wiederum die Vereinigten Staaten mit hineinziehen und indirekt auch Japan betreffen würde.

—Die Frage der südlichsten Kurilen-Inseln, die sich die So-wjetunion 1945 einverleibte, lähmt und vergiftet weiterhin die russisch-japanischen

Beziehungen.

—Andere latente Konflikte territorial-ethnischer Art haben mit russisch-chinesischen, chinesisch-vietnamesischen, ja-panisch-koreanischen und chinesisch-indischen Grenz-problemen, möglichen ethnischen Unruhen in der Provinz Xinjiang und chinesisch-indonesischen Streitigkeiten über ozeanische Grenzverläufe zu tun (Siehe Karte Seite 225).

Hinzu kommt die unausgewogene Machtverteilung in der Region. China stellt mit seinem Atomwaffenarsenal und sei-ner großen Armee ganz klar die beherrschende Militärmacht (siehe nachfolgende Karte) dar. Die Chinesische Marine hat bereits eine Strategie der »seegestützten Verteidigung« ausge-arbeitet und strebt innerhalb der nächsten 15 Jahre ein hoch-seetaugliches Potential zur »wirksamen Kontrolle der Ge-wässer innerhalb der ersten Inselkette« (gemeint sind die Straße von Taiwan und das Südchinesische Meer) an. Zwar verstärkt auch Japan seine militärische Schlagkraft, deren Qualität in der Region ihresgleichen sucht. Gegenwärtig je-doch sind die japanischen Streitkräfte kein Werkzeug der Au-ßenpolitik des Inselstaates und werden zum größten Teil als verlängerter Arm der militärischen Präsenz der USA im Fer-nen Osten betrachtet.

Das stärkere Gewicht, das China inzwischen auf der inter-nationalen Bühne genießt, hat bereits seine südöstlichen Nachbarn zu größerer Willfährigkeit gegenüber chinesischen Anliegen veranlaßt. Es ist bemerkenswert, daß während der Minikrise um Taiwan Anfang 1996 (in der sich China an eini-gen drohenden Militärmanövern beteiligte und den Luft- und Seeweg zu einem Gebiet nahe Taiwan abriegelte und damit

sogleich ein demonstratives Flottenauf gebot der USA auf den Plan rief) sich der thailändische Außenminister zu erklären beeilte, eine solche Abriegelung sei durchaus normal, sein in-donesischer Amtskollege behauptete, es handele sich um eine rein chinesische Angelegenheit, während die Philippinen und Malaysia für eine Politik der Neutralität in dieser strittigen Frage eintraten.

Das nicht vorhandene Machtgleichgewicht in der Region hat Australien und Indonesien — die einander zuvor mit ziemli-chem Mißtrauen begegnet waren — in jüngster Zeit zu immer engerer Zusammenarbeit auf militä- rischem Gebiet veranlaßt. Beide Länder machen kein Hehl aus ihrer Besorgnis über die langfristigen Aussichten einer militärischen Vorherrschaft

	Aktive Armeestärke Total	Panzer Total	Flugzeuge Total	Kriegsschiffe Total	U-Boote Total
		(Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf technologisch hochwertige Systeme, gebaut ab Mitte der 60er Jahre)			
China	3030000	9400 (500)	5224 (124)	57 (40)	53 (7)
Pakistan	577 000	1 890 (40)	336 (160)	11 (8)	6 (6)
Indien	1100000	3500 (2700)	700 (374)	21 (14)	18 (12)
Thailand	295 000	633 (313)	74 (18)	14 (6)	0 (0)
Singapur	55 500	350 (0)	143 (6)	0 (0)	0 (0)
Nordkorea	1127000	4200 (2225)	730 (136)	3 (0)	23 (0)
Südkorea	633 000	1 860 (450)	334 (48)	17 (9)	3 (3)
Japan	237700	1200 (929)	324 (231)	62 (40)	17 (17)
Taiwan*	442 000	1400 (0)	460 (10)	38 (11)	4 (2)
Vietnam	857 000	1 900 (400)	240 (0)	7 (5)	0 (0)
Malaysia**	114 500	26 (26)	50 (0)	*2* (0)	0 (0)
Philippinen	106 500	41 (0)	7 (0)	1 (0)	0 (0)
Indonesien	270900	235 (110)	54 (12)	17 (4)	2 (2)

* **Taiwan hat 150 F-16, 60 Mirage und 130 weitere Kampfbomber geordert und baut zur Zeit an mehreren Kriegsschiffen.**

** **Malaysia kauft 8 F-18 und wahrscheinlich 18 MIG-29 Kampfflugzeuge.**

Quelle: **‘General Accounting Office.-Bericht, .Impact of China‘s Military Modernization in the Pacific region, Juni 1995.**

Chinas in der Region und über das Stehvermögen der Verei-nigten Staaten als Sicherheitsgarant. Diese Sorge hat auch Singapur bewogen, eine engere Zusammenarbeit in Sicher-heitsbelangen mit den genannten Nationen auszuloten. Tat-sächlich stellen sich Strategen in der gesamten Region inzwi-schen die zentrale, aber noch unbeantwortete Frage: »Wie lange können 100 000 amerikanische Soldaten den Frieden in der bevölkerungsreichsten und inzwischen fast am höchsten gerüsteten Region der Welt noch sichern? Und wie lange wer-den sie überhaupt noch bleiben?

In dieser brisanten Atmosphäre immer ausgeprägterer Na-tionalismen, rapide steigender Bevölkerungszahlen, wach-senden Reichtums, explodierender Erwartungen und sich

überschneidenden Machtstrebens spielen sich tiefgreifende Veränderungen in der geopolitischen Landschaft Ostasiens ab:

- China ist eine aufstrebende und bald vielleicht schon be-herrschende Macht, egal, wie seine Absichten im einzelnen aussehen mögen.
- Amerikas Rolle als Sicherheitsgarant gerät in immer stär-kere Abhängigkeit von der Zusammenarbeit mit Japan.
- Japan ist auf der Suche nach einer klarer umrissenen und autonomen Rolle in der Weltpolitik.
- Rußland hat erheblich an Einfluß verloren, während früher von der Sowjetunion dominierte Zentralasien Gegenstand internationalen Wettstreits geworden ist.

Diese Verwerfungen verleihen den beiden zentralen Proble-men, die am Anfang dieses Kapitels dargestellt wurden, zu-sätzliches Gewicht.

China: regionale, aber keine Weltmacht

China kann auf eine große Geschichte zurückblicken. Das gegenwärtig starke Nationalgefühl des chinesischen Volkes ist nur in seiner gesellschaftlichen Verbreitung neu, denn nie zuvor identifizierten sich so

viele Chinesen, auch emotional, mit ihrem Staat und den Geschicken ihres Landes. Anders als zu Beginn dieses Jahrhunderts, wo vor allem Studenten für einen politischen Nationalismus eintraten und damit dem Kuomintang und der Kommunistischen Partei Chinas den

Weg ebneten, ist der chinesische Nationalismus inzwischen ein Massenphänomen und bestimmt das Bewußtsein des be-völkerungsreichsten Staates der Welt.

Dieses Bewußtsein hat tiefe historische Wurzeln. Auf-grund der nationalen Geschichte neigt die chinesische Füh-rung dazu, China für den natürlichen Mittelpunkt der Welt zu halten. Nun enthält das chinesische Wort für China — Chung-kuo oder »Reich der Mitte« — einerseits die Vorstel-lung von Chinas zentraler Rolle im Weltgeschehen und be-kräftigt andererseits die Bedeutung nationaler Einheit. Der Begriff beinhaltet zugleich, daß der Einfluß von einem Machtzentrum ausgeht und in hierarchischen Abstufungen die Randzonen erfaßt; daher erwartet China als der Mittel-punkt von seinen Nachbarn Ehrerbietung und Achtung.

Seit undenklichen Zeiten ist China mit seiner riesigen Be-völkerung eine eigenständige und stolze Zivilisation ganz be-sonderer Art gewesen. Diese Zivilisation war auf allen Gebie-ten hoch entwickelt: im Bereich der Philosophie, der Kultur, der Künste, der gesellschaftlichen Fähigkeiten, des techni-schen Erfindungsreichtums und der politischen Macht. Die Chinesen erinnern daran, daß China bis zu Beginn des 17. Jahrhunderts weltweit die höchste landwirtschaftliche Pro-duktivitäts- und industrielle Innovationsrate sowie den höch-sten Lebensstandard hatte. Aber im Unterschied zur europäi-schen und islamischen Zivilisation, aus denen etwa 75 Staaten hervorgegangen sind, ist China in seiner Geschichte fast im-mer ein einziger Staat geblieben, der zur Zeit der amerikani-schen

Unabhängigkeitserklärung bereits mehr als 200 Millio-nen Menschen umfaßte und dessen Manufakturen führend auf der Welt waren.

So gesehen, ist Chinas Niedergang — die Demütigung der letzten 150 Jahre — eine Verirrung, eine Entweihung des be-sonderen Ranges, den China immer genoß, und eine für jeden Chinesen persönliche Beleidigung. Sie muß getilgt werden,

und diejenigen, die dieses Verbrechen begangen haben, müs-sen gebührend bestraft werden. Daran waren, in unterschied-lichem Maße, hauptsächlich vier Mächte beteiligt: Großbri-tannien, Japan, Rußland und Amerika — Großbritannien wegen des Opiumkriegs und der daraus folgenden schmach-vollen Erniedrigung Chinas; Japan wegen der Raubkriege in den letzten hundert Jahren, die entsetzliches (und bis heute ungesühntes) Leid über das chinesische Volk brachten; Ruß-land wegen seiner fortgesetzten Übergriffe auf chinesisches Territorium im Norden und weil Stalin die chinesische Selbstachtung mit Füßen trat; und schließlich Amerika, das mit seiner militärischen Präsenz in Asien und seiner Unter-stützung Japans Chinas außenpolitischen Bestrebungen im Weg steht.
Zwei der vier Mächte hat nach Ansicht der Chinesen be-reits die Geschichte bestraft. Großbritannien ist kein Welt-reich mehr, und mit dem Einholen des Union Jack in Hong-kong ist dieses besonders schmerzliche Kapitel ein für allemal beendet. Rußland mußte in seiner Stellung, seinem Ansehen und Territorium zwar starke Einbußen hinnehmen, bleibt aber nach wie vor der unmittelbare Nachbar. Doch die ern-stesten Probleme wirft Chinas Verhältnis zu Amerika und Ja-pan auf. Welche Rolle es künftig in der Region und in der Welt spielen wird, hängt wesentlich davon ab, wie sich dieses Verhältnis gestaltet.

In erster Linie kommt es jedoch darauf an, wie sich China entwickelt,

wie mächtig es auf wirtschaftlichem und militäri-schem Gebiet letzten Endes wird. Deshalb sind die Voraussa-gen für China, wenn auch mit einigen größeren Unwägbar-keiten behaftet und unter manchen Einschränkungen, im großen und ganzen vielversprechend. Sowohl aufgrund der Wachstumsrate der chinesischen Wirtschaft als auch aufgrund des ausländischen Investitionsaufkommens — mit beiden be-wegt sich China ganz oben auf der internationalen Skala —

kann man die Prognose aufstellen, daß China innerhalb der, grob gesagt, nächsten zwei Jahrzehnte zu einer Weltmacht aufsteigen wird, etwa gleichauf mit den Vereinigten Staaten und Europa (vorausgesetzt, es kommt dort zu einer Erweite-rung und Einigung). Bis zu diesem Zeitpunkt könnte China ein Bruttosozialprodukt erreichen, das über das Japans be-trächtlich hinausgeht. Das russische übersteigt es bereits jetzt erheblich. Angesichts dieser wirtschaftlichen Dynamik dürf-te sich China eine Militärmacht leisten können, die alle seine Nachbarn einschüchtern wird, vielleicht sogar jene Widersa-cher chinesischen Ehrgeizes, die, geographisch gesehen, wei-ter weg sind. Mit der Einverleibung Hongkongs und Macaos und vielleicht auch durch eine am Ende erfolgende politische Subordination Taiwans zusätzlich gestärkt, wird ein Großchina entstehen, das nicht nur den Fernen Osten dominiert, sondern auch eine Weltmacht erster Ordnung ist.

Allerdings birgt jede Prognose eines zwangsläufig wieder-erstehenden »Reichs der Mitte« gewisse Fehleinschätzungen, deren offensichtlichste mit dem unerschütterlichen Vertrauen auf statistische Voraussagen zu tun haben. Genau diesem Trugschluß erlagen vor kurzer Zeit jene, die vorhersagten, daß Japan die USA als weltweit führende Wirtschaftsmacht ablösen würde und unweigerlich zum neuen Superstaat auf-steigen werde.

Diese Sichtweise stellte weder die Verwund-barkeit der japanischen Wirtschaft noch das Problem politi-scher Diskontinuität in Rechnung — und den gleichen Fehler begehen jene, die den zwangsläufigen Aufstieg Chinas zur Weltmacht verkünden und auch befürchten.

Zunächst einmal ist es alles andere als sicher, ob China sein explosives Wachstumstempo in den nächsten beiden Jahr-zehnten beibehalten kann. Eine ökonomische Verlangsamung läßt sich nicht ausschließen, und das allein brächte schon die gängige Prognose um ihre Glaubwürdigkeit. Um solche Wachstumsraten über einen langen Zeitraum hinweg auf-

rechterhalten zu können, bedürfte es einer ganz ungewöhn-lich glücklichen Koinzidenz günstiger Voraussetzungen, als *i* da sind eine erfolgreiche Staatsführung, Ruhe im Lande, so-ziale Disziplin, hohe Sparzuwächse, ein weiterhin starker Zu-strom ausländischer Investitionen und regionale Stabilität. Eine anhaltende Verbindung dieser positiven Faktoren ist mehr als fraglich.

Zudem dürfte Chinas enormes Wirtschaftswachstum poli-tische Nebenwirkungen zeitigen, die es in seiner Handlungs-freiheit einschränken könnten. Der Energieverbrauch des Landes nimmt bereits jetzt in einem Maße zu, das die heimi-sche Förderung bei weitem übersteigt. Diese Kluft zwischen Nachfrage und Angebot wird auf jeden Fall größer werden, besonders dann, wenn Chinas Wachstumsrate weiterhin so hoch bleibt. Das gleiche gilt für die Ernährungslage. Auch wenn sich das demographische Wachstum jetzt etwas ver-langsamt, nimmt die chinesische Bevölkerung in absoluten Zahlen stetig zu, so daß Lebensmittelimporte für das Wohler-gehen der Menschen und die politische Stabilität immer un-verzichtbarer werden. Die Abhängigkeit von Importen wird nicht nur

Chinas Finanzen aufgrund höherer Kosten bela-sten, sie machen das Land auch wehrloser gegen Druck von außen.

Militärisch gesehen, könnte sich China teilweise als Welt-macht qualifizieren, da die schiere Größe seiner Volkswirt-schaft und ihre hohen Wachstumsraten die Regierenden in die Lage versetzen dürften, einen erheblichen Teil des Brutto-sozialprodukts für eine bedeutende Erweiterung und Moder-nisierung seiner Streitkräfte einschließlich der Aufstockung seines Arsenals an strategischen Atomwaffen abzuzweigen. Wenn allerdings hierbei übertrieben wird (und nach Schät-zungen westlicher Kreise verschlangen die Militärausgaben bereits Mitte der neunziger Jahre etwa 20 Prozent des chine-sischen Bruttosozialprodukts), könnte sich das genauso ne-

gativ auf Chinas langfristige Wirtschaftsentwicklung auswir-ken, wie die Niederlage der UDSSR im Rüstungswettlauf mit Amerika auf die sowjetische Wirtschaft. Darüber hinaus zö-gen größere chinesische Rüstungsanstrengungen sehr wahr-scheinlich eine Aufrüstung Japans nach sich, wodurch der politische Nutzen einer wachsenden militärischen Stärke Chinas zum Teil wieder zunichte gemacht würde. Und man darf dabei nicht übersehen, daß es China, abgesehen von sei-nen Atomwaffen, in nächster Zeit wahrscheinlich noch an den nötigen Mitteln fehlen wird, sich außerhalb der Region als Militärmacht zu behaupten.

Auch innerhalb Chinas könnten sich die Spannungen ver-schärfen, da das hochgradig beschleunigte, durch die hem-mungslose Ausbeutung marginaler Vorteile angetriebene Wirtschaftswachstum unweigerlich zu einer sozialen Schieflage führt. Die südlichen und östlichen Küstenstreifen waren ebenso wie die wichtigsten städtischen Zentren — die den ausländischen Investitionen und dem Überseehandel leichter zugänglich

sind — bisher die Hauptnutznießer des eindrucksvollen Wirtschaftswachstums. Im Gegensatz dazu hinken die ländlichen Gebiete im Landesinneren ganz allge-mein sowie einige abgelegene Regionen deutlich hinterher (mit über 100 Millionen Arbeitslosen unter der Landbevölke-rung).

Der Unmut über regionale Disparitäten und der Zorn über soziale Ungleichheit könnten sich gegenseitig hochschaukeln. Chinas rapides Wachstum vertieft die Kluft in der Ver-teilung des Wohlstands. Eines Tages könnten diese Spannun-gen die politische Stabilität des Landes massiv beeinträch-tigen, entweder weil die Regierung womöglich diese Unter-schiede zu begrenzen versucht oder sich von unten her sozia-ler Unmut regt.

Der zweite Grund für vorsichtige Skepsis gegenüber weit-verbreiteten Prognosen, die China innerhalb des nächsten

Vierteljahrhunderts zu einer dominierenden Macht in der Weltpolitik aufsteigen sehen, ist die Zukunft der chinesischen Politik. Der dynamische Charakter von Chinas grund-legender wirtschaftlicher Veränderung, einschließlich seiner Aufgeschlossenheit gegenüber dem Rest der Welt, ist auf lan-ge Sicht mit einer relativ geschlossenen, bürokratisch starren kommunistischen Diktatur nicht vereinbar. Bei dem Kom-munismus, den diese Diktatur verkündet, geht es weniger um ideologisches Engagement als um die persönlichen Inter-essen einer Parteibürokratie. Die Organisationsstruktur der politischen Führung Chinas ist nach wie vor die einer in sich geschlossenen, starren, disziplinierten, durch Intoleranz und Meinungsmonopol geprägten Hierarchie, die immer noch ri-tue[11] ihre Treue zu einem Dogma verkündet, das ihre Macht rechtfertigen soll, aber

dieselbe Elite nicht mehr mit gesell-schaftlichem Leben erfüllt. Wenn die chinesische Politik nicht langsam beginnt, sich an die sozialen Erfordernisse der chinesischen Volkswirtschaft anzupassen, werden diese bei-den Seiten der Wirklichkeit irgendwann frontal auf einanderprallen.

Eine Demokratisierung läßt sich auf die Dauer nicht umge-hen, es sei denn, China trifft plötzlich dieselbe Entscheidung, die es im Jahre 1474 getroffen hat: sich von der Welt abzu-schotten, etwa so wie das heutige Nordkorea. Dazu müßte China seine mehr als 70 000 Studenten, die gegen-wärtig in Amerika studieren, zurückrufen, ausländische Geschäftsleute des Landes verweisen, seine Computer abschalten und von Millionen chinesischen Häusern die Satellitenschüsseln her- unterreißen. Es wäre ein Akt des Wahnsinns, vergleichbar der Kulturrevolution. Eine Weile könnte vielleicht noch ein dog-matischer Flügel der herrschenden, aber immer schwächer werdenden Kommunistischen Partei im Zuge eines innenpo-litischen Machtkampfs Nordkorea nachzuahmen versuchen, doch wäre das allenfalls eine kurze Episode. Höchstwahr-

scheinlich würde ein solcher Versuch zu wirtschaftlicher Sta-gnation führen und eine politische Explosion auslösen.

Eine freiwillige Isolation wäre auf alle Fälle das Ende jedes ernsthaften chinesischen Anspruchs auf regionale Vorherr-schaft, geschweige denn auf eine führende Rolle im interna-tionalen Machtgefüge. Zudem hängt für das Land zuviel von einem Zugang zur Welt ab, und diese Welt ist, anders als die von 1474, einfach zu allgegenwärtig, um wirksam ausgesperrt zu werden. Daher gibt es zu einer weiteren Öffnung Chinas gegenüber der Welt keine praktische, wirtschaftlich rentable und politisch gangbare Alternative.

Die Forderung nach Demokratisierung wird die chinesi-sche Führung nicht

mehr loslassen. Sie kann sich weder ihr noch der ihr verbundenen Menschenrechtsfrage allzu lange entziehen. Deshalb wird Chinas zukünftiger Fortschritt ebenso wie sein Auftreten als Großmacht im hohen Maße da-von abhängen, wie geschickt seine herrschende Elite die Machtübergabe von der jetzigen Herrschergeneration auf ein jüngeres Team handhabt und mit der wachsenden Spannung zwischen den ökonomischen und politischen Strukturen des Landes fertig wird.

Vielleicht gelingt es der chinesischen Führung, einen lang-samen und evolutionären Übergang zu einem sehr begrenz-ten Wahlautoritarismus herbeizuführen, in welchem eine ge-wisse politische Mitsprache der Bevölkerung auf unterer Ebene hingenommen wird; danach könnte sie sich auf einen echten Parteienpluralismus zubewegen, der ein größeres Ge-wicht auf Anfänge einer verfassungsmäßigen Regierung ein-schließt. Ein solch kontrollierter Übergang entspräche den Erfordernissen der zunehmend offeneren Wirtschaftsdyna-mik des Landes besser als das Festhalten an dem Machtmono-pol einer einzigen Partei.

Eine solch kontrollierte Demokratisierung verlangt von der politischen Führung Chinas außerordentliches Geschick

und einen von gesundem Menschenverstand geleiteten Prag-matismus: Sie muß eine relative Geschlossenheit wahren und bereit sein, etwas von ihrem Machtmonopol (und ihren per-sönlichen Privilegien) abzugeben — während die Bevölkerung im großen und ganzen Geduld aufbringen muß und keine großen Ansprüche stellen darf. Dieses Zusammentreffen glücklicher Umstände dürfte sich wohl nicht so leicht einstel-len. Die Erfahrung lehrt, daß der Druck von unten, mit dem jene, die sich politisch unterdrückt (Intellektuelle und Stu-denten), oder jene, die sich ökonomisch

ausgebeutet fühlen (die neue städtische Arbeiterklasse und die arme Landbevöl-kerung), auf Demokratisierung drängen, zumeist stärker ist als die Bereitschaft der Herrschenden nachzugeben. Irgend-wann werden sich wahrscheinlich die politischen Dissidenten und die sozial Unzufriedenen zusammenschließen, um ge-meinsam mehr Demokratie, Meinungsfreiheit und Beachtung der Menschenrechte einzufordern. 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens war das noch nicht der Fall, aber beim nächsten Mal könnte es durchaus dazu kommen.

Folglich wird China eine Phase politischer Unruhen wahr-scheinlich nicht erspart bleiben. Angesichts der Größe des Landes, der wachsenden regionalen Unterschiede und der Erbschaft von fünfzig Jahren doktrinärer Diktatur könnte sie die politische Führung wie auch die Wirtschaft in eine schwe-re Krise stürzen. Damit scheinen selbst die chinesischen Spit-zenpolitiker zu rechnen, sagen doch interne, Anfang der neunziger Jahre durchgeführte Untersuchungen der Kom-munistischen Partei möglicherweise ernste politische Unru-hen voraus.[23] Einige Experten prophezeiten sogar, daß China

23 Das “Official Document Anticipates Disorder During the Post-Deng Period.”, *Hong Kong*, 1. Februar 1995, bietet eine detaillierte Zusammenfassung zweier Analysen, die für die Parteiführung über verschiedene Formen politischer Unru-he vorbereitet wurden. Eine westliche Sichtweise siehe in Richard Baum, „China After Deng: Ten Scenarios in Search of Reality.s China“ *Quarterly* (März 1996).

in den Sog eines der in seiner Geschichte häufigen Zyklen innerer Zersplitterung geraten könnte; damit wäre sein Aufstieg zur Weltmacht beendet. Allerdings vermindert der starke Einfluß des Nationalismus und der modernen Kornmmunikationssysteme, die beide für einen geeinten chinesi-schen Staat arbeiten, die Wahrscheinlichkeit, daß es zu einem solchen Extremfall kommt.

Schließlich gibt es noch einen dritten Grund, weshalb man den Aussichten, daß China im Laufe der nächsten zwanzig Jahre zu einer echten Großmacht und — in den Augen einiger Amerikaner bereits drohenden — Weltmacht, aufsteigt, mit Skepsis begegnen sollte. Selbst wenn China von ernsten poli-tischen Krisen verschont bleibt und selbst wenn es seine au-ßerordentlich hohen Wachstumsraten über ein Vierteljahr-hundert aufrechterhalten kann — beides ist noch sehr die Frage —, wäre es immer noch ein vergleichsweise armes Land. Selbst bei einem dreimal so hohen Bruttosozialprodukt wür-de Chinas Bevölkerung in der nach dem Pro-Kopf-Einkom-men gegliederten Rangliste der Nationen weiterhin einen un-teren Platz einnehmen, gar nicht zu reden von der tatsächlichen Armut eines bedeutenden Teils des chinesischen Volkes.[24] Die Anzahl der Telefonanschlüsse, Autos und Computer, gar nicht zu reden von Konsumgütern, wäre im internationalen Vergleich sehr niedrig.

Fazit: Selbst um das Jahr 2020 und selbst unter optimalen Bedingungen ist es ganz unwahrscheinlich, daß China in den für eine Weltmacht maßgeblichen Bereichen wirklich kon-kurrenzfähig werden könnte. Trotzdem ist China auf dem be-sten Weg, die bestimmende *regionale* Macht in Ostasien zu

24 In einem etwas optimistischen Bericht, der 1996 vom chinesischen Institute for Quantitative Economic and Technological Studies herausgegeben wurde, wird das chinesische Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 2010 auf etwa $ 735 geschätzt und damit weniger als $30 über dem Wert liegen, den die Weltbank ihrer Defini-tion eines Landes mit niedrigem Einkommen zugrunde gelegt hat.

werden. Geopolitisch beherrscht es bereits das Festland. Auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet stellt es seine un-mittelbaren Nachbarn, mit Ausnahme Indiens, deutlich in en Schatten. Es ist daher nur natürlich, daß sich China, ganz im Einklang mit seinen historischen, geographischen und

ökonomischen Vorgaben, auf regionaler Ebene zunehmend durchsetzen wird.

Chinesische Studenten, die sich mit der Geschichte ihres Landes beschäftigen, wissen, daß sich Chinas Machtbereich noch im Jahr 1840 über ganz Südostasien bis hinunter zur Straße von Malakka erstreckte, einschließlich Birma, Teilen des heutigen Bangladesch sowie Nepal, Gebieten des heuti-gen Kasachstan, der gesamten Mongolei und der heute fernöstlichen Provinz Rußlands nördlich der Amur-Mün-der (vgl. Karte Seite 31). Diese Gebiete unterstanden entwe-der irgendeiner Form der chinesischen Kontrolle oder zahlten an China Tribut. Zwischen 1885 und 1895 verdräng-ten Briten und Franzosen im Zuge ihrer kolonialen Ausdeh-nung die Chinesen aus Südostasien, während zwei ihnen von Rußland aufgezwungene Verträge in den Jahren 1858 und 1864 territoriale Verluste im Nordosten und Nordwesten zur Folge hatten. Im Anschluß an den chinesisch-japanischen Krieg verlor China 1895 auch noch Taiwan.

Man kann nahezu mit Bestimmtheit davon ausgehen, daß die Chinesen aufgrund ihrer Geschichte und Geographie im-mer nachdrücklicher — und emotionsbeladener — auf der Wie-dervereinigung Taiwans mit dem Festland bestehen. Des wei-teren ist anzunehmen, daß ein mächtiger werdendes China, nachdem es Hongkong wirtschaftlich intergriert und poli-tisch verdaut hat, in den ersten zehn Jahren des nächsten Jahr-hunderts sein Hauptaugenmerk auf dieses Ziel richten wird. Vielleicht könnte eine friedliche Wiedervereinigung — unter der Formel »eine Nation, verschiedene politische Systeme« (eine Variante des 1984 von Deng Xiaoping geprägten Slo-

gans: »ein Land, zwei Systeme« bei Taiwan Anklang und den USA Zustimmung finden, vorausgesetzt, China hat seine ökonomische Entwicklung erfolgreich weiterverfolgt und bedeutende demokratische

Reformen durchgeführt. Andern-falls wird wahrscheinlich nicht einmal ein regional beherr-schendes China seinen Willen militärisch durchsetzen kön-nen, erst recht nicht angesichts einer amerikanischen Opposition. In diesem Falle dürfte die Taiwan-Frage dem chinesischen Nationalismus weiterhin enormen Auftrieb ge-ben und dabei die amerikanisch-chinesischen Beziehungen erheblich belasten.

Geographische Gesichtspunkte stehen auch hinter dem In-teresse Chinas, ein Bündnis mit Pakistan einzugehen und in Birma militärisch präsent zu sein. In beiden F ällen heißt das geostrategische Ziel Indien. Eine enge militärische Zusam-menarbeit mit Pakistan bringt Indien sicherheitspolitisch in größere Verlegenheit und hindert es daran, sich selbst als re-gionale Hegemonialmacht in Südasien und als Rivale Chinas zu etablieren. Von der militärischen Zusammenarbeit mit Bir-ma verspricht sich China Zugang zu Marineeinrichtungen auf küstennahen birmanischen Inseln im Indischen Ozean, mit denen es ein weiteres strategisches Druckmittel in Südostasi-en allgemein und der Straße von Malakka im besonderen er-hielte. Und wenn China die Straße von Malakka und den geostrategischen Dreh- und Angelpunkt Singapur in die Hand bekäme, könnte es Japans Zugang zu den Ölquellen im Nahen Osten und zu den europäischen Märkten kontrollie-ren.

Chinas Interesse an Korea hat neben geographischen auch historische Gründe. Ein wiedervereinigtes Korea als Verlän-gerung des amerika-nischen (und mittelbar auch japanischen) Einflusses würde für China eines Tages unerträglich sein. Zu-mindest würde China darauf bestehen, daß ein wiederverei-nigtes Korea ein neutraler Pufferstaat zwischen China und

Japan wäre, und auch damit rechnen, daß sich Korea auf-grund seiner traditionellen Animosität gegen Japan von selbst auf die Seite Chinas schlagen wird. Vorläufig jedoch ist ein geteiltes Korea China am genehmsten, daher wird es wahr-scheinlich für den Fortbestand des nordkoreanischen Regi-mes eintreten.

Nicht zuletzt bestimmen natürlich wirtschaftliche Erwä-gungen die Stoßrichtung chinesischer Bestrebungen in der Region. So hat zum Beispiel China aufgrund seines rapide steigenden Energiebedarfs bereits sein Mitspracherecht bei jeder regionalen Nutzung der Erdöllager im Südchinesischen Meer durchgesetzt. Aus demselben Grund zeigt China nun ein wachsendes Interesse an der Unabhängigkeit der an Roh-stoffen reichen zentralasiatischen Staaten. Im April 1996 un-terzeichneten China, Rußland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan ein gemeinsames Grenz- und Sicherheitsab-kommen; und während des Besuchs von Präsident Jian Zemin in Kasachstan im Juli desselben Jahres soll die chinesi-sche Seite den »Bemühungen Kasachstans, seine Unabhän-gigkeit, Souveränität und territoriale Integrität zu vertei-digen, Unterstützung zugesichert haben. Aus dem bisher Gesagten geht deutlich hervor, daß sich China künftig zuneh-mend in die Geopolitik Zentralasiens einschalten wird.

Geschichte und Ökonomie sind gemeinsam dafür verant-wortlich, daß sich ein regional mächtigeres China immer stär-ker für Rußlands Fernen Osten interessiert. Zum ersten Mal, seit China und Rußland eine offizielle Grenze miteinander teilen, ist China der wirtschaftlich dynamischere und poli-tisch stärkere Part. Inzwischen hat die Kolonie chinesischer Einwanderer und Händler, die auf russischem Gebiet leben, bedeutende Ausmaße angenommen, und China setzt sich in-zwischen tatkräftiger für eine nordostasiatische Wirtschafts-kooperation ein, die sich auch auf Japan und Korea erstreckt. Bei dieser Zusammenarbeit hat Rußland nunmehr die viel

schlechteren Karten, während seine fernöstliche Provinz in wirtschaftlicher Hinsicht zunehmend auf enge Bindungen zur chinesischen Mandschurei angewiesen ist. Ähnliche öko-nomische Kräfte sind auch in Chinas Beziehungen zur Mon-golei am Werk, die kein russischer Satellitenstaat mehr ist und deren formelle Unabhängigkeit China widerwillig anerkannt hat.

Eine regionale Einflußsphäre Chinas ist also im Entstehen begriffen. Eine Einflußsphäre sollte jedoch nicht mit einer Zone politischer Vorherrschaft verwechselt werden, wie sie die Sowjetunion früher in Osteuropa ausübte. Sie ist sozioökonomisch poröser und auf politischem Gebiet weniger von der Monopolstellung eines Staates geprägt. Nichtsdestoweni-ger entsteht dabei ein geographischer Raum, in dem die ein-zelnen Staaten bei der Festlegung ihrer jeweiligen Politik auf die Interessen, Standpunkte und voraussichtlichen Reaktio-nen der regional bestimmenden Macht besondere Rücksicht nehmen. Kurz, eine chinesische Interessensphäre — vielleicht wäre Sphäre der Rücksichtnahme auf chinesische Interessen eine passendere Formulierung — läßt sich dadurch charakteri-sieren, daß die erste Frage, die man sich in den verschiedenen Hauptstädten bei einem auftauchenden Problem stellt, lautet:
»Was sagt Peking dazu?«

Die nachfolgende Karte (Seite 242) zeigt das Einflußgebiet, das ein in der Region dominierendes China im Laufe des nächsten Vierteljahrhunderts erlangen könnte und stellt dar-über hinaus die mögliche Einflußsphäre einer Weltmacht China dar, falls es — allen bereits erwähnten inneren und äuße-ren Hindernissen zum Trotz — tatsächlich eine werden sollte. Ein in der Region dominierendes Großchina, das die politi-sche Unterstützung seiner ungeheuer reichen und wirtschaft-lich mächtigen Diaspora in

Singapur, Bangkok, Kuala Lum-pur, Manila und Jakarta, gar nicht zu reden von Taiwan und Hongkong, gewänne (einige überraschende Daten hierzu fin--

den sich in der Fußnote[25]) und sowohl nach Zentralasien als auch in den Fernen Osten Rußlands vordringen würde, ent-spräche von seinem Radius her der Ausdehnung des chinesi-schen Kaiserreichs vor dem Beginn seines Niedergangs, wo-bei es durch das Bündnis mit Pakistan seine geopolitische Einflußzone sogar noch erweitern könnte. Je mehr China an Macht und Ansehen gewinnt, desto stärker werden sich wahrscheinlich die reichen Auslandschinesen Pekings Bestre-bungen zu eigen machen und damit zu einer mächtigen Vorhut auf dem Weg Chinas zur Großmacht werden. Die südost-asiatischen Staaten könnten es womöglich für klüger halten, auf Chinas politische Empfindlichkeiten und ökonomische Interessen Rücksicht zu nehmen — und tun dies bereits in zu-nehmendem Maße.[26] Ähnlich betrachten die neuen zentrala-siatischen Länder China mehr und mehr als eine Macht, die

25 Laut Yazhou Zhoukan *(Asiaweek)* vom 25. September 1994 belief sich das Kapi-tal der 500 führenden chinesischen Unternehmen in Südostasien auf insgesamt etwa 540 Milliarden Dollar. Andere Schätzungen liegen sogar noch höher: In ih-rer Ausgabe vom November/Dezember 1996 berichtete *International Economy,* daß das Jahreseinkommen der 50 Millionen im Ausland lebenden Chinesen unge-fähr die oben genannte Summe erreiche und somit in etwa dem Bruttosozialpro-dukt des chinesischen Festlandes entspreche. Die außerhalb Chinas lebenden Chinesen sollen an die 90% der indonesischen Volkswirtschaft, 75% der Thai-lands, 50-60% der Malaysias und die gesamte Wirtschaft Taiwans, Hongkongs und Singapurs unter ihrer Kontrolle haben. Aus Sorge über diese Sachlage sah sich der indonesische Botschafter in Japan genötigt, öffentlich vor einem .‘wirt-schaftlichen Eingreifen Chinas in die Region.‘ zu warnen, was nicht nur eine derartige Präsenz der Chinesen ausnützen, sondern sogar zu .‘Marionettenregie-rungen.‘ unter der Schirmherrschaft Chinas führen könnte. (Saydiman Suryoha-diprojo, .‘How to Deal with China and Taiwan.‘, *Asahi Shimbun* Tokio), 23. Sep-tember 1996.

26 Symptomatisch hierfür war der in der englischsprachigen Tageszeitung Bangkoks *The Nation* (31. März 1997) veröffentlichte Bericht über den Besuch des thailän-dischen Premierministers Chavalit

Yongchaiudh in Peking. Als Zweck des Be-suchs wurde die Herstellung eines festen strategischen Bündnisses mit .‘Großchi-na.‘ genannt. Die thailändische Führung soll .‘China als eine Supermacht, die eine globale Rolle hat, anerkannt.‘ haben und soll als .‘eine Brücke zwischen China und ASEAN.‘ dienen wollen. Singapur ist in seinem demonstrativen Schulter-schluß mit China sogar noch weiter gegangen.

an ihnen als unabhängige Pufferstaaten zwischen China und Rußland ein echtes Interesse hat.

Das Einflußgebiet einer Weltmacht China würde vermut-lich wesentlich tiefer nach Süden ausbuchten, so daß sich so-wohl Indonesien als auch die Philippinen darauf einstellen müßten, daß die chinesische Flotte das Südchinesische Meer beherrscht. Ein solches China könnte viel stärker versucht sein, das Taiwan-Problem gewaltsam zu lösen, ohne Rück-sicht

auf die Haltung Amerikas. Im Westen könnte Usbeki-stan, also der zentralasiatische Staat, der sich russischen Übergriffen auf dessen früheres Reichsgebiet am entschie-densten widersetzt, für ein ausgleichendes Bündnis mit China eintreten, dasselbe gilt für Turkmenistan. Und auch in dem ethnisch gespaltenen und daher für Nationalitätenkonflikte

anfälligen Kasachstan könnte sich China womöglich stärker zur Geltung bringen. Ein China, das wirklich ein politischer wie auch wirtschaftlicher Riese wird, könnte sich außerdem offener in die inneren Angelegenheiten der fernöstlichen Pro-vinz Rußlands einschalten, während es Koreas Vereinigung unter chinesischer Schirmherrschaft betreibt.

Aber ein derart aufgeblähtes China bekäme es höchstwahr-scheinlich mit einer starken Opposition von außen zu tun. Aus der Karte aus Seite 242 geht deutlich hervor, daß im We-sten sowohl Rußland als auch Indien triftige geopolitische Gründe haben, sich zusammenzuschließen, um die von Chi-na ausgehende Gefahr gemeinsam abzuwehren. Die Zusam-menarbeit zwischen ihnen dürfte sich dann wohl in erster Li-nie auf Zentralasien und Pakistan konzentrieren, von woher China ihre Interessen am stärksten bedroht. Im Süden ginge der heftigste Widerstand von Vietnam und von Indonesien aus (das wahrscheinlich von Australien Rückendeckung er-hielte). Im Osten würde Amerika, vermutlich unterstützt von Japan, jedem Versuch Chinas entgegentreten, die Vormacht-stellung in Korea zu gewinnen und sich Taiwan gewaltsam einzuverleiben, zumal ein solcher Akt die politische Präsenz der USA im Fernen Osten auf einen potentiell unsicheren und abgelegenen Stützpunkt in Japan reduzieren würde.

Ob eines der auf der Karte eingezeichneten Szenarios

Wirklichkeit wird, hängt letzten Endes nicht nur von der wei-teren Entwicklung Chinas, sondern auch ganz wesentlich von dem Verhalten und der Präsenz der Vereinigten Staaten ab. Sollte sich Amerika heraushalten, würde das zweite Sze-nario sehr viel wahrscheinlicher, aber auch wenn das erste Wirklichkeit werden sollte, wäre dazu ein gewisses Maß an Entgegenkommen und Selbstbeherrschung von seiten der USA nötig. Die Chinesen wissen das; daher muß es der chine-sischen Politik in erster Linie darum gehen, auf das Verhalten Amerikas und auf die alles entscheidende amerikanisch-japa--

nische Partnerschaft gleichermaßen einzuwirken und seine anderen Beziehungen entsprechend diesem strategischen An-liegen zu handhaben.

Chinas Haupteinwand gegen die USA richtet sich weniger gegen das, was diese tatsächlich tun, als gegen das, was die USA derzeit sind und wo sie sind. Amerika ist in den Augen Chinas die gegenwärtig bestimmende Weltmacht, deren blo-ße Gegenwart in der Region, gestützt auf seine dominierende Position in Japan, Chinas Einfluß eindämmt. Mit den Worten eines Analytikers in der Forschungsabteilung des chinesi-schen Außenministeriums: »Das strategische Ziel der USA besteht darin, ihre Hegemonie auf die ganze Welt auszudeh-nen, und sie können nicht hinnehmen, daß in Europa oder Asien eine Großmacht entsteht, die einmal ihre Führungspo-sition bedroht.«[27] Somit wird Amerika ungewollt, einfach durch seine nationale Identität und geographische Lage, eher Chinas Gegner als sein natürlicher Verbündeter.

Demgemäß ist es die Aufgabe chinesischer Politik — ent-sprechend der strategischen Einsicht Sun Tsus —, Amerikas Macht zu benutzen, um die amerikanische Hegemonie auf friedlichem Wege zu überwinden, ohne

dadurch irgendwel-che latenten regionalen Gelüste Japans zu entfesseln. Zu die-sem Zweck muß Chinas Geostrategie zwei Ziele gleichzeitig verfolgen, wie dies Deng Xiaoping etwas verklausuliert im August 1994 klargemacht hat: »Erstens, Hegemoniestreben und Machtpolitik entgegenwirken und den Weltfrieden si-chern; zweitens, eine neue internationale politische und öko--

27 Song Yimin, "Discussion of the Division and Grouping of Forces in the World After the End of the Cold War", *International Studies* (China Institute of Inter-national Studies, Peking) 6—8 (1996): 10. Daß diese Einschätzung Amerikas die Meinung von Chinas oberster Führung wiedergibt, belegt der Umstand, daß eine Kurzfassung der genannten Untersuchung am 29. April 1996 in dem in Massenauflage erscheinenden offiziellen Parteiorgan *Renmin Ribao* (People's Daily) er-schien.

nomische Ordnung aufbauen.« Ersteres zielt unverkennbar auf die Vereinigten Staaten ab und bezweckt eine Schwä-chung der amerikanischen Vormachtstellung, während ein militärischer Zusammenstoß sorgfältig vermieden wird, der Chinas ökonomischen Aufschwung beenden würde; die zweite Forderung strebt eine Revision der Machtverteilung auf der Erde an und schlägt dabei aus dem Unmut Kapital, den einige Schlüsselstaaten gegen die derzeit bestehende in-ternationale Hackordnung hegen, in der die Vereinigten Staa-ten ganz oben rangieren, unterstützt von Europa (oder Deutschland) im äußersten Westen und von Japan im äußer-sten Osten Eurasiens.

Chinas zweite Zielsetzung veranlaßt Peking, eine regionale Geostrategie zu verfolgen, die ernste Konflikte mit seinen un-mittelbaren Nachbarn zu vermeiden sucht, auch wenn es da-bei weiterhin nach einer Vormachtstellung in der Region strebt. Eine taktische Verbesserung der chinesisch-russischen Beziehungen kommt da wie gerufen, zumal Rußland

nun schwächer ist als China. Dementsprechend erteilten im April 1996 beide Länder jeglichem »Hegemoniestreben« eine klare Absage und erklärten die NATO-Erweiterung für »unzu-1 lässig«. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß China ein langfristiges und umfassendes Bündnis mit Rußland gegen Amerika ernsthaft in Erwägung zöge. Ein solches Bündnis hätte zur Folge, daß die amerikanisch-japanische Partner-schaft, die China langsam aufweichen möchte, an Festigkeit und Umfang gewönne, und würde China außerdem von rele-vanten Kapitalquellen und moderner Technologie isolieren.

Wie in den chinesisch-russischen Beziehungen empfiehlt es sich für China, jede direkte Konfrontation mit Indien zu ver-meiden, auch wenn es weiterhin an seiner engen militärischen Zusammenarbeit mit Pakistan und Birma festhält. Eine Politik offener Feindseligkeit hätte den negativen Effekt, Chinas aus taktischen Gründen ratsame Einigung mit Rußland zu

komplizieren, während es zudem Indien in ein kooperative-res Verhältnis zu Amerika triebe. Da auch Indien unter-schwellig einen leicht antiwestlichen Vorbehalt gegen die be-stehende »globale Hegemonie« teilt, steht eine Verminderung der chinesisch-indischen Spannungen im Einklang mit Chi-nas umfassenderem geostrategischen Interesse.

Dieselben Gesichtspunkte gelten im großen und ganzen für Chinas derzeitige Beziehungen zu den südostasiatischen Staaten. Obwohl sie das Südchinesische Meer einseitig für sich reklamieren, pflegen Chinesen gleichzeitig ihre Bezie-hungen zu den südostasiatischen Regierungen (mit Ausnah-me der von jeher feindlich gesinnten Vietnamesen). Dabei machen sie sich die unverhohlenen antiwestlichen Ansichten (vor allem in den Fragen westlicher Wertvorstellungen und der Menschenrechte) zunutze,

die in den letzten Jahren von den Regierungschefs Malaysias und Singapurs geäußert wor-den sind. Insbesondere begrüßten sie die gelegentlich schrille antiamerikanische Rhetorik des malaysischen Premierministers Datuk Mahatir, der auf einem Forum im Mai 1996 in Tokio sogar öffentlich die Notwendigkeit des amerikanisch-japanischen Sicherheitsabkommens mit der Frage anzweifel-te, welchen Feind die Allianz denn abwehren solle, und be-hauptete, Malaysia brauche keine Verbündeten. Die Chinesen rechnen ganz offensichtlich damit, daß jede Verminderung des amerikanischen Ansehens automatisch ihrem Einfluß in der Region zugute komme.

Auf ähnliche Weise scheint steter, geduldig ausgeübter Druck der Leitgedanke der momentan gegenüber Taiwan verfolgten chinesischen Politik zu sein. Während sie sich ei-nerseits auf eine kompromißlose Haltung hinsichtlich des in-ternationalen Status‘ Taiwans versteift — derart, daß sie sogar bewußt internationale Spannungen in Kauf nimmt, um deut-lich zu machen, daß es Peking in dieser Sache ernst ist (wie im März 1996) —, sind sich die chinesischen Führer vermutlich

bewußt, daß sie vorläufig nicht über die Macht verfügen werden, eine für sie befriedigende Lösung zu erzwingen. Ihnen ist klar, daß eine verfrühte Anwendung von Gewalt nur einen unsinnigen Streit mit Amerika vom Zaun brechen und da-durch die USA in ihrer Rolle als Garant für Frieden in der Region stärken würde. Überdies gestehen sich die Chinesen selbst ein, daß die Aussichten für die Entstehung eines Groß-china nicht zuletzt davon abhängen, wie wirksam Hongkong in die Volksrepublik integriert wird.

Die gütliche Einigung, die in Chinas Verhältnis zu Südko-rea stattgefunden hat, ist ebenfalls ein wichtiger Bestandteil seiner Politik, die

Flanken zu konsolidieren, um sich wirksam auf das eigentliche Ziel konzentrieren zu können. Angesichts der koreanischen Geschichte und der antijapanischen Stim-mung im Lande trägt eine chinesisch-koreanische Verständi-gung an sich schon zu einer Schwächung der potentiellen Rolle Japans in der Region bei und bereitet den Boden für ein wiedererstehendes traditionelleres Verhältnis zwischen Chi-na und (einem wiedervereinigten oder weiterhin geteilten) Korea.

Am wichtigsten jedoch ist: Die auf friedlichem Wege er-zielte Verbesserung des chinesischen Ansehens in der Region erleichtert es Peking, sein zentrales Ziel zu verfolgen, das der alte chinesische Stratege Sun Tsu folgendermaßen formuliert haben könnte: *Amerikas Macht in der Region so weit zu schwächen, daß ein geschwächtes Amerika ein regional be-herrschendes China als Verbündeten und schließlich sogar eine Weltmacht China als Partner brauchen wird.* Dieses Ziel sollte auf eine Weise verfolgt und erreicht werden, die weder eine Erweiterung der amerikanisch-japanischen Allianz zu Verteidigungszwecken provoziert noch dazu, daß Japans Macht die der USA in der Region ersetzt.

Um dieses zentrale Ziel zu erreichen, sucht China kurzfri-stig die Festigung und Ausdehnung der amerikanisch-japani--

schen Sicherheitspartnerschaft zu verhindern. Besonders be-unruhigt war China, als deren Geltungsbereich Anfang 1996 indirekt von einem engeren »fernöstlichen« zu einem umfas-senderen »asiatisch-pazifischen« Raum ausgeweitet wurde. Peking sah darin nicht nur eine unmittelbare Bedrohung sei-ner nationalen Interessen, sondern den Ausgangspunkt für ein von den USA dominiertes asiatisches Sicherheitssystem (in dem Japan die wichtigste Stütze[28] sein würde, etwa so wie Deutschland in der NATO während des Kalten Krieges), das China in Schach halten soll. Das

Abkommen wurde in Peking als der Versuch aufgefaßt, Japan den Aufstieg zu einer bedeu-tenden Militärmacht zu erleichtern, die dann ungeklärte Streitfälle wirtschaftlicher Art und auf dem Gebiet des See-rechts vielleicht sogar allein und mit Waffengewalt lösen kön-ne. China wird also wahrscheinlich die immer noch starken Ängste der Asiaten vor jeder wichtigen militärischen Rolle Japans in der Region energisch anfachen, um Amerika Ein-halt zu gebieten und Japan einzuschüchtern.

In Chinas strategischem Kalkül kann jedoch die Hegemo-nie Amerikas nicht von langer Dauer sein. Obwohl einige Chinesen, besonders in militärischen Kreisen, dazu neigen, Amerika als Chinas erbitterten Feind zu betrachten, geht man in Peking überwiegend davon aus, daß die USA in der Region in die Isolation geraten, weil sie allzusehr auf Japan setzen. Dadurch werde ihre Abhängigkeit von dem Inselstaat noch größer, was indes auch für die Widersprüche im amerika-nisch-japanischen Verhältnis und die amerikanischen Ängste vor einem japanischen Militarismus gelte. Diese Entwicklung wird China in die Lage versetzen, Amerika und Japan gegen-einander auszuspielen, wie es das früher im Fall der USA und

28 Eine ausführliche Untersuchung der angeblichen Absicht Amerikas, ein solches antichinesisches asiatisches System zu errichten, stellt Wang Chunyiun in “Looking Ahead to Asia-Pacific Security in the Early Twenty-first Century", an. *Guoji Zhanwang* (World Outlook), Februar 1996.

der Sowjetunion tat. Nach Ansicht Pekings wird die Zeit kommen, da Amerika begreift, daß es — um eine einflußreiche Macht im asiatisch-pazifischen Raum zu bleiben — keine an-dere Wahl hat, als sich seinem natürlichen Partner auf dem asiatischen Festland zuzuwenden.

Japan: nicht regional, aber international

Die Entwicklung des amerikanisch-japanischen Verhältnisses ist somit von entscheidender Bedeutung für Chinas geopoli-tische Zukunft. Seit dem Ende des chinesischen Bürgerkriegs im Jahre 1949 stützt sich die amerikanische Fernost-Politik auf Japan. Anfangs nur ein amerikanisches Besatzungsgebiet, ist Japan Basis für die politisch-militärische Präsenz der USA im asiatisch-pazifischen Raum und ein weltweit unverzicht-barer Verbündeter geworden, gleichzeitig aber zu einer Schutzzone. Das Hervortreten Chinas wirft nun die Frage auf, ob — und zu welchem Zweck — die engen amerikanisch-japanischen Beziehungen in dem sich verändernden regiona-len Kontext Bestand haben können. Japans Rolle in einem ge-gen China gerichteten Bündnis wäre klar; aber wie sollte Japans Rolle aussehen, wenn man Chinas Aufstieg in irgend-einer Form Rechnung tragen will, selbst um den Preis, daß Amerikas Vormachtstellung in der Region Einbußen hinneh-men muß?

Wie China ist Japan ein Nationalstaat mit einem uner-schütterlichen Glauben an seine Einzigartigkeit und Sonder-stellung. Aufgrund seiner Insellage, seiner Geschichte und auch seiner kaiserlichen Mythologie betrachtet sich das bienenfleißige, disziplinierte japanische Volk als im Besitze einer besonderen, seinen Nachbarn überlegenen Lebensart, die Japan zunächst durch splendid isolation verteidigte, ehe es

dann, als die Welt sich im 19. Jahrhundert aufdrängte, die eu-ropäischen Reiche nachahmte und sich auf dem asiatischen Festland selbst ein Imperium zu schaffen trachtete. Die ver-nichtende Niederlage im Zweiten Weltkrieg bewirkte, daß sich das japanische Volk ausschließlich auf den

wirtschaftli-chen Wiederaufbau konzentrierte, ohne ein darüber hinausgehendes Selbstverständnis zu entwickeln.

Die gegenwärtigen Ängste Amerikas vor einem übermäch-tigen China erinnern an die noch nicht allzu lange zurück-liegende Paranoia gegenüber Japan. Die Japanophobie ist In-zwischen einer Chinophobie gewichen. Vor einem Jahrzehnt erst hatten Vorhersagen, daß ein Aufstieg Japans zum »Welt--Superstaat« — bereit, nicht nur Amerika zu entthronen (es gar aufzukaufen!), sondern auch eine Art »Pax Nipponica« zu verhängen — unabwendbar sei und unmittelbar bevorstehe, bei amerikanischen Kommentatoren und Politikern Hoch-konjunktur. Und das nicht nur in Amerika. Die Japaner stie-ßen selbst schnell in das gleiche Horn mit einer Reihe von Bestsellern, die die These vertraten, daß Japan den High--Tech-Wettlauf mit den Vereinigten Staaten zwangsläufig ge-winnen müsse und bald schon zum Zentrum eines weltweiten »Informationsimperiums« werde, wohingegen es mit Ameri-ka, das mittlerweile erschöpft und gesellschaftlich durch Dis-ziplinlosigkeit geschwächt sei, bergab gehe.

Bei diesen oberflächlichen Deutungen geriet völlig in Ver-gessenheit, wie verwundbar Japan als Staat ist und bleibt. Es ist selbst den gering-fügigsten Störungen im weltweiten Ressour-cen- und Handelsfluß, gar nicht zu reden von Krisen der inter-nationalen Stabilität, hilflos ausgeliefert und wird zu Hause von demographischen, sozialen und politischen Problemen bedrängt. Japan ist einerseits ein reiches, dynamisches und wirtschaftlich starkes Land, andererseits jedoch in der Region isoliert und in seiner politischen Handlungs-freiheit eingeschränkt, weil es in Sicherheitsfragen von einem mächtigen

Verbündeten abhängig ist, der zufällig der Garant globaler Sta-bilität (auf die Japan nicht verzichten kann) und gleichzeitig Japans Hauptkonkurrent

auf wirtschaftlichem Gebiet ist.

Japans gegenwärtige Position — einerseits ein weltweit re-spektierter Wirtschaftsriese, andererseits eine geopolitische Verlängerung amerikanischer Macht — dürfte für künftige Ge-nerationen von Japanern, die nicht mehr von der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs traumatisiert und mit Scham erfüllt sind, auf Dauer nicht akzeptabel sein. Sowohl aus historischen als auch aus Gründen der Selbstachtung ist Japan, wenn auch verhaltener als China, mit dem weltweiten Status quo nicht so recht zufrieden. Mit einer gewissen Berechtigung meint es, Anspruch auf eine förmliche Anerkennung als Weltmacht zu haben, weiß aber auch, daß die regional nützliche (und für seine asiatischen Nachbarn beruhigende) Sicherheitsabhän-gigkeit von Amerika diese Anerkennung behindert.

Überdies verstärkt die wachsende Macht Chinas auf dem asiatischen Festland sowie die Aussicht, daß sie bald in die für Japan ökonomisch wichtigen ozeanischen Gebiete ausstrah-len könnte, das zwiespältige Gefühl der Japaner hinsichtlich der geopolitischen Zukunft des Landes. Auf der einen Seite gibt es in Japan ein ausgeprägtes kulturelles Zusammengehö-rigkeitsgefühl gegenüber China sowie ein latentes Bewußtsein gemeinsamer asiatischer Identität. Einige Japaner glauben vielleicht auch, mit dem Entstehen eines stärkeren Chinas und einer Schwächung der amerikanischen Vormachtstellung in der Region gewinne Japan für die USA an Bedeutung. Ande-rerseits ist China in den Augen vieler Japaner der tradi-tionelle Gegner, ein früherer Feind und eine potentielle Bedrohung der regionalen Stabilität. Dies läßt die Sicherheitsbindung an Amerika wichtiger denn je erscheinen, selbst wenn dadurch der Unmut mancher nationalistischeren Japaner steigt, denen die lästigen Beschränkungen der politi-schen und militäri-schen Unabhängigkeit Japans ein Dorn im Auge sind.

Oberflächlich betrachtet, besteht eine gewisse Ähnlichkeit zwischen der Situation Japans im fernen Osten Asiens und Deutschlands im äußersten Westen Eurasiens. Beide sind die wichtigsten Verbündeten der Vereinigten Staaten in der je-weiligen Region. Ja, man kann sagen, Amerikas Stärke in Eu-ropa und Asien beruht unmittelbar auf den engen Allianzen mit diesen beiden Ländern. Beide verfügen über ansehnliche Militärapparate, aber keines ist in dieser Hinsicht unabhän-gig: Deutschland sind durch seine militärische Integration in die NATO die Hände gebunden, während Japan von seinen eigenen (obzwar die Handschrift Amerikas aufweisenden) Verfassungsvorbehalten und dem amerikanisch-japanischen Sicherheitsabkommen in Schranken gehalten wird. Beide sind Wirtschaft- und Finanzriesen, regional bestimmend und ran-gieren ganz oben auf der globalen Skala. Beide kann man als Quasi-Weltmächte bezeichnen, und beide verstimmt es, daß man ihnen die mit einem dauerhaften Sitz im UN-Sicher-heitsrat verbundene Anerkennung verweigert.

Aber die Unterschiede in ihren jeweiligen geopolitischen Voraussetzungen fallen möglicherweise stärker ins Gewicht. Deutschland ist aufgrund seines konkreten Verhältnisses zur NATO mit seinen wichtigsten europäischen Verbündeten gleichgestellt und hat im Rahmen des nordatlantischen Pakts gegenüber den Vereinigten Staaten formell gegenseitige Ver-teidigungsverpflichtungen. Das amerikanisch-japanische Si-cherheitsabkommen bestimmt, daß die USA Japan zu vertei-digen haben, aber den Einsatz des japanischen Militärs zur Verteidigung Amerikas sieht es nicht vor (nicht einmal auf dem Papier). Das Abkommen schreibt im Grunde einen Schutzpakt fest.

Dank seines aktiven Einsatzes in der Europäischen Union und der NATO wird Deutschland außerdem von jenen Nachbarn, die in der Vergangenheit Opfer seiner Aggression wurden, nicht mehr als

Bedrohung empfunden, sondern gilt

heute als attraktiver Partner auf wirtschaftlichem und politi-schem Gebiet. Einige würden es sogar begrüßen, wenn ein von Deutschland angeführtes Mitteleuropa entstünde, da Deutschland als eine positive regionale Macht betrachtet wird. Das ist bei Japans asiatischen Nachbarn ganz anders, die wegen des Zweiten Weltkriegs Japan gegenüber noch im-mer gewisse Animositäten hegen. Zum Unmut der Nachbarn trägt ferner die internationale Wertschätzung des Yen bei, die nicht nur bittere Klagen ausgelöst, sondern auch eine Aus-söhnung mit Malaysia, Indonesien, den Philippinen und selbst China behindert hat, das seine erheblichen langfristigen Schulden gegenüber Japan in Yen begleichen muß.

Mangels eines mehr oder weniger gleichen regionalen Part-ners hat Japan auch kein asiatisches Äquivalent wie Deutsch-land im Nachbarn Frankreich. Es besteht zwar eine starke kulturelle Affinität zu China, in die sich vielleicht ein gewis-ses Schuldgefühl mischt, aber sie ist politisch zwiespältig, da keine Seite der anderen traut und keine die regionale Füh-rungsrolle der anderen akzeptieren will. Ebensowenig hat Ja-pan ein Äquivalent zu Deutschlands Verhältnis zu Polen: das heißt einen viel schwächeren, aber geopolitisch wichtigen Nachbarn, mit dem die Versöhnung und sogar Zusammenar-beit nach und nach Realität werden. Vielleicht könnte Korea nach einer eventuellen Wiedervereinigung dieses Äquivalent werden, doch sind die japanisch-koreanischen Beziehungen nur auf dem Papier gut, da die Erinnerungen der Koreaner an vergangene Herrschaft und das Überlegenheitsgefühl der Ja-paner jede echte Aussöhnung der beiden Gesellschaften er-schweren.[29]

Schließlich stand Japan mit Rußland stets auf viel

schlech-terem Fuß als Deutschland. Da Rußland in der Rückgabe der

[29] Der *Japan Digest* berichtete am 25. Februar 1997, daß laut einer von der Regie-rung in Auftrag gegebenen Untersuchung nur 36% der Japaner gegenüber Süd-korea freundlich gesinnt sind.

südlichen Kurilen, die es gegen Ende des Zweiten Weltkriegs noch schnell besetzt hatte, kein Entgegenkommen zeigt, be-wegen sich die russisch-japanischen Beziehungen um den Nullpunkt. Kurzum, Japan ist in der Region politisch isoliert, was man von Deutschland nicht behaupten kann.

Des weiteren hat Deutschland mit seinen Nachbarn sowohl die gleichen demokratischen Prinzipien als auch Europas um-fassenderes christliches Erbe gemein. Und es strebt danach, in einer Einheit aufzugehen, die größer ist als es selbst, nämlich in »Europa«. Im Unterschied dazu gibt es kein vergleichbares »Asien«. Obwohl sich in den letzten Jahren in verschiedenen asiatischen Ländern die Demokratie durchgesetzt hat, ist Ja-pan infolge seiner insularen Vergangenheit und auch wegen seines derzeit demokratischen Systems eher ein Außenseiter im asiatisch-pazifischen Raum. In den Augen vieler Asiaten ist Japan eine einseitig auf den eigenen Nutzen bedachte Na-tion und ein allzu williger Nachahmer des Westens, zumal sich Tokio sträubt, die abendländische Betonung der Men-schenrechte und die Bedeutung des Individualismus gemein-sam mit anderen asiatischen Regierungschefs in Frage zu stel-len. Somit sehen viele Asiaten in Japan kein wahrhaft asiatisches Land, wie auch der Westen zuweilen staunt, in wel-chem Ausmaß Japan westliche Züge angenommen hat.

In Wirklichkeit fühlt sich Japan, obwohl zu Asien gehö-rend, nicht so recht wohl als asiatisches Land. Dieser Um-stand schränkt seine

geostrategischen Möglichkeiten be-trächtlich ein. Eine wirklich regionale Option, nämlich die eines regional bestimmenden Japans, das China überragt —selbst wenn sie nicht mehr auf japanischer Vorherrschaft, sondern eher auf einer friedlichen Zusammenarbeit unter der Ägide Japans beruht —, scheint aus stichhaltigen historischen, politischen und kulturellen Gründen nicht realisierbar. Hin-zu kommt, daß Japan auch in Zukunft auf den militärischen Schutz und die internationale Schirmherrschaft der USA an-

gewiesen ist. Ohne das amerikanisch-japanische Sicherheitsabkommen, ja sogar schon durch seine allmähliche Verwässe-rung würde Japan augenblicklich gegenüber jeder ernsthaften regionalen oder internationalen Krise störungsanfällig. Die einzige Alternative wäre dann, entweder Chinas regionale Vormachtstellung zu akzeptieren oder ein massives — ebenso .kostspieliges wie sehr gefährliches — Wiederaufrüstungspro-gramm durchzuziehen.

Verständlicherweise halten viele Japaner die gegenwärtige Position ihres Landes — eine Quasi-Weltmacht und zugleich eine Schutzzone — für abnorm. Aber zugkräftige und reali-sierbare Alternativen zu den bestehenden Regelungen bieten sich nicht an. Wenn Chinas nationale Ziele als einigermaßen klar und die regionale Stoßrichtung seiner geopolitischen Ambitionen als relativ vorhersehbar gelten kann, so ist die geostrategische Vision Japans eher verschwommen und die öffentliche Stimmung im Lande viel uneinheitlicher.

Den meisten Japanern ist klar, daß eine strategisch bedeut-same und abrupte Richtungsänderung Gefahren in sich birgt. Kann Japan eine regionale Macht in einer Region werden, in der es noch immer Unmut auf

sich zieht und China sich als ~ regional vorherrschende Macht zu etablieren beginnt? Doch sollte sich Japan einfach mit einer solchen Rolle Chinas abfin-den? Kann Japan eine wirklich umfassende Weltmacht (in all ihren Dimensionen) werden, ohne amerikanische Unterstüt-zung aufs Spiel zu setzen und die Feindseligkeit, die ihm in der Region entgegenschlägt, zu schüren? Vorausgesetzt, die USA werden in jedem Fall in Asien bleiben, wie wird sich dann ihre Reaktion auf Chinas wachsenden Einfluß auf die Beziehungen zu Japan auswirken, das bisher Priorität genoß? In der Zeit des Kalten Krieges waren solche Fragen so gut wie kein Thema. Heute bestimmen sie die strategische Diskussion und haben in Japan eine zunehmend lebhaftere Debatte in Gang gesetzt.

Seit den fünfziger Jahren ließ sich die japanische Außenpo-litik von vier wesentlichen Grundsätzen leiten, die der erste Premierminister nach dem Krieg, Shigeru Yoshida, öffentlich bekanntgab. Die Yoshida-Doktrin postulierte, (1) Japan solle sich in erster Linie auf seine Wirtschaftsentwicklung konzen-trieren, (2) es solle nur eine kleine Armee unterhalten und sich aus internationalen Konflikten heraushalten, (3) es solle der politischen Führung der Vereinigten Staaten folgen und deren militärischen Schutz annehmen und (4) die japanische Diplomatie solle frei von Ideologie und auf internationale Zusammenarbeit gerichtet sein. Da jedoch das Ausmaß, in dem sich Japan im Kalten Krieg engagierte, bei vielen Japa-nern Unbehagen hervorrief, wurde gleichzeitig die Fiktion einer Semineutralität gepflegt. Noch im Jahre 1981 mußte Außenminister Masayoshi Ito seinen Hut nehmen, weil er es zugelassen hatte, daß man die amerikanisch-japanischen Be-ziehungen mit dem Begriff »Bündnis« *(domei)* charakterisier-te.

Dies gehört nun alles der Vergangenheit an. Japan war da-mals in einer

Aufbauphase, China hatte sich selbst isoliert und Eurasien war polarisiert. Heute dagegen begreift Japans politische Elite, daß ein reiches, wirtschaftlich in die Welt ein-gebundenes Japan Selbstbereicherung nicht mehr zum vor-rangigen nationalen Zweck betreiben kann, ohne internatio-nales Ressentiment auszulösen. Ferner kann ein wirtschaft-lich mächtiges Japan, das mit Amerika wetteifert, nicht ein-fach eine Verlängerung der amerikanischen Außenpolitik sein, während es zugleich jeder internationalen Verantwor-tung aus dem Weg geht. Ein politisch einflußreicheres Japan, das weltweit Anerkennung sucht (beispielsweise einen stän-digen Sitz im Sicherheitsrat der UNO), muß in den für den Weltfrieden entscheidenderen geopolitischen- und Sicher-heitsfragen Stellung beziehen.

Die Folge davon war, daß in den letzten Jahren unzählige

Studien japanischer Körperschaften des privaten und öffent-lichen Rechts sowie eine Fülle oft umstrittener Bücher von bekannten Politikern und Professoren erschienen, die Japans neue Aufgabengebiete und Zielsetzungen in der Zeit nach dem Kalten Krieg umrissen.[30] In vielen dieser Veröffentli-chungen ging es unter anderem um die Frage, wie lange das amerikanisch-japanische Sicherheitsbündnis noch Bestand habe und ob es noch wünschenswert sei. Außerdem sprach man sich für eine aktivere japanische Diplomatie, vor allem gegenüber China, aus oder redete einer energischeren militä-rischen Rolle Japans in der Region das Wort. Wollte man den Stand der amerikanisch-japanischen Beziehungen nach dem öffentlichen Dialog beurteilen, so müßte man wohl zu dem Schluß kommen, daß das Verhältnis zwischen beiden Län-dern Mitte der neunziger Jahre in eine Krise geraten ist.

30 Zum Beispiel betonte die Higuchi-Kommission, eine Beraterabteilung des Premierministers, die in einem im Sommer 1994 herausgegebenen Bericht die „drei Säulen japanischer Sicherheitspolitik“ skizzierte, den Vorrang amerikanisch-japa-nischer Sicherheitsbeziehungen, sprach sich daneben aber für einen multilateralen asiatischen Sicherheitsdialog aus; der Bericht des Ozawa-Ausschusses von 1994 "Plan für ein neues Japan" der Entwurf *Yomiuri Shimbuns* für „eine umfassende Sicherheitspolitik“ vom Mai 1995, der u.a. für den Auslandseinsatz japanischer Kräfte zum Zwecke der Friedenssicherung eintrat; der mit Unterstützung der Fuji-Bank vorbereitete Bericht der Japan Association of Corporate Executives *(keizai doyukai)* „Denkfabrik“ drängt auf mehr Symmetrie in dem amerikanisch-japanischen Verteidigungssystem; der Bericht mit dem Titel „Möglichkeit und Rolle eines Sicherheitssystems in der asiatisch-pazifischen Region“, der dem Pre-mierminister im Juni 1996 von dem Japan-Forum für internationale Angelegen-heiten vorgelegt wurde; sowie zahlreiche Bücher und Artikel, die in den letzten Jahren erschienen und oft viel polemischere und extremere Standpunkte vertreten und häufiger von den westlichen Medien zitiert wurden als die oben erwähnten Berichte, die vorwiegend dem *mainstream* zuzurechnen sind. So löste zum Bei-spiel ein von einem japanischen General 1996 herausgegebenes Buch ein weites Presseecho aus, weil darin Vermutungen darüber angestellt werden, daß die USA unter bestimmten Umständen Japan nicht mehr würden schützen können und Japan deshalb sein nationales Verteidigungspotential erhöhen müsse (vgl. General Yasuhiro Marino, ed. *Next Generation Ground Self-Defense Force* und den Arti-kel darüber in “Myths of the U.S. Coming to Our Aid“ in Sankei *Shimbun, 4.* März 1996).

Auf der Ebene der offiziellen Politik waren jedoch die ernsthaft diskutierten Empfehlungen insgesamt gesehen rela-tiv nüchtern, maßvoll und vernünftig. Die extremen Optio-nen — sowohl die vorbehaltlos pazifistische (mit einem anti-amerikanischen Beigeschmack) als auch die Option einer einseitigen und größeren Wiederbewaffnung (die eine Revisi-on der Verfassung erfordern und vermutlich negativen Reak-tionen von seiten der USA und der Staaten in der Region zum Trotz verfolgt würde) — haben wenig Anhänger gefunden. Die breite Öffentlichkeit und zweifellos auch einflußreiche Wirtschaftskreise spüren instinktiv, daß keine der beiden Op-tionen eine echte politische Alternative darstellt und beide im Grunde Japans Wohlstand nur gefährden würden.

In den politisch entscheidenden öffentlichen Diskussionen ging es primär um eine unterschiedliche Gewichtung der grundlegenden Rolle Japans auf der internationalen Bühne und in zweiter Linie um verschiedene Auffassungen über sei-ne geopolitischen Prioritäten. Grob gesagt, lassen sich drei Hauptstandpunkte und vielleicht noch ein vierter von

nachrangiger Bedeutung festhalten und wie folgt kennzeich-nen: die unerschütterlichen Verfechter eines »Amerika zu-erst«, die globalen Merkantilisten, die weltoffenen Pragmati-ker und die weltpolitischen Visionäre. Letzten Endes ist jedoch allen vier ein Ziel gemeinsam und teilen sie dieselbe Sorge: *sich das besondere Verhältnis zu den USA zunutze zu machen, um Japan internationale Anerkennung zu erringen, zugleich Feindseligkeiten in Asien zu vermeiden und den Si-cherheitsschirm der USA nicht vorzeitig aufs Spiel zu setzen.*

Die Vertreter der ersten Richtung gehen davon aus, daß der Erhalt der bestehenden und zugegebenermaßen asymmetri-schen amerikanisch-japanischen Beziehungen der Kern japa-nischer Geostrategie bleiben sollte. Sie wollen, wie die mei-sten Japaner, größere internationale Anerkennung für Japan und mehr Gleichheit in der Allianz, ihr kardinaler Glaubens-

grundsatz aber ist, wie Premierminister Kiichi Miyazawa es im Januar 1993 ausdrückte, daß »die Aussichten für die Welt auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert weitgehend davon ab-hängen werden, ob Japan und die Vereinigten Staaten in einer koordinierten Führung mit einer gemeinsamen Vision auf-warten können.« Dieser Standpunkt herrschte bisher in der internationalistisch orientierten politischen Elite und dem au-ßenpolitischen Establishment vor, das während der letzten zwei Jahrzehnte im Amt war. In geostrategischen Schlüsselfragen wie der Rolle Chinas in der Region und der Präsenz der USA in Korea hat diese Führung die USA unterstützt, aber sie sieht ihre Aufgabe auch darin, die USA von einem Konfrontationskurs gegenüber China abzuhalten. Tatsächlich betont selbst diese Gruppierung inzwischen zunehmend die Not-wendigkeit engerer japanisch-chinesischer Beziehungen, die sie in ihrer Bedeutung

gleich nach denen zu Amerika einstuft.
Die Anhänger der zweiten Richtung bestreiten nicht, dass Japan mit den USA geostrategisch an einem Strang ziehen sollte, in ihren Augen ist den Interessen Japans aber am be-sten gedient, wenn man offen eingesteht und akzeptiert, daß Japan in erster Linie eine Wirtschaftsmacht ist. Diese Ansicht wird sehr oft mit der seit jeher einflußreichen MITI-Bürokra-tie (Ministerium für Internationalen Handel und Industrie) und den Spitzen von Handel und Export in Verbindung ge-bracht. Ihr zufolge ist die weitgehende Demilitarisierung Ja-pans ein Vorteil, den zu bewahren sich lohnt. Solange Ameri-ka die Sicherheit des Landes garantiert, kann sich Japan ungehindert weltweit auf wirtschaftlichem Gebiet engagie-ren, was insgeheim seinem internationalen Ansehen zugute käme.
In einer idealen Welt würden die Anhänger dieser zweiten Richtung wohl für einen zumindest de facto neutralen politi-schen Kurs eintreten. Amerika müßte demnach ein Gegenge-wicht zu Chinas Macht in der Region darstellen und Taiwan

und Südkorea Schutz bieten, wodurch Japan freie Hand be-käme, engere Wirtschaftsbeziehungen zum Festland und zu Südostasien zu pflegen. In Anbetracht der gegenwärtigen po-litischen Realitäten nehmen die globalen Merkantilisten je-doch das amerikanisch-japanische Bündnis als ein notwendi-ges Arrangement in Kauf, einschließlich der relativ beschei-denen Haushaltsmittel für die japanischen Streitkräfte (die noch immer kaum ein Prozent des Bruttosozialprodukts übersteigen), ohne es darauf anzulegen, das Bündnis mit ir-gendeinem regional bedeutsamen Gehalt zu erfüllen.
Die dritte Gruppe, die weltoffenen Pragmatiker, dürften wohl den neuen Typus des Politikers und geopolitischen Denkers verkörpern. Sie sind der Meinung, daß Japan als eine reiche und erfolgreiche Demokratie sowohl

die Gelegenheit als auch die Pflicht habe, sich in der Welt nach dem Kalten Krieg anders zu verhalten. Mit einer anderen Einstellung könne es sich weltweit auch die Anerkennung verschaffen, die ihm als einem Wirtschaftsriesen zustehe, dei historisch gesehen, zu den wenigen wirklich großen Nationen der Welt zählt. Bereits in den achtziger Jahren deutete sich mit Pre-mierminister Yasuhiro Nakasone eine solch entschiedenere und selbstbewußtere Haltung an, aber die vielleicht bekann-teste Darlegung dieses Standpunktes war in dem umstrittenen Bericht des Ozawa-Ausschusses enthalten, der 1994 unter dem vielsagenden Titel »Plan für ein neues Japan: das Umdenken einer Nation« veröffentlicht wurde.

Benannt nach dem Vorsitzenden des Ausschusses, Ichiro Ozawa, einem aufstrebenden Parteipolitiker der politischen Mitte, trat der Bericht sowohl für eine Demokratisierung der hierarchischen Strukturen des Landes als auch für ein Um-denken in der japanischen Außenpolitik ein. Er forderte Ja-pan auf, ein »normales Land« zu werden, und empfahl, an der amerikanisch-japanischen Sicherheits-partnerschaft festzuhal-ten, gab dem Inselstaat aber zugleich den Rat, seine interna--

tionale Passivität aufzugeben und sich aktiv an der Weltpoli-tik zu beteiligen, indem er neue Wege in den internationalen Bemühungen um Friedenssicherung weise. Hierfür sollten, so der Bericht, die Verfassungsvorbehalte gegen eine Entsen-dung japanischer Streitkräfte ins Ausland aufgehoben wer-den.

Unausgesprochen — aber durch die Akzentuierung »ein normales Land« impliziert — blieb auch der Gedanke einer merklicheren geopolitischen Emanzipation vom Sicherheits-netz Amerikas. Die Verfechter dieses

Standpunkts neigten zu der Ansicht, daß Japan in Angelegenheiten von globaler Be-deutung nicht zögern solle, für Asien einzutreten, anstatt sich automatisch hinter die USA zu stellen. In so heiklen Fragen wie der wachsenden Bedeutung Chinas in der Region oder der Zukunft Koreas blieben sie bezeichnenderweise vage und unterschieden sich nicht sehr von ihren traditionalistischeren Kollegen. In puncto regionale Sicherheit teilten sie die stark ausgeprägte Neigung der Japaner, die Verantwortung in bei-den Fragen primär den USA zu überlassen, wobei Japan le-diglich die Rolle zufällt, auf allzu übertriebenen Eifer der Amerikaner mäßigend einzuwirken.

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre setzte sich der Standpunkt der weltoffenen Pragmatiker in der öffentlichen Meinung immer mehr durch und hinterließ auch in der japa-nischen Außenpolitik seine Spuren. In der ersten Hälfte des Jahres 1996 sprach die japanische Regierung plötzlich von »Japans unabhängiger Diplomatie« *(jishu gaiko)*, obgleich das stets vorsichtige japanische Außenministerium in der japani-schen Übersetzung die unbestimmtere (und für Amerika bes-ser verdauliche) Wendung »weltoffene Diplomatie« wählte.

Die vierte Richtung, die der weltpolitischen Visionäre, ist die am wenigsten einflußreiche von allen, sie dient allerdings gelegentlich dazu, den japanischen Standpunkt mit idealisti-scherer Rhetorik zu garnieren. In der Öffentlichkeit wird sie

gern mit herausragenden Persönlichkeiten — wie Akio Morita von Sony — in Verbindung gebracht, die mustergültig demon-strieren, wie wichtig es für Japan ist, sich weltweit energisch für moralisch wünschenswerte Ziele einzusetzen. Oftmals unter Berufung auf eine »neue Weltordnung« fordern diese Visionäre ihr Land auf — gerade weil es nicht mit geopoliti-schen

Verantwortungen belastet ist —, eine führende Rolle in der Entwicklung und Beförderung eines wahrhaft humanen Programms für die Weltgemeinschaft zu übernehmen.

Alle vier Richtungen stimmen in einer regionalen Schlüs-selfrage überein: daß eine stärker multilaterale asiatisch-pazi-fische Zusammenarbeit in Japans Interesse ist. Eine solche Zusammenarbeit könnte mit der Zeit in dreierlei Hinsicht Früchte tragen: durch sie kann China eingebunden (und auch auf raffinierte Weise in Schranken gehalten) werden; sie kann die USA dazu bewegen, auch dann in Asien präsent zu blei-ben, wenn ihre Vormachtstellung schwindet, und sie kann zum Abbau anti-japanischer Ressentiments beitragen und damit Japans Einfluß stärken. Es ist zwar unwahrscheinlich, daß Japan die Region zu seiner Einflußsphäre machen wird, doch es könnte sich vielleicht bei den Inselstaaten vor dem asiatischen Festland, die über Chinas wachsende Macht be-unruhigt sein mögen, ein gewisses Maß an Achtung verschaf-fen.

Einigkeit besteht zwischen den Vertretern der genannten vier Standpunkte außerdem darin, daß ein behutsames Bemü-hen um ein besseres Verhältnis zu China jedem von Amerika ausgehenden Versuch, dessen Macht unmittelbar einzudäm-men, eindeutig vorzuziehen ist. Die Idee einer Abwehrstrate-gie gegen China unter Führung der USA findet im japani-schen Außenministerium keinen großen Anklang, und dasselbe gilt für die Vorstellung einer informellen, auf die In-selstaaten Taiwan, die Philip-pinen, Brunei und Indonesien begrenzten Koalition als Gegengewicht zu China. Nach japa--

Überschneidung der Einflußsphären Chinas und der einer amerikanisch-japanischen Anti-China-Koalition

Amerikanisch-japanische Anti-China-Koalition
Überschneidung mit der Einflußsphäre einer Weltmacht China

nischer Auffassung erforderte jede Bemühung dieser Art nicht nur auf unbestimmte Zeit eine erhebliche Militärprä-senz der Amerikaner sowohl in Japan als auch in Korea, son-dern — da sich die geopolitischen Interessen mit denen des amerikanisch-japanischen Bündnisses auf gefährliche Weise überschneiden — zöge wahrscheinlich irgendwann, im Sinne einer self-fulfilling prophecy, einen Zusammenstoß mit Chi-na nach sich.[31] Die Folge davon wäre, daß Japans Emanzipa-tion erschwert und der wirtschaftliche Wohlstand des Fernen Ostens bedroht würde.

31 Einige konservative Japaner ließen sich von der Vorstellung einer japanisch-tai-wanesischen Sonderbeziehung verleiten und bildeten 1996 eine ~japanisch-taiwa-nesische Parlamentariervereinigung~, um diesem Ziel näherzukommen. China reagierte darauf, wie vorauszusehen, feindselig.

Aus demselben Grund befürworten nur wenige das Ge-genteil: eine große Übereinkunft zwischen Japan und China. Eine solch klassische Umkehrung der Bündnisse brächte die ganze Region zu sehr aus dem Gleichgewicht: Zögen sich die USA aus Fernost zurück und gerieten Taiwan wie auch Korea unter chinesische Herrschaft, wäre Japan auf Gedeih und Verderb der Gnade Chinas ausgeliefert. Dies ist keine reiz-volle Aussicht, außer vielleicht für ein paar Extremisten. Da Rußland geopolitisch an den Rand gedrängt wurde und von jeher in Japan keine große Achtung genießt, gibt es mithin keine Alternative zu dem Grundkonsens, daß die Bindung an Amerika Japans zentrale Lebensader bleibt. Ohne sie kann Japan weder seine Ölversorgung sicherstellen noch sich ge-gen eine einzige chinesische (und vielleicht bald schon auch eine koreanische) Atombombe schützen. Im Grunde kann es der japanischen Politik nur darum gehen, sich des Verhältnis-ses zu den USA zum optimalen Nutzen des Landes zu bedie-nen.

Demgemäß erklärten sich die Japaner einverstanden, als Amerika eine Verbesserung der militärischen Zusammenar-beit zwischen beiden Ländern verlangte, und stimmten auch einer scheinbaren Erweiterung seines Geltungsbereichs von »Fernost« auf »asiatisch-pazifisch« zu. Anfang 1996 erwei-terte die japanische Regierung bei ihrer Überprüfung der sogenannten japanisch-amerikanischen Verteidigungsrichtli-nien den Passus über den möglichen Einsatz japanischer Ver-teidigungsstreitkräfte von in »fernöstlichen Notfällen« zu »Notfälle in Japans Nachbarregionen«. Hinter der japani-schen Bereitschaft, Amerika in diesem Punkt entgegenzu-kommen, standen auch latente Zweifel an dem langfristigen Stehvermögen der USA in Asien sowie die Sorge, daß Chinas Aufstieg — und Amerikas offensichtliche Besorgnis darüber — Japan irgendwann in der Zukunft vor die

inakzeptable Wahl stellen könnte: mit Amerika gemeinsame Sache gegen China

zu machen oder ohne Amerika und mit China verbündet zu sein.
Für Japan enthält dieses grundlegende Dilemma auch ein historisches Gebot: Da es unrealistisch ist, eine beherrschen-de Machtposition in der Region anzustreben und der Auf-stieg zu einer wirklichen Weltmacht eine regionale Basis un-abdingbar voraussetzt, kann Japan folglich den Status einer globalen Führungsmacht am ehesten dann erlangen, wenn es sich aktiv an der globalen Friedenssicherung und Wirt-schaftsförderung beteiligt. Indem es das amerikanisch-japani-sche Militärbündnis dazu nutzt, die Stabilität im Fernen Osten zu sichern — aber ohne es zu einer Anti-China-Koaliti-on werden zu lassen —, kann Japan sich, als die Macht, die dafür sorgt, daß die internationale Zusammenarbeit durch die Schaffung effektiver Institutionen verbessert und ausgedehnt wird, in aller Ruhe einer neuen, weltweit einflußreichen Auf-gabe widmen. Japan könnte somit zu einem viel mächtigeren und weltweit einflußreicheren Äquivalent Kanadas werden:
ein Staat, der geachtet wird, weil er seinen Reichtum und sei-ne Macht zu konstruktiven Zwecken verwendet, aber keine Ängste und Ressentiments auslöst.

Amerikas Anpassung an die geopolitische Lage

Aufgabe amerikanischer Politik sollte es sein sicherzustellen, daß Japan

eine solche Wahl trifft und daß Chinas Aufstieg zur bestimmenden Größe in der Region ein solides dreiseitiges Machtgleichgewicht in Ostasien nicht ausschließt. Das Bemü-hen, sowohl mit Japan als auch mit China zurechtzukom-men und ein tragfähiges Dreiecksverhältnis aufrechtzuerhal-ten, das auch Amerika miteinbezieht, wird das diplomatische

Geschick und die politische Phantasie der Amerikaner auf eine harte Probe stellen. Eine Politik, die sich nicht mehr auf die Bedrohung fixiert, die Japans wirtschaftlicher Höhenflug angeblich darstellt, und die Ängste vor Chinas politischer Macht ablegt, könnte zu einem kühlen Realismus finden und sorgfältige strategische Überlegungen anstellen, wie sich Ja-pans Energie in die internationale Richtung lenken und Chi-nas Macht auf eine regionale Übereinkunft hinsteuern läßt.

Nur so wird Amerika in der Lage sein, im Osten des *eura*-sischen Festlands ein geopolitisch ebenbürtiges Äquivalent zu Europa an der westlichen Peripherie zu schaffen, das heißt eine regionale Machtstruktur, die auf gemeinsamen Interessen der Beteiligten beruht. Doch ein demokratischer Brückenkopf auf dem östlichen Festland wird noch auf sich war-ten lassen. Solange muß in Fernost das neugestaltete Bündnis mit Japan auch als Basis für eine gütliche Einigung Amerikas mit einem regional bestimmenden China dienen.

Aus den letzten beiden Abschnitten dieses Kapitels erge-ben sich für die USA mehrere wichtige geostrategische Schlußfolgerungen:

Die derzeit herrschende Einsicht, daß China die nächste Weltmacht ist, erzeugt paranoide Ängste vor China und nährt in China Größenwahn. Ängste vor einem aggressiven und feindlichen China, das dazu ausersehen ist, in Kürze die näch-ste Weltmacht zu werden, sind

bestenfalls verfrüht und kön-nen sich schlimmstenfalls zu einer self-fulfilling prophecy auswachsen. Folglich wäre es kontraproduktiv, wollte man eine Koalition auf die Beine stellen, die Chinas Aufstieg zur Weltmacht verhindern soll. Damit würde man nur erreichen, daß ein in der Region einflußreiches China eine feindselige Haltung einnähme. Zugleich würde jeder derartige Versuch das amerikanisch-japanische Verhält-nis belasten, da die mei-sten Japaner wahrscheinlich gegen eine solche Koalition wä-ren. Daher sollte Amerika aufhören, Japan zur Übernahme

größerer Verantwortung im asiatisch-pazifischen Raum zu drängen. Bemühungen in dieser Richtung hemmen lediglich das Entstehen eines stabilen Verhältnisses zwischen Japan und China, während sie Japan noch weiter in der Region iso-lieren.

Aber gerade weil China wohl nicht so schnell eine Welt-macht werden dürfte — und schon deshalb wäre es unklug, eine Politik der regionalen Eindämmung Chinas zu verfol-gen —, sollte es als wichtiger Akteur auf der internationalen Bühne behandelt werden. Bezieht man China in weitere in-ternationale Zusammenarbeit mit ein und billigt man ihm den Status, nach dem es strebt, zu, so könnte man damit vielleicht seinem nationalen Ehrgeiz die Spitze nehmen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre es, wenn man China bei dem jährlichen Gipfel der führenden Wirtschaftsnationen, den er-weiterten G7-Staaten, hinzuzöge.

Allem Anschein zum Trotz hat China im Grunde keine großen strategischen Optionen. Sein anhaltender wirtschaft-licher Erfolg ist weiterhin stark auf Kapital und Technologie aus dem Westen sowie auf den Zugang zu ausländischen Märkten angewiesen, und dies schränkt Chinas Möglichkei-ten drastisch ein. Ein Bündnis mit einem instabilen

und ver-armten Rußland würde Chinas wirtschaftliche und geopoliti-sche Aussichten nicht verbessern (und für Rußland Unter-ordnung unter China bedeuten). Es bietet daher keine reali-stische Lösung, obgleich es aus taktischen Gründen für beide Länder verlockend sein mag, mit diesem Gedanken zu spie-len. Unmittelbarere regionale und geopolitische Bedeutung hat für China die Hilfe, die es dem Iran und Pakistan zukom-men läßt, aber auch das verschafft ihm keinen Ausgangspunkt für ein ernsthaftes Streben nach Weltmacht. Eine »antihege-moniale« Koalition könnte ein letzter Ausweg sein, wenn China zu der Auffassung gelangte, daß seine nationalen und regionalen Bestrebungen von den Vereinigten Staaten (mit ja-

panischer Unterstützung) blockiert werden. Es wäre jedoch eine Koalition der Armen, die dann wahrscheinlich für eine geraume Zeit gemeinsam arm blieben.

Ein Großchina wird die dominierende Macht in der Regi-on sein. Als solche könnte es versuchen, sich seinen Nach-barn auf eine Weise aufzudrängen, die die Stabilität in der Re-gion zerstört; oder es könnte sich damit begnügen, seinen Einfluß weniger offen auszuüben, was seiner imperialen Ver-gangenheit mehr entspräche. Ob eine hegemoniale Ein-flußsphäre oder eine offenere Sphäre entsteht, in der jedoch die Nachbarstaaten ihre politischen Entscheidungen mehr oder weniger mit Peking abstimmen, wird zum einen Teil da-von abhängen, wie brutal und autoritär das chinesische Regi-me bleibt, und zum anderen Teil von der Art, in der die wich-tigsten Akteure außerhalb, nämlich Amerika und Japan, auf das Entstehen eines Großchina reagieren. Eine Politik der einfachen Befriedung könnte China zu einer anmaßenderen Haltung ermuntern; das gleiche Ergebnis aber würde wahr-scheinlich eine Politik

zeitigen, die das Entstehen eines sol-chen China nur hintertreibt. Durch eine vorsichtige Einigung in einigen strittigen Fragen und eine scharfe Abgrenzung in anderen würden vielleicht beide Extreme vermieden.

Auf jeden Fall könnte ein Großchina in einigen Gebieten Eurasiens einen geopolitischen Einfluß ausüben, der mit Amerikas hochfliegendem geostrategischen Interesse an ei-nem stabilen, aber politisch pluralistischen Eurasien verein-bar ist. So schränkt beispielsweise das wachsendes Interesse Chinas an Zentralasien Rußland in seiner Handlungsfreiheit zwangsläufig bei dem Versuch ein, die Region in irgendeiner Form von politischer Reintegration wieder unter seine Kon-trolle zu bringen. Chinas steigender Energiebedarf diktiert ihm in diesem Zusam-menhang und in bezug auf den Persi-schen Golf wegen der Aufrechterhaltung freier Zugänge zu und politischer Stabilität in den Erdölgebieten mit Amerika

an einem Strang zu ziehen. Auf ähnliche Weise schiebt China mit seiner Unterstützung für Pakistan Indiens Ehrgeiz einen Riegel vor, sich dieses Land zu unterwerfen, und schafft damit ein Gegengewicht zu Indien, das im Hinblick auf Afgha-nistan und Zentralasien mit Rußland gerne zusammenarbei-ten würde. Zur regionalen Stabilität kann schließlich beitragen, mit wenn China und Japan sich an der Erschließung Ostsibiriens beteiligen. Alle diese gemeinsamen Interessen sollten in einem anhaltenden strategischen Dialog ausgelotet werden.[32]

Es gibt auch Gebiete, wo die Bestrebungen Chinas mit amerikanischen (und ebenso japanischen) Interessen vor al-lem dann kollidieren könnten, wenn jene mit einer aus der Vergangenheit wohlvertrauten Politik der Härte verfochten werden sollten. Dies gilt insbesondere für Südostasien, Tai-wan und Korea.

Südostasien ist potentiell zu reich, geographisch zu ausge-dehnt,

einfach zu groß, um sich selbst von einem mächtigen China ohne weiteres unterjochen zu lassen — aber es ist auch zu schwach und politisch zu zerstückelt, um davor gefeit zu sein, in den Sog Pekings zu geraten. Chinas regionaler Ein-fluß, dem die Finanz- und Wirtschaftsmacht der Auslandschinesen in allen Ländern des asiatisch-pazifischen Raums noch dazu Vorschub leistet, wird stetig zunehmen. Viel hängt davon ab, wie China diese Macht handhabt, aber es versteht sich durchaus nicht von selbst, daß Amerika ein

32 Bei einem Treffen mit Chinas Topfunktionären für Fragen der nationalen Sicher-heit und Verteidigung 1996 nannte ich (gelegentlich unter Verwendung bewußt vager Formulierungen) die folgenden Gebiete gemeinsamen strategischen Inter-esses als grundlegend für einen solchen Dialog: 1) ein friedliches Südostasien; *2)* kein Einsatz von Gewalt in der Resolution von „offshore-Fragen“ 3) friedliche Wiedervereinigung Chinas; *4)* Stabilität in Korea; 5) Unabhängigkeit Zentralasi-ens; 6) Gleichgewicht zwischen China und Pakistan; 7) ein wirtschaftlich dyna-misches und international gutartiges Japan; 8) ein stabiles, aber nicht zu starkes Rußland.

besonderes Interesse hat, sich ihr direkt zu widersetzen oder sich in Probleme, wie den Streit um das Südchinesische Meer, hineinziehen zu lassen. Die Chinesen haben histori-sche Erfahrung im raffinierten Umgang mit ungleichen (oder auch tributpflichtigen) Beziehungen, und es wäre bestimmt für China von Vorteil, sich in Selbstbeherrschung zu üben, um regionale Ängste vor chinesischem Imperialismus zu vermeiden. Diese Furcht könnte eine regionale Anti-China-Koalition hervorbringen (und einige derartige Untertöne sind in der im Entstehen begriffenen militärischen Zusam-menarbeit zwischen Indonesien und Australien durchaus vorhanden), die dann höchstwahrscheinlich bei den Verei-nigten Staaten, Japan und Australien um Unterstützung nachsuchen würde.

Ein Großchina wird, nachdem es Hongkong verdaut hat, mit ziemlicher Sicherheit energisch auf eine Wiedervereini-gung Taiwans mit dem Festland hinarbeiten. Man darf nicht vergessen, daß China nie in eine

endgültige Trennung Taiwans eingewilligt hat. Daher könnte diese Frage irgendwann einmal eine direkte Konfrontation zwischen Amerika und China heraufbeschwören, mit fatalen Konsequenzen für alle Betei-ligten: China würde wirtschaftlich zurückgeworfen, Ameri-kas Beziehungen zu Japan könnten ernsthaft belastet werden, und die Bemühungen der USA, im östlichen Eurasien ein sta-biles Machtgleichgewicht zu schaffen, könnten scheitern.

Folglich müssen beide Seiten über dieses Problem äußerste Klarheit erzielen. Obwohl es China wahrscheinlich in abseh-barer Zeit an den nötigen Mitteln fehlen wird, Taiwan wirksam unter Druck zu setzen, muß Peking wissen — und glaubhaft überzeugt werden —, daß eine amerikanische Einwilligung in den Versuch der gewaltsamen Wiedereingliederung Taiwans für das Ansehen der USA in Fernost so verheerend wäre, daß diese es sich einfach nicht leisten könnten, militärisch passiv zu bleiben, sollte sich Taiwan nicht selbst schützen können.

Mit anderen Worten, Amerika würde nicht einem eigen-ständigen Taiwan zuliebe eingreifen müssen, sondern wegen seiner eigenen geopolitischen Interessen im asiatisch-pazi-fischen Raum. Dies ist ein wichtiger Unterschied. Die Verei-nigten Staaten haben per se kein besonderes Interesse an ei-nem eigenständigen Taiwan. Tatsächlich lautete ihre offizielle Position (und daran sollte sich auch nichts ändern), daß es nur ein China gibt. Aber wie China eine Wiedervereinigung betreibt, kann die vitalen Interessen Amerikas tangieren, und darüber müssen sich die Chinesen im klaren sein.

Das Taiwan-Problem verschafft Amerika außerdem einen legitimen Grund, in Verhandlungen mit China die Frage nach den Menschenrechten

zu stellen, ohne sich den Vorwurf gefal-len lassen zu müssen, es mische sich in Chinas innenpolitische Angelegenheiten ein. Es ist absolut angebracht, Peking gegen-über ständig zu wiederholen, daß eine Wiedervereinigung erst zustande kommen wird, wenn es der chinesischen Bevölke-rung materiell besser geht und demokratische Reformen statt-gefunden haben. Nur ein China, das auch bereit ist, eine auf dem Grundsatz »ein Land, verschiedene Systeme« basierende Konföderation zu werden, wird für Taiwan attraktiv sein und dieses assimilieren können. Taiwans wegen ist es auf jeden Fall in Chinas eigenem Interesse, den Menschenrechten mehr Achtung einzuräumen und in diesem Zusammenhang sollte Amerika das Thema durchaus ansprechen.

Gleichzeitig sollten sich die Vereinigten Staaten — im Ein-klang mit ihrem China gegebenen Versprechen — des direkten oder indirekten Eintretens für eine internationale Aufwer-tung des taiwanesischen Sonderstatus enthalten. In den neun-ziger Jahren erweckten offizielle Kontakte zwischen den USA und Taiwan den Eindruck, als begännen die USA still-schweigend, Taiwan als eigenen Staat zu behandeln, und der Ärger Chinas darüber war ebenso verständ-lich wie sein Unmut über die verstärkten Bemühungen taiwanesischer Regie-

rungskreise, dem Sonderstatus Taiwans internationale Aner-kennung zu verschaffen.

Die Vereinigten Staaten sollten daher ruhig deutlich ma-chen, daß taiwanesische Versuche, die seit langem das Ver-hältnis zwischen China und Taiwan prägende Politik in der Schwebe zu ändern, sich auf Washingtons Haltung gegenüber Taiwan negativ auswirken werden. Wenn China prosperiert und zur Demokratie findet und wenn seine Einverleibung Hongkongs nicht zu einer Rückentwicklung in der Men-schenrechtsfrage führt, würden die USA mit einem von ihnen angeregten ernsthaften Dialog

zwischen Peking und Taipeh über die Bedingungen einer Wiedervereinigung zudem Druck auf eine fortschreitende Demokratisierung innerhalb Chinas ausüben und wären somit einer umfassenderen strate-gischen Einigung mit einem Großchina förderlich.

Korea, der geopolitische Dreh- und Angelpunkt in Nord-ostasien, könnte erneut zum Zankapfel zwischen Amerika und China werden, und außerdem wird seine Zukunft unmit-telbare Auswirkungen auf das amerikanisch-japanische Ver-hältnis haben. Solange Korea geteilt und anfällig für einen Krieg zwischen dem instabilen Nordkorea und dem immer reicher werdenden Süden ist, werden US-Streitkräfte auf der Halbinsel stationiert bleiben müssen. Jeder einseitige Abzug der USA würde wahrscheinlich nicht nur einen neuen Krieg heraufbeschwören, sondern wohl auch das Ende der ameri-kanischen Militärpräsenz in Japan einläuten. Es ist schwer vorstellbar, daß sich die Japaner noch viel von einem weiteren US-Truppenkontingent auf japanischem Boden versprechen, wenn die Amerikaner Südkorea aufgegeben haben. Eine ra-sche Aufrüstung Japans wäre die wahrscheinlichste Folge, mit destabilisierendem Effekt für die gesamte Region.

Koreas Wiedervereinigung dürfte jedoch ernste geopoliti-sche Probleme aufwerfen. Sollten amerikanische Streitkräfte in einem wiedervereinigten Korea stationiert bleiben, würden

die Chinesen sie unweigerlich als gegen ihr Land gerichtet be-trachten. Ob die Chinesen unter diesen Umständen in eine Wiedervereinigung einwilligen würden, ist zweifelhaft. Falls diese Wiedervereinigung sich schrittweise, gewissermaßen als weiche Landung, vollzieht, würde China sie politisch hintertreiben und jene Kräfte in Nordkorea unterstützen, die sich beharrlich gegen eine Wiedervereinigung sträuben. Sollte die

Wiedervereinigung gewaltsam erfolgen und Korea dabei eine Bruchlandung erleben, könnte selbst eine militärische Inter-vention der Chinesen nicht ausgeschlossen werden. Aus der Sicht Pekings wäre ein wiedervereinigtes Korea nur dann hin-nehmbar, wenn es nicht gleichzeitig eine direkte Verlänge-rung amerikanischer Macht wäre (mit Japan als dem Sprung-brett im Hintergrund).

Ein wiedervereinigtes Korea, in dem keine US-Truppen mehr stationiert wären, würde vermutlich zunächst zu einer Art Neutralität zwischen China und Japan tendieren und hierauf allmählich — teils aufgrund noch immer in Resten vor-handener starker antijapanischer Vorurteile — ins Magnetfeld Chinas, das heißt entweder direkt unter den politischen Ein-fluß Pekings oder aber in ein indirektes Abhängigkeitsver-hältnis geraten. Es erhöbe sich dann die Frage, ob Japan im-mer noch willens wäre, den USA als einziger Militärstütz-punkt in Asien zu dienen. Zumindest würde diese Frage das Land innenpolitisch spalten. Jeder daraus resultierende mili-tärische Rückzug der USA aus Fernost hätte umgekehrt eine Gefährdung des Machtgleichgewichts in Eurasien zur Folge. Aufgrund dieser Überlegungen sind Japan und Amerika um so mehr daran interessiert (wenn auch aus jeweils etwas ande-ren Gründen), daß sich am Status quo Koreas nichts ändert, und wenn es dennoch zu einer solchen Änderung kommen sollte, so muß diese in sehr langsamen Schritten erfolgen, vorzugsweise im Rahmen einer zunehmenden amerikanisch-chinesischen Einigung über regionale Belange.

In der Zwischenzeit würde eine echte Aussöhnung zwi-schen Japan und Korea entscheidend zu einem stabileren re-gionalen Umfeld beitragen, das einer Wiedervereinigung des geteilten Landes zugute käme. Eine echte Versöhnung zwi-schen Japan und Korea würde die verschiedenen

internatio-nalen Komplikationen, die aus einer koreanischen Wieder-vereinigung erwachsen könnten, mildern und zu einer zunehmend kooperativen und verbindlichen politischen Be-ziehung führen. Die USA könnten eine ganz entscheidende Rolle beim Zustandekommen einer solchen Versöhnung spie-len. Die vielen einzelnen Schritte, die zuerst die deutsch-fran-zösische Aussöhnung und später die zwischen Deutschland und Polen vorangebracht (zum Beispiel vom akademischen Austausch bis hin zu gemeinsamen Militärverbänden) haben, könnten auch hier unternommen werden. Eine umfassende und sich auf die regionale Stabilität positiv auswirkende japa-nisch-koreanische Partnerschaft wiederum würde eine stän-dige Präsenz der USA im Fernen Osten, selbst nach einer Wiedervereinigung Koreas, erleichtern.

Es erübrigt sich fast zu erwähnen, daß ein enges politisches Verhältnis zu Japan im globalen geostrategischen Interesse Amerikas liegt. Aber ob Japan der Vasall, Gegner oder Part-ner Amerikas sein wird, hängt davon ab, ob Amerikaner und Japaner in der Lage sind, die von beiden Ländern gemeinsam zu verfolgenden internationalen Ziele deutlicher herauszuar-beiten, und ob sie klarer bestimmen können, wo die Grenzli-nie zwischen der geostrategischen Mission der USA in Fern-Ost und Japans Streben nach Weltgeltung verläuft. Trotz der im Lande geführten Debatten über die japanische Außenpo-litik bleibt für Japan die Beziehung zu Amerika das Leucht-feuer, nach dem es sich international orientiert. Ein desorien-tiertes Japan, das zwischen Wiederaufrüstung oder einem Sonderabkommen mit China schwankt, bedeutete das Ende der amerikanischen Rolle im asiatisch-pazifischen Raum und

verhinderte das Entstehen einer regional stabilen Dreiecks-Vereinbarung

zwischen Amerika, Japan und China; damit wäre auch der Plan der USA, in Eurasien ein politisches Gleichgewicht herzustellen, hinfällig.

Kurz: ein desorientiertes Japan wäre einem gestrandeten Wal vergleichbar: der hilflos, aber gefährlich um sich schlägt. Es könnte Asien destabilisieren, aber es könnte keine realisti-sche Alternative zu der notwendigen stabilisierenden Balance zwischen Amerika, Japan und China anbieten. Nur in einer engen Allianz mit Japan werden die USA Chinas regionale Bestrebungen ausgleichen und deren willkürlichere Aus-wüchse zügeln können. Allein auf dieser Basis kann eine komplizierte, dreiseitige Vereinbarung zustande kommen —eine, die Amerikas Weltmacht, Chinas Übergewicht in der Region und Japans internationale Führungsrolle berücksich-tigt.

Folglich ist ein Abbau der derzeitigen Truppenstärke in Ja-pan (und um Korea erweitert) in nächster Zeit nicht wün-schenswert. Aus demselben Grund allerdings ist eine er-kleckliche Erweiterung der geopolitischen Ausdehnung und eine Erhöhung der tatsächlichen militärischen Schlagkraft Ja-pans nicht erstrebenswert. Ein Rückzug Amerikas hätte sehr wahrscheinlich ein größeres japanisches Rüstungsprogramm vor dem Hintergrund einer beunruhigenden strategischen Desorientierung zur Folge. Der Druck Amerikas auf Japan, eine größere militärische Rolle zu übernehmen, kann hinge-gen nur die Aussichten auf regionale Stabilität beschädigen, eine umfassendere regionale Einigung mit Großchina er-schweren und Japan davon abbringen, eine konstruktivere Aufgabe auf internationaler Ebene zu übernehmen und hier-durch die Bemühung, einen stabilen geopolitischen Pluralis-mus in ganz Eurasien zu fördern, komplizieren.

Des weiteren folgt daraus, daß Japan — wenn es sich der Welt zu und von Asien abwenden soll — einen sinnvollen An-

reiz und einen Sonderstatus erhalten muß, damit auch seinen nationalen Interessen gedient ist. Im Unterschied zu China, das den Status einer Weltmacht anstreben kann, nachdem es eine regionale Macht geworden ist, kann Japan weltweiten Einfluß erlangen, indem es das Streben nach regionaler Macht aufgibt. Dadurch wird es aber für Japan um so wichtiger, sich an der Seite Amerikas einer auf politischem Gebiet ebenso befriedigenden wie auf wirtschaftlichem Gebiet segensrei-chen globalen Aufgabe zu widmen. Mit Hinblick darauf täten die USA gut daran, ein amerikanisch-japanisches Freihan-delsabkommen in Erwägung zu ziehen, mit dem ein gemein-samer amerikanisch-japanischer Wirtschaftsraum geschaffen würde. Ein solcher Schritt, der die wachsende Verkettung der beiden Volkswirtschaften formalisiert, würde sowohl die ständige Präsenz Amerikas im Fernen Osten als auch Japans weltweites konstruktives Engagement untermauern.[33]

Um zum Schluß zu kommen: Japan sollte für Amerika der unerläßliche und vorrangige Partner beim Aufbau einer im-mer umfassenderen und alle Lebensbereiche durchdringen-den globalen Zusammenarbeit sein, aber nicht in erster Linie ihr militärischer Verbündeter in einem regionalen Abkom-men, das es darauf anlegt, Chinas regionale Vormachtstellung anzufechten. In Wirklichkeit sollte Japan Amerikas globaler Partner sein, der mit ihm das neue Programm der Weltpolitik in Angriff nimmt. In der traditionellen Sphäre der Machtpo-litik sollte ein regional herausragendes China Amerikas fernöstlicher Anker werden und. dadurch ein eurasisches Machtgleichgewicht befördern helfen, wobei Großchinas Rolle im Osten Eurasiens der eines größer werdenden Euro-pa in Eurasiens Westen entspricht.

33 Für diese initiative hat sich besonders Kurt Tong stark gemacht, *der in* „Revo1utionazing

America‘s Japan Policy’s“ *Foreign Policy* (Winter 1996—1997) auf die ge-genseitigen Wirtschaftsvorteile hinwies.

7

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Es ist an der Zeit, daß Amerika eine einheitliche, umfassende und langfristige Geostrategie für Eurasien als Ganzes formu-liert und verfolgt. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus dem Zusammenwirken zweier grundlegender Faktoren: Amerika ist heute die einzige Supermacht auf der Welt, und Eurasien ist der zentrale Schauplatz. Von daher wird die Frage, wie die Macht auf dem eurasischen Kontinent verteilt wird, für die globale Vormachtstellung und das historische Vermächtnis Amerikas von entscheidender Bedeutung sein.

Amerikas globale Vorherrschaft ist in ihrer Ausdehnung und in ihrer Art einzigartig. Sie ist eine Hegemonie neuen Typs, die viele Merkmale der amerikanischen Demokratie wi-derspiegelt: sie ist pluralistisch, durchlässig und flexibel. In weniger als einem Jahrhundert zustande gekommen, zeigt sie sich vor allem in der beispiellosen Rolle Amerikas auf der eurasischen Landmasse, wo bisher alle früheren Konkurren-ten um die Weltmacht

ihren Ursprung hatten. Amerika ist nun der Schiedsrichter Eurasiens, und kein größeres eurasi-sches Problem läßt sich ohne die Beteiligung der USA oder gegen ihre Interessen lösen.

Ausschlaggebend für die Dauer und Stabilität der amerika-nischen Weltmachtstellung wird sein, wie die Vereinigten

Staaten die wichtigsten geostrategischen Spieler auf dem eurasischen Schachbrett einerseits steuern und ihnen anderer-seits entgegenkommen, und wie sie mit den entscheidenden geopolitischen Dreh- und Angelpunkten umzugehen verste-hen. In Europa werden Deutschland und Frankreich auch weiterhin die Schlüsselfiguren sein, und Amerika sollte sich bemühen, den bestehenden demokratischen Brückenkopf an der westlichen Peripherie Eurasiens zu festigen und zu erwei-tern. Im Fernen Osten Eurasiens wird wahrscheinlich China immer starker in den Mittelpunkt des Geschehens treten, und Amerika wird auf dem asiatischen Festland politisch nicht Fuß fassen können, wenn es nicht erfolgreich auf einen geostrategischen Konsens mit China hinarbeitet. In der Mitte Eurasiens wird der Raum zwischen einem sich erweiternden Europa und einem regional aufstrebenden China geopolitisch solange ein Schwarzes Loch bleiben, wie sich Rußland noch zu keiner postimperialen Selbstdefinition durchgerungen hat, während die Region südlich von Rußland — der eurasische Balkan — ein Hexenkessel ethnischer Konflikte und Groß-macht-Rivalitäten zu werden droht.

Vor diesem Hintergrund wird Amerikas Status als führen-de Weltmacht in absehbarer Zeit — für mehr als eine Generati-on — wohl von keinem Herausforderer angefochten werden. Kein Nationalstaat dürfte sich mit den USA in den vier Schlüsselbereichen der Macht (militärisch, wirtschaftlich, technologisch und kulturell) messen können, die gemeinsam die entscheidende globale politische Schlagkraft ausmachen. Außer einer

bewußten oder unfreiwilligen Abdankung Ame-rikas ist in absehbarer Zeit die einzig reale Alternative zur globalen Führungsrolle der USA die internationale Anarchie. So gesehen, kann man zu Recht behaupten, daß Amerika, wie Präsident Clinton es ausdrückte, die für die Welt »unentbehr-liche Nation ist«.

Man muß hier dem Faktum der Unentbehrlichkeit das Po--

tential für weltweite Anarchie gegenüberstellen. Die verhee-renden Folgen der Bevölkerungsexplosion, Armutsmigration, sich rasant beschleunigender Urbanisierung, ethnischer und religiöser Feindseligkeiten und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wären nicht zu bewältigen, sollte auch noch das bestehende, auf Nationalstaaten basierende Grundgerüst rudimentärer geopolitischer Stabilität zu Bruch gehen. Ohne ein abhaltendes und gezieltes Engagement Amerikas könnten bald die Kräfte weltweiter Unordnung die internationale Bühne beherrschen. Angesichts der geopoliti-schen Spannungen, nicht nur im heutigen Eurasien, sondern überall auf der Welt, ist ein solches Szenario durchaus denk-bar.

Die daraus resultierenden Gefahren für eine globale Stabi-lität werden durch die Aussicht auf eine allgemeine Ver-schlechterung der menschlichen Lebensbedingungen noch vergrößert. Vor allem in den ärmeren Ländern der Welt lassen Bevölkerungsexplosion und gleichzeitige Verstädterung das Heer der Benachteiligten und der Abermillionen arbeitsloser und immer unruhiger werdender junger Leute unaufhaltsam anwachsen, deren Frustrationspegel rasend steigt. Die mo-dernen Medien verstärken den Bruch, den diese jungen Leute gegenüber traditionellen Autoritäten vollziehen, und führen ihnen die krasse Ungleichheit auf der Welt vor Augen. Das schürt ihren Unmut und macht sie für extremistische

Ratten-fänger anfällig. Einerseits könnte das Phänomen weltweiter Wanderungsbewegungen, die bereits in die zehn Millionen gehende Menschen umfaßt, für einige Zeit als Sicherheitsven-til wirken, andererseits werden dadurch auch ethnische und soziale Konflikte von einem Kontinent auf den anderen über-tragen.

Das Amt des Weltpolizisten, das Amerika geerbt hat, wird daher kaum von Turbulenzen, Spannungen und zumindest sporadischen Gewaltausbrüchen verschont bleiben. Die neue

und komplexe internationale Ordnung, die unter amerikani-scher Hegemonie zustande kam und ihre Handschrift trägt, und innerhalb derer die Kriegsgefahr vom Tisch ist, wird sich wohl auf jene Teile der Welt beschränken, in denen demokra-tische Gesellschaften und Verfassungen sowie ausgeklügelte multilaterale — doch ebenfalls von Amerika dominierte —Strukturen die Macht der USA gestützt haben.

Eine amerikanische Geostrategie für Asien wird sich folg-lich gegen die Kräfte des Chaos behaupten müssen. In Euro-pa gibt es Anzeichen dafür, daß der Impuls zu Integration und Erweiterung nachläßt und die alten europäischen Natio-nalismen bald wieder aufleben könnten. Selbst in den erfolg-reichsten europäischen Staaten dauert die Massenarbeitslo-sigkeit unvermindert an und erzeugt ausländerfeindliche Reaktionen, die in der deutschen oder französischen Politik einen plötzlichen Rechtsruck und chauvinistische Tendenzen herbeiführen könnten. Es wäre in der Tat denkbar, daß dort eine vorrevolutionäre Lage entsteht. Der historische Zeitplan für Europa, wie er in Kapitel 3 skizziert wurde, wird nur dann eingehalten werden können, wenn die Vereinigten Staa-ten Europas Einigungsbestrebungen nachhaltig ermuntern, ja sogar anspornen.

Die Ungewißheiten über die Zukunft Rußlands sind noch größer und

die Aussichten auf eine positive Entwicklung viel geringer. Darum muß Amerika unbedingt einen geopo-litischen Rahmen entwerfen, der Rußlands Assimilation an einen von wachsender europäischer Zusammenarbeit gepräg-ten Hintergrund Rechnung trägt und der außerdem die selbstbewußte Unabhängigkeit seiner neuerdings souveränen Nachbarn fördert. Doch ob die Ukraine oder Usbekistan (gar nicht zu reden vom ethnisch zweigeteilten Kasachstan) als unabhängige Staaten überleben können, bleibt ungewiß, zu-mal wenn neue Krisen innerhalb Europas, wie etwa die wach-sende Kluft zwischen der Türkei und der EU oder feindseli--

ger werdende Töne im amerikanisch-iranischen Verhältnis die Aufmerksamkeit der USA ablenken sollten.

Die Möglichkeit, daß es schließlich doch zu einer großen Einigung mit China kommt, könnte durch eine zukünftige Taiwan-Krise zunichte werden oder weil innenpolitische Turbulenzen ein aggressives, feindseliges Regime in Peking an die Macht bringen, beziehungsweise weil sich die amerika-nisch-chinesischen Beziehungen als Fehlschlag erweisen. China könnte dann zu einer äußerst destabilisierenden Kraft in der Welt werden, das amerikanisch-japanische Verhältnis enorm belasten und vielleicht auch in Japan eine zerrüttende geopolitische Orientierungslosigkeit auslösen. In einem sol-chen Szenario wäre zweifellos die Stabilität Südostasiens in Gefahr, und man kann nur Vermutungen anstellen, wie sich das Zusammentreffen dieser Ereignisse auf die Haltung und nationale Geschlossenheit Indiens auswirken würde, einem für die Stabilität Südasiens entscheidenden Land.

Diese Bemerkungen sollen vor Augen führen, daß weder die neuen

globalen Probleme, die die Zuständigkeit der ein-zelnen Nationalstaaten übersteigen, noch die herkömmlichen geopolitischen Angelegenheiten gelöst oder auch nur in Grenzen gehalten werden können, falls die geopolitischen Grundstrukturen zu bröckeln beginnen. In Anbetracht des Wetterleuchtens am politischen Horizont Europas und Asiens muß sich jede erfolgreiche amerikanische Politik auf Eurasien als Ganzes konzentrieren und sich von einem geostrategischen Plan leiten lassen.

Eine Geostrategie für Eurasien

Die hierfür erforderliche Politik muß zuallererst die drei bis-lang nie dagewesenen Bedingungen ungeschminkt zur Kenntnis nehmen, von denen das Weltgeschehen geopolitisch

derzeit bestimmt wird: zum ersten Mal in der Geschichte ist (1) ein einzelner Staat die wirkliche Weltmacht, hat (2) ein außereurasischer Staat weltweit diese Vormachtstellung inne und wird (3) der zentrale Schauplatz der Welt, Eurasien, von einer außereurasischen Macht dominiert.

Eine umfassende und einheitliche Geostrategie für Eurasi-en muß allerdings auf der Einsicht gründen, daß auch der Macht Amerikas Grenzen gesetzt sind und daß mit der Zeit Verschleißerscheinungen unvermeidlich sind. Wie schon er-wähnt, setzen allein die schiere Größe und Vielfalt Eurasiens wie auch die potentielle Macht einiger seiner Staaten dem Einfluß Amerikas und dem Ausmaß seiner Kontrolle über den Gang der Ereignisse Grenzen. Dieser Umstand erfordert geostrategisches Verständnis und den bewußt selektiven Ein-satz amerikanischer Ressourcen auf dem riesigen eurasischen Schachbrett. Und da die beispiellose Macht der USA mit der Zeit notgedrungen abnimmt, muß es in erster Linie darum gehen, mit dem Aufkommen anderer regionaler Mächte

so zurechtzukommen, daß Amerikas globale Vormachtstellung nicht bedroht wird.

Wie beim Schach müssen Amerikas globale Strategen etli-che Züge im voraus durchdenken und mögliche Züge des Gegners vorwegnehmen. Eine konsequente Geostrategie muß daher zwischen kurzfristiger Perspektive (grob gesagt, für die nächsten fünf Jahre), einer mittelfristigen (bis zu zwanzig Jahren in etwa) und einer langfristigen (über zwan-zig Jahre hinaus) Perspektive unterscheiden. Zudem dürfen diese Zeitabschnitte nicht als in sich abgeschlossen betrachtet werden, sondern als Teil eines Kontinuums. Die erste Phase muß allmählich und stetig in die zweite überleiten — ja, muß bewußt auf sie ausgerichtet sein —, und die zweite muß ent-sprechend in die dritte übergehen.

Kurzfristig ist es in Amerikas Interesse, den derzeit herr-schenden Plura-lismus auf der Landkarte Eurasien s zu festigen

und fortzuschreiben. Dies erfordert ein hohes Maß an Taktie-ren und Manipulieren, damit keine gegnerische Koalition zu-stande kommt, die schließlich Amerikas Vorrangstellung in Frage stellen könnte, ganz abgesehen davon, daß dies einem einzelnen Staat so schnell nicht gelänge. Mittelfristig sollte die eben beschriebene Situation allmählich einer anderen wei-chen, in der auf zunehmend wichtigere, aber strategisch kom-patible Partner größeres Gewicht gelegt wird, die, veranlaßt durch die Führungsrolle Amerikas, am Aufbau eines koopera-tiveren transeurasischen Sicherheitssystems mitwirken kön-nen. Schließlich, noch längerfristiger gedacht, könnte sich aus diesem ein globaler Kern echter gemeinsamer politischer Ver-antwortung herausbilden.

Zunächst besteht die Aufgabe darin sicherzustellen, daß kein Staat oder

keine Gruppe von Staaten die Fähigkeit er-langt, die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beein-trächtigen. Die Festigung des transkontinentalen geopoliti-schen Pluralismus sollte jedoch nicht Selbstzweck sein, son-dern nur dem mittelfristigen Ziel, echte strategische Partner-schaften in den Schlüsselregionen Eurasiens zu bilden, die-nen. Es ist nicht anzunehmen, daß ein demokratisches Ame-rika sich auf Dauer der schwierigen, aufreibenden und kost-spieligen Aufgabe zu widmen gewillt sein wird, Eurasien durch dauerndes Taktieren und Manipulieren in den Griff zu bekommen, und dabei weltweit seine militärischen Ressour-cen einsetzt, um die regionale Dominanz irgendeiner Macht zu verhindern. Die erste Phase muß daher logisch und plan-voll in die zweite überleiten, eine Phase, in der eine friedliche Hegemonie der USA andere auch weiterhin davon abhält, diese in Frage zu stellen, weil zum einen der Preis, den sie dafür bezahlen müßten, zu hoch ist und zum andern Amerika die vitalen Interessen derer, die in Eurasien regionale Zielset-zungen verfolgen, nicht bedroht.

Mittelfristig geht es darum, echte Partnerschaften zu för-dern, allen voran jene mit einem geeinteren und politisch klarer definierten Europa und mit einem regional beherr-schenden China, sowie mit (so ist zu hoffen) einem postim-perialen und nach Europa hin orientierten Rußland und am südlichen Rand Eurasiens mit einem, auf die Region stabili-sierend wirkenden, demokratischen Indien. Aber wie das Umfeld aussehen wird, das Rußlands Rolle bestimmt, hängt davon ab, ob es gelingt, umfassendere strategische Beziehun-gen mit Europa beziehungsweise China zu schmieden oder nicht.

Daraus folgt, daß ein größeres Europa und eine erweiterte NATO den kurz- und längerfristigen Zielen der US-Politik durchaus dienlich sind. Ein

größeres Europa wird den Ein-flußbereich Amerikas erweitern — und mit der Aufnahme neuer Mitglieder aus Mitteleuropa in den Gremien der Euro-päischen Union auch die Zahl der Staaten erhöhen, die den USA zuneigen —, ohne daß ein politisch derart geschlossenes Europa entsteht, das bald schon die Vereinigten Staaten in für sie bedeutsamen geopolitischen Belangen anderswo, insbe-sondere im Nahen Osten, herausfordern könnte. Ein poli-tisch klar definiertes Europa ist nicht zuletzt für die fort-schreitende Einbindung Rußlands in ein System globaler Zusammenarbeit unverzichtbar.

Amerika kann allein kein geeinteres Europa schaffen — das ist Sache der Europäer, allen voran der Franzosen und Deut-schen —, Amerika kann aber das Entstehen eines geeinteren Europa behindern. Und dies könnte sich für die Stabilität in Eurasien und somit für Amerikas eigene Interessen als fatal erweisen. In der Tat droht Europa, wenn es nicht zu einer Einheit kommt, wieder zu zerfallen. Folglich ist es, wie oben dargelegt, lebenswichtig, daß Amerika sowohl mit Deutsch-land als auch mit Frankreich eng zusammen-arbeitet, auf ein politisch lebensfähiges Europa hin, das gleichwohl mit den

USA verbunden bleibt und den Geltungsbereich des inter-nationalen Systems demokratischer Zusammenarbeit aus-dehnt. Ohne Europa wird es kein transeurasisches System geben.

Praktisch heißt das: Es muß allmählich eine Übereinkunft über eine gemeinsame Führung in der NATO erzielt, Frank-reichs Interesse an einer Rolle Europas nicht nur in Afrika, sondern auch im Nahen Osten stärker berücksichtigt und eine Osterweiterung der EU anhaltend unterstützt werden, selbst wenn die EU ein politisch wie wirtschaftlich selbstbe-wußterer *global player* werden sollte.[34] Ein transatlantisches

Freihandelsabkommen, das bereits eine Reihe prominenter Staatsmänner des Atlantischen Bündnisses befürworten, könnte außerdem das Risiko verringern, daß es auf wirt-schaftlichem Gebiet zu immer stärkeren Rivalitäten zwischen einer geeinteren EU und den Vereinigten Staaten kommt. Wenn es der EU schließlich gelänge, die jahrhundertealten nationalstaatlichen Feindseligkeiten mit all ihren negativen Folgen für die Welt zu begraben, könnte Amerika dafür durchaus in Kauf nehmen, daß seine Schiedsrichterrolle in Eurasien nach und nach an Bedeutung verliert.

Die Erweiterung von NATO und EU hätte wohl überdies zur Folge, daß die Europäer sich wieder stärker ihrer Ver-antwortung für die Welt bewußt werden, und zugleich, zum Nutzen Amerikas wie Europas, die durch die erfolgreiche

34 Eine Reihe konstruktiver Vorschläge zu diesem Zweck wurden auf der CISS (Center for International Strategic Studies) Konferenz über Amerika und Europa gemacht, die im Februar 1997 in Brüssel stattfand. Sie reichten von gemeinsamen Bemühungen um eine Strukturreform zur Reduzierung der Staatsdefizite bis hin zur Entwicklung einer verbesserten europäischen militärisch-industriellen Basis, die die transatlantische Verteidigungskooperation stärken und eine größere Rolle Europas in der NATO ermöglichen würde. Eine nützliche Liste ähnlicher und anderer Initiativen, die auf eine Stärkung der Rolle Europas abzielen, findet sich in David C. Gompert und E Stephen Larrabee (Hg.) *America and Europe: A Partnerchip for a New Era* (Santa Monica, CA: RAND, 1997).

Beendigung des Kalten Krieges gewonnenen Vorteile der Demokratie, festigen. Bei dieser Bemühung steht nichts weniger auf dem Spiel als Amerikas langfristiges Verhältnis zu Europa. Ein neues Europa muß erst noch Gestalt an-nehmen, und wenn dieses neue Europa geopolitisch ein Teil des »euro-atlantischen« Raums bleiben soll, ist die Ausdeh-nung der NATO unumgänglich. Aus demselben Grund würde das Scheitern einer NATO-Erweiterung, jetzt, wo man sich darauf festgelegt hat, den Plan eines expandieren-den Europas zunichte machen und die Mitteleuropäer de-moralisieren.

Ja, das Scheitern einer von den USA getragenen Bemü-hung, die NATO auszudehnen, könnte sogar ehrgeizigere russische Wünsche wieder aufleben lassen. Es ist noch keines-wegs klar ersichtlich — und steht im krassen Gegensatz zu dem, was uns die Geschichte lehrt —, ob die politische Elite Rußlands Europas Wunsch nach einer starken und dauerhaf-ten politischen und militärischen Präsenz der USA teilt. Während man also ein zunehmend kooperatives Verhältnis zu Rußland unbedingt anstreben sollte, ist es wichtig, daß Amerika über seine globalen Prioritäten keinen Zweifel auf-kommen läßt. Sollte zwischen einem größeren euroatlanti-schen System und einer besseren Beziehung zu Rußland eine Wahl getroffen werden müssen, hat ersteres für Amerika weitaus höher zu rangieren.

Aus diesem Grund sollte keine Vereinbarung mit Rußland über die Frage einer NATO-Erweiterung darauf hinauslau-fen, daß Rußland de facto am Entscheidungsfindungsprozeß des Bündnisses beteiligt wird und dadurch den spezifisch eu-roatlantischen Charakter der NATO aufweicht, während de-ren neu aufgenommene Mitglieder zu Staaten zweiter Klasse degradiert werden. Damit erhielte nämlich Rußland nicht nur die Gelegenheit, von neuem zu versuchen, seine Einflußsphä-re in Mitteleuropa wiederzugewinnen, es könnte auch seine

Präsenz in der NATO dazu mißbrauchen, jede Meinungsver-schiedenheit zwischen Amerika und Europa geschickt auszu-nutzen, um die Rolle der USA in europäischen Angelegenhei-ten zu schwächen.

Sowie Mitteleuropa der NATO beitritt, muß jede neue Si-cherheitsgarantie, die Rußland vom Westen in bezug auf die Region gewährt wird, wirklich gegenseitig und somit für bei-de Seiten beruhigend sein. Beschränkungen, die man sich bei der Stationierung von NATO-

Truppen und Atomwaffen auf dem Boden der neuen Mitglieder auferlegt, können wesent-lich dazu beitragen, legitime russische Bedenken zu zerstreu-en, aber im Gegenzug müßten die Russen garantieren, daß es zu einer Entmilitarisierung des unter strategischem Aspekt bedrohlichen Frontkeils von Kaliningrad kommt und größe-re Truppenstationierungen in Grenznähe der künftigen neu-en NATO- und EU-Mitglieder unterbleiben. Während alle neuen unabhängigen westlichen Nachbarn Rußlands auf ein stabiles und kooperatives Verhältnis zu Rußland erpicht sind, haben sie aus historisch verständlichen Gründen vor Moskau eigentlich immer noch Angst. Daher würde das Zustande-kommen einer fairen NATO-EU-Vereinbarung mit Rußland von allen Europäern als ein Signal dafür begrüßt werden, daß Rußland endlich die gewünschte postimperiale Wahl zugun-sten Europas trifft.

Diese Entscheidung könnte den Weg zu einem umfassenderen Bemühen ebnen, Rußlands Status und Ansehen zu ver-bessern. Die förmliche Mitgliedschaft bei den G7-Staaten, die das Land seit Juli 1997 erlangt hat, sowie die Aufwertung des politischen Apparates der OSZE (in der ein spezieller Sicher-heitsausschuß, bestehend aus Amerika, Rußland und ver-schiedenen europäischen Schlüsselländern, eingerichtet wer-den könnte), würde den Russen Gelegenheit geben, am Aufbau von politischen und Sicherheitsstrukturen in Europa konstruktiv mitzuwirken.

Wenn der Westen außerdem an seiner finanziellen Unter-stützung festhält und zusätzlich ehrgeizigere Pläne entwickelt, Rußland durch neue Autobahnen und Schienennetze enger an Europa zu binden, könnte der Prozeß, eine Ent-scheidung Rußlands für Europa mit Leben zu erfüllen, einen guten Schritt vorankommen.

Rußlands langfristige Rolle in Eurasien wird weitgehend von der

historischen Entscheidung abhängen, die es um sei-nes eigenen nationalen Selbstverständnisses willen vielleicht noch in diesem Jahrzehnt fällen muß. Selbst wenn Europa und China den Radius ihrer jeweiligen Einflußsphäre erwei-tern, wird Rußland dennoch der größte Flächenstaat der Erde bleiben. Er umfaßt zehn Zeitzonen und ist flächenmäßig doppelt so groß wie die Vereinigten Staaten oder China und stellt in dieser Hinsicht sogar ein erweitertes Europa in den Schatten. Gebietseinbußen sind somit nicht Rußlands Hauptproblem. Vielmehr muß das riesige Rußland der Tatsa-che ins Auge sehen, daß Europa und China beide schon heute wirtschaftlich mächtiger sind und China es noch dazu auf dem Weg zu einer Modernisierung der Gesellschaft zu über-holen droht. Daraus muß Rußland die richtigen Schlußfolge-rungen ziehen.

Unter diesen Umständen sollte sich die politische Führung in Moskau deutlicher darüber bewußt werden, daß Rußland in erster Linie sich selbst modernisieren muß, anstatt sich auf nutzlose Bemühungen einzulassen, seinen früheren Status als Weltmacht wiederzuerlangen. Angesichts der enormen Aus-dehnung und Vielfalt des Landes würde wahrscheinlich ein dezentralisiertes politisches System auf marktwirtschaftlicher Basis das kreative Potential des russischen Volkes wie der rie-sigen Bodenschätze des Landes besser zur Entfaltung brin-gen. Umgekehrt wäre ein dezentralisierteres Rußland weni-ger anfällig für imperialistische Propaganda. Einem lockerer konföderierten Rußland — bestehend aus einem europäischen

Rußland, einer sibirischen Republik und einer fernöstlichen Republik — fiele es auch leichter, engere Wirtschaftsbeziehun-gen mit Europa, den neuen Staaten Zentralasiens und dem Osten zu pflegen, die wiederum Rußlands eigene Entwick-lung beschleunigten. Jede dieser drei

konföderierten Einhei-ten könnte das kreative Potential vor Ort besser erschließen, das jahrhundertelang durch die schwerfällige Bürokratie Moskaus erstickt wurde.

Eine klare Entscheidung Rußlands für die europäische Op-tion und gegen die eines großrussischen Reiches wird dann wahrscheinlicher, wenn Amerika erfolgreich die zweite, un-bedingt erforderliche Linie seiner Strategie gegenüber Ruß-land verfolgt: nämlich den derzeit herrschenden geopoliti-schen Pluralismus im postsowjetischen Raum zu stärken, um damit allen imperialen Versuchungen den Boden zu entzie-hen. Ein postimperiales und auf Europa orientiertes Rußland sollte Bemühungen Amerikas in dieser Richtung als hilfreich für die Festigung regionaler Stabilität und die Verringerung von Konfliktmöglichkeiten entlang seiner neuen, potentiell instabilen südlichen Grenzen begrüßen. Aber die Politik der Konsolidierung eines geopolitischen Pluralismus sollte kei-neswegs von einem guten Verhältnis zu Rußland abhängig ge-macht werden. Sie ist vielmehr eine wichtige Versicherung für den umgekehrten Fall, daß sich ein solches gutes Verhältnis nicht entwickelt, da sie dem Wiederaufleben jeder wirklich bedrohlichen Großmachtpolitik von seiten Rußlands Hin-dernisse in den Weg legt.

Folgerichtig ist die politische und wirtschaftliche Unter-stützung der neuen unabhängigen Schlüsselstaaten ein fester Bestandteil einer umfassenderen Strategie für Eurasien. Die Konsolidierung einer souveränen Ukraine, die sich inzwi-schen als mitteleuropäischer Staat versteht und sich an einer engeren Integration mit Mitteleuropa beteiligt, ist eine ganz wesentliche Komponente einer solchen Politik. Dasselbe gilt

für den Aufbau engerer Beziehungen zu strategischen Ach-senstaaten wie Aserbaidschan und Usbekistan, ganz abgese-hen von dem allgemeineren

Bemühen, Zentralasien (allen Behinderungen Moskaus zum Trotz) dem Weltmarkt zu öff-nen.

Großangelegte internationale Investitionen in eine immer besser zugängliche kaspisch-zentralasiatische Region würden nicht nur zur Konsolidierung dieser neuen Länder beitragen, vielmehr dürfte auch ein postimperiales und demokratisches Rußland langfristig davon profitieren. Die Erschließung der Energiequellen und Bodenschätze der Region förderte Wohl-stand und würde ein stärkeres Stabilitäts- und Sicherheitsbe-wußtsein in diesem Gebiet erzeugen; damit ließen sich viel-leicht die Risiken balkanähnlicher Konflikte verringern. Die Vorteile einer dank ausländischer Investitionen beschleunig-ten regionalen Entwicklung würden auch in die angrenzen-den russischen Provinzen ausstrahlen, die wirtschaftlich eher unterentwickelt sind. Wenn die neuen herrschenden Eliten der Region erst einmal einsähen, daß Rußland sich der Inte-gration der Region in die Weltwirtschaft fügt, hätten sie weni-ger Angst vor den politischen Konsequenzen enger Wirt-schaftsbeziehungen zu Rußland. Mit der Zeit könnte ein nicht mehr auf seinen imperialen Status pochendes Rußland somit Akzeptanz als der führende Wirtschaftspartner der Re-gion gewinnen, auch wenn es nicht mehr der imperiale Herr-scher ist.

Bei der Förderung eines stabilen und unabhängigen südli-chen Kaukasus und Zentralasiens muß Amerika darauf ach-ten, daß die Türkei nicht vor den Kopf gestoßen wird, und sollte ausloten, ob sich seine Beziehungen zum Iran verbes-sern lassen. Eine Türkei, die sich von Europa, dem sie sich anschließen wollte, ausgestoßen fühlt, wird eine islamischere Türkei werden, die aus reinem Trotz ihr Veto gegen die NATO-Erweiterung einlegen dürfte und weniger bereit sein

wird, in Zusammenarbeit mit dem Westen, ein laizistisches Zentralasien zu stabilisieren und in die Weltgemeinschaft zu integrieren.

Demgemäß sollte Amerika seinen Einfluß in Europa für einen Beitritt der Türkei geltend machen und darauf achten, daß die Türkei als europäischer Staat behandelt wird — immer vorausgesetzt, die türkische Innenpolitik nimmt keine dra-matische Wendung in die islamistische Richtung. Regelmäßi-ge Konsultationen mit Ankara über die Zukunft des Kaspi-schen Beckens und Zentralasiens würden in der Türkei ein Bewußtsein strategischer Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten fördern. Auch sollte Amerika den türkischen Wunsch nach einer Pipeline von Baku in Aserbaidschan nach Ceyhan an der Mittelmeerküste, das die Türkei als Hauptausfuhrha-fen für die Energiequellen des Kaspischen Beckens auserse-hen hat, unterstützen.

Ferner liegt es nicht in Amerikas Interesse, die amerika-nisch-iranische Feindschaft fortzuschreiben. Jede schließlich zustande kommende Aussöhnung sollte auf der Einsicht gründen, daß jede Seite ein strategisches Interesse an der Sta-bilisierung des gegenwärtig für den Iran hochbrisanten regio-nalen Umfeldes hat. Eine solche Aussöhnung muß natürlich von beiden Seiten betrieben werden und ist keine Gunst, die die eine der anderen gewährt. Ein starker, und sei es auch stark religiös geprägter, aber nicht fanatisch antiwestlicher Iran ist durchaus im Sinne der USA, und letztendlich begreift dies vielleicht sogar die politische Führung in Teheran. In der Zwischenzeit wäre Amerikas langfristigen Interessen in Eurasien besser gedient, wenn es die bestehenden Einwände gegen eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem Iran, vor allem gegen den Bau neuer Pi-pelines, aber ebenso gegen die Errichtung anderer Verbin-dungen zwischen Iran, Aserbaidschan und Turkmenistan auf-geben würde. Eine langfristige amerikanische Beteiligung an

der Finanzierung solcher Projekte wäre durchaus im Interes-se der USA.[35]

Auch auf die mögliche Rolle Indiens muß hier hingewiesen werden, obgleich es derzeit ein relativ passiver Spieler auf dem eurasischen Schachbrett ist. Indien wird geopolitisch durch die chinesisch-pakistanische Koalition in Schach gehalten, während ihm ein schwaches Rußland nicht die politische Un-terstützung bieten kann, die ihm einst von der Sowjetunion zuteil wurde. Das Überleben seiner Demokratie ist jedoch in-sofern von Bedeutung, als es besser als Bände akademischer Debatten das Vorurteil widerlegt, daß Menschenrechte und Demokratie bloß eine Marotte des Westens sind. Indien be-weist, daß antidemokratische asiatische Werte, die Regie-rungssprecher von Singapur bis China propagieren, für Asien nicht typisch sein müssen. Aus demselben Grund wäre Indi-ens Scheitern ein Schlag gegen die Aussichten für Demokratie und würde eine Macht von der internationalen Bühne entfer-nen, die besonders jetzt, da China zu einer geopolitischen Vormachtstellung aufsteigt, zu einem größeren Gleichgewicht auf dem asiatischen Schauplatz beiträgt. Daher ist es an der Zeit, daß sich Indien an Diskussionen über die künftige regio-nale Stabilität in Zentralasiens beteiligt, ganz zu schweigen von der Förderung direkterer bilateraler Kontakte zwischen amerikanischen und indischen Verteidigungsgremien.

35 Es erscheint mir angebracht, hier den klugen Rat meines Kollegen bei der CSIS, Anthony H. Cordesman (in seiner Studie über „The American Threat to the United States“ vom Februar 1997, *p.* 16, als Rede vor dem Army War College delivered) zu zitieren, der vor der in Amerika verbreiteten Neigung, Probleme und sogar Nationen zu dämonisieren, gewarnt hat. Mit seinen Worten: „Der Iran, der Irak und Libyen sind Fälle, wo die USA feindliche Regime, die eine wirkliche, aber begrenzte Bedrohung darstellen, dämonisiert haben, ohne eine taugliche mittel- bis langfristige Strategie zu entwickeln. US-Planer können nicht darauf hoffen, diese Staaten völlig zu isolieren, und es ist wenig sinnvoll, sie als ‘rote‘ oder ‘terroristische‘ Staaten zu behandeln ... Die USA leben in einer moralisch grauen Welt und müssen bei dem Versuch scheitern, sie schwarz und weiß zu machen.“

Ohne eine vertiefte strategische Verständigung zwischen Amerika und China wird geopolitischer Pluralismus in Eura-sien weder zu erreichen noch stabil sein. Folglich ist eine Po-litik der Einbindung Chinas in einen ernsthaften strategi-schen Dialog, schließlich vielleicht in einen Dreierdialog, der Japan mit einschließt, der notwendige erste Schritt, Chinas Interesse an einer gütlichen Einigung mit Amerika zu verstär-ken, in der die beiden Ländern gemeinsamen geopolitischen Interessen (besonders in Nordostasien und im zentralasiati-schen Raum) berücksichtigt werden. Außerdem sollte Ame-rika alle Zweifel, die über sein Eintreten für *ein* China aufge-kommen sein mögen, ausräumen, damit sich das Taiwan-Problem, nachdem China Hongkong geschluckt hat, nicht weiter zuspitzt. Aus demselben Grund muß China daran ge-legen sein, mit der Integration Hongkongs zu beweisen, daß selbst ein Großchina in der Lage ist, vielfältigere Formen in-nenpolitischer Arrangements zu tolerieren und zu schützen.

Während — wie in den Kapiteln 4 und 6 ausgeführt — jede chinesisch-russisch-iranische Pseudokoalition gegen Ameri-ka wohl kaum über ein gelegentliches taktisches Muskeln-spielen-Lassen hinauskommen dürfte, sollten die Vereinigten Staaten mit China dennoch in einer Weise verhandeln, die Peking nicht in diese Richtung treibt. In einer jeden derarti-gen antihegemonialen Allianz wäre China der Eckpfeiler. Es wäre die stärkste, die dynamischste und somit die führende Komponente. Eine derartige Koalition könnte aber nur ein verdrossenes, frustriertes und feindseliges China schmieden. Weder Rußland noch der Iran verfügen über die nötigen Mit-tel, um für solch eine Koalition der zentrale Magnet zu sein.

Daher ist ein amerikanisch-chinesischer Dialog über die Gebiete, in denen keine der beiden Staaten eine andere Hege-monialmacht

auftauchen sehen möchte, dringend geboten. Der Dialog sollte aber, damit sich Fortschritte einstellen, an-haltend und ernsthaft geführt werden. Im Zuge eines solchen

Gedankenaustauschs könnten auch strittigere Fragen wie die um Taiwan und selbst die der Menschenrechte überzeugender angesprochen werden. Da nur ein demokratischeres und wohlhabenderes China gewisse Aussichten hat, Taiwan auf friedliche Weise in seinen Bann zu ziehen, kann durchaus glaubhaft gemacht werden, daß die Frage der inneren Libera-lisierung nicht bloß eine innenpolitische Angelegenheit Chi-nas ist. Jeder Versuch einer gewaltsamen Wiedervereinigung brächte nicht nur das amerikanisch-chinesische Verhältnis in Gefahr, es würde auch ausländische Investoren verprellen und Chinas Wirtschaftswachstum drosseln. Pekings Bestre-bungen nach regionaler Vorherrschaft und Weltrang blieben dabei auf der Strecke.

Obwohl China als eine regional beherrschende Macht auf-tritt, wird es wahrscheinlich auf lange Sicht keine Weltmacht werden (aus Gründen, die in Kapitel 6 dargelegt wurden), und paranoide Ängste vor einer künftigen Weltmacht China erzeugen im Land selbst Megalomanie, während sie sich zu-gleich vielleicht in einer self-fulfilling prophecy zu verschärf-ter Feindschaft zwischen China und den USA hochschaukeln. Gerade weil China nicht so bald zu einer Weltmacht aufsteigen wird — und sich allein deshalb eine Politik der re-gionalen Eindämmung Chinas verböte —, ist es ratsam, Peking symbolisch als wichtigen *global player* zu behandeln. Wenn man China in eine ausgedehntere internationale Zusammen-arbeit einspannt und ihm den Status, nach dem es trachtet, gewährt, nimmt man seinem nationalen Ehrgeiz die Spitze. Ein wirksamer unmittelbarer Schritt in diese Richtung wäre, China bei dem jährlichen Gipfel der führenden

Nationen der Welt, den sogenannten G7, einzubeziehen, so wie es die G7 vor seiner Aufnahme im Juli 1997 mit Rußland gehalten hat-ten.

In dem Maße, wie China in das Weltsystem integriert wird und damit immer weniger willens und in der Lage ist, seine

regionale Vormachtstellung auf politisch kurzsichtige Weise auszunutzen, wird in den Gebieten, an denen ein historisches Interesse Pekings besteht, eine Art chinesischer Einflußsphä-re entstehen, die Teil der in Aussicht genommenen eurasi-schen Struktur geopolitischer Übereinkunft ist. Ob ein wie-dervereinigtes Korea einer solchen Sphäre zuneigen wird, hängt sehr davon ab, wie tief die japanisch-koreanische Ver-söhnung geht (die Amerika aktiver fördern sollte), allerdings ist die Wiedervereinigung Koreas ohne eine Übereinkunft mit China unwahrscheinlich.

In jedem Fall sollte China aus historischen wie aus geopo-litischen Gründen Amerika als seinen natürlichen Verbünde-ten betrachten. Im Unterschied zu Japan oder Rußland hat Amerika nie irgendwelche territorialen Absichten auf China gehabt; und im Gegensatz zu Großbritannien hat es China niemals gedemütigt. Ohne einen brauchbaren strategischen Konsens mit Amerika wird China auf Dauer wohl nicht jene ausländischen Investoren anlocken können, die es braucht, um sein Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten und seine Führungsrolle in der Region zu festigen. Ebensowenig wird Amerika ohne die Einigung mit China in strategischen Fra-gen eine Geostrategie für das asiatische Festland haben; und ohne eine Geostrategie für das asiatische Festland kann Amerika keine Geostrategie für Eurasien entwickeln. Daher kann Chinas regionale Machtposition, wenn sie in einen grö-ßeren Rahmen internationaler Zusammenarbeit eingebunden ist, für Amerika zu einem überaus wichtigen geostrategi-schen Aktivposten werden — ebenso

wichtig wie Europa und gewichtiger als Japan —, um die Stabilität Eurasiens zu **si-**chern.

Anders als in Europa jedoch wird ein demokratischer Brückenkopf auf dem östlichen Festland wohl noch eine Weile auf sich warten lassen. Um so wichtiger ist es deshalb, daß Amerikas Bemühungen um eine vertiefte strategische

Beziehung zu China auf dem klaren Bekenntnis zu einem demokratischen und wirtschaftlich erfolgreichen Japan als Amerikas wichtigstem Partner im pazifischen Raum und weltweit gewichtigen Verbündeten beruht. Obwohl Japan aufgrund der starken Aversionen, die es in der Region aus-löst, dort keine bestimmende Macht werden dürfte, kann es auf internationaler Ebene zu einer solchen werden. In enger Zusammenarbeit mit den USA im Hinblick auf das, was man die neue Agenda globaler Belange nennen könnte, kann To-kio, solange es jeden vergeblichen und kontraproduktiven Versuch unterläßt, selbst eine regionale Macht zu werden, eine weltweit einflußreiche Rolle erlangen. Die Aufgabe der amerikanischen Regierung sollte es daher sein, Japan in diese Richtung zu steuern. Ein amerikanisch-japanisches Freihan-delsabkommen, das einen gemeinsamen Wirtschaftsraum schafft, würde die Verbindung stärken und damit dem Ziel näher kommen.

Eine enge politische Zusammenarbeit mit Japan verschafft Amerika die notwendige Rückendeckung, um Chinas regio-nalen Zielsetzungen Rechnung zu tragen und zugleich etwai2 gen Auswüchsen seines Machtgebarens entgegenzutreten. Nur auf dieser Grundlage kann eine dreiseitige Einigung —eine, die Amerikas Weltmacht, Chinas regionale Vormacht-stellung und Japans Führung auf internationaler Ebene einbe-zieht — erzielt werden. Eine unkluge Ausdehnung der militä-rischen Zusammenarbeit zwischen Amerika und Japan könnte

diese breite Übereinkunft in geostrategischen Fragen allerdings unterminieren. Japan sollte nicht die Rolle eines unversenkbaren Flugzeugträgers im Fernen Osten besetzen, und ebensowenig sollte es Amerikas wichtigster asiatischer Militärpartner oder eine potentielle regionale Macht in Asien sein. Fehlgeleitete Bemühungen, die derartigen Tendenzen Vorschub leisten, würden Amerika vom asiatischen Festland abkoppeln, die Aussichten eines erreichbaren strategischen

Konsenses mit China verdüstern und damit Amerikas Fähig-keit, einen stabilen geopolitischen Pluralismus in Eurasien festigen, zunichte machen.

Ein transeurasisches Sicherheitssystem

Die mit einem geopolitischen Pluralismus Eurasiens einhergehende Stabilität, die den plötzlichen Aufstieg eines einzel-nen Staates zur bestimmenden Macht verhindern soll, gewän-ne schließlich, vielleicht Anfang des nächsten Jahrhunderts, eingebettet in ein transeurasisches Sicherheitssystem (TESS), an Festigkeit. Ein solches Sicherheitsabkommen sollte neben einer erweiterten NATO — die mit Rußland durch eine Ko-operations-Charta verbunden ist — China und Japan (das mit den Vereinigten Staaten immer noch durch den bilateralen Si-cherheitspakt verbunden wäre) umfassen. Aber dazu muß die NATO zuerst erweitert und gleichzeitig Rußland in eine grö-ßere Struktur regionaler Sicherheitszusammenarbeit einge-bunden werden. Darüber hinaus müssen Amerikaner und Ja-paner in enger Absprache und Zusammenarbeit im Fernen Osten einen dreiseitigen Dialog über

Sicherheitsfragen, an dem auch China beteiligt ist, beginnen. Solche amerikanisch-japanisch-chinesischen Konsultationen könnten schließlich weitere asiatische Staaten mit einbeziehen und später zu ei-nem Dialog zwischen ihnen und der Organisation für Sicher-heit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) führen. Dieser wiederum könnte den Weg für eine Reihe von Konferenzen aller europäischen und asiatischen Staaten ebnen und da-durch den Prozeß der Institutionalisierung eines transkonti-nentalen Sicherheitssystems anstoßen.

Mit der Zeit könnte dann eine förmlichere Struktur Ge-stalt annehmen, woraus schließlich ein transeurasisches Si--

cherheitssystem erwüchse, das zum ersten Mal in der Ge-schichte den gesamten Kontinent umfassen würde. Dieses System zu gestalten — es inhaltlich zu bestimmen und in Institutionen zu verankern — könnte die große Aufgabe des nächsten Jahrzehnts werden, wenn erst einmal, wie oben skizziert, die notwendigen politischen Voraussetzungen ge-schaffen worden sind. Eine derart ausgedehnte transkonti-nentale Sicherheitsstruktur wäre mit einem ständigen Sicher-heitsausschuß gut beraten, der sich aus den wichtigsten eurasischen Staaten zusammensetzt. Damit erhöhte sich die Fähigkeit des TESS, in für die weltweite Stabilität entschei-denden Fragen eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zu för-dern. Amerika, Europa, China, Japan, eine russische Konfö-deration, Indien und vielleicht noch einige Länder könnten gemeinsam den Kern eines solchen stärker gegliederten transkontinentalen Systems bilden. Käme das TESS also ei-nes Tages zustande, wäre Amerika nach und nach einiger seiner Lasten ledig, auch wenn es weiterhin als stabilisierende Kraft und als Schiedsrichter in eurasischen Belangen eine maßgebliche Rolle spielen würde.

Jenseits der letzten Supermacht

Die Konzentration hegemonialer Macht in den Händen eines einzigen Staates wird, auf Dauer gesehen, immer weniger in die weltpolitische Landschaft passen. Daher ist. Amerika nicht nur die erste und die einzige echte Supermacht, sondern wahrscheinlich auch die letzte.
Das ist nicht nur so, weil die Grenzen der Nationalstaaten zunehmend durch-lässiger werden, sondern auch weil Wissen als Macht immer weitere Kreise erfaßt und, nicht mehr durch nationale Grenzen behindert, Allgemeingut wird. Auch wirt-

schaftliche Macht dürfte sich allmählich immer breiter zer-streuen. In den nächsten Jahren wird vermutlich kein Staat das Niveau von etwa 30 Prozent des globalen Bruttosozial-produkts erreichen, das Amerika in diesem Jahrhundert lange Zeit halten konnte, geschweige denn jene 50-Prozent-Marke, die es im Jahre 1945 erklomm. Einige Schätzungen gehen da-von aus, daß die USA bis zum Ende dieses Jahrzehnts immer-hin noch an die 20 Prozent des globalen Bruttosozialpro-dukts stellen werden und vielleicht um das Jahr 2020 auf ungefähr 10 bis 20 Prozent abfallen, wenn andere Mächte —Europa, China, Japan — ihren relativen Anteil auf etwa das amerikanische Niveau erhöhen. Aber das weltweite wirt-schaftliche Übergewicht eines einzelnen Staates oder Staatenbundes, von der Art, wie es die USA im Laufe dieses Jahrhun-derts erlangt haben, ist unwahrscheinlich. Und dies hat natürlich weitreichende militärische und politische Implika-tionen.

Die USA konnten aufgrund ihrer ausgesprochen multina-tionalen und auch in anderer Hinsicht außergewöhnlichen Gesellschaft ihre Hegemonie ausbauen, ohne sie als streng nationale erscheinen zu lassen. Dagegen würde beispielsweise Chinas Streben nach globaler Vorherrschaft von anderen Staaten unweigerlich als der Versuch angesehen werden, eine nationale Hegemonie zu errichten. Sehr vereinfacht ausge-drückt: Jeder kann Amerikaner werden, aber Chinese ist man durch Geburt — ein Umstand, der jedem Versuch, auf der Ba-sis eines Nationalstaates eine globale Hegemonie zu errich-ten, ein zusätzliches und ganz erhebliches Hindernis in den Weg legt.

Amerika wird, wenn seine Führungsrolle verblaßt, wohl kaum Nachahmer finden. Somit lautet die Schlüsselfrage für die Zukunft: »Was wird Amerika als bleibendes Vermächtnis seiner Vorrangstellung der Welt hinterlassen?«

Die Antwort hängt zum Teil davon ab, wie lange diese Vor-

machtstellung noch währt und wie energisch Amerika den Aufbau von Partnerschaftsstrukturen mit Schlüsselmächten vorantreibt, aus denen sich mit der Zeit feste Institutionen entwickeln können. Amerikas historische Chance, seine Weltmacht konstruktiv zu nutzen, könnte sich, sowohl aus innenpolitischen wie auch aus außenpolitischen Gründen als relativ kurz erweisen. Nie zuvor hat eine wirklich im Volk verankerte Demokratie die internationale Politik dominiert. Machtstreben verträgt sich im Grunde ebensowenig mit de-mokratischer Gesinnung wie die zu seiner Ausübung not-wendigen wirtschaftlichen Kosten und menschlichen Opfer. Eine demokratische Gesellschaft läßt sich nicht so leicht für imperialistische Zwecke einspannen.

Ob Amerika die erste Supermacht sein wird, die ihre Macht nicht mehr ausüben kann oder will, könnte für die Zu-kunft wirklich entscheidend

sein. Laufen die USA womög-lich Gefahr, eine impotente Weltmacht zu werden? Laut öf-fentlichen Meinungsumfragen tritt nur eine kleine Minder-heit (13 Prozent) der Amerikaner dafür ein, daß die USA als die einzig noch verbliebene Supermacht bei der Lösung inter-nationaler Probleme auch weiterhin die Führungsrolle be-kleiden sollte. Einer überwältigenden Mehrheit (74 Prozent) wäre es lieber, wenn Amerika bei den Bemühungen, interna-tionale Probleme zusammen mit anderen Ländern zu lösen, seinen angemessenen Beitrag leistet.[36]

Da Amerikas Gesellschaft in steigendem Maße multikultu-relle Züge annimmt, dürfte, außer in Fällen einer wirklich

36 “An Emerging Consensus — A Study of American Public Attitudes on America‘s Role in the World” (College Park: Center for International and Security Studies at the University of Maryland, July 1996). Es ist bemerkenswert, steht aber im Einklang mit dem eben Gesagten, daß Erhebungen, die das oben genannte Center Anfang 1997 (unter der Leitung des Meinungsforschers Steven Kuli) durchge-fiihrt hat, auch eine beträchtliche Mehrheit für eine NATO-Erweiterung (62% dafür, darunter 27% sehr dafür, und nur 29% dagegen, davon 14% entschieden dagegen) ausweisen.

massiven und unmittelbaren Bedrohung von außen ein Kon-sens über außenpolitische Fragen zunehmend schwerer her-beizuführen sein. Während des Zweiten Weltkriegs und auch in der Zeit des Kalten Krieges herrschte weitgehend ein sol-cher Konsens. Er hatte seine Wurzeln jedoch nicht allein in einem gemeinsamen System demokratischer Werte, das die Öffentlichkeit bedroht sah, sondern auch in einer kulturellen und ethnischen Affinität zu den vorwiegend europäischen Opfern feindlicher totalitärer Systeme.

Da es keine vergleichbare äußere Herausforderung mehr gibt, dürfte es schwerer sein, in der amerikanischen Gesell-schaft Übereinstimmung über außenpolitische Aktivitäten zu erzielen, die nicht direkt mit demokratischen Grundüberzeu-gungen und weithin verbreiteten ethnisch-

kulturellen Sym-pathien zu tun haben und nicht selten einen anhaltenden und manchmal kostspieligen Einsatz amerikanischer Macht erfor-dern. Mehr Anklang finden da wohl die Vertreter zweier Sichtweisen, die aus dem Sieg der USA im Kalten Krieg ganz unterschiedliche Schlüsse ziehen. Der Ansicht der einen Seite, daß das Ende des Kalten Krieges eine erhebliche Einschrän-kung des weltweiten Engagements der USA rechtfertige, un-geachtet der Konsequenzen, die dies für das Ansehen Ameri-kas in der Welt hat, steht die Erkenntnis der anderen Seite gegenüber, daß die Zeit für einen echten internationalen Mul-tilateralismus gekommen sei, an den Amerika sogar etwas von seiner Souveränität abtreten sollte. Beide Standpunkte erfreuen sich einer treuen Anhängerschaft.

Allgemeiner gesprochen, könnte auch ein kultureller Wandel in Amerika ein politisches Klima erzeugen, das einer weiteren Ausübung imperialer Macht abträglich ist. Diese Ausübung erfordert ein hohes Maß an weltanschaulicher Motivation, intellektuellem Einsatz und patriotischer Begei-sterung. Doch das kulturelle Leben steht mehr und mehr im Zeichen der Massenunterhaltung, in der persönlicher Hedo--

nismus und gesellschaftlicher Eskapismus die Themen be-stimmen. Aus all diesen Gründen wird es immer schwieriger, den notwendigen politischen Konsens über eine andauernde und gelegentlich auch kostspielige Führungsrolle der USA im Ausland herzustellen. Tonangebend in der Meinungs-bildung sind die Massenmedien, die auf jeden noch so vor-sichtigen Einsatz von Gewalt, selbst wenn er mit geringen Verlusten verbunden ist, mit Abscheu und Empörung rea-gieren.

Zudem haben sowohl Amerika wie auch Westeuropa Mühe, mit den kulturellen Folgen des gesellschaftlichen He-donismus und dem dramatischen Werteverfall in der Gesell-schaft fertig zu werden. (In dieser

Hinsicht gibt es auffallende Parallelen zum Niedergang der Weltreiche, von denen in Ka-pitel 1 die Rede war.) Die daraus resultierende kulturelle Kri-se ist durch die Verbreitung von Drogen und, vor allem in den USA, die Verknüpfung mit der Rassenproblematik noch ver-schärft worden. Und schließlich kann die ökonomische Wachstumsrate nicht mehr mit den von einer ganz auf den Konsum abstellenden Kultur angeregten wachsenden materi-ellen Ansprüchen Schritt halten. Ohne zu übertreiben, kann man sagen, daß sich in den einsichtigeren Kreisen der westli-chen Gesellschaft eine gewisse Zukunftsangst, vielleicht auch Pessimismus breitmacht.

Vor fast einem halben Jahrhundert äußerte der bekannte Historiker Hans Kohn, der die tragische Erfahrung der bei-den Weltkriege und die lähmenden Folgen der totalitären Be-drohung erlebt hatte, besorgt, daß der Westen erschöpft und verbraucht sei. Ja, er fürchtete, daß »der Mensch des 20. Jahr-hunderts nicht mehr die Zuversicht hat, die seine Vorfahren im 19. Jahrhundert hatten. Er hat mit eigenen Augen die fin-steren Mächte der Geschichte erlebt. Dinge, die der Vergan-genheit anzugehören schienen, sind wieder aufgetaucht: reli-giöser Fanatismus, unfehlbare Führer, Sklaverei und Massa-

ker, die Entwurzelung ganzer Völker, gnadenlose Härte und Barbarei.«[37]

Dieser Mangel an Zuversicht ist durch die weitverbreitete Enttäuschung über den Ausgang des Kalten Krieges noch verstärkt worden. Statt einer auf Konsens und Harmonie ge-gründeten »neuen Weltordnung« sind ganz plötzlich Dinge, die der Vergangenheit anzugehören schienen, zur Zukunft geworden. Wenn auch ethnisch-nationale Konflikte nicht mehr die Gefahr eines Weltkrieges bergen mögen, bedrohen sie doch den Frieden in erheblichen Teilen der Erde. Somit ist nicht davon auszugehen, daß Kriege in der nächsten Zukunft überholt sein werden. Während die

technologischen Kapazi-täten zur Selbstzerstörung und ausgeprägter Eigennutz in den wohlhabenderen Nationen für eine gewisse Hemm-schwelle sorgen, könnte der Krieg zu einem »Luxus« gewor-den sein, den sich nur die armen Völker dieser Welt leisten können. Jene zwei Drittel der Menschheit, die in Armut le-ben, werden sich wohl auf absehbare Zeit nicht von der Zu-rückhaltung der Privilegierten leiten lassen.

Bemerkenswert ist auch, daß es bei internationalen Kon-flikten und Akten von Terrorismus bisher nicht zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen gekommen ist. Wie lange diese Selbstbeschränkung noch anhält, läßt sich natürlich nicht vorhersagen, aber da Kriegsgerät mit enormer Zerstö-rungskraft — etwa Atom- oder bakteriologische Waffen —nicht nur für Staaten, sondern auch für organisierte Gruppen, immer leichter zugänglich ist, nimmt die Wahrscheinlichkeit, daß solche Waffen eingesetzt werden, unweigerlich zu.

Kurzum, Amerika als die führende Weltmacht hat nur eine kurze historische Chance. Der relative Frieden, der derzeit auf der Welt herrscht, könnte kurzlebig sein. Diese Aussicht unterstreicht, wie dringend notwendig es ist, daß sich Ameri-

37 Hans Kohn, *The Twentieth, Century* (New York: 1949), p. 53.

ka weltweit für eine Stärkung der internationalen geopoliti-schen Stabilität einsetzt und den verlorengegangenen Opti-mismus des Westens wiederbelebt. Dieser wird sich erst dann wieder einstellen, wenn die Staatengemeinschaft bewiesen hat, daß sie in der Lage ist, mit den sozialen Problemen im Innern und den geopolitischen Herausforderungen, die von außen an sie herantreten, gleichzeitig fertig zu werden.

Ob der Westen seinen Optimismus wiederfindet und ob die westlichen Werte international Allgemeingut werden, hängt jedoch nicht allein von Amerika und Europa ab. Japan und Indien führen vor, daß auch in Asien, sowohl in hochentwickelten Staaten als auch in solchen, die immer noch als Entwicklungsländer gelten müssen, die Menschenrechte Achtung genießen und demokratische Experimente eine zen-trale Rolle spielen können. Daher kann demokratische Kon-tinuität in Japan und Indien als eine zuversichtlichere Per-spektive für die zukünftige politische Gestalt der Welt gar nicht hoch genug bewertet werden. Tatsächlich legen die Er-fahrungen dieser beiden Staaten sowie Südkoreas und Tai-wans nahe, daß Chinas anhaltendes Wirtschaftswachstum vielleicht auch eine fortschreitende Demokratisierung des politischen Systems mit sich bringen könnte, sobald das Land stärker in die internationale Staatengemeinschaft eingebun-den ist und von daher gedrängt wird, einen Wandel herbeizu-führen.

Sich diesen Herausforderungen zu stellen ist Amerikas Bürde und auch seine besondere Verantwortung. Damit eine wirksame Antwort darauf gefunden werden kann, muß ange-sichts des Zustands, in dem sich die amerikanische Demokra-tie derzeit befindet, zunächst in der Öffentlichkeit Einver-nehmen darüber erzielt werden, daß sich die USA an der Schaffung eines sich erweiternden Rahmens stabiler geopoli-tischen Zusammenarbeit weiterhin betei-ligen müssen, eines Rahmens, der weltweite Anarchie verhindert und die Gefahr

eines plötzlichen Aufstiegs einer neuen Macht erfolgreich hinausschiebt. Diese beiden Ziele — weltweite Anarchie zu verhindern und das Emporkommen eines Rivalen um die Macht zu vereiteln — sind untrennbar mit der längerfristigen Zielsetzung verbunden, die dem

weltweiten Engagement Amerikas zugrunde liegt: nämlich, ein dauerhaftes Rahmenwerk globaler geopolitischer Zusammenarbeit zu schmieden.

Leider waren alle bisherigen Versuche, eine neue zentrale und globale Zielsetzung der Vereinigten Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges aufzuzeigen, eindimensional. Sie versäumten es, die notwendige Verbesserung der menschli-chen Lebensbedingungen mit dem Gebot, die zentrale Rolle der USA in der Weltpolitik zu bewahren, zu verknüpfen. Bei-spiele für derartige Bemühungen aus jüngster Zeit gibt es ge-nug. Der »selbstbewußte Multilateralismus« für den die Clin-ton-Administration in den ersten beiden Jahren ihrer Amtszeit eintrat, zog die Realitäten derzeitigen Macht nicht genügend in Betracht. Die anschließend vertretene alternative Position, Amerika solle das Augenmerk auf eine weltweite »demokratische Erweiterung« richten, ließ außer acht, daß die USA auch in Zukunft die weltweite Stabilität erhalten oder sich sogar für einige zweckdienliche (aber bedauerli-cherweise nicht »demokratische«) zwischenstaatliche Bezie-hungen, wie etwa zu China, einsetzen müsse. Noch unbefriedigender verliefen Appelle, bei denen es um konkretere Fragen ging wie zum Beispiel um die Beseitigung der ungerechten Güterverteilung auf der Welt, den Aufbau einer besonderen »strategischen Partnerschaft« mit Rußland oder die Begrenzung der Waffenexporte. Auch andere Alter-nativen — daß Amerika sich auf den Schutz den Umwelt kon-zentrieren oder, noch konkreter, auf die Bekämpfung lokaler Kriege konzentrieren sollte — verloren gern die für eine Welt-macht grundlegenden Fakten aus dem Auge. Folglich ist kei-ne der oben angeführten Losungen der Notwendigkeit ge--

recht geworden, weltweit eine Mindestmaß an geopolitischen Stabilität herzustellen, welche die unabdingbare Vorausset-zung dafür ist, daß die amerikanische Hegemonie noch eine Weile erhalten und die Gefahr

internationaler Anarchie ge-bannt bleibt.

Kurz, die Politik der USA muß unverdrossen und ohne Wenn und Aber ein doppeltes Ziel verfolgen: die beherr-schende Stellung Amerikas für noch mindestens eine Genera-tion und vorzugsweise länger zu bewahren und einen geopo-litischen Rahmen zu schaffen, der die mit sozialen und politischen Veränderungen unvermeidlich einhergehenden Erschütterungen und Belastungen dämpfen und sich zum geopolitischen Zentrum gemeinsamer Verantwortung für eine friedliche Weltherrschaft entwickeln kann. Eine von Amerika sowohl angeregte als auch vermittelte längere Phase allmählich sich ausdehnenden Kooperation mit wichtigen eurasischen Partnern kann außerdem helfen, die Vorausset-zungen für eine Aufwertung der bestehenden und zuneh-mend veralteten UN-Strukturen zu verbessern. Eine Neuver-teilung von Verantwortung und Privilegien kann dann den veränderten Realitäten von Weltmacht Rechnung tragen, die sich von jenen des Jahres 1945 so drastisch unterscheiden.

Diese Bemühungen wenden den zusätzlichen historischen Vorteil haben, von dem neuen Netz globaler Verbindungen zu profitieren, das außerhalb des traditionelleren Systems der Nationalstaaten exponentiell wächst. Dieses von multinatio-nalen Korporationen, Organisationen (regierungsunabhän-gig und oft transnationalen Charakters) geknüpfte Netz schafft bereits ein informelles Weltsystem, das an sich schon einer institutionalisierteren und engeren globalen Zusam-menarbeit entgegenkommt.

Im Laufe der nächsten Jahrzehnte könnte somit eine funk-tionierende Struktur weltweiter Zusammenarbeit, die auf den geopolitischen Gegebenheiten gründet, entstehen und all-

mählich die Insignien des derzeitigen Herrschers der Welt an-nehmen, der

vorerst noch die Last der Verantwortung für die Stabilität und den Frieden in der Welt trägt. Ein geostrategi-scher Erfolg in dieser Zielsetzung wäre dann die durchaus an-gemessene Erbschaft, die Amerika als erste, einzige und letzte echte Supermacht der Nachwelt hinterlassen würde.

Sach- und Personenregister

Afghanistan 22, 135, 184, 189, 192f., 199f., 200, 202,206,211, 217,269
Algerien 97, 119
Ambartsumow, J. 157
APEC (Gruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum) 49f., 222
Arabisch-Israelischer Konflikt 85
ARF (Asiatisches Regionalforum) 222
Armenien 25, 132, 138, 158, 179, 184, 186, 188, 204,207,209,217
ASEAN (Vereinigung der südost-asiatischen Nationen) 222, 241
Aserbaidschan 25, 67, 7Sf., 82, 138, 167, 177, 179, 184, 186, 188, 193, 196f., 200, 202f., 207ff., 216ff., 290f.
Atatürk, Kemal 169, 195
Äthiopien 36
Australien 73, 225, 243, *270*

Bagdad 33
Baltische Republiken (Estland, Lettland, Litauen) 105ff., 122, 125ff., 131, 136f., 151f.
Bangladesch 237
Berliner Blockade 22, 45, 95
Birma (heute: Myanmar) 20, 30, 237f., 245
Blair, Tony 47
Bolingbroke, Lord 108
Bosnien 92, 108
Browning, Robert 66
Brunei 262
Bulgarien
Bündnis 90/Die Grünen 112
Byzantinisches Reich, Byzanz 123
Center for Strategic and Interna-tional Studies (CSIS) 285
Charette, Hervé de 101
China 11ff., 21ff., 29ff., 39, 43, 67, 72ff., 77f., 85ff., 131, 140, 148, 168ff., 200ff., 209,211, 215ff., 227ff., 249ff., 265ff., 278, 280, 284, 288, 292ff., 304f.
Christlich Demokratische Union (CDU) 112
Clinton, Bill 10, 278, 305
Combined Joint Task Forces 117
Comecon 147
Commonwealth 70

de Gaulle, Charles 94
Demangeon, Paul 64
Demirel, Suleyman 214
Deng Xiaoping 237, 244
Denman, Roy 69
Deutschland 12, 20, 24, 39, 44f., 61, 64, 67ff., 71, 79, 88, 94ff., 127, 148, 154, 164, 172, 197, 24S, 248, 252ff., 274, 278, 280, 284f.
Dschingis Khan 34ff., 131, 162

Erster Weltkrieg 1 8f., 64, 92, 134, 197
Europäische Bank für Wieder-aufbau und Entwicklung 100
Europäische Kommission 115
Europäische Union (EU) 11f., 68ff., 80ff., 93f., 100, 103ff., 108, 112ff., 119ff., 136, 147, 156, 164, 172f., 177, 222, 280, 284ff.
Europäischer Rat 12Sf., 174

Finnland 117, 127
Frankreich 12, 38ff., 67ff., 71, 79, 88, 94ff., 127, 172, 197, 208, 237, 253, 274, 278, 280, 284f.

G-7 Staaten 12, 267
Gemeinschaft Unabhängiger Staa-ten (GUS) 131, 137, 148, 151, 154ff., 189, 202.206ff.
Georgien 25, 138, 167, 179, 184, 188f., 202, 204, 207, 209f., 213, 217
Gibraltar 61
Griechenland 125
Golfkrieg 99
Gumilew, Lew 162

Han-Reich 29f.
Hashimoto, Ryutaro 47
Haushofer, Karl 64
Havel, Vaclav 122
Hawaii 17
Holland 38, 40
Hongkong 230, 237, 240f., 247, 270, *272*, 293
Indien 11, 13, 20, 67, 74, 84, 198, 202, 219, 224, 237f., 243, 245f., 269,280,284,292,298,304
Indochina 30
Indonesien 62, 67, 73, 224f., 241ff., 253, 262, 270
Internationaler Gerichtshof 51
Internationaler Währungsfond IWF 49f.
Internet 46
Irak 49, 79, 199, 292
Iran 67f., 7Sf., 79, 83f., 87, 138f., 169ff., 184, 188, 192, 194ff., 206, 208ff., 267, 280, 290f., 294
Islam 25, 35, 78, 85, 119, 132f., 139, 170, 188f., 194ff., 199f., 206, 209f., 228, 290f.
Israel 79, 199
Ito, Masayoshi 256

Iwan der Schreckliche, Zar von Rußland 132

Jalta-Konferenz 129
Japan 13, 19f., 24, 32, 43ff., 61ff., 72ff., 85ff., 91, 148, 211, 219ff., 229f., 237ff., 241, 243ff., 249ff., 265ff., 272ff., 280, 293, 295ff., 304
Jelzin, Boris 43, 143, 146, 149ff., 158, 166, 169f., 176
Jiang Zemin 239
Jupp~, Alain 95

Kalter Krieg 9, 22f., 43, 45, 51, 60, 94ff., 104, 123, 149, 172, 248, 25Sf., 260, 286, 301, 303, 305
Kanada 265
Karthago 28f.
Kasachstan 30, 77, 135, 138f., 160, 163, 166f., 184, 189ff, 200f., 204, 207ff., *237*, 239, 243, 280
Kasenow, Umirserik 211
Kennedy, John E 46, 78
Kirgistan 156, 160, 184, 191f., 209, 239
Kohl, Helmut 112, 166 Kommunismus 23, 131, 133ff., 233ff.
Korea (siehe auch: Nordkorea und Südkorea) 30, 45, 227, 238f., 243, 247, 253, 259, 261, 264, 269, 272ff., 295
Kosyrew, Andrej 145, 157, 169
Kuba Krise 95
Kurden 1 96f.
Kurilen-Inseln 158, 224, 254
Kuwait 182

Laos 30
Lebed, Alexander 176
Li Peng 170

Libanon 199
Lukun, Wladimir 140
Lybien 292

Macao 230
Mackinder, Harold 63f.
Mahathir, Datuk 246
Malaysia 225, 241, 246, 253
Mandela, Nelson 39
Mandschurei 62, 240
Mao Tse-tung 131
Marokko 119
“Mitbestimmung~ 47
Miyazawa, Kiichi 259
Moldawien 158, 167
Mongolei 30, *237*, 240
Mongolisches Reich 21, 33ff., 40
Monroe Doktrin 18
Morita, Akio *262*

Münchner Abkommen 108
Muslims (siehe Islam)

NAFTA (North American Free Trade Agreement) 50
Nagorny-Karabach 186
Nakasone, Yasuhiro 260
Napoleon Bonaparte 38, 61
NATO 10f., 13, 47ff., 71, 76, 79ff., 91, 94f., 101f., 112, 116ff., 124ff., 129, 136, 138, 147, *172*, 178f., 222,248, 252f., 285
NATO (Partnerschaft für den Frieden) 117, 179
NATO-Osterweiterung 102ff., 119ff, 149ff., 168, 170, 173, 178, 245, 284ff., 290, *297*
Nazarbajew, Nursultan 163, 212ff.
Nepal 30, 237
Nordkorea (siehe auch: Korea) 223, 233, 272f.

Opiumkrieg 32
Osmanisches Reich 36, 197f., 204
Österreich 108, 117, 197
OSZE (Organisation für Sicher-heit und Zusammenarbeit in Europa) 287, 297
Ozawa Ausschuß 260

Pakistan 74, 77, 84, 139, 198, 202,211,213,217,238,243,245, 267, 269, 292
Paracel Inseln 223
Pearl Harbor 45
Persien (siehe: Iran)
Persischer Golf 23, 41, 49, 76, 85, 181, 268
Philippinen 17, 225,242,253, 262
Polen 33, 71, 75, 104, 107, 118, 123f., 127, 136f., 149, 153, 165, 178, 253, *274*
Portugal 38
Primakow, Jewgenij 169
Punische Kriege 29

Republik Tschechien 171ff., 182, 197, *202*
Römisches Reich 26ff., 33f., 39
Rumänien 12Sf., 165
Russisch Orthodoxe Kirche 123, 162
Rußland 11ff., 19, 36, 43, 45, 62, 67ff., 74ff., 81ff., 87f., 91, 100, 102, 195f., 110, 112, 120ff., 127ff., 139ff., 188ff., 193f., 197ff., 224, 227, 229f., 237, 239ff., 253f., 264, 267ff. 278, 280, 284, 286ff., 292, 294, 297, 305
Rutskoj, Alexander 163

Saragossa, Vertrag von 38
Saudi Arabien 139, 194
Schäuble, Wolfgang 1 12f.
Schewardnadse, Eduard 213
Schiiten 189, 196
Schweden 117, *127*
Seidenstraße 210

Senkaku-Inseln 223
Singapur 61, 226, 238, 240f., 246, 292
Sjuganow, Gennadij 163
Slowakei 125
Slowenien 123, 125
Solschenyzin, Alexander 167
Sony 262
Sowjetunion (UDSSR) 12, 15, 20ff., 51, 60, 71f., 96, 104, 131, 132, 138, 158ff., 186, 196, 198, 203,205,209,222,224,232, 240, 249, 292
Spanien 38, 40
Spanisch-Amerikanischer Krieg 17
Spratly-Inseln 223
Stalin, Joseph 16, 135, 151, 229
Südkorea (sieh auch: Korea) 67, 76f., 86, 247, 260, 272, 304
Suez-Kanal 61
Sun Tsu 244,247
Syrien 199

Tadschikistan 133, 139, 158, 168, 184, 189, 191f., 199f., 202, 207, 209, 239
Taiwan 72, 77, 220, 223f., 230, 237f., 240ff., 260, 262ff., 269ff., 280, 293f., 304
Tamerlan 190
Thailand 30, 77, 225, 241
Tito, Josip Broz 131
Tordesilla, Vertrag von 38
Trans-Eurasischer Sicherheits-system (TESS) 297f.
Trubetzkoi, Prinz N.S. 161
Tschetschenien 62, 133, 136ff., 143, 146, 168, 194, 196, 198, 204, 206
Tunesien 119
Türkei 68f., 7Sf., 83f., 125, 132, 138f., 167, 174, 184, 188f., 194ff., 206, 208ff., 280, 290f.
Turkmenistan 138f., 167, 184, l9lf., 199f., 202, 204, 208ff., 217f., 242, 291

Ukraine 25, 62, 67, 74f., 81ff., 91, 10Sf., 110, 125, 127f., 131f., 135ff., 143, 146, 152f., 156, 165ff., 175ff., 198, 202, 213, 216, 280, 289
Ungarn 33
Usbekistan 77, 139, 166f., 177, 184, 189ff., 199, 202, 204, 208ff., 216f., 242, 280, 290

Vietnam 30, 97, 224, 243, 246

Warschauer Pakt 147
Weimarer Dreieck 118
Weißrußland 91, 10Sf., 131, 136, 156, 160, 165, 167f.
Weltbank 49f., 100
Welthandelsorganisation (WTO) 50
WEU (Westeuropäische Union) 80, 117
Wilson, Woodrow 19
Wirtschafts- und Währungs-union 70, 115

Yongchaiudh, Chavalit 241

Yoshida, Shigeru 256

Zentralasiatische Wirtschafts-union 212
Zweiter Weltkrieg 19f., 41,45, 92, 94, 104, 106, 134f., 220, 251, 253f., 301